

# ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL

TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Antrag für das  
Bundestagswahlprogramm 2013



## **Inhalt**

**A) Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.**

**B) 100% sichere Energie**

**C) Anders Wirtschaften**

**D) Besser Haushalten**

**E) Teilhaben an guter Arbeit**

**F) Teilhaben an guter Bildung**

**G) Teilhaben an sozialer Sicherung**

**H) Teilhabe für Jung und Alt**

**I) Intakte Umwelt für alle**

**J) Neue Mobilität für alle**

**K) Verbraucherschutz für alle**

**L) Freies Netz für alle**

**M) Demokratie erneuern**

**N) Bürgerrechte stärken**

**O) Gleichberechtigung schaffen**

**P) Kunst und Kultur beflügeln**

**Q) Unsere Politik vor Ort**

**R) Unser gemeinsames Europa**

**S) Unsere eine Welt**

**BTW-PR-01 Bundestagswahlprogramm - Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. (Präambel)**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **Zeit für den grünen Wandel - Teilhaben. Einmischen. Zukunft**  
2 **schaffen. Das Bundestagswahlprogramm von BÜNDNIS**  
3 **90/DIE GRÜNEN**

4 **A) Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.**

5 **Warum es Zeit ist, dass sich was ändert**

6

7 Liebe Wählerin, lieber Wähler,

8 wir wenden uns mit diesem Programm an Sie. Wir wollen Sie bei der Bundestagswahl  
9 am 22. September für eine andere, für eine bessere Politik gewinnen.

10 Wir wenden uns mit unserem Programm an alle, die meinen, dass wir in unserer  
11 Gesellschaft jetzt einiges verändern müssen, um eine gute, eine sichere Zukunft zu  
12 schaffen. Wenn wir die Klimakatastrophe so weit wie möglich aufhalten und die  
13 Energiewende verwirklichen, wenn wir morgen in einer gerechten und modernen  
14 Gesellschaft leben wollen, dann können wir nicht abwarten – wir müssen heute  
15 politisch handeln.

16 Wir Grüne haben seit unserer Gründung 1980 immer versucht, Politik zu machen, die  
17 über den Tag hinaus denkt. Dabei waren wir mutig und ehrgeizig und manchmal haben  
18 wir uns dabei auch geirrt. Aber mit diesem Mut, diesem Ehrgeiz und auch unseren  
19 Irrtümern haben wir, unsere Gesellschaft vorangebracht. Wir wollten aus der Atomkraft  
20 aussteigen, als noch alle Mächtigen Atomfans waren. Wir haben für biologische  
21 Lebensmittel gekämpft, als noch kein Großhändler auch nur daran dachte diese  
22 Produkte zu verkaufen. Wir waren FeministInnen, wir haben die Quote gelebt während  
23 überwiegend Männerbünde regierten, die Frauen lieber am Herd sahen und wir  
24 kämpften an der Seite der Lesben und Schwulen als ein „Outing“ sozial vielfach  
25 geächtet wurde. Wir zeigten bereits Verantwortung für die Eine Welt, als der  
26 Mainstream noch zwischen drei Welten unterschied und nur das nationale Wohl zählte.

27 Wir laden Sie auch heute ein, mit uns über den Tag hinauszudenken – mit uns zu  
28 diskutieren, was sich ändern muss und wo es hingehen soll. Deutschland hat auf dem  
29 Weg zu einer grüneren Wirtschaft und einer offeneren Gesellschaft einiges erreicht,  
30 aber in vielerlei Hinsicht haben wir gerade erst angefangen.

31

## 32 **1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben**

33 Wir müssen heute etwas ändern, damit auch die kommenden Generationen frei  
34 entscheiden können, wie sie leben wollen. Wir wollen heute etwas ändern, um zu einer  
35 Wirtschaftsweise zu kommen, die allen nutzt und nicht nur wenigen – die auf  
36 Erneuerbare Energien gebaut ist statt auf Öl, Kohle, Atom und Gas, die unsere Umwelt  
37 schützt statt sie zu zerstören. Wir müssen dringend etwas ändern, um das  
38 Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben  
39 und unten zu stoppen. Und wir wollen heute etwas ändern, damit wir morgen endlich in  
40 einer modernen Gesellschaft leben, in der Frauen und Männer, Menschen  
41 verschiedener sexueller Identität, alteingesessene Bürger und neu zu uns Gekommene  
42 endlich gleichberechtigt leben können und gleiche Möglichkeiten haben.

43 Wir wollen alle von der Notwendigkeit des Wandels überzeugen. Lobbyismus und  
44 Klientel-Interessen werden wir entschieden entgegentreten und in die Schranken  
45 weisen. Auch das ist die Aufgabe demokratischer Politik.

46 Politik braucht Ideale, braucht Grundsätze und Werte, eine nachvollziehbare Richtung –  
47 doch genau das vermissen wir und viele andere bei dieser schwarz-gelben Regierung.

48 Wir wenden uns mit diesem Programm an alle IdealistInnen, denn auch wir glauben:  
49 eine bessere Gesellschaft ist möglich. Wir wenden uns mit diesem Programm an alle  
50 RealistInnen, denn auch wir wissen, dass die besten Ideale wenig wert sind, wenn wir  
51 nicht nach machbaren Vorschlägen suchen, sie zu verwirklichen. Wir legen in unserem  
52 Programm dar, welche Ideen, welche Grundsätze und Werte grüne Politik anleiten –  
53 und machen deutlich, wie wir diese Werte in konkrete Politik übersetzen

54

## 55 **2. Warum wir den grünen Wandel brauchen**

56 Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland auf den ersten Blick gut. Unser Land hat  
57 viele beeindruckende, technologisch starke Unternehmen, gut ausgebildete  
58 Beschäftigte und viele kreative Köpfe. Sie haben Deutschland vor allem über den  
59 Exporterfolg besser als viele andere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebracht.

60 Allein dieser ökonomische Erfolg ist nicht nachhaltig, weil unsere Wirtschaftsweise noch  
61 immer viel zu viel zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Die  
62 Produktion unseres Essens, unserer Handys, Autos, Kleider oder Möbel ist noch immer  
63 mit immensen Emissionen und Ressourcenverbrauch verbunden. Das Erdklima heizt  
64 sich weiter ungebremst auf. Die Klimakatastrophe hat uns schon erreicht, nicht nur in

65 Australien und dem Nordpol. Schon jetzt nehmen Dürren, Stürme, extreme Hitze- und  
66 Kälteperioden zu, schon jetzt flüchten weltweit bis zu 150 Millionen Menschen vor den  
67 Auswirkungen der Klimakatastrophe. Die Folgen dieser Entwicklung werden bald noch  
68 spürbarer werden. Wir gehen noch immer verschwenderisch mit Rohstoffen um, deren  
69 Vorkommen begrenzt ist und deren Abbau die Flüsse vergiftet, die Erde verseucht, die  
70 Luft verpestet. Menschen in vielen Ländern der Welt verlieren durch unseren Lebensstil  
71 ihre Existenzgrundlage, sie bauen auf ihren Feldern Futtersoja an, für unseren  
72 Fleischkonsum, sie arbeiten unter fürchterlichen und gefährlichen Bedingungen für  
73 unsere Billigkleidung. Wälder werden gerodet, Böden übernutzt, die Artenvielfalt  
74 schrumpft in rasendem Tempo. So untergräbt unser Wohlstand seine eigenen  
75 Grundlagen.

76 Unser wirtschaftlicher Erfolg ist nicht nachhaltig, weil Millionen Menschen ihr fairer  
77 Anteil an diesem Erfolg vorenthalten wird. Die Einkommens- und Vermögensschere hat  
78 sich immer stärker geöffnet. Während einige wenige hohe Gewinne einfahren, arbeitet  
79 mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für einen Niedriglohn deutlich unter 8,50 Euro.  
80 Obwohl immer mehr Menschen in Arbeit sind, steigt dennoch die Armut. 10% der  
81 Haushalte in Deutschland verfügen über weit mehr als die Hälfte des gesamten  
82 Nettovermögens. Die unteren 50% der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen  
83 gerade einmal 1% des Nettovermögens. In den letzten zehn Jahren ist die  
84 Verschuldung der öffentlichen Hand um 800 Mrd. Euro gewachsen – das ungleich  
85 verteilte private Vermögen hingegen hat sich von fast fünf auf über zehn Billionen Euro  
86 mehr als verdoppelt. Marode Schulen, geschlossene Schwimmbäder, stillgelegte  
87 Bahnhöfe, fehlende Kita-Plätze, zu wenig Ganztagschulen – überall fehlt Geld für  
88 unsere öffentlichen Einrichtungen. Diese Entwicklung stellt den Zusammenhalt der  
89 Gesellschaft in Frage.

90 Wir schaden unserer Zukunft, wenn in einem reichen Land wie Deutschland mehr als  
91 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Nicht nur das, auch ihre  
92 Aufstiegschancen sind schlecht. In Deutschland entscheidet sich in der Regel schon mit  
93 der Geburt, ob ein Kind später Abitur oder überhaupt einen Schulabschluss macht, ob  
94 es eine Chance auf einen Ausbildungsplatz hat, auf ein selbständiges Leben in Würde.  
95 Die traurige Wahrheit ist: Armut vererbt sich in unserem Land. Unseren Kindern sollte  
96 es einmal besser gehen. Heute hoffen wir, dass es ihnen wenigstens nicht schlechter  
97 geht.

98 Es ist nicht minder skandalös, dass Eltern immer noch um einen Kinderbetreuungsplatz  
99 kämpfen müssen, um arbeiten zu können. Noch immer gibt es auch viel zu wenig  
100 Ganztagschulen in Deutschland. Seit Jahrzehnten reden wir über diese Probleme, seit  
101 Jahrzehnten tut sich viel zu wenig.

102 Frauen und Männer sind in Deutschland immer noch nicht gleichberechtigt. Frauen  
103 erhalten weniger Lohn, auch für vergleichbare Tätigkeiten und steigen seltener in  
104 Führungspositionen auf. Viel häufiger als Männer sind sie zu Niedriglöhnen und in

105 unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die keinen Spielraum für eine  
106 eigenständige Absicherung bieten und sind deshalb auch öfters von Altersarmut  
107 bedroht. Und sie tragen einen Großteil der häuslichen Sorgearbeit und der  
108 Kindererziehung. Hier tut sich seit Jahren wenig. Auch eine Frau als Kanzlerin macht  
109 noch keine gute Gleichstellungspolitik.

110 Familie ist da wo Kinder sind. Kinder brauchen die Liebe ihrer Eltern, es muss egal sein  
111 ob die Eltern lesbisch, hetero oder schwul sind. Die ideologische Verweigerung des  
112 vollen Adoptionsrechts und der Homo-Ehe ist diskriminierend und muss überwunden  
113 werden. Es ist unwürdig, dass die notwendige Modernisierung vom  
114 Bundesverfassungsgericht und nicht von der Bundesregierung vorangetrieben wird.

115 Es ist erschreckend, dass eine rechte Terrorgruppe über 10 Jahre hinweg, angetrieben  
116 von einem blinden Hass auf alles was nicht ihrem kruden Weltbild entsprach, mit  
117 Bombenanschlägen und kaltblütigen Morden ungehindert durch unser Land ziehen  
118 konnte. Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist tief erschüttert. Echte  
119 Konsequenzen aus diesem staatlichen Versagen wurden immer noch nicht gezogen.

120 Wir finden, das darf nicht so weitergehen. Wir wollen unsere Demokratie und die  
121 Bürgerrechte stärken. Wir wollen gemeinsam einen grünen Wandel hin zu einer  
122 Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, der nicht auf Kosten des Planeten,  
123 nachkommender Generationen oder wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen  
124 Regionen geht. Ein grüner Wandel, der das Vertrauen in staatliche Institutionen wieder  
125 stärkt.

126 Deutschland hat alle Mittel dazu, das zu schaffen: die Menschen, die Technologien, das  
127 Wissen.

128 Und auch den Willen. Denn die Gesellschaft ist weiter als Merkel und ihr Kabinett uns  
129 glauben machen wollen. Die große Mehrheit will, dass es in unserer Gesellschaft  
130 gerechter zugeht, dass mehr Beteiligung möglich ist und dass wir endlich  
131 Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und  
132 Bürger hat längst verstanden, dass wir schonender mit unseren natürlichen Ressourcen  
133 umgehen müssen, dass wir einen neuen sozialen Ausgleich und ein echtes  
134 Aufstiegsversprechen brauchen, dass wir unsere Demokratie erhalten und dafür aber  
135 auch etwas tun müssen.

136 Doch diesen gesellschaftlichen Mehrheiten steht eine schwarz-gelbe Koalition  
137 entgegen, deren Kanzlerin die Klientelinteressen schützt statt sich auf die Seite des  
138 Wandels zu stellen. Verwandeln wir also endlich die gesellschaftliche Mehrheit in eine  
139 politische Mehrheit. Eine andere, eine bessere Politik ist möglich!

140

### 141 **3. Unser Ziel: Ein besseres Morgen**

142 Wir können gemeinsam eine Wirtschaft schaffen, die Lebensqualität für alle schafft,

143 ohne Umwelt, Natur und unsere natürliche Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir können  
144 gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen ist  
145 von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde – unabhängig von Herkunft und  
146 sexueller Identität.

147 Mit der Energiewende übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle. Damit können wir  
148 in Deutschland zeigen, dass eine erfolgreiche Industrienation den Umbau zu einer  
149 klimafreundlichen Energieversorgung schaffen kann. Wir können dem stockenden  
150 internationalen Klimaschutz so ganz neue Impulse geben und die Rettung des Klimas  
151 doch noch schaffen. Gleichzeitig entstehen hunderttausende neuer Jobs und alte  
152 Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden beseitigt.  
153 Das spart viel Geld und macht unsere Produktion sauber. Die neue, saubere Energie  
154 wird dabei von vielen kleinen Unternehmen in Bürgerhand erzeugt, nicht nur von  
155 einigen wenigen Großkonzernen, die heute den Wandel bremsen, weil sie uns teuren  
156 Strom verkaufen wollen, ohne Konkurrenz fürchten zu müssen. Wir ziehen endlich die  
157 Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und eine  
158 Energieversorgung der Zukunft nicht auf Kohle und Öl aufbauen darf – und auf Atom  
159 schon gar nicht.

160 Die Wirtschaft, die wir brauchen, soll Wohlstand für alle schaffen. Bisher wird unsere  
161 Wirtschaft fast ausschließlich anhand ihres Wachstums beurteilt. Die Fixierung von  
162 Politik und Medien allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt.  
163 Über die wichtigsten Dinge, die das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus.  
164 Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, kann es uns unterm  
165 Strich sogar ärmer machen. Wir können weiteres Wachstum nur noch dann  
166 verantworten, wenn nicht gleichzeitig Emissionen und Naturverbrauch wachsen und  
167 wenn die Lebensqualität tatsächlich steigt. Deshalb brauchen wir einen neuen  
168 Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität – einen neuen Wohlstandsindikator, der  
169 die soziale und ökologische Dimension des Wohlstandes mit umfasst. Wir wollen eine  
170 Wirtschaft, die den Menschen und nicht Märkte in den Mittelpunkt stellt.

171 Wir haben es in der Hand, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen  
172 gerecht an ihr teilhaben können, dass Arm und Reich nicht unerreichbar weit  
173 auseinanderliegen, Wenige sich nicht auf Kosten vieler bereichern, und alle Zugang zu  
174 den Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen, dass sich jeder  
175 gemäß seiner Fähigkeiten und Talente entwickeln kann – in guten Kitas und Schulen  
176 und nicht abhängig vom Geldbeutel seiner Eltern. Wir wollen eine solidarische  
177 Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch  
178 klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen  
179 zu kommen, von denen alle profitieren. Wir arbeiten so an einer sozialen und  
180 ökologischen Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir schaffen endlich klare  
181 Regeln für die Finanzmärkte. Gute Arbeit, gute Löhne, mehr Mitsprache der  
182 Beschäftigten – all das kann und muss zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg

183 beitragen.

184 Wir wollen in einer modernen Gesellschaft leben, in der Menschen gleichberechtigt sind  
185 und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben – Frauen und Männer, Menschen mit  
186 Behinderungen, Flüchtlinge, Menschen unterschiedlicher Herkunft und  
187 unterschiedlichen Alters, Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener  
188 sexueller Identität. Wir wollen unsere Demokratie wiederbeleben, so dass neben den  
189 gewählten Parlamenten vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden – und  
190 nicht starke Lobbys, für die das Gemeinwohl kein Kriterium ist.

191 Wir wollen einen respektvollen Umgang mit der Natur. Wir wollen eine Landwirtschaft,  
192 die nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher  
193 Fleischproduktion geprägt ist. Wir wollen informierte Verbraucherinnen und Verbraucher  
194 mit gesicherten Rechten – keine Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie.

195 Wir richten unsere Politik nicht nach Himmelsrichtungen aus. Weder Ost und West noch  
196 Nord und Süd dürfen gegeneinander ausgespielt werden. Wir packen die Probleme dort  
197 an, wo sie bestehen. Unser Ziel sind gleiche Chancen, Möglichkeiten und vergleichbare  
198 Lebensverhältnisse in allen Regionen. Auch deshalb bedarf es auch über 20 Jahre  
199 nach der friedlichen Revolution der Solidarität zwischen den ost- und westdeutschen  
200 Ländern. Wir können auch heute noch viel voneinander lernen und uns gemeinsam  
201 entwickeln.

202 Wir wollen ein europäisches Deutschland – kein deutsches Europa. Die Bundesrepublik  
203 hat vom Zusammenwachsen Europas profitiert wie kein anderes Land. Doch in der  
204 Krise hat sich gezeigt, dass Europa Reformen braucht. Wir sind uns sicher: um die  
205 großen Herausforderungen zu gestalten, brauchen wir mehr Europa. Aber wir brauchen  
206 auch ein anderes Europa: ein Europa, das miteinander mehr gegen  
207 Jugendarbeitslosigkeit und Armut unternimmt, das gemeinsam den Weg hin zu den  
208 Erneuerbaren Energien geht, das Menschen in Not human behandelt statt das  
209 Mittelmeer zur todbringenden Mauer zu machen. Wir brauchen ein demokratisches  
210 Europa der Bürgerinnen und Bürger statt ein Europa der Regierungen, Verwaltungen  
211 und Expertokratie.

212 Wir stehen für eine Politik, die global denkt und handelt. Unsere ambitionierte  
213 innenpolitische Reformagenda geht einher mit einer globalen durchdachten Politik. Den  
214 Schutz des Klimas, den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt  
215 gibt es nur global. Unser Ziel ist es Menschenrechte umzusetzen, Armut zu reduzieren,  
216 Frieden zu sichern sowie Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie zu fördern.

217 Wir glauben, dass viele in Deutschland so denken, vielleicht sogar die meisten. Doch  
218 um zu diesem Ziel zu kommen müssen wir noch Vieles verändern. Und wir müssen es  
219 bald tun, denn eine falsche Wirtschaftsweise und eine ungerechte Gesellschaft  
220 verursachen Schäden, die nicht mehr zu reparieren sind. Wir glauben, der grüne  
221 Wandel ist der richtige Weg zu diesem besseren Morgen.



#### 222 4. Teilhaben, Einmischen, Zukunft Schaffen – Motoren des grünen Wandels

223 Eine bessere Politik lässt Menschen teilhaben. Denn nur wer Teil dieser Gesellschaft  
224 ist, wer Zugang hat zu den öffentlichen Gütern, wird nicht abgehängt und kann  
225 selbstbestimmt leben. Eine bessere Politik braucht Menschen die sich einmischen und  
226 begreift diese nicht als Störfaktor. Eine bessere Politik schaut voraus und schafft  
227 Zukunft – heute schon.

228 Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen – das ist die Richtung des grünen Wandels.  
229 Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen – das sind zugleich seine Motoren.

230

231 *Teilhaben: Ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit*

232 Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr soziale Teilhabe! Teilhabe ist eine  
233 elementare Bedingung für Gerechtigkeit: Teilhabe am Arbeitsmarkt, Teilhabe an den  
234 Bildung, Teilhabe an sozialer Sicherheit, Teilhabe an einem Gesundheits- und  
235 Pflegesystem, das keine Unterschiede zwischen den Menschen und ihren Einkünften  
236 oder ihrer Herkunft macht.

237 Eine Politik der Teilhabe braucht neben einer menschenwürdigen Grundsicherung die  
238 Erneuerung und Stärkung unserer öffentlichen Institutionen. Wir wollen sie an die  
239 Öffentlichkeit zurückgeben: die öffentlichen Orte, Räume und Netze. Ob Kitas oder  
240 Schulen, Hochschulen oder Berufsschulen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen,  
241 Jobcenter oder Arbeitsagenturen, öffentliche Plätze oder Stadtteilzentren, Jugend- oder  
242 Kultureinrichtungen: überall dort entscheidet sich, ob Teilhabe möglich ist. Die  
243 Erneuerung all dieser öffentlichen Institutionen braucht höhere Qualität, Öffnung für alle  
244 und bessere Beteiligungsmöglichkeiten. Wir beschreiben in den Kapiteln unseres  
245 Programms genau, wie die Erneuerung dieser Orte, Räume und Netze aussehen kann.  
246 Hier investieren wir Geld – und vor allem unsere Ideen.

247 Wir wollen eine *inklusive* Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der  
248 alle Zugang haben. Unabhängig von Geschlecht oder Herkunft, Alter oder Elternhaus,  
249 körperlicher oder psychischer Verfassung: Wir bauen die Barrieren ab. Gleich ob  
250 Schule oder Arbeitsmarkt, Stadtviertel oder Kultureinrichtung, Gesundheit oder Pflege:  
251 Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft, die Blockaden abbaut, in der Anstrengung  
252 belohnt wird und niemand durch verschlossene Türen und gläserne Decken  
253 ausgebremst und ausgeschlossen wird.

254 Teilhaben – das braucht eine *solide und solidarische Finanzierungsbasis*, in der die  
255 stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren. Deshalb sollen die kleinen  
256 Einkommen entlastet und die höheren stärker einbezogen werden. Wir wollen Gering-  
257 und NormalverdienerInnen entlasten durch ein höheres steuerfreies Existenzminimum  
258 und stabilisierte Beiträge für Krankheit und Pflege durch eine Bürgerversicherung.  
259 Erben sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Bildung und Kultur in den

260 Ländern leisten. Verdienst aus Geldanlagen soll wieder genauso hoch besteuert  
261 werden wie Verdienst aus Arbeit. Und wir wollen eine Vermögensabgabe für das  
262 reichste Prozent der Bevölkerung, die dazu dient, den durch die Finanzkrise enorm  
263 gewachsenen Schuldenberg abzutragen – damit unsere Steuergelder nicht für die  
264 Zinstilgung, sondern für mehr Teilhabe und bessere öffentliche Güter für alle genutzt  
265 werden können.

266 Teilhaben – das braucht einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens  
267 8,50 Euro und *gute Arbeit für alle*. Dafür wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse, etwa  
268 durch ausufernde Kettenverträge für befristete Jobs, beenden, Minijobs ersetzen und  
269 sicherstellen, dass Leiharbeit nicht missbraucht wird.

270 Teilhaben – das bedeutet im 21. Jahrhundert auch Zugang zu schnellem Internet zu  
271 haben. Soziale wie ökonomische Teilhabe hängt nicht zuletzt vom  
272 Breitbandinternetanschluss ab. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass jede/r am  
273 schnellen Internet teilhaben kann.

274 Teilhaben – das braucht auch ein gesellschaftliches Klima, in dem alle Menschen  
275 akzeptiert sind und sich einbringen können. Wir stehen für ein gleichberechtigtes  
276 Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land. Wir  
277 wollen eine moderne Integrationspolitik, die anerkennt, dass jede Einbürgerung ein  
278 Erfolg ist.

279 Teilhaben – das zielt auch auf Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Sexismus  
280 und die Benachteiligung von Frauen sind in vielen Fällen noch immer trauriger Alltag.  
281 Wir machen mit dem Skandal Schluss, dass viele Frauen immer noch keine  
282 eigenständige Existenzsicherung haben, dass sie die schlechteren Karrierechancen  
283 und niedrigere Löhne in Kauf nehmen müssen. Dafür brauchen wir ein  
284 Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine Quote  
285 in Aufsichtsräten und einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung.

286 Machen wir aus der gesellschaftlichen eine politische Mehrheit: für gute öffentliche  
287 Institutionen, für eine gerechtere Verteilung und ein soziales Sicherungssystem, das  
288 seinen Namen wirklich verdient. Für eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben.

289

290 *Einmischen: Ihre Stimme für mehr Beteiligung*

291 Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr demokratische Beteiligung! Misch Dich ein!  
292 Das ist unser Credo. Wir wollen mit unserer Politik das Einmischen leichter machen.  
293 Demokratie zählt zu dem wertvollsten, was wir haben. Und gerade deshalb wollen wir  
294 sie neu beleben, ihr neue Kraft geben. Das geht nur, wenn sich die Bürgerinnen und  
295 Bürger einbringen können und ihre demokratischen Rechte geltend machen. Wir  
296 beschreiben in unserem Programm, wie eine neue demokratische Kultur aussehen  
297 kann. Wir setzen auf eine Politik des Zuhörens, Hörbarmachens und Mitentscheidens,

298 in der Einmischung gewünscht ist und die Politik die Gründe ihres Handelns offen legt  
299 und zur Diskussion stellt.

300 Einmischen erfordert zunächst *neue Mitbestimmungsmöglichkeiten*. Wir schaffen mehr  
301 Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren und bessere Möglichkeiten für  
302 Bürgerbegehren und Volksentscheiden. Das fordern wir auch wenn es um unser  
303 Herzensanliegen geht, die neue klimafreundliche Energieversorgung. Einmischung ist  
304 erwünscht, auch wenn uns Grünen dann ab und zu der Wind ins Gesicht bläst.

305 Wer möchte, dass die Menschen sich einmischen und den Wandel aktiv mitgestalten  
306 können, der muss nicht nur an den Verfahren feilen, sondern auch die  
307 Voraussetzungen fürs Einmischen schaffen. Einmischen – das braucht zum Beispiel  
308 *starke Kommunen* und Beteiligung vor Ort. Menschen sind engagiert und kompetent –  
309 gerade da, wo sie zuhause sind, in ihrer Kommune: Elterninitiativen, die mit  
310 selbstverwalteten Kitas voran gehen und zeigen, wie dringend notwendig die Betreuung  
311 von unter Dreijährigen ist; Bürgerinnen und Bürger, die den „Atomausstieg selber  
312 machen“ und den Energieversorger wechseln, weil es ihnen zu langsam vorangeht;  
313 Sportvereine, die der Politik zeigen, dass ein neues Miteinander manchmal so einfach  
314 umzusetzen ist.

315 Einmischen – das heißt aber auch die Barrieren für Beteiligung zu beseitigen. Wir  
316 wollen die Einbürgerung in einem toleranten Deutschland erleichtern, damit all  
317 diejenigen mitbestimmen können, die schon lange hier leben. Unsere Demokratie darf  
318 niemanden aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Identität, Geschlecht,  
319 Behinderung oder Alter ausgrenzen. Deswegen heißt Einmischen auch, Jugendlichen  
320 die Möglichkeiten zur demokratischen Entscheidung zu öffnen und das Wahlalter auf  
321 16 Jahre zu senken

322 Einmischen – das geht aber auch nicht ohne gerechte Repräsentation. Wir kämpfen für  
323 eine inklusive Demokratie, in der alle mitreden und mittun können. Gerade deshalb  
324 streiten wir für eine gerechte demokratische Repräsentation. In den Parlamenten, in der  
325 Verwaltung, aber auch in den Parteien. Dafür brauchen wir Parteien, die sich zu den  
326 Bürgerinnen und Bürgern hin öffnen. Wir brauchen starke Parlamente und  
327 transparentes Regierungshandeln. Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass  
328 deutsche Waffen an alle Welt verkauft werden – ohne ausreichende parlamentarische  
329 und zivilgesellschaftliche Kontrolle.

330 Einmischen – das heißt die Freiheit dazu zu haben. Der Abbau unserer Bürgerrechte  
331 muss ein Ende haben. Sicherheit gehört gewährleistet, Freiheit gehört nach über zehn  
332 Jahren der Einschränkung, die unter den Eindrücken der Terroranschläge in den USA  
333 vorgenommen wurden, wieder gestärkt. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der  
334 Menschen nicht das Gefühl haben müssen, überwacht zu werden – sei es durch den  
335 Staat oder immer häufiger durch Unternehmen. Der Schutz unserer Privatsphäre und  
336 die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung sind daher umso elementarer im

337 21. Jahrhundert.

338 Einmischen – das lebt von mündigen VerbraucherInnen. Wir brauchen endlich wieder  
339 eine Verbraucherpolitik, die unsere Rechte schützt. Denn wir können nur Einfluss  
340 nehmen, wenn wir wissen was drin ist, ob im Essen oder im Versicherungspaket.

341 Einmischen – das muss auch für die Arbeitswelt gelten. Arbeitnehmerinnen und  
342 Arbeitnehmer sind keine Arbeitsmaschinen und kein Kostenfaktor sondern die  
343 wichtigste Produktivkraft, die wir haben. Deswegen wollen wir ihre Rechte stärken, ihre  
344 Ideen und Engagement fördern.

345 Einmischen – das heißt für uns, jeder Form von Rechtsextremismus und  
346 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Die NSU  
347 Morde und vor allem der skandalöse Umgang der Verfassungsschutzbehörden, Polizei  
348 und Justiz bei der Aufklärung zeigen, wie viel hier noch zu tun ist. Diesen immensen  
349 Schaden müssen wir beheben und wieder Vertrauen schaffen. Wir stärken den  
350 Widerstand gegen Nazis mit allen rechtstaatlichen Mitteln und erheben unsere Stimme  
351 auch dann, wenn Intoleranz aus der Mitte der Gesellschaft kommt und sich der  
352 Rassismus oder der Antisemitismus in Nadelstreifen kleidet.

353 Einmischen – heißt die Beteiligungsmöglichkeiten des Internets nutzen und für alle  
354 zugänglich machen. Wir setzen auf die neuen digitalen Möglichkeiten, um mehr  
355 Mitwirkung und mehr Transparenz herzustellen.

356 Einmischen – heißt die Entscheidungsstrukturen auch auf internationaler Ebene fairer  
357 zu gestalten. Wir wollen deshalb die Vereinten Nationen als internationale Organisation  
358 mit der meisten Legitimation weiter demokratisieren sowie den Internationalen  
359 Strafgerichtshof und das Völkerstrafrecht stärken.

360 Machen wir aus gesellschaftlichen Wunsch Wirklichkeit: für mehr  
361 Beteiligungsmöglichkeiten, für eine gerechte Repräsentation und für eine neue Politik  
362 des Zuhörens. Für eine demokratische Gesellschaft, in der sich Einmischung lohnt.

363

364 *Zukunft schaffen: Ihre Stimme für ein besseres Morgen*

365 Schaffen wir einen grünen Wandel für ein besseres Morgen! Nachhaltig wirtschaften  
366 bedeutet nicht mehr verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der  
367 Substanz leben, sondern von den Erträgen. Inzwischen wissen wir längst, dass sich  
368 dieses Motto nicht nur auf die Ökologie beschränken darf.

369 Zukunft schaffen – das heißt zuallererst die *Energiewende schaffen*. Wir erreichen  
370 100% sichere Energie – ohne Atom und Kohle. Dazu wollen wir das Gesetz für  
371 Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien  
372 und so die Strompreise sozialer gestalten. Wir müssen den Strommarkt anders  
373 organisieren, damit er auch dann noch funktioniert, wenn Kohle und Atom endlich  
374 verschwunden sind. Wir wollen Deutschland vom Bremser zum Vorreiter beim

375 Klimaschutz machen – hier, in Europa und der Welt. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz,  
376 damit es Energiesicherheit und Planungssicherheit gibt. Wir sorgen außerdem dafür,  
377 dass die Energiewende auch in der Verkehrspolitik ankommt. Mit Vorfahrt für  
378 FußgängerInnen, Fahrrad, Elektroantrieb und Schienenverkehr ermöglichen wir eine  
379 neue Mobilität für alle – unabhängig von fossilen Energieträgern und frei von Lärm, der  
380 uns krank macht.

381 Zukunft schaffen – das heißt der *Wirtschaft eine grüne Richtung* geben. Wir stehen vor  
382 einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen,  
383 also ressourcensparenden und emissionsarmen Wirtschaftsweise. Dafür braucht es  
384 einen neuen Rahmen, der die Zielmarken für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen, der  
385 Wirtschaft, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit setzt. Wir können unsere  
386 Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren, in dem wir knappe Rohstoffe weniger  
387 verwenden, wieder verwenden und durch günstigere und umweltschonendere Rohstoffe  
388 ersetzen. So leisten wir einen Beitrag für eine umweltverträgliche und gerechte globale  
389 Entwicklung.

390 Zukunft schaffen – das heißt für uns *auf Bildung und Wissenschaft zu setzen*. Von einer  
391 zukunftsfähigen Bildungsrepublik sind wir noch weit entfernt. Ein gutes Bildungs- und  
392 Wissenschaftssystem ist Voraussetzung für die Bewältigung der großen sozialen,  
393 ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft  
394 und grüne Ökonomie braucht das Wissen und die Kreativität ihrer Menschen, benötigt  
395 gut ausgebildete Fachkräfte und HochschulabsolventInnen, lebenslanges Lernen sowie  
396 die Innovationen und das Know-how aus Wissenschaft und Forschung.

397 Zukunft schaffen – das heißt die *Arbeit der Zukunft* fördern. Mit einer dritten, einer  
398 grünen industriellen Revolution und mit mehr Arbeit von Menschen für Menschen – ob  
399 in Bildung, Gesundheit, Pflege oder Kultur – schaffen wir die Arbeitsplätze von Morgen  
400 und sichern so Wohlstand und soziale Teilhabe für alle.

401 Zukunft schaffen – das heißt *vorsorgen*. Das gilt in der Haushaltspolitik, in der wir  
402 insbesondere mit der Vermögensabgabe den gigantischen Schuldenberg abtragen  
403 wollen. Das gilt in der Rentenpolitik, in der wir mit der Garantierente das Vertrauen auch  
404 zukünftiger Generationen in die Alterssicherung zurückgeben wollen. Das gilt aber auch  
405 für die Gesundheitspolitik, die auf Vorsorge setzen muss und sich nicht erst kümmert,  
406 wenn wir schon krank sind.

407 Zukunft schaffen – das heißt die *Umwelt erhalten*. Wir brauchen mehr Schutzgebiete für  
408 die Artenvielfalt und ein neues Tierschutzgesetz. Wir brauchen eine Landwirtschaft die  
409 endlich weg kommt von Gentechnik und industrieller Tierproduktion. Artgerecht statt  
410 massenhaft – so schaffen wir Zukunft für Mensch, Tier und auch für das Klima.

411 Zukunft schaffen – das gelingt nur mit Europa. *Unser gemeinsames Europa*. Wir  
412 stärken deshalb die Europäische Union als Ort der Solidität, der Solidarität und der  
413 Nachhaltigkeit. Dafür fordern wir eine Bankenunion und eine unabhängige

414 Bankenaufsicht. Wir ergänzen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische  
415 Union, damit nicht nur die Marktlogik diktiert, was geht und was nicht geht.

416 Zukunft schaffen – das können wir nur, wenn wir die gesamte Welt im Blick haben.  
417 *Unsere eine Welt.* Deshalb wollen wir die große Transformation hin zu einer friedlichen,  
418 gerechten und nachhaltigen Globalisierung vorantreibenden. Das heißt auch das  
419 Versprechen, 0,7% des BIP für die Entwicklungshilfe einzusetzen, ebenso ernst zu  
420 nehmen wie die zivile Konfliktprävention, bei der das Konzept der Schutzverantwortung  
421 umgesetzt wird. Das heißt aber auch ein neues Kontrollgesetz einzuführen, um den  
422 Export von Waffen aus Deutschland zu begrenzen.

423 Jetzt Handeln für ein besseres Morgen! Das ist unsere Antwort auf die Merkel-Koalition,  
424 die die Energiewende komplett gegen die Wand fährt, die Rettung des Euro immer nur  
425 vertagt, die wachsende Armut und Ungleichheit einfach ignoriert. Anstatt  
426 Herausforderungen anzugehen und der Wirtschaft endlich ein neues, zukunftsfähiges  
427 Fundament zu geben, werden falsche Entscheidungen getroffen oder Probleme auf die  
428 lange Bank geschoben.

429

## 430 **5. Am 22. September grün wählen**

431 Liebe Wählerin, lieber Wähler,

432 Es ist an der Zeit, dass sich was ändert. Statt sozialer Spaltung brauchen wir ein neues  
433 Miteinander. Statt entfesseltem Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte. Statt  
434 altem Wachstum echte Lebensqualität. Statt einer marktkonformen Demokratie eine  
435 demokratische Erneuerung, in der die Menschen etwas zu sagen haben und die Politik  
436 gestalten kann. Statt einer Rolle rückwärts eine sichere Energiewende und den Erhalt  
437 unserer Lebensgrundlagen.

438 Wer grün wählt, stimmt für einen Weg aus den Krisen. Mit Kompass und Werten und  
439 realistischen Lösungen. Unser grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann und viele  
440 andere Grüne in Verantwortung in den Ländern und Kommunen zeigen, was Grün  
441 kann, wenn Grün regiert. Und auch unsere SpitzenkandidatInnen Katrin Göring-Eckardt  
442 und Jürgen Trittin stehen dafür ein: Realismus und Weitsicht verankert in klaren  
443 Werten.

444 Schwarz-Gelb betreibt pünktlich zum Wahlkampf reine Ankündigungspolitik, steht in  
445 Wahrheit aber mit ihrer Politik gegen einen echten Mindestlohn, gegen eine verbindliche  
446 Frauenquote, gegen eine entschiedene Energiewende sowie gegen die tatsächliche  
447 Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Damit steht Schwarz-Gelb gegen  
448 die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Deswegen gehört sie auch abgelöst.

449 Wir kämpfen eigenständig für unsere Ideen und Inhalte. Wir kämpfen in diesem  
450 Bundestagswahlkampf für starke Grüne in einer Regierungskoalition mit der SPD, weil  
451 wir in diesem Regierungsbündnis die besten Chancen sehen, den grünen Wandel

452 umzusetzen.

453 Bei dieser Bundestagswahl geht es nicht um eine Direktwahl der Kanzlerin oder des  
454 Kanzlers. Es geht nicht um die absolute Mehrheit einer Partei. Es geht darum, welche  
455 Koalition die nächsten vier Jahre Deutschland regiert. Wir wollen den grünen Wandel  
456 mit einer rot-grünen Koalition erreichen. Rot-Grün ist die Alternative zur Merkel-  
457 Koalition.

458 Koalitionen sind keine Frage von Farben oder Ideologien. Koalitionen sind Bündnisse  
459 auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Nur wer mit uns Grünen in die gleiche  
460 Richtung gehen will, nur wer den grünen Wandel ermöglichen will, mit dem können wir  
461 regieren, mit dem wollen wir koalieren. Wer in eine andere Richtung gehen will, mit dem  
462 können wir nicht regieren und mit dem wollen wir nicht koalieren.

463 Und da ist unübersehbar: CDU und CSU hintertreiben die Energiewende. Die Union ist  
464 gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine stärkere Beteiligung der Reichen an  
465 der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Sie steht gegen die Gleichstellung der  
466 Frauen und die vollständige Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen. Immer  
467 wieder betreibt die Union Wahlkampf mit dem Ressentiment gegen Minderheiten und  
468 gegen eine moderne Einwanderungspolitik. Die CSU ist offen europafeindlich. CDU und  
469 CSU blockieren den grünen Wandel.

470 Die Linkspartei macht unseriöse sozial- und finanzpolitische Versprechungen, so dass  
471 der Wortbruch vorprogrammiert ist. Sie lehnt die Einhaltung, der im Grundgesetz  
472 verankerten Schuldenbremse ab. Die Linkspartei verweigert jede internationale  
473 Verantwortung, wenn sie selbst UN-mandatierte, friedenserhaltende Auslandseinsätze  
474 ablehnt. Ihre Europapolitik ist national-populistisch, indem sie jede Hilfe für unsere  
475 europäischen Nachbarn verweigerte. Die Linke steht abseits des grünen Wandels.

476 Die FDP vertritt auf absurde Weise die Klientelinteressen einiger weniger. Sie will das  
477 EEG abschaffen, sie verweigert sich einer solidarischen Steuerpolitik, lehnt  
478 Mindestlöhne ab und ist gegen die Frauenquote. Die FDP ist eine Kampfansage an den  
479 grünen Wandel.

480 Für uns ist klar: Bei den zentralen Themen – bei der Energiewende, bei einer gerechten  
481 Steuerpolitik, bei einer modernen Gesellschaftspolitik – gibt es mit der SPD neben  
482 Gemeinsamkeiten auch Differenzen. Manchmal ist die SPD kein Antreiber, sondern ein  
483 Bremser. Nur mit starken Grünen wird sie ein Partner für den grünen Wandel sein.  
484 Deshalb braucht es 2013 starke Grüne.

485 Teilhaben – Einmischen – Zukunft schaffen: das bildet zusammen die Grundlage für  
486 einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für  
487 mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

488 Teilhaben – Einmischen – Zukunft schaffen: das beschreibt einen neuen Weg aus den  
489 Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer

490 Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.  
491 Wählen Sie grün. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres  
492 Morgen.  
493 **Für den grünen Wandel.**  
494



## **BTW-E-01 Bundestagswahlprogramm - 100% Sichere Energie**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 B) 100% sichere Energie**

#### **2 Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen**

3 Als wir 1980 das erste Mal zur Bundestagswahl angetreten sind, haben wir gegen alle  
4 anderen Parteien den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Wende in der  
5 Energiepolitik hin zu Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz gefordert.  
6 Damals wurden diese Ideen als „Spinnertum“ abgetan.

7 Heute, eine Generation und zwei Atom-Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima  
8 später, ist der Atomausstieg zu großen Teilen Realität und der Einstieg in die  
9 Energiewende gelungen: Von den 26 Atomkraftwerken, die Anfang 1990 in Ost- und  
10 Westdeutschland in Betrieb waren, laufen nur noch neun. Der Bundestag hat im Juni  
11 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Dem  
12 gegenüber steht die unter Rot-Grün eingeleitete Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren  
13 Energien: Sie wuchsen von 5% im Jahr 1998 auf heute 25% und sind damit der  
14 zweitwichtigste Stromerzeuger geworden. Das ist ein zentraler Erfolg grüner Politik.

15 Wir wollen, dass Deutschland bei der Energiewende vom Testfall zum Paradebeispiel  
16 wird. Aber die Vollendung der Energiewende geschieht nicht von allein: CDU/CSU und  
17 FDP stellen täglich unter Beweis, dass sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur  
18 widerwillig betreiben. Mit überbordenden Industrieprivilegien konterkarieren sie den  
19 ökologischen Wandel der Wirtschaft und belasten die Verbraucherinnen und  
20 Verbraucher mit unfairen Strompreisen. Schwarz-Gelb würde den Atomausstieg  
21 offenkundig am liebsten wieder rückgängig machen. Assistenten werden sie dabei von  
22 einschlägigen Lobby-Organisationen mit millionenschweren Werbeetat. Doch in der  
23 Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, der diesem Interesse zuwiderläuft. Die  
24 meisten Menschen wollen, dass auch die letzten neun Atomkraftwerke abgeschaltet  
25 werden und auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Wir haben das  
26 Zeitalter der Erneuerbaren Energien eingeläutet und jetzt muss die Energiewende mit  
27 Leidenschaft, Begeisterung und Kreativität vorangetrieben werden – auch global. Es  
28 geht darum, bezahlbare Energie für alle bereitzustellen, ohne dass dafür – wie bisher –  
29 unsere Kinder Atommüll und ökologische Schulden aufgebürdet bekommen. Dafür  
30 stehen nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

31 Und wir wollen den Erfolg der Energiewende weltweit. Denn die Antwort auf  
32 Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare  
33 Energien für alle. Deutschland muss seiner Verantwortung als Vorbild für einen  
34 weltweiten Umstieg auf Erneuerbare gerecht werden und verlässlicher Partner sein für  
35 die Bekämpfung von Energiearmut, und so Lösungen für Metropolen mitentwickeln –  
36 und vor allem dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die deutsche  
37 Energiewende steht im globalen Scheinwerferlicht, wenn sie erfolgreich ist werden sich  
38 andere wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale  
39 klimapolitische Dynamik entstehen.

40 Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, wollen wir die Energiewende zum Erfolg  
41 führen. Das bringt auch einen Durchbruch beim Kampf gegen den globalen  
42 Klimawandel mit sich – denn Deutschland wird international als Testfall dafür  
43 betrachtet, ob Klimaschutz und Erneuerbaren Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und  
44 mit Gewinn verbunden werden können.

45 Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil wir damit Zukunft schaffen. Wir wollen  
46 unseren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen – eine Energieversorgung frei von  
47 Atomgefahren und klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine Zukunft ohne  
48 Klimakatastrophe, die zu Millionen von Klimaflüchtlingen führt.

49 Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil so die Energie aus den Händen der  
50 Konzerne in die Hände der BürgerInnen wandert. So können sich endlich alle  
51 einmischen und mitmachen bei der Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie.

52 Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil nur sie soziale Teilhabe in der  
53 Energiepolitik dauerhaft absichert. Während die Preise für Kohle, Öl und Gas  
54 kontinuierlich steigen, schickt die Sonne keine Rechnung.

55

## 56 **1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft**

57 Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25%.  
58 Unsere Vision ist: Im Jahr 2030 soll die Stromversorgung zu 100% aus Erneuerbaren  
59 Energien gedeckt werden, 2040 auch Wärmeversorgung und Verkehr. Dazu wollen wir  
60 im Jahr 2022, wenn endlich die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens  
61 die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.

62 Dass 100% Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien eine technologische  
63 Herausforderung darstellt, ist uns klar. Doch wir setzen auf die Leidenschaft und  
64 Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt – und wie sie in vielen  
65 Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit  
66 Händen zu greifen ist. Die Erfahrung anderer industrieller Entwicklungen spricht für den  
67 Erfolg: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. So wurde etwa 1885 in  
68 Berlin das erste Kraftwerk in Deutschland errichtet, bereits im Jahr 1900 hatten

69 praktisch alle Städte Elektrizität. Während 1970 Computer noch auf Lochkarten-Basis  
70 funktionierten und Hallen füllten, hatten 25 Jahre später schon viele Haushalte einen  
71 eigenen PC zu Hause. Wenn man es will und vorantreibt, können wir auch den Sprung  
72 in eine Welt sauberer Energie schaffen. Wenn wir es wollen und vorantreiben, können  
73 wir auch den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

74 Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass die hierfür notwendige Politik  
75 umgesetzt wird und die Kosten gerecht verteilt werden. Wir wollen daher das von uns  
76 im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das den Technologie-Boom  
77 ausgelöst hat, und von vielen Ländern in aller Welt nachgemacht wurde, intelligent  
78 fortentwickeln. Die Investitionssicherheit wollen wir – auch durch einen  
79 Einspeisevorrang – beibehalten, doch wir brauchen stärkere Wettbewerbselemente für  
80 mehr Effizienz und geringere Kosten. Wir wollen eine Effizienzrevolution fördern, bei der  
81 drohende Rebound-Effekte vermieden werden. . Doch Maßnahmen zur Steigerung der  
82 Effizienz dürfen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben. Im Wärme und  
83 Verkehrssektor müssen die ebenfalls großen Einsparpotentiale ebenfalls besser  
84 ausgeschöpft werden.

85 Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind auf dem Meer und  
86 auf dem Land und Sonne die Basis unserer Stromerzeugung. In sonnen- und  
87 windarmen Zeiten können hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Die  
88 werden für eine Übergangszeit noch auf der Basis von Erdgas sein, später dann auf  
89 Biomasse und durch Wind- und Solaranlagen erzeugten Brennstoffen („Power to Gas“)  
90 beruhen. Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer  
91 abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf ausgerichtet werden. Wir brauchen  
92 deswegen ein völlig neues Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle-  
93 und Atomstrom ausgerichtet ist, sondern Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit,  
94 Kosteneffizienz und Flexibilität zum Beispiel durch Kapazitätsmärkte sicherstellt.

95

## 96 **2. Die Energiewende von unten weiterführen**

97 Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien in Deutschland wurde zu über 90% von  
98 Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den vier großen Energieversorgern gestemmt.  
99 Die Energieversorgung der Zukunft ist viel dezentraler und bürgernaher. Dies hat das  
100 EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung getan. Wer diese  
101 erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer  
102 Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG behutsam  
103 weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten.

104 Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und  
105 Energiekonzepte aufzustellen, die örtliche Energieversorgung wieder in die eigene  
106 Hand zu nehmen und somit die Energieerzeugung in Bürgerhand zu fördern. Das stärkt  
107 Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der

108 Menschen in der Region bleiben.

109 Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger als ihn zu speichern. Wir  
110 stehen daher zu einem sinnvollen Netzausbau – auch wenn wir wissen, dass wir damit  
111 den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen  
112 alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen im bestehenden Netz ausgeschöpft  
113 werden. Dabei sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung  
114 essentiell. Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und  
115 gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen  
116 erstellt werden und dort, wo nötig, auch Erdkabel realisiert werden. Es soll aber auch  
117 Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten  
118 geben, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren  
119 können.

120 Um eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen, brauchen wir  
121 auch neue Stromspeicher und müssen die Verbrauchskategorien Strom, Wärme und  
122 Mobilität verknüpfen. Die verschiedenen Speichertechnologien wollen wir parallel  
123 anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen. Den  
124 Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen  
125 und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie der  
126 erforderlichen Netz- und Speicherinfrastrukturen zu. Dazu sollten die raumordnerischen  
127 Instrumente und Verfahren bei frühzeitiger Beteiligung der BürgerInnen gestärkt  
128 werden.

129 Die Energiewende darf nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des  
130 Naturschutzes gehen. Auch in Deutschland ist die weitere Biomasse-Nutzung aufgrund  
131 der Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und zu Naturschutz- und  
132 Erholungszwecken sehr begrenzt. Biomasse muss primär dazu dienen, die  
133 schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Um die  
134 „Vermaisung“ der Landschaft zu verhindern, sollen unterschiedliche Energiepflanzen  
135 angebaut und auch die Verwertung biogener Reststoffe (Grünschnitt, Essensabfälle etc.  
136 ) stärker in den Fokus gerückt werden.

137

### 138 **3. 100% sichere Energie ohne Kohle und Atom**

139 Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche  
140 CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das  
141 weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie  
142 ist: unter der Erde. Dafür wollen wir das Bergrecht ändern, um neue  
143 Braunkohletagebaue zu verhindern. Gas hat von den fossilen Energieträgern die  
144 geringsten CO<sub>2</sub>-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion  
145 einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen.  
146 CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung (CCS) an Kohle- und Gaskraftwerken lehnen wir

147 ab. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels giftiger Chemikalien – das  
148 sog. „Fracking“ – ist hochproblematisch. Wir wollen ein „Fracking“-Moratorium, bis  
149 diejenigen, die es wollen, nachgewiesen haben, dass es unschädlich ist.

150 Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren  
151 Energien weist. Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren  
152 und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen  
153 in Deutschland bis 2020 um 40%, bis 2030 um 60%, bis 2040 um 80% und bis 2050 um  
154 95% unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Gesetz wird verbindliche Ziele für  
155 den Verkehrs-, Wärme- und Strombereich sowie die Land- und Forstwirtschaft  
156 beinhalten. Die Fortschritte sollen jährlich überprüft und die Klimaschutzmaßnahmen  
157 ggf. verstärkt werden. Investoren haben so Sicherheit für ihre langfristigen Strategien in  
158 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

159 Wir wollen das Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein 3,5 Mrd. Euro  
160 umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein  
161 Marktanreizprogramm, Erneuerbare Wärme und „Smart Grid“-Technologien (Intelligente  
162 Stromnetze) und für Forschung unterlegen sowie das Programm für energetische  
163 Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken. Zur Energiewende gehört auch,  
164 Verantwortung für den noch viele Jahrtausende hochradioaktiven Atommüll zu  
165 übernehmen. Durch den Vergleich mehrerer Standorte muss der bestgeeignete  
166 geologische Ort zur Aufnahme des Millionen Jahre strahlenden Atommülls gefunden  
167 werden. Atommüll-Exporte ins Ausland wollen wir verbieten. Bis zum beschlossenen  
168 Atomausstieg müssen die noch verbleibenden Atomkraftwerke so sicher wie nur irgend  
169 möglich sein, bei schweren Sicherheitsbedenken müssen AKWs bereits früher vom  
170 Netz genommen und so der Atomausstieg beschleunigt werden. Wir werden daher die  
171 neuen Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke konsequent anwenden. Aus  
172 unserer Sicht gehören zu einem konsequenten Atomausstieg auch ein sofortiger Stopp  
173 und das Verbot von Hermesbürgschaften für AKW-Projekte im Ausland.

174 Die Energiewende muss auch im Forschungshaushalt stattfinden, Atom- und  
175 Kernfusionsforschung sind nicht zukunftsfähig. Stattdessen braucht es eine Wende zur  
176 Transformationsforschung, die bei der Organisation der Energiewende durch  
177 ökologische und technologische Innovationen unterstützt.

178

#### 179 **4. Bezahlbare Wärme und Strom für alle**

180 Energie ist Lebenselixier – eine warme Wohnung und eine sichere Stromversorgung  
181 sind heute für jede/n elementar. Energiepolitik ist deswegen auch eine Frage der  
182 sozialen Teilhabe. Eine auf Kohle, Öl und Gas basierende Energieversorgung ist aber  
183 ein Armutsrisiko für weite Teile der Bevölkerung. So waren 2011 und 2012 mit einem  
184 Preis von jeweils 107 Dollar pro Barrel die mit Abstand teuersten Öl-Jahre der  
185 Geschichte, auch die Kohle- und Gasimportpreise sind zuletzt deutlich gestiegen.

186 Mit der Energiewende im Wärmemarkt schaffen wir energetische Teilhabe für alle.  
187 Schließlich sind die Wärmekosten ein größerer Faktor als die Stromkosten. Es ist  
188 unser Ziel, dass nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrig-Energiehaus-  
189 Niveau saniert werden und der verbleibende Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien  
190 gedeckt wird. Denn die Sonne schickt keine Rechnung. Gleichzeitig dürfen aber die mit  
191 der energetischen Sanierung verbundenen Investitionskosten nicht dazu führen, dass  
192 die Mieten für die MieterInnen nicht mehr bezahlbar sind.

193 Wir wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische  
194 Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben und dabei einkommensschwache  
195 Haushalte unterstützen. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der  
196 Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte  
197 profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes  
198 zur Verfügung, um soziale Härten zu verhindern. Zudem wollen wir das Erneuerbare-  
199 Energien-Wärmegesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieeinsparverordnung  
200 so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bieten. Weiteres  
201 zur energetischen Gebäudesanierung findet sich im Kapitel "Unsere Politik vor Ort".

202 Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben. Faire Strompreise erfordern eine  
203 gerechtere Finanzierung der Energiewende. Die Energiewende wird zurzeit nur von den  
204 VerbraucherInnen und nicht-privilegierten Unternehmen finanziert, die richtigen  
205 Stromfresser bleiben außen vor. Die einfache Zugehörigkeit zu einer bestimmten  
206 Branche sollte kein Grund für eine Vergünstigung sein. Solche Geschenke an die  
207 Industrie wollen wir abschaffen. Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen,  
208 die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen. Bei den Vorteilen ist es  
209 umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den  
210 normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an.  
211 Das wollen wir ändern. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren,  
212 überbordende Industrieprivilegien abbauen und Stromversorger zur Weitergabe  
213 gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen. Das entlastet die Verbraucherinnen  
214 und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro.

215 Die Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente und BaföG müssen rasch an  
216 gestiegene Strompreise angepasst werden, damit es nicht zu sozialen Schieflagen  
217 kommt. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auch ohne Energiewende würden die  
218 Strompreise steigen, denn aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze  
219 existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt  
220 werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.

221 Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren  
222 Stromverbrauch senken. Wir wollen dazu ein Energieeffizienzgesetz beschließen,  
223 womit der Stromverbrauch in Industrie, Gewerbe und bei den Haushalten wirksam  
224 gesenkt wird. Das Ziel lautet, bis 2020 10% des Stromverbrauchs einzusparen. So  
225 machen wir Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos und senken die Belastungen der

226 Bürgerinnen und Bürger.

227 In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele  
228 richtige europäische Initiativen sind an Schwarz-Gelb gescheitert. Wir wollen, dass  
229 Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird.  
230 Dazu ist es notwendig konstruktiv europäischen Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz  
231 voran zu bringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale  
232 vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen  
233 endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei  
234 Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50%  
235 führen. Damit könnten die Belastungen von Unternehmen für ihre Energiekosten enorm  
236 gesenkt werden, ohne die Verbraucher zu belasten.

237

## 238 **5. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global**

239 Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit bis 2015 ein ambitioniertes  
240 Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Wir wollen die Folgen  
241 des Klimawandels begrenzen und müssen versuchen, die Erderwärmung nicht über 2  
242 Grad ansteigen zu lassen. Damit die Bremser den globalen Klimaschutz nicht weiter  
243 blockieren können, treten wir ein für eine „Klimapolitik der unterschiedlichen  
244 Geschwindigkeiten“ mit Deutschland in einer Allianz ambitionierter Vorreiter inner- und  
245 außerhalb der Vereinten Nationen.

246 Wir stehen für eine Politik, die auf Klimagerechtigkeit abzielt. Ob CO<sub>2</sub> in Deutschland, in  
247 China oder in den USA emittiert wird, ist der Atmosphäre egal. Es braucht deshalb  
248 einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Wenn  
249 aber der Natur ein Preis gegeben wird, um diese Fragen mit Marktmechanismen zu  
250 regeln, brauchen wir dafür starke soziale, ökologische und menschenrechtliche  
251 Leitplanken.

252 Europa muss zur Union für Erneuerbare Energien werden. Unser Ziel ist es, dass die  
253 Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30% Emissionsreduktion (ohne Anrechnung  
254 von Auslandsprojekten) bis 2020 erhöht. Den europäischen Emissionshandel wollen wir  
255 stärken durch eine Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und  
256 einen Mindestpreis für CO<sub>2</sub>. Zudem setzen wir uns für eine Fortentwicklung der Klima-,  
257 Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Ziel-Jahr 2030  
258 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45% sinken und der EU-Anteil  
259 der Erneuerbaren Energien auf 45% steigen. Um die Erneuerbaren Energien in Europa  
260 zu stärken, treten wir für einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien ein.

261 Wir wollen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen endlich einhält und  
262 deshalb zusätzlich jährlich 500 Millionen Euro aufwenden, damit die ärmsten Länder  
263 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen vornehmen können. In Form eines  
264 Klimaschutzhaushaltes werden wir ein Steuer- und Haushaltskonzept vorlegen, mit dem

265 wir die nötigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Erneuerbare Energien durch  
266 den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen solide und  
267 verlässlich finanzieren.

268

269 -----

#### 270 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 271 • will die Energiewende zum internationalen Erfolgsmodell machen.
- 272 • stimmt gegen neue Kohlekraftwerke und für den Kohleausstieg bis 2030.
- 273 • will im nächsten Jahrzehnt über 50% Anteil Erneuerbarer Energien im Strom.
- 274 • gibt die Energiewende in BürgerInnenhand und verstärkt die Sicherheit vor  
275 atomaren Risiken.
- 276 • sorgt dafür, dass Bewegung in die internationale Klimapolitik kommt

277 -----

278

279

280

#### 281 **Schlüsselprojekte**

282

283

#### 284 ***Klimapolitik verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz einführen***

285 Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende.  
286 Bislang wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die  
287 schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen  
288 verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb wollen wir ein Klimaschutzgesetz  
289 verabschieden. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für Klimaschutz wie die  
290 Treibhausgasminderung um 40% bis 2020 und 95% bis 2050, unter das Niveau von  
291 1990, mit konkreten Einzelzielen für Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Darin  
292 beschreiben wir die Anteile der Erneuerbaren an Strom, Wärme und Verkehr jeweils  
293 2020 bis 2040 sowie verbindliche Energiesparziele. Die Regierung wird verpflichtet, alle  
294 zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige  
295 ExpertInnen überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz.  
296 Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine dauerhafte Struktur  
297 für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

298

299



300

---

301 ***Energiewende fair bezahlen – ungerechtfertigte Industriesubventionen für***  
302 ***Unternehmen bei der EEG-Umlage streichen***

303 Die Energiewende kostet Geld. Doch der Strompreis muss auch während des Umstiegs  
304 für alle bezahlbar bleiben und die Kosten der Energiewende müssen gerecht verteilt  
305 werden. Hauptursachen des gestiegenen Strompreises waren in den letzten Jahren –  
306 neben den gestiegenen Gas- und Kohlepreisen – vor allem die immer üppigeren  
307 Befreiungen der Industrie von den Umlagen für Stromnetze und Erneuerbare Energien.  
308 Für diese Ausnahmen zahlen kleinere und mittlere Unternehmen und Privathaushalte.  
309 Das ist nicht hinnehmbar. Wir wollen die Industrieausnahmen auf das wirklich  
310 notwendige Maß zurückführen und nur noch tatsächlich energieintensiven  
311 Unternehmen gewähren, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen. Damit  
312 entlasten wir Haushalte und Mittelstand um 4 Mrd. Euro.

313

---

314

315

---

316 ***Energiewende vorantreiben – Strommarkt fit machen für 100% Erneuerbare***

317 Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind und Sonne die Basis  
318 unserer Stromerzeugung. In sonnen- und windarmen Zeiten müssen zusätzliche  
319 Kraftwerke die Lücken ausfüllen. Diese werden für eine Übergangszeit noch fossil sein,  
320 später dann hauptsächlich aus Biomasse kommen. Damit es sich lohnt,  
321 Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der  
322 Strommarkt neu ausgerichtet werden. Wir brauchen deswegen ein völlig neues  
323 Strommarktdesign, das nicht den Kohle- und Atomstrom im Zentrum hat, sondern die  
324 Bereitstellung von Versorgungssicherheit und Flexibilität. So genannte  
325 Kapazitätsmärkte leisten genau dies. Wir wollen sie zügig einführen, um den Weg für  
326 100 % Erneuerbare frei zu machen.

327

---

328

**BTW-W-01 Bundestagswahlprogramm - Anders Wirtschaften**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **C) Anders Wirtschaften**

2 **Wie wir unsere Marktwirtschaft ökologisch und sozial neu begründen und die**  
3 **Eurokrise überwinden**

4 Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Wirtschaft ist für die  
5 Menschen da. Wirtschaftspolitik muss ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen  
6 zugleich verpflichtet sein. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was  
7 ökologisch unvernünftig ist. Klimakrise und Finanzkrise sind Ausdruck eklatanten  
8 Marktversagens. Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu  
9 begründen - in der Bundesrepublik und in Europa, denn nur gemeinsam lassen sich die  
10 Probleme lösen. Die deutsche Wirtschaft ist bisher leidlich gut durch die Finanzkrise  
11 gekommen und profitiert von ihrer Exportstärke. Doch diese Stärke ist nicht nachhaltig.  
12 Viel zu viel davon basiert noch immer auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit  
13 einer miesen Klimabilanz einhergehen. Viele Millionen Menschen bleiben trotz der  
14 Stärke der Unternehmen im Niedriglohnbereich stecken. Hinzu kommt, dass Angela  
15 Merkel während ihrer Regierungszeit 500 Mrd. Euro Schulden angesammelt hat, die  
16 nachfolgende Generationen tragen müssen.

17 Wir werden die Weichen für eine Transformation hin zu einer grünen Ökonomie stellen.  
18 Die Bundesrepublik soll Vorreiter und Antreiber dieser Zukunftsökonomie sein, von der  
19 alle profitieren, auch die südeuropäischen Länder. Deutschland und Europa brauchen  
20 eine dritte – eine grüne – industrielle Revolution, die in hohem Maße von den kleinen  
21 und mittelständischen Unternehmen getragen wird. Und wir brauchen eine Offensive  
22 der sozialen Dienstleistungen, von der Bildung bis zur Pflege. Das schafft  
23 hundertausende neuer Jobs.

24 Wir setzen den Märkten mit einem werteorientierten Ordnungsrecht klare soziale und  
25 ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit  
26 sprechen. Unter diesen Voraussetzungen bieten Märkte ein effizientes Suchverfahren  
27 nach den besten Lösungen. Das bewirkt einen Innovationsschub für den sparsamen  
28 Einsatz von Energie und Ressourcen und für neue Technologien, die weltweit gefragt  
29 sind.

30 Es ist der Verdienst eines hochinnovativen Mittelstandes und seiner Beschäftigten, dass  
31 deren Produkte in der ganzen Welt gefragt sind. Diese Innovationskraft muss erhalten  
32 und ausgebaut werden. Deswegen muss Deutschland seinen Vorsprung bei Effizienz-  
33 und Umwelttechnologien jetzt nutzen.

34 Anderes wirtschaften heißt die ökonomische Teilhabe stärken. Eine Neubegründung  
35 unserer Marktwirtschaft heißt, den Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu  
36 stellen. Unsere ökonomische Produktivität soll dem Wohlstand aller dienen. Die  
37 Wirtschaft mag wachsen – aber zu welchem Preis? Deswegen geht es auch um ein  
38 Fundament für gute Arbeit – mit Mindestlöhnen und einem höheren steuerfreien  
39 Existenzminimum. Auch Geringverdiener sollen von ihrem Einkommen leben können  
40 und die Möglichkeit zu einer armutsfesten Altersvorsorge haben.

41 Anders Wirtschaften heißt sich einmischen, um das Primat der Politik durchzusetzen.  
42 Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen. Nur so haben wir  
43 eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird. Im Gegensatz zur  
44 Bundesregierung, die bei Verhandlungen in Brüssel immer wieder auf die Bremse tritt,  
45 wollen wir die Bundesrepublik zur treibenden Kraft für europäische Regeln machen. Ein  
46 gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte  
47 Finanz, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik können auf Dauer nicht funktionieren.  
48 Wir Grüne wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: die Eurostaaten müssen ihre  
49 Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.

50 Anders Wirtschaften – heißt Zukunft schaffen. Der Aufbruch in die Zukunftsökonomie ist  
51 lang und bedarf vieler, oft auch kleiner Schritte. Bei den Erneuerbaren Energien haben  
52 wir Grüne gezeigt, wie grüne Technologien und neue Märkte zu Jobmotoren werden.  
53 Ob Maschinen- und Anlagenbau oder die chemische Industrie – auch die klassischen  
54 Branchen profitieren von der ökologischen Wende.

55

## 56 **1. Eine grüne industrielle Revolution – für Deutschland, für Europa**

57 Das alte Wirtschaftsmodell mit seinem enormen Energie- und Rohstoffhunger hat  
58 ausgedient. Regenerative Energien, regenerative Materialien, Recycling und  
59 nachhaltige Ressourcennutzung sind die Grundlagen der ökologischen Transformation.  
60 Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben – in Deutschland, und in  
61 Europa, das hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen kann. Es gibt keinen Gegensatz  
62 zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Grüne  
63 Wirtschaftspolitik zeigt das.

64 Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen,  
65 die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

66 Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine  
67 ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel

68 nicht von selbst kommen. Dazu braucht es aktive Politik, die Marktmechanismen nutzt,  
69 um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau  
70 zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Transformationsstrategie, die dem  
71 Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter  
72 mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt  
73 ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen  
74 ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

75 Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein  
76 ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung  
77 setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne  
78 Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

79 Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen  
80 Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für  
81 Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

82 Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen  
83 diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir  
84 wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und  
85 Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien  
86 vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der  
87 Chemieindustrie.

88 Der vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien wird einen tiefgreifenden  
89 Innovationsprozess entfachen und hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen und  
90 sichern: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Biomassekraftwerke müssen  
91 entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze  
92 müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Häuser müssen  
93 wärmegeklämt, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend  
94 umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur bei den Erneuerbare-Energien-  
95 Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in  
96 Ingenieurbüros.

97 Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe  
98 kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer  
99 Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein,  
100 damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden. Das funktioniert  
101 indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach  
102 einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen.

103 Deutschland als innovativer Industriestandort muss sich ehrgeizige Ziele zur  
104 Ressourceneffizienz setzen. Betriebliche Effizienzberatung soll flächendeckend  
105 angeboten werden. Das Impulsprogramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen,  
106 um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die

107 Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur  
108 Verfügung. Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der  
109 Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung und  
110 Schonung der Stoffkreisläufe beitragen.

111 An der *Automobilindustrie* hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur  
112 wer mit umweltverträglichen Autos auf dem internationalen Markt präsent ist, hat  
113 wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an,  
114 dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Autos vom Band rollen. Durch  
115 ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen  
116 und Planungssicherheit.

117 Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr  
118 wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges  
119 Potential zur Lösung drängender Probleme. Grüne Rohstoffpolitik setzt auf Recycling  
120 und nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist  
121 ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen  
122 Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen.  
123 Ein Elektroauto wird nur mit einer leistungsstarken und effizienten Batterie erfolgreich  
124 auf dem Markt bestehen können. Dafür muss die chemische Industrie noch mehr zur  
125 Problemlösung beitragen und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der  
126 Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der  
127 Mineralölsteuer lässt sich aus unserer Sicht nicht länger halten, als umweltschädliche  
128 Subvention wollen wir sie abschaffen und so Anreize zur Innovation weg vom Öl geben.

129 Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche  
130 Aufträge aus. Das sind über 14% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Wir wollen die  
131 Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben. Dazu  
132 fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren  
133 Zielvorgaben, einheitlichen Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten  
134 und einer zentrale Service- und Beratungsstelle.

135 Der Breitbandausbau ist Grundlage einer modernen Ökonomie. Mit fairen  
136 Rahmenbedingungen und gezielten Fördermaßnahmen treiben wir den Aufbau eines  
137 Universaldienstes und den Ausbau eines glasfaserbasierten und flächendeckenden  
138 Hochleistungsnetzes voran. Netzneutralität garantiert auch kleinen Anbietern einen  
139 gleichrangigen Zugang.

140 Fräsen, Löten und Bohren haben jahrzehntelang die Wertschöpfung in der Industrie  
141 bestimmt. Heute werden dazu Forschung und Entwicklung, Design und vor allem  
142 Software immer bedeutender. Industrie und Dienstleitungen sind kein Antagonismus,  
143 sondern bedingen und ergänzen einander. Grüne Wirtschaftsförderung stellt sich darauf  
144 ein. Ein neues Innovationsverständnis, passende Studiengänge und die Durchlässigkeit  
145 von Ausbildungen sind wichtig für die neuen Anforderungen. Der demografische

146 Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Mit der Aktivierung  
147 ungenutzter Potentiale können wir gegensteuern. Dazu gehören eine  
148 familienfreundliche Unternehmenskultur und Qualifizierungsangebote, um dem  
149 Fachkräftemangel zu begegnen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an,  
150 fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer  
151 Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische  
152 Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum  
153 wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.  
154

## 155 **2. Die Eurokrise überwinden: Für ein faires und solidarisches Europa**

156 Der Euro steckt in einer fundamentalen Krise, weil die Mitgliedstaaten ihre Banken und  
157 Volkswirtschaften mit Milliardensummen retten mussten, sie teilweise unsolide  
158 gewirtschaftet und jahrelang mehr konsumiert als produziert haben und im Ergebnis in  
159 tiefe Haushalts- und Schuldenkrisen gestürzt sind. Zudem haben einige Mitgliedstaaten  
160 dadurch problematische Außenhandelsdefizite angehäuft. Auch das hat zur privaten  
161 und öffentlichen Verschuldung in einigen Krisenstaaten beigetragen.

162 Um die Eurokrise dauerhaft zu lösen, brauchen wir also nicht nur eine nachhaltige  
163 Haushaltskonsolidierung, sondern auch eine europäische Finanzmarktregulierung und  
164 eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Es geht um mehr als eine Staatsschuldenkrise, die  
165 man einfach durch Ausgabenkürzen lösen kann. Angela Merkels Vorschläge für die  
166 Krisenländer beschränken sich jedoch auf Sparpolitik, Sozialabbau und Lohndumping.  
167 Dadurch werden diese nur tiefer in die Rezession gestürzt und vor allem die sozial  
168 Schwächeren belastet. Mit ihrer Politik treibt Angela Merkel Europa auseinander. Und  
169 damit schadet sie auch Deutschland.

170 Wir wollen die Krise bei ihren Wurzeln packen. Wir brauchen eine europäische  
171 Bankenunion mit einer strikten europäischen Bankenaufsicht und einen von den  
172 Banken bezahlten Rettungsfonds. Wir fordern einen europäischen Steuerpakt, damit  
173 den Mitgliedstaaten nicht weiterhin rund eine Billion Euro an Steuerzahlungen durch  
174 legales Steuerdumping, Steuervermeidung und illegale Steuerflucht entgehen. Wir  
175 wollen ein Europa fairer Löhne. Und wir brauchen endlich mehr ökologische  
176 Investitionen im Rahmen eines europäischen Green New Deals. So wird Europa stärker  
177 aus der Krise kommen.

178 Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache  
179 sowohl in den Defizit- als auch in Überschussländern wie Deutschland. Eine  
180 europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der  
181 Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu die Binnenkonjunktur in den  
182 Überschussländern gestärkt werden. Auch deshalb ist in Deutschland z.B. ein  
183 gesetzlicher Mindestlohn unverzichtbar. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass  
184 in Krisenländern verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert wird und so die

185 Wettbewerbsfähigkeit steigt. Außerdem wollen wir mit einem gemeinsamen  
186 Herkunftslabel „Made in EU“ die Absatzchancen der Unternehmen aus den  
187 Krisenländern verbessern.

188 Wir fordern einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf dem vom  
189 Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds  
190 basiert. Erstens zeigen wir den Akteuren auf den Märkten damit, dass die Eurozone  
191 sich an ihre Verpflichtungen hält. Zweitens erreichen wir Zinssenkungen durch  
192 gemeinsame Kreditaufnahmen und einen transparenten Schuldenabbau durch klare  
193 Regeln. Dem Schuldentilgungspakt zugrunde liegt eine sichere Finanzierung durch eine  
194 europaweite Vermögensabgabe. Drittens ersetzen wir die jetzt schon de facto  
195 bestehende Haftungsunion durch eine europäische Solidarunion mit verbindlichen  
196 Regeln.

197 Mit dem neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und  
198 Währung wollen wir den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf  
199 europäischer Ebene auch personell verankern. Er/Sie soll den Vorsitz der Eurogruppe  
200 und des ECOFIN ausüben, aber keine Gesetze ohne Zustimmungen des Europäischen  
201 Parlaments erlassen dürfen. Zudem soll er durch das EP individuell wähl- und  
202 abwählbar sein.

203 Wir kritisieren den europapolitischen Kurs von Merkel scharf. Es ist fahrlässig, wie die  
204 Währungsunion von der Bundesregierung aufs Spiel gesetzt wird. Gerade die deutsche  
205 Wirtschaft hat davon profitiert und deutsche Banken haben jahrelang hervorragend in  
206 der Wirtschafts- und Währungsunion verdient. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat  
207 die Krise verschärft, die EU-Staaten auseinander getrieben und die Rettung auf Kosten  
208 der SteuerzahlerInnen erheblich verteuert. Merkel handelt immer wieder zu langsam  
209 und zu kurzfristig – mit ihrem Zögern und Zaudern hat sie nicht nur bei der  
210 Griechenland-Krise eine teure Spirale in Gang gesetzt: der Verunsicherung an den  
211 Finanzmärkten folgte die Flucht aus Staatsanleihen der Krisenländern, die infolge  
212 dessen entweder exorbitante Zinsen auf dem Kapitalmarkt zahlen müssen oder ganz  
213 davon abgeschnitten wurden.

214 Noch schlimmer – weil mit dramatischen Auswirkungen auf die Europäische Union und  
215 die Weltwirtschaft – wäre es allerdings gewesen, die Krisenländer bankrottgehen zu  
216 lassen und den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte auf den Euro nichts  
217 entgegenzusetzen. Wir haben deshalb im Bundestag den Rettungsschirmen und dem  
218 Fiskalvertrag zugestimmt. In der Gesamtabwägung war das für uns die bestmögliche  
219 Entscheidung. Ohne eine Rettung wären die sozialen und wirtschaftlichen  
220 Auswirkungen in den Krisenstaaten noch viel verheerender – auch deshalb haben wir  
221 Angela Merkel immer wieder zu einem schnelleren und entschlossenen Handeln  
222 aufgefordert. Über unsere Mehrheit im Bundesrat ist es uns zudem gelungen, der  
223 Merkel-Koalition ein Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer und Schritte in Richtung  
224 eines Investitions- und Wachstumspaketes abzurufen.

### 226 3. Finanzmärkte an die Leine nehmen

227 Die Schulden der Krisenländer sind auch deshalb so hoch, weil die Regierungen  
228 Banken stützen und versuchen, ihre abstürzenden Volkswirtschaften aufzufangen.  
229 Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Ein zentraler Ansatzpunkt ist, den  
230 Umgang mit dem labilen Finanzsektor neu zu organisieren. Bisher galt viel zu oft:  
231 Verluste übernehmen die SteuerzahlerInnen, die Gewinne streichen weiterhin  
232 AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Das ist weder gerecht noch entspricht es  
233 marktwirtschaftlichen Prinzipien.

234 Banken müssen im Ernstfall wie andere Unternehmen auch in Konkurs gehen können.  
235 Das muss auch für Großbanken gelten, die jedoch eine staatliche Rettungsgarantie  
236 haben. Um den Teufelskreis aus Banken- und Schuldenkrise zu durchbrechen,  
237 müssen wir diese Too Big To Fail-Problematik lösen. Ein Mechanismus zur Abwicklung  
238 von Krisenbanken in der EU, eine starke europäische Bankenaufsicht und ein  
239 europäisches System zur Sicherung der Einlagen: das sind die drei Teile einer  
240 europäischen Bankenunion. Sie ist die grüne Antwort auf das Zögern und Zaudern der  
241 Merkel-Regierung, das die Haftung der SteuerzahlerInnen weiterhin zulässt und zeigt,  
242 dass mehr Europa einen echten Mehrwert bietet.

243 Das gleiche gilt für harte Eigenkapitalregeln: wir sind weit hinter dem Notwendigen  
244 zurück: 3% Eigenkapital im Verhältnis zum Geschäftsvolumen als Schuldenobergrenze  
245 ist ein erster Schritt, langfristig sind 5% notwendig, um Banken zu stabilisieren. Diese  
246 Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch  
247 unmöglich machen. Finanzderivate erfüllen kaum einen realwirtschaftlichen Zweck,  
248 bergen dafür aber immense Risiken für das Gemeinwohl. Die von uns geforderte  
249 Schuldenbremse für Banken setzt hier an und stellt den Finanzsektor wieder auf die  
250 Füße. Die Größenbremse für Banken geht in eine ähnliche Richtung: je größer ein  
251 Institut, desto höher sind die Eigenkapitalanforderungen und die Aufsichtsintensität. So  
252 erhalten Banken ab einer bestimmten Größe einen starken wirtschaftlichen Anreiz, zu  
253 schrumpfen und Geschäftsteile abzustoßen.

254 Gläubiger müssen stärker in die Haftung genommen werden. Deswegen sollen  
255 Bankanleihen in Eigenkapital umgewandelt werden, wenn ein Kreditinstitut in Schieflage  
256 zu geraten droht. Auch der Einfluss der Ratingagenturen steht nach wie vor in keinem  
257 Verhältnis dazu, dass sie für falsche Einstufungen nicht haften. Daher müssen die  
258 Haftungsgrundlagen ausgeweitet und der Einfluss der Ratingagenturen bei der  
259 Finanzmarktregulierung eingedämmt werden.

260 Ein Trennbankensystem macht Märkte stabiler. Geschäftsbereiche, in denen die  
261 Einlagen der KundInnen betroffen sind, gehören deswegen strikt getrennt von allen  
262 anderen Bereichen.

263 Eine wirksame Haftung ist konstitutiv für die Marktwirtschaft und ihre disziplinierende



264 Wirkung. Für das Management von Fonds, Banken und Versicherungen heißt das: Der  
265 Kapitän geht mit dem Schiff unter. Er ist haftbar für eigene Fehler und die seiner  
266 Untergebenen, Haftpflichtversicherungen für ManagerInnen dürfen das Risiko  
267 deswegen nicht vollständig übernehmen. Gleiches gilt für KapitalgeberInnen, also  
268 GläubigerInnen und EigentümerInnen. Sie müssen um ihren Einsatz fürchten, denn nur  
269 dann werden sie das Management effektiv kontrollieren. Wir brauchen aber auch eine  
270 schlagkräftige Fusions- und Wettbewerbskontrolle auf dem Finanzmarkt, die sich dem  
271 Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und  
272 gegen Marktmacht und Marktkonzentration vorgeht.

273 Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt sondern direkt  
274 zwischen den Akteuren. Der Nachteil: Die Aufsicht hat keine Chance einzugreifen.  
275 Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht. Europäische und langfristig  
276 internationale Regeln sollen dafür sorgen. Auch der Hochfrequenzhandel mit  
277 superschnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1  
278 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler  
279 und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die Finanztransaktionssteuer  
280 regulierend

281 Wir wollen mehr privates Kapital in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen lenken.  
282 Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eine besondere Bedeutung zu.  
283 Geldanlage ist auch eine ethische Frage – Investitionen etwa in  
284 Streumunitionshersteller wollen wir deshalb verbieten. Außerdem gilt: mit Essen spielt  
285 man nicht! Fonds, Banken und anderen Investoren gehört die Spekulation an diesen  
286 Märkten deshalb untersagt. Auch das sogenannte „Land Grabbing“ (Landnahme) gehört  
287 geächtet. Investoren müssen sich an die Leitlinien zu Land, Fischgründen und Wäldern  
288 halten, um die lokalen Bevölkerungen zu schützen.

289 Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der  
290 Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle  
291 Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Erste  
292 Schritte sind getan, weitere müssen zügig folgen. Dazu gehört auch, dass die  
293 Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht,  
294 wie viel die Rettung der Banken die SteuerzahlerInnen bisher gekostet hat.

295 Nur ein stabiler Finanzsektor kann die Unternehmen und VerbraucherInnen mit Krediten  
296 versorgen. Das deutsche Drei-Säulen-System aus Sparkassen, Genossenschafts- und  
297 Privatbanken hat sich hier bewährt. Kleinstbanken sollen deshalb von bürokratischen  
298 Anforderungen entlastet werden. So kann auch endlich genügend Personal für die  
299 Bankenaufsicht eingesetzt werden.

300

#### 301 **4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken**

302 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die vielen kleinen und

303 mittelständischen Unternehmen erforschen und entwickeln innovative und kreative  
304 Lösungen. Wir rücken sie deshalb in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik und  
305 unterstützen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine realistische Option ist. Wir  
306 werden daran arbeiten, dass Mittelstand und familiengeführte Unternehmen in  
307 Deutschland auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dazu haben wir die  
308 Bedürfnisse dieser Unternehmen nicht nur bei der Wirtschafts-, sondern auch bei der  
309 Infrastruktur-, Bildungs- und Steuerpolitik im Blick.

310 Wettbewerb ist eine elementare Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen  
311 auf faire Bedingungen stoßen. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne  
312 Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens- und  
313 Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die  
314 verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie  
315 ökologische und soziale Kosten auf Umwelt und Gesellschaft verlagern.

316 Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima auch durch Entbürokratisierung und  
317 Beratung durch Lotsendienste. Klar ist für uns auch, dass die Kammern als  
318 Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft durchsichtiger und demokratischer werden  
319 und mehr kleine und mittlere Unternehmen für ihre Gremien gewinnen müssen. Sonst  
320 ist eine Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar ist.

321 Die Bedingungen für Existenzgründungen verbessern wir, indem wir  
322 Gründungshemmnisse abbauen. Neue Unternehmungen sind für uns kein bürokrati-  
323 scher Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht  
324 und persönliche Freiheit verwirklicht. Wir brauchen mehr Tüftlerinnen und Tüftler, die  
325 mehr Eigeninitiative wagen. Dafür fordern wir bei Gründungen aber auch eine bessere  
326 finanzielle Ausstattung. Die Förderung in die Selbstständigkeit muss auch für alle  
327 gründungswilligen Arbeitssuchenden gewährleistet sein. Und wir brauchen bessere  
328 Beratungsangebote – gerade für MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen.

329 Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die  
330 Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und  
331 erhöhen die Grenze zur Sofortabsetzbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die  
332 steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet  
333 werden, dass auch kleine Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals  
334 und ihrer Investitionsfähigkeit offen steht. Außerdem soll es eine 15%ige  
335 Steuergutschrift für Forschungsausgaben in Unternehmen bis zu 250 Beschäftigten  
336 geben, wofür wir 200 Mio. Euro bereitstellen wollen. Die Projektförderung ist für kleine  
337 Unternehmen administrativ zu aufwendig und wird deshalb entsprechend kaum genutzt.  
338 Durch eine Steuergutschrift für diese Unternehmen kann eine Benachteiligung  
339 gegenüber großen Konzernen abgebaut werden.

340 Wir verbessern den Zugang zu Wagniskapital und die breitere Versorgung mit  
341 Mikrokrediten. Für eine kreative Geschäftsidee, die vielleicht erst auf den zweiten Blick

342 überzeugt, soll das ebenso möglich sein, wie für jemanden, der schon mal mit einem  
343 Unternehmen gescheitert ist und jetzt eine zweite Chance sucht. Als weitere  
344 Möglichkeit, die insbesondere Startups helfen kann, wollen wir die Sanierungsklausel so  
345 ausgestalten, dass das Weiterführen von innovativen Unternehmen erleichtert wird.

346 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze  
347 schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der  
348 Regel sehr kleinen Unternehmen müssen durch die soziale Absicherung und einen  
349 leichteren Zugang zu Darlehn oder Mikrokrediten verbessert werden.

350 Das Patentrecht entwickeln wir weiter, denn es soll die Kultur der Selbstständigkeit  
351 befördern und nicht hemmen. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen  
352 beschränken und nicht als Mittel gegen Neugründer eingesetzt werden können. Das  
353 müssen wir innerhalb der EU regeln: Wir setzen uns für eine Reform des Europäischen  
354 Patentwesens und die Kontrolle durch das Europäische Parlament ein.

355

## 356 **5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen**

357 Hochwertige soziale Dienstleistungen in Gesundheit, Pflege und Bildung sind  
358 entscheidend für die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und unsere  
359 wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Sie sind darüber hinaus selber ein bedeutender und  
360 sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftszweig. Bis 2020 werden allein im  
361 Gesundheitssystem über 6 Millionen Menschen beschäftigt sein.

362 Doch weder die Ausrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch die bescheidenen  
363 Gehälter und belastenden Arbeitsbedingungen werden dieser Bedeutung gerecht.  
364 Während in anderen Branchen hohe Boni ausgeschüttet werden, bleiben Gehälter und  
365 Arbeitsumfeld in den sozialen Dienstleistungen hinter ihrem gesellschaftlichen Wert  
366 zurück. Eine Kultur der Anerkennung fehlt in diesem Bereich völlig. Pfleger,  
367 Krankenschwestern oder KindergärtnerInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für  
368 erfolgreiches Wirtschaften.

369 Grüne Politik für die sozialen Dienstleistungen sichert nachhaltig deren Finanzierung,  
370 fördert Forschung und Innovationen, steigert die Attraktivität von Gesundheits-, Pflege-  
371 und Bildungsberufen und bekämpft Lohndumping. Wir schaffen neue Arbeit durch ein  
372 verbindliches und qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung an alle Eltern,  
373 den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen sowie den  
374 Ausbau der Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens. Wir erweitern den  
375 Innovationsbegriff um soziale Innovationen und werden Dienstleistungen als  
376 Forschungsfeld stärker gewichten.

377 Soziale Dienstleistungen werden oft von gemeinnützigen Trägern, von Kirchen und  
378 Wohlfahrtsverbänden erbracht. Diese wollen wir dabei unterstützen. Zentral ist aber,  
379 dass bei der Auftragsvergabe nicht nur die Kosten, sondern auch die Qualität der

380 Dienstleistung sichergestellt ist. Die Vergabe von Sozialen Dienstleistung kann nicht  
381 nach denselben Kriterien erfolgen wie die Beschaffung von Computern,  
382 Briefumschlägen oder Bleistiften.

383

## 384 **6. Solidarische Ökonomie fördern**

385 Immer mehr haben nicht mehr nur den Profit im Blick. Unternehmerinnen und  
386 Unternehmer richten ihr Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und  
387 ökonomischer Nachhaltigkeit aus. Und Bürgerinnen und Bürger starten soziale und  
388 nachhaltige Unternehmungen. Das haben die von Bürgerinitiativen genossenschaftlich  
389 betriebenen Solar- und Windanlagen ebenso gezeigt wie die sozialen Unternehmen, die  
390 alternative Tausch-, Regionalgeld- und Handelsnetze oder die Open-Source- und Freie-  
391 Software-Bewegung.

392 Wir fördern die Solidarische Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten  
393 Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Dazu  
394 entbürokratisieren wir die genossenschaftliche Rechtsform und schaffen einen sicheren  
395 rechtlichen Rahmen für Regionalgeldinitiativen. Wir werden die Diskriminierung von  
396 Gemeinschaftsunternehmen bei Gründungs- und Förderprogrammen beenden und  
397 schaffen Rechtssicherheit für Anbieter und VerbraucherInnen von Tausch-, Teil- und  
398 Verleihdienstleistungen. Wir wollen ressourcenschonende Geschäfts- und  
399 Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern und in der breiten  
400 Öffentlichkeit bekannter machen.

401 Die Übernahme eines vor der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die Mitarbeite-  
402 rinnen und Mitarbeiter kann ein geeignetes Instrument sein, um Arbeitsplätze auf der  
403 Basis nachhaltigen Wirtschaftens zu sichern. Indem wir die Marktwirtschaft sozial und  
404 ökologisch neu begründen und die Finanzmärkte regulieren, stärken wir die  
405 Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe, hier – und in ganz Europa.

406

## 407 **7. Was wachsen muss**

408 Mittlerweile kann niemand mehr übersehen, wohin blindes Wachstum führt: in Spanien  
409 zu einer ruinösen Immobilienblase, in Irland zu einem grotesk aufgeblähten  
410 Finanzsektor, in der industrialisierten Welt insgesamt zu einem wahnwitzigen  
411 Umweltverbrauch. Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des  
412 Bruttoinlandsproduktes als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist  
413 nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl bilden sich Wohlstand und Lebensqualität  
414 nur sehr schlecht ab, soziale Sicherheit, gute Bildung oder eine intakte Umwelt gar  
415 nicht. Hohe Unfallzahlen, Immobilienblasen oder ein verschwenderischer  
416 Ressourcenverbrauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum,  
417 sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität. So kann es nicht

418 weitergehen. Wir sagen klar, dass es Bereiche gibt, die schrumpfen müssen,  
419 beispielsweise ressourcenintensive Produktion oder Teile der Finanzindustrie. In  
420 anderen Bereichen hingegen brauchen wir Wachstum, zum Beispiel bei den  
421 Erneuerbaren Energien oder der Pflegewirtschaft. So geben wir dem Wachstum eine  
422 Richtung.

423 Ein weiteres langfristiges Wachstum des BIP ist ökologisch nur noch dann zu  
424 verantworten, wenn es vom Natur- und Ressourcenverbrauch sowie von  
425 klimaschädlichen Emissionen entkoppelt werden kann. Wir führen deshalb auch eine  
426 gesellschaftliche Debatte über unsere Lebensstile und unser Konsumverhalten.

427 Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den  
428 ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns  
429 angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum,  
430 Wohlstand, Lebensqualität“ haben wir darum einen neuen Wohlstandsindikator  
431 erarbeitet, den „grünen Wohlstandskompass“. Er bemisst Wohlstand an der  
432 Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u.a. den  
433 ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht. Auch  
434 Wirtschaftspolitik sollte sich an den Zielen der ökologischen, sozialen, ökonomischen  
435 und finanziellen Nachhaltigkeit ausrichten. Das wollen wir in einem neuen Wohlstands-  
436 und Nachhaltigkeitsgesetz ausarbeiten.

437

438 -----

#### 439 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 440 • bringt grünes Wirtschaften voran, in Industrie und Dienstleistungen, in der  
441 Bundesrepublik und in Europa – und schafft so viele neue Arbeitsplätze.
- 442 • reguliert wirksam die Finanzmärkte, sodass sie wieder im Dienst von Mensch  
443 und Unternehmen stehen.
- 444 • schafft faire Wettbewerbsbedingungen, fördert Innovation und hat keine Scheu  
445 vor der Auseinandersetzung mit großen Playern arbeitet mit an einem  
446 demokratischen und solidarischen Europa, in dem die Reformlasten nicht bei den  
447 Ärmsten abgeladen werden.
- 448 • unterstützt eine Politik, die die Lebensqualität der Menschen heute und morgen  
449 im Blick hat statt stumpf einem veralteten Wachstumsgedanken  
450 hinterherzulaufen.

451 -----

452

453

454 **Schlüsselprojekte**

455

---

456 **Ressourcen- und Materialeffizienz zum Durchbruch verhelfen – Top-Runner-**  
457 **Prinzip einführen**

458 Wir können nicht weiterhin die Substanz unserer Erde verbrauchen, statt von ihrem  
459 Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den  
460 Bedarf an Rohstoffimporten senkt und Wettbewerbsvorteile auf den globalen Märkten  
461 bringt. Wir wollen dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen-,  
462 Material und Energieeffizienz achten. So gibt beim Top-Runner-Prinzip das  
463 umweltverträglichste und energiesparendste Produkt den Standard vor. Alle anderen  
464 Anbieter müssen in vorgegebener Zeit diesen Standard erreichen. Das bisher zahnlose  
465 Programm für Ressourceneffizienz (ProgRes) wollen wir weiterentwickeln und um  
466 verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für  
467 Hersteller ergänzen.

468 Unternehmen können so an Material und Ressourcen Kosten sparen statt bei  
469 Arbeitsplätzen und Löhnen.

---

470

471

472

---

473 **Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken**

474 Die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte hat die Welt in eine historische Finanz-  
475 und Wirtschaftskrise gestürzt. Seitdem ist kaum etwas passiert. Staaten sollten nie  
476 wieder für Spekulationsverluste von Banken haften müssen. Dazu brauchen wir neben  
477 einer Europäischen Bankenunion mit schlagkräftiger Aufsicht und bankenfinanziertem  
478 Rettungsfonds vor allem eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken  
479 müssen dann mindestens 3% Eigenkapital im Verhältnis zu ihrem Geschäftsvolumen  
480 vorhalten. Bis 2025 soll die Zahl auf 5% steigen. Diese Schuldenbremse wird die  
481 hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen.

---

482

483

484

---

485 **Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für**  
486 **Wohlstand und Lebensqualität**

487 Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die  
488 Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg  
489 verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben

490 lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und  
491 Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb  
492 brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür  
493 etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass“  
494 umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. So können wir der  
495 wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.

496

---

## **BTW-H-01 Bundestagswahlprogramm - Besser Haushalten**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 D) Besser Haushalten**

#### **2 Warum wir einen handlungsfähigen Staat nicht auf Pump finanzieren dürfen**

3 Es gibt viel zu tun. Aber der ökologische Umbau, der Bildungsaufbruch und der soziale  
4 Ausgleich können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Dazu braucht der  
5 Staat eine solide und solidarische Finanzierung, denn eine Politik auf Pump können wir  
6 uns nicht mehr leisten. Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern sagen nichts  
7 anderes als das Ausgaben und Einnahmen in einem stabilen Gleichgewicht stehen  
8 müssen.

9 Die enorme Verschuldung aller öffentlichen Haushalte ist auch das Ergebnis der  
10 unehrlichen Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die die neoliberale Regierung  
11 unter Merkel auf die Spitze treibt: Trotz steigender Steuereinnahmen sind die Schulden  
12 der Bundesrepublik während Merkels Kanzlerschaft um 500 Mrd. Euro gestiegen..  
13 Anstatt wichtige Reformen zu finanzieren, verplempert sie das Geld der  
14 SteuerzahlerInnen und steckt es in ein unsinniges Betreuungsgeld oder – schlimmer  
15 noch – versorgt damit wie bei der Mövenpick-Steuer ihre Klientel. Die Verschuldung ist  
16 jedoch so hoch, dass für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen an  
17 Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Steuererhöhungen kein Weg vorbei führt.  
18 Wer etwas anderes versucht, handelt fahrlässig. Umgekehrt gilt aber auch: nicht alles,  
19 was wünschenswert ist, ist ab sofort finanzierbar. Deswegen setzen wir für eine  
20 Regierungsübernahme klare Prioritäten bei den finanzwirksamen Projekten.

21 Wer wichtige Zukunftsprojekte finanzieren und öffentliche Haushalte solide aufstellen  
22 will, muss Prioritäten setzen. Grüne Haushaltspolitik steht deshalb für eine gründliche  
23 Aufgabenprüfung, die unnötige Ausgaben vermeidet. Durch Reduzierung der  
24 Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, den Verzicht auf teure und  
25 unsinnige Rüstungsprojekte sowie eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr und eine  
26 Straffung im Beschaffungswesen können wir Milliarden einsparen.

27 Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, sozialer Frieden, eine gut ausgebildete  
28 Bevölkerung und ein funktionierendes Gemeinwesen sind Voraussetzungen für  
29 unternehmerischen Erfolg und den Aufbau privaten Vermögens. Der private Reichtum



30 in Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren extrem stark angewachsen. Die  
31 Steuern auf hohe Einkommen sowie Vermögen und Erbschaften sind in den letzten  
32 zwei Jahrzehnten gesunken. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand auf allen Ebenen  
33 verschuldet und strukturell unterfinanziert. Es ist an der Zeit, dass wir dieses  
34 Missverhältnis beenden. Wir können bei der Finanzierung öffentlicher Güter nicht mehr  
35 auf grenzenloses Wachstum oder neue Schulden setzen. Wir müssen daher die  
36 Einnahmen des Staates maßvoll erhöhen. Der Spielraum dafür ist angesichts der  
37 privaten Reichtums- und Einkommensentwicklung da, privater Wohlstand muss wieder  
38 stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und damit zur Finanzierung seiner  
39 eigenen Voraussetzungen beitragen. Dabei wissen wir, dass ein pures Mehr von  
40 staatlichen Ausgaben keine nachhaltige Lösung ist. Auch staatliche Ausgaben müssen  
41 effizient sein und entsprechend hinterfragt werden.

42 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bieten als einzige Partei ein Programm, in dem  
43 zusätzliche Ausgaben durch Kürzungen, Einsparungen und Steuererhöhungen  
44 gegenfinanziert sind. Wir sagen konkret: Manche zahlen zu wenig Steuern, ob auf  
45 Einkommen, Vermögen oder Umweltverbrauch. Andere kassieren Subventionen, die  
46 den Staat Milliarden kosten, wie die Hoteliers oder die Pharmaindustrie. Wir scheuen  
47 uns nicht, ungerechte und schädliche Subventionen abzuschaffen und einzelnen  
48 Interessengruppen Reformen und Einsparungen zuzumuten. Wer grün wählt, bekommt  
49 keine finanzpolitische Katze im Sack, sondern klare und ehrliche Politik.

50 Die Bürgerinnen und Bürger sind sich einig: wir brauchen einen handlungsfähigen Staat  
51 – und dafür brauchen wir solide Finanzen. Politik vor Ort – das gelingt nur mit  
52 handlungsfähigen Kommunen, der Bildungsaufbruch nur mit starken Länderfinanzen  
53 und der soziale Ausgleich nur mit einem handlungsfähigen Bundeshaushalt. Schaffen  
54 wir dafür endlich eine politische Mehrheit.

55 Wir halten deshalb Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht und sorgen für eine  
56 faire Finanzierung unseres Gemeinwesens, an dem alle teilhaben und starke Schultern  
57 mehr tragen als Schwache.

58 Eine solide Finanzpolitik eröffnet demokratische Gestaltungsspielräume und macht so  
59 Einmischung erst möglich. Hohe Schulden setzen die öffentliche Hand den  
60 Kreditgebern auf den Finanzmärkten aus. Schuldenabbau ist deswegen ein  
61 wesentlicher Baustein, um das Primat der Politik wieder gelten zu lassen.

62 Wir wollen solide Finanzen, um eine gute Zukunft zu schaffen: Wer jetzt nicht in Bildung  
63 investiert, begeht ein schweres Versäumnis. Wer jetzt nicht die ökologische  
64 Transformation vorantreibt, muss später mit viel Geld Umweltschäden beseitigen. Wer  
65 zulässt, dass Menschen in Armut leben, der sorgt für Perspektivlosigkeit. Wer nicht für  
66 ausreichende Einnahmen sorgt, der verbaut uns eine gute Zukunft.

67

68 **1. Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne**

## 69 **Steuerpolitik**

70 Grüne Steuerpolitik ist ökologisch, weil sie dazu beiträgt, dass Preise die ökologische  
71 Wahrheit sagen. Dafür wollen wir die ökologische Finanzreform vorantreiben. Dazu  
72 gehören beispielsweise das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer, eine Reform  
73 der Luftverkehrsteuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen sowie eine  
74 ökologische Dienstwagenbesteuerung.

75 Grüne Steuerpolitik ist gerecht, weil stärkere Schultern mehr tragen als schwache.  
76 Damit trägt sie zum sozialen Ausgleich bei. Gerecht ist oft auch einfach: Wenn wir das  
77 Steuerrecht entrümpeln und seine Qualität verbessern, reduziert das  
78 Gestaltungsmöglichkeiten findiger Steuertrickser. Gleichzeitig ermöglichen wir so den  
79 Finanzämtern geltendes Steuerrecht durchzusetzen – ein Beitrag zur  
80 Steuergerechtigkeit. Ein besserer Steuervollzug und die Bekämpfung von  
81 Steuerhinterziehung ist ein zentraler Baustein grüner Steuerpolitik. Deutschland gehen  
82 laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 150 Mrd. Euro verloren,  
83 weil BürgerInnen Steuern hinterziehen, große Unternehmen ihre Steuerlast klein  
84 rechnen können und der Steuervollzug nicht funktioniert. Es sind die ehrlichen  
85 BürgerInnen, die deshalb mehr Steuern zahlen müssen oder weniger öffentliche  
86 Leistungen erhalten. Und es sind die kleineren und national tätigen Unternehmen, die  
87 so mehr belastet werden als ihre größeren Konkurrenten. Um die Steuertrickserien  
88 multinationaler Unternehmen wirksam verhindern zu können brauchen wir mehr  
89 Transparenz. Wir fordern daher länderbezogene Offenlegungspflichten.

90 Eine wirkungsvolle Steuerfahndung ist ein gutes Geschäft für alle – außer die  
91 SteuerhinterzieherInnen. Deswegen wollen wir die Steuerfahndung ausbauen und  
92 setzen auf eine Bundessteuerverwaltung, denn das Nebeneinander der  
93 Ländersteuerverwaltungen verhindert eine effektive Steuererhebung.  
94 Steuergestaltungsmodelle sollen zum Schutz vor missbräuchlicher Steuergestaltung  
95 meldepflichtig und offengelegt werden, um sie zu verhindern. Finanztransaktionen in  
96 und aus Niedrigsteuereiländern werden in Frankreich mit einer Strafsteuer belegt. Das  
97 wollen wir für alle EU-Staaten zur allgemeinen Regel machen.

98 Doppelbesteuerungsabkommen müssen einen automatischen Informationsaustausch  
99 enthalten und so ausgestaltet sein, dass sie aggressive Steuergestaltung und  
100 schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten verhindern.

101 Grüne Steuerpolitik ist wirtschaftlich vernünftig. Wir erhöhen Steuern, die wirtschaftliche  
102 Aktivitäten nur gering beeinflussen und erzeugen mit den damit finanzierten öffentlichen  
103 Investitionen neue wirtschaftliche Dynamik: Der Mittelständler vor Ort profitiert direkt  
104 von einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur, etwa einem guten Verkehrsnetz,  
105 einem Zugang zu Breitbandinternet und guten Schulen.

106 Eine höhere Erbschaftsteuer ist anreizneutral, weil Erben nichts mit Leistung zu tun hat.  
107 Vom Aufkommen profitieren allein die Länder. Wir streben an, das Aufkommen aus der

108 Erbschaftssteuer zu verdoppeln. Beispielsweise könnten daraus die Bildungsausgaben  
109 der Länder steigen. Den verfassungswidrigen und unsozialen Wirrwarr der bisherigen  
110 Regelungen beenden wir.

111 Statt kommunalem Investitionsstau brauchen wir Geld für eine gute Politik vor Ort.  
112 Neben ihren Anteilen an Einkommen- oder Mehrwertsteuer sollen die Kommunen auf  
113 ihre eigenen Quellen zählen können: Die Grundsteuer soll nach aktuellen  
114 Verkehrswerten berechnet werden, den Kommunen bleibt die Höhe des Hebesatzes  
115 weiterhin überlassen. Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer  
116 mit breiter Bemessungsgrundlage ausgeweitet werden. Diese gilt auch für  
117 FreiberuflerInnen und zieht Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren stärker als bisher bei  
118 der Berechnung heran. Da diese die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer  
119 anrechnen können, würden sie im Regelfall nicht mehr belastet, aber künftig als  
120 selbständige UnternehmerInnen ihren Beitrag zur Finanzierung der kommunalen  
121 Infrastruktur leisten. An der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer  
122 halten wir fest. So wird das Steueraufkommen stabiler und zwischen den Kommunen  
123 gleichmäßiger verteilt.

124 Die EU-Kommission stellt fest, dass den Mitgliedsstaaten jährlich rund 1 Billion. Euro an  
125 Steuereinnahmen verloren gehen. Das macht klar: Europas Finanzprobleme liegen  
126 nicht einseitig auf der Ausgabenseite. Gleichzeitig hat sich die Verteilung der Steuerlast  
127 verschlechtert. Immer weniger Einnahmen kommen aus vermögensbezogenen Steuern  
128 und Unternehmenssteuern. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht grenzenloses  
129 Wirtschaften, während die Steuerpolitik meist an den Grenzen Halt macht.  
130 Steuervermeidung und Steuerbetrug sind die Folge.

131 Dem stellen wir einen europäischen Steuerpakt entgegen, damit auch diejenigen für die  
132 Einhaltung des europäischen Fiskalpakts sorgen, die sich bisher von einer fairen  
133 Lastenverteilung gedrückt haben: eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe dient  
134 dem Schuldenabbau. Eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage  
135 verringert Steuertricksereien und schafft Chancen für kleinere Unternehmen, für die  
136 dann nur ein Steuerrecht gilt. Wir wollen auch, dass international tätige Konzerne ihre  
137 Steuerzahlungen sowie ihre Gewinne, Umsätze und Beschäftigten nach Ländern  
138 getrennt offenlegen müssen. Dann wird es für jeden erkennbar, wenn ein Unternehmen  
139 in Europa wirtschaftet, seine Gewinne aber in ein Niedrigsteuerland verschiebt und  
140 darauf keine Steuern gezahlt werden. Eine Gewinnbesteuerung von mindestens 25%  
141 vermeidet ruinösen Steuerwettbewerb. Der Kampf gegen Steueroasen in der EU ist  
142 eine Gerechtigkeitsfrage mit massiven fiskalpolitischen Auswirkungen. Gleiches gilt für  
143 den automatischen Informationsaustausch bei Kapitaleinkommen zur Bekämpfung von  
144 Steuerhinterziehung. Wenn Banken wiederholt und schwerwiegend gegen  
145 Steuergesetze verstoßen, soll ihnen EU-weit der Lizenzentzug drohen. Die Steuerpflicht  
146 wollen wir wie die USA an die Nationalität koppeln und so Steuervermeidung per  
147 Wegzug verhindern. Letztlich braucht auch die Ökosteuern ein europäisches Fundament,

148 um beispielsweise Tanktourismus einzudämmen.

149 Gerade die Steuerpolitik macht den Mehrwert der Europäischen Union deutlich.

150 Nationale Souveränität ist an dieser Stelle häufig nur noch eine leere Hülle. Gemeinsam  
151 können wir mehr erreichen als mit einem steuerpolitischen Nebeneinander.

152

## 153 **2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne** 154 **Einkommensteuer**

155 Die Höhe der Einkommensteuersätze kannte in den vergangenen Jahren fast nur eine  
156 Richtung: nach unten. Am oberen Ende des Tarifs war das weder finanzpolitisch  
157 vernünftig noch sozial gerecht: Die Staatsverschuldung hat in der Folge ebenso wie die  
158 Einkommens- und Vermögenskonzentration zugenommen. Um dem entgegen zu  
159 wirken soll der Spitzensteuersatz auf 45% bei 60.000 Euro zu versteuerndem  
160 Einkommen angehoben werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49% zu liegen.  
161 Gleichzeitig wollen wir das steuerfreie Existenzminimum für alle auf mindestens 8.700  
162 Euro anheben.

163 Dadurch bleiben netto ca. 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und  
164 Gemeinden. So zahlen alle mit einem Einkommen unter 60.000 Euro pro Jahr weniger,  
165 der Rest mehr. Die Steuererhöhung für weniger als drei Millionen Gutverdienende  
166 finanziert so die Steuersenkungen für viele Geringverdienende.

167 Es geht uns aber auch um eine Vereinfachung der Einkommensteuer. Die zahlreichen  
168 Ausnahmen und Subventionen sind nicht immer gerechtfertigt. Denn einfach ist oft auch  
169 gerecht, weil sich nur die Reichen und die großen Unternehmen findige Steuerberater  
170 leisten können.

171

## 172 **3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe**

173 Eine hohe Vermögenskonzentration ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und  
174 fiskalpolitisch eine Zumutung. Während der Staat auf atemberaubend hohen  
175 Schuldenbergen sitzt, wächst das private Vermögen scheinbar unaufhaltsam. Es ist  
176 gerecht, wenn sich das Gemeinwesen einen Beitrag bei den sehr hohen Vermögen holt,  
177 um damit den Schuldenberg abzubauen. Nur so kommen wir von der gigantischen  
178 Pyramide aus Schulden und Vermögen, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren ins  
179 Chaos gestürzt hat, herunter.

180 Die einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz  
181 soll über mehrere Jahre insgesamt rund 100 Mrd. Euro einbringen. Geld, das  
182 ausschließlich in den Abbau der Bundesschulden fließt. Die sind durch  
183 Konjunkturpakete und Bankenrettung massiv gestiegen, allein während der  
184 Kanzlerschaft Angela Merkels um rund 500 Mrd. Euro. Die Bankenrettung hat nicht  
185 zuletzt das Eigentum der Vermögenden gesichert. Es ist deswegen fair und gerecht,

186 von ihnen einen Beitrag zu verlangen. Die grüne Vermögensabgabe wird weniger als  
187 1% der BürgerInnen mit jeweils einem Nettovermögen von mehr als 1 Mio. Euro treffen.  
188 Für Betriebsvermögen begrenzen wir die Abgabe auf maximal 35% des Gewinns und  
189 verhindern, dass Unternehmen in ihrer Substanz getroffen werden.

190 Unser Ziel bleibt mittelfristig – nach Auslaufen der Vermögensabgabe, die  
191 Wiederbelebung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer, deren Aufkommen  
192 allein den Ländern zusteht. Dies werden wir auf allen Ebenen vorantreiben und im  
193 Bundesrat und im Bundestag Mehrheiten für eine verfassungskonforme  
194 Wiedereinführung der Vermögenssteuer suchen und nutzen.

195

#### 196 **4. Unfaire Steuerschlupflöcher stoppen: grüner Subventionsabbau**

197 Subventionen bei der Mehrwertsteuer wie beispielsweise für Hotels, Fast-Food,  
198 Schnittblumen oder Skilifte schaffen wir ab. Das ist ein Bürokratie-Abbauprogramm, das  
199 mehr als 3 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen für alle staatlichen Ebenen bringt. Das  
200 Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der  
201 Dienstwagenbesteuerung oder den Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt 7,5 Mrd.  
202 Euro. Gleichzeitig treten wir für eine europäische Reform der Mehrwertsteuer ein.

203 Die Abgeltungssteuer bevorzugt Kapital- gegenüber Arbeitseinkommen und ist damit  
204 eine Privilegierung der Rentiers auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Subvention von  
205 Finanzinvestitionen gegenüber realen Investitionen und von Fremdkapital gegenüber  
206 Eigenkapital gehört abgeschafft und Kapitaleinkommen wieder progressiv besteuert.  
207 Die Abzugsfähigkeit von Gehältern als Betriebsausgaben wollen wir auf 500.000 Euro  
208 beschränken, damit hohe Einkommen nicht weiter subventioniert werden.

209 Mit unserer Steuerpolitik kämpfen wir gegen die Ungleichbehandlung von großen und  
210 kleinen Unternehmen. Beispiele sind die Aufweichung von Funktionsverlagerung und  
211 Zinsschranke durch die Regierung Merkel: Beides begünstigt große Unternehmen, die  
212 ihre Steuerlast im Inland auf ein Minimum drücken. Die Infrastruktur vor Ort zahlen dann  
213 mittelständische Unternehmen. Diese Subvention der Konzerne machen wir  
214 rückgängig.

215 Es gibt eine Schieflage bei den familienpolitischen Leistungen. Die Schieflage zwischen  
216 Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der  
217 Gesellschaft gemindert und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Wir wollen  
218 diese Schieflage beseitigen – statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das  
219 Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit  
220 übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Das steigert Erwerbsanreize für Frauen und  
221 ist damit ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senkt damit  
222 das Armutrisiko von Frauen und Familien. Wir wollen den Übergang für bestehende  
223 Ehen sozialverträglich gestalten. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des  
224 Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des

225 Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von mindestens  
226 60.000 Euro begrenzen würde. Dieser Splittingdeckel soll dann schrittweise abgebaut  
227 werden. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen,  
228 wollen wir Schritt für Schritt mehr zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen,  
229 und zum Aufbau einer Kindergrundsicherung nutzen, die gerade für Familien mit  
230 Kindern einen Ausgleich schafft. Frauen, die aufgrund der bestehenden Regelungen  
231 aus dem Beruf ausgestiegen sind, wollen wir mit einem umfassenden Aktionsprogramm  
232 den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

233

## 234 **5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014**

235 Grüne Haushaltspolitik hält Maß. Es ist klar: die Schuldenbremse gilt ebenso wie die  
236 europäischen Stabilitätskriterien. Wir Grüne sind verlässlich. Das haben wir in  
237 Kommunen und Ländern oft gezeigt. Wir versprechen finanzpolitisch nichts, was nicht  
238 zu halten ist. Deswegen sagen wir, was wir sofort finanzieren können und was wir  
239 zeitlich nach hinten schieben müssen. Gute Politik besteht aus dem Mut, Prioritäten zu  
240 setzen. Diesen Mut haben wir.

241 Wir wollen eine umfassende soziale und ökologische Transformation. Wir streiten für  
242 einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch. Wir beschreiben nicht nur das  
243 Ziel, sondern auch den Weg dorthin. Leitmotive sind dabei: Teilhabe, sozialer  
244 Ausgleich, ökologischer Umbau und Chancengerechtigkeit.

245 Unterm Strich stehen 2014 als Folge grüner Einnahmeverbesserungen, dem  
246 Subventionsabbau und Einsparungen 12 Mrd. Euro für haushaltswirksame grüne  
247 Projekte zur Verfügung. Der geltende Finanzplan des Bundes bildet für diese  
248 Berechnung die Basis. Dem Vorsichtsprinzip folgend schaffen wir einen Puffer für Zins-  
249 und Konjunkturrisiken. Die konkreten Projekte vom Klimaschutz über Arbeitsmarktpolitik  
250 bis zur Eingliederungshilfe in den Kommunen finden sich in den entsprechenden  
251 Kapiteln des Wahlprogramms.

252

253 -----

### 254 **Wer Grün wählt, ...**

- 255 • bekommt eine ehrliche und solidarische Finanzpolitik, damit öffentliche  
256 Leistungen endlich wieder ohne Schulden finanziert werden.
- 257 • tut was für den Schuldenabbau. Die grüne Vermögensabgabe fließt zu 100% in  
258 die Schuldentilgung.
- 259 • kann sich sicher sein, dass Bund, Länder und Gemeinden von grüner  
260 Finanzpolitik profitieren. Nur so ist eine aktive Politik vor Ort möglich.
- 261 • weiß, dass nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist. Unsere Prioritäten sind

262 ausgewogen, durchgerechnet und damit ein verlässliches Angebot an die  
263 Wählerinnen und Wähler.

- 264 • kann sich sicher sein, dass wir niemanden finanziell überfordern.

265 -----

266

## 267 **Schlüsselprojekte**

268

---

### 269 **Staatsverschuldung abbauen – Vermögensabgabe einführen**

270 Deutschland hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. Allein zwischen 2007 und  
271 2012 sind die Staatsschulden um 500 Mrd. auf über 2 Billionen Euro gewachsen.

272 Unsere Steuergelder werden zur Zinstilgung gebraucht. Sie fehlen für den sozialen und  
273 ökologischen Umbau, der unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten soll. Wir sind  
274 die einzige Partei, die einen konkreten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum  
275 Schuldenabbau macht. Wir führen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ein, die  
276 das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung betrifft. Die Betriebsvermögen  
277 schützen wir und eine Substanzbesteuerung wird vermieden. So senken wir die  
278 Staatsverschuldung.

279

---

280

281

---

### 282 **Niedrige Steuern für Geringverdiener und Mittelschicht – gerechte Reform der** 283 **Einkommenssteuer**

284 Das derzeitige Einkommensteuersystem ist ungerecht. Wir erhöhen deshalb den  
285 Grundfreibetrag auf 8.700 Euro. Das kommt vor allem den Geringverdienern zugute.  
286 Gutverdiener sollen etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Wir  
287 wollen deshalb den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49%  
288 erhöhen. Alle, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, werden entlastet.  
289 Wer mehr verdient trägt in Zukunft mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei.  
290 Das ist gerechter.

291

---

292

293

---

### 294 **Ökologische Finanzreform weiterführen – umweltschädliche Subventionen** 295 **abbauen**

296 Im Steuerrecht wimmelt es noch immer vor ökologisch schädlichen

297    Steuersubventionen. Das Umweltbundesamt beziffert das Volumen dieser ökologisch  
298    schädlichen Subventionen auf bis zu 48 Mrd. Euro. Das werden wir ändern. Wir können  
299    zwar nicht alles auf einen Schlag abschaffen, doch das Abschmelzen ökologisch  
300    schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung oder den  
301    Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt uns in der nächsten Legislatur 7,5 Mrd. Euro.  
302    Das mindert den Umweltverbrauch und verbessert die Finanzierung unseres  
303    Gemeinwesens.

304

---



**BTW-A-01 Bundestagswahlprogramm - Teilhaben an guter Arbeit**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **E) Teilhaben an guter Arbeit**

2 **Wie wir Arbeit unter guten Bedingungen für alle schaffen**

3 Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Gute Arbeit ist  
4 die Grundlage für ein auskömmliches Einkommen und für Sicherheit, sie ist aber auch  
5 Voraussetzung für Entfaltung und Anerkennung. Beruf kommt von Berufung – ein guter  
6 Job kann Erfüllung bedeuten. Genauso ist aber ein mieser Job eine große Belastung.  
7 Und leider haben die miesen Jobs massiv zugenommen.

8 Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind für mehr und mehr  
9 Menschen unerreichbar, denn neue Jobs entstehen überwiegend in der Leiharbeit, als  
10 Niedriglohnjobs oder als Minijobs. Angela Merkel hat diese verheerende Entwicklung  
11 nicht nur zugelassen, sondern mit ihrer Politik massiv verstärkt.

12 Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf den ersten Blick zwar gut entwickelt. Doch beim  
13 genauen Hinschauen wird deutlich: Der Arbeitsmarkt ist zutiefst gespalten. Er ist  
14 gespalten zwischen Beschäftigten und den knapp drei Millionen Arbeitslosen. Er ist  
15 gespalten zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben und prekär  
16 Beschäftigten. Er ist gespalten zwischen Frauen und Männern, da Frauen für  
17 gleichwertige Arbeit ungleichen Lohn bekommen. Er ist gespalten zwischen Menschen,  
18 die zwischen Überlastung und Burnout taumeln und jenen, die gerne mehr arbeiten  
19 würden und er ist gespalten, weil es viele ältere und alte Menschen gibt, die ihre Berufs-  
20 und Lebenserfahrung einbringen wollen, nur fragt niemand mehr danach.

21 Während die Einkommen einiger Weniger immer weiter ansteigen, sinken die Reallöhne  
22 vieler Beschäftigter seit mehr als einem Jahrzehnt. Die Schere zwischen kleinen und  
23 großen Einkommen geht auseinander, und in vielen Berufsgruppen erleben wir eine  
24 Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Und immer noch hängen  
25 in kaum einem Land soziale Herkunft, Bildungschancen und beruflicher Erfolg so eng  
26 zusammen wie bei uns. Es ist etwas ins Rutschen gekommen. Teilhabe und  
27 Aufstiegsmöglichkeiten für alle sind nicht mehr selbstverständlich.

28 In der Gesellschaft gibt es längst einen breiten Konsens, dass jede und jeder von der  
29 eigenen Arbeit gut und auskömmlich leben können muss. Packen wir das endlich an.

30 Grüne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass alle an guter würdevoller  
31 Arbeit teilhaben können. Wir zeigen, wie wir die Spaltungen am Arbeitsmarkt  
32 überwinden und Aufstiegsblockaden lösen.

33 Wir machen uns stark für Einmischung und Mitbestimmung – auch am Arbeitsplatz und  
34 im Jobcenter. Dafür brauchen wir einen besseren Arbeitnehmerschutz und starke  
35 Gewerkschaften sowie eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe.

36 Wir stoßen die Türen auf für die Arbeitsplätze der Zukunft – durch eine grüne  
37 Industriepolitik und den Aufbau einer grünen Infrastruktur, durch den Ausbau von  
38 Bildung und sozialen Dienstleistungen.

39

#### 40 **1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit**

41 Wir müssen endlich zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Arbeit darf  
42 nicht arm machen. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet in Deutschland für einen  
43 Niedriglohn, davon 6,8 Millionen für weniger als 8,50 Euro pro Stunde und über 330.000  
44 Vollzeitbeschäftigte sind neben ihrem Lohn auf ALG II-Leistungen angewiesen. Es gibt  
45 immer noch Tariflöhne, von denen kein Mensch leben kann, wie die Frisörin in  
46 Thüringen mit 3,18 Euro pro Stunde. Viele Menschen arbeiten als Beschäftigte in der  
47 Leiharbeit und sind ohne Perspektive auf eine Festanstellung und bereits die Hälfte der  
48 Neuverträge ist befristet. Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt  
49 22% weniger als ihre männlichen Kollegen – unter anderem auch weil Berufe in denen  
50 hauptsächlich Frauen arbeiten oft nicht ihren Anforderungen entsprechend entlohnt  
51 werden.

52 Wir Grüne schaffen andere Verhältnisse. Darum streiten wir für einen allgemeinen  
53 gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe soll von einer  
54 Mindestlohnkommission festgelegt werden, zusammengesetzt aus Gewerkschaften,  
55 Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Zudem müssen darüber  
56 hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne und allgemeinverbindlich erklärte  
57 Tarifverträge die Lohnfindung nach unten begrenzen. Das bremst die schleichende  
58 Erosion des Tarifvertragssystems und stärkt die Tarifautonomie. Um die  
59 Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein  
60 Entgeltgleichheitsgesetz und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit dem  
61 Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet werden.

62 25% der Beschäftigten sind in Deutschland inzwischen atypisch beschäftigt, fast 3-mal  
63 so viele Frauen wie Männer. Das sind 7,8 Millionen Menschen, die entweder mit kleinen  
64 Teilzeitjobs, mit Leiharbeit, mit befristeter Beschäftigung oder mit Minijobs über die  
65 Runden zu kommen versuchen. Natürlich sind nicht alle diese Jobs problematisch.  
66 Allerdings zeigt sich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht  
67 entlohnt werden, zu Altersarmut führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche,  
68 sichere Beschäftigung darstellen.

69 Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze oder als Billigjobs per  
70 Werkvertrag. Klar ist, Unternehmen brauchen eine gewisse Flexibilität für  
71 Auftragsspitzen. Aber der Missbrauch der Leiharbeit ist groß. Wir Grüne fordern, dass  
72 LeiharbeiterInnen mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie  
73 Stammbeschäftigte und Deutschland damit endlich die entsprechende EU-Richtlinie  
74 umsetzt. Außerdem muss ein Flexibilitätsbonus eingeführt werden. Leiharbeiterinnen  
75 und Leiharbeiter sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie  
76 Festangestellte.

77 Bei den befristeten Jobs zeigt sich eine weitere Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt. Viele  
78 Menschen hangeln sich von einem Kurzzeit-Job zum nächsten. Sie sind praktisch  
79 permanent in der Probezeit und können kaum die nötige Sicherheit für ihre  
80 Lebensplanung gewinnen. Wir wollen Befristungsorgien eindämmen, indem ausufernde  
81 Kettenverträge verhindert und die „Befristung ohne Sachgrund“ gestrichen wird, denn  
82 Sicherheit im Berufsleben ist die zentrale Voraussetzung für die Lebensplanung der  
83 Menschen. Deshalb wollen wir endlich die gemeinschaftswidrige Norm abschaffen,  
84 dass bei Kündigungsfristen nur die Beschäftigungszeiten nach Vollendung des 25.  
85 Lebensjahres mit berechnet werden und die davor unter den Tisch fallen.

86 Der Anstieg der prekären Beschäftigung hat aber nicht nur negative Auswirkungen für  
87 die Beschäftigten, sondern auch Folgen für die Arbeitswelt insgesamt. So werden mit  
88 diesen Beschäftigungsformen die Mitbestimmung, der Kündigungsschutz, tarifliche  
89 Standards und somit der soziale Schutz der Beschäftigten umgangen. Damit stehen  
90 kollektive Errungenschaften, die über lange Zeit hart erkämpft wurden, nur noch auf  
91 dem Papier. Der Jahrzehnte alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft und  
92 die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden damit aufgekündigt.

93 Neue Antworten erfordert der Wandel auch bei den Sozialversicherungen. Wir von  
94 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die derzeitige Arbeitslosenversicherung mittelfristig  
95 zu einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen. Alle Erwerbstätigen, also auch  
96 flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige, sollen einbezogen werden. Ansprüche auf  
97 Arbeitslosengeld können auch unstetig Beschäftigte bekommen, wenn sie mindestens  
98 vier von 24 Monaten Beiträge gezahlt haben. Neben der Absicherung bei  
99 Arbeitslosigkeit liegt der Fokus der grünen Arbeitsversicherung auf berufsbegleitender  
100 Vorsorge, gerade für von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen.

101

## 102 **2. Gute Arbeit darf nicht krank machen und braucht Mitbestimmung**

103 Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Der Wandel der Arbeitswelt führt zu  
104 neuen Belastungen. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der Hauptgrund für  
105 Frühverrentungen. Frauen sind überproportional davon betroffen. Mehr  
106 Eigenverantwortung, reine Zielorientierung bei freier Arbeitsorganisation – das kommt  
107 zwar vielen entgegen, aber andere belastet der ständige Termindruck und die vielen

108 Überstunden, die nicht ausgeglichen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und  
109 Arbeitnehmer leiden aber auch unter starren Vorgaben, wenig Flexibilität, zu wenig  
110 Abwechslung und zunehmender Intensität. Eine zunehmend belastende Entwicklung für  
111 viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die ständige Erreichbarkeit per Handy  
112 oder E-Mail auch außerhalb der Arbeitszeiten oder die Zunahme von Schicht- und  
113 Nacharbeit. Für uns Grüne heißt das einerseits, dass der Arbeitsschutz auf die neuen  
114 Gefährdungen hin überarbeitet werden muss. Deshalb fordern wir eine Anti-Stress-  
115 Verordnung zum Schutz vor Stress am Arbeitsplatz. Und wir wollen den Missbrauch von  
116 Werkverträgen und Scheinselbständigkeit verhindern durch eine klare Abgrenzung  
117 zwischen Leiharbeit und Werkverträgen. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen in  
118 reguläre tariflich bezahlte Arbeit überführt werden. Andererseits sind Aufsichtsbehörden  
119 und Sozialpartner stärker zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, neue  
120 Gesundheitsrisiken zu erkennen und sie zu beheben. Wir wollen Maßnahmen der  
121 betrieblichen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort wo prekäre Beschäftigung,  
122 Teilzeit und Leiharbeit dominieren.

123 Gute Arbeit für alle ist nur mit einer starken Mitbestimmung zu schaffen. Das bewährte  
124 Recht, sich an betrieblichen und unternehmerischen Entscheidung zu beteiligen, wollen  
125 wir bewahren und ausbauen. Die Mitbestimmungsrechte müssen der sich veränderten  
126 Arbeitswelt gerecht werden. Das gilt für den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen  
127 im Betrieb, für ausländische Rechtsformen von Unternehmen genauso wie für einen  
128 zeitgemäßen Beschäftigtendatenschutz.

129 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen unterliegen immer  
130 noch uneingeschränkt dem kirchlichen Arbeitsrecht. Wir wollen für alle Berufe jenseits  
131 des Be-reichs der „Verkündigung“ das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen. Stattdessen  
132 sollen alle kirchlichen MitarbeiterInnen außerhalb des „Verkündigungsbereichs“ die  
133 gleichen Rechte bekommen wie andere Angestellte auch. Über den Weg zur  
134 Überleitung in das allgemein verbindliche kollektive Arbeitsrecht wollen wir einen Dialog  
135 mit den Kirchen..

136

### 137 **3. Gute Arbeit braucht Zugänge**

138 Immer mehr Menschen sind am Arbeitsmarkt abgehängt oder ausgeschlossen. Wir  
139 kehren diesen Trend um, indem wir die Blockaden abbauen. Fast sieben Millionen.  
140 Menschen haben derzeit einen Minijob. Zwei Drittel davon sind Frauen. Zwar sind nicht  
141 alle davon in prekären Lebenslagen. Es gibt Studierende, RentnerInnen und  
142 SchülerInnen, die dazu verdienen. Für Viele ist der Minijob jedoch eine Armutsfalle,  
143 spätestens im Alter. Denn mit einem Minijob ist eine eigenständige Existenzsicherung  
144 und die Ansammlung eigener Rentenansprüche nicht möglich. Viele wollen gerne mehr  
145 arbeiten, bekommen aber keinen anderen Job. Für andere, die umsteigen und etwas  
146 mehr Stunden arbeiten, führen die Sozialabgaben dazu, dass sie kaum mehr verdienen.

147 Gleichzeitig werden mit Minijobs auch Menschen subventioniert, die Minijobs nur als  
148 Zuverdienstmöglichkeit neben ihren regulären Jobs nutzen. Da Minijobs für die  
149 ArbeitnehmerInnen steuer- und sozialabgabenfrei sind, werden andere benachteiligt,  
150 die mehr Stunden arbeiten und dafür Abgaben und Steuern zahlen müssen. Das ist  
151 ungerecht.

152 Auch ALG II-Beziehende wollen oft mehr arbeiten, von staatlichen Hilfen unabhängig  
153 werden und durch ihre Arbeit auf eigenen Beinen stehen. Die sogenannten  
154 „AufstockerInnen“, die trotz Arbeit auf ALG II angewiesen sind, verdienen in ihrem Job -  
155 oftmals sogar in Vollzeit - nicht genug, um davon leben zu können. Ziel unserer Politik  
156 ist es, allen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt  
157 eigenverantwortlich zu erwirtschaften und nicht von staatlicher Unterstützung abhängig  
158 zu sein.

159 Von seiner eigenen Arbeit leben zu können, das bedeutet ein großes Stück Würde und  
160 Gerechtigkeit. Vor allem für Frauen wollen wir es ermöglichen in  
161 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Jobs zu wechseln. Als ersten  
162 Schritt dazu wollen wir die Minijobs eindämmen – durch einen gesetzlichen  
163 Mindestlohn, durch eine Begrenzung der Anzahl von MinijobberInnen pro Betrieb, durch  
164 Stundenobergrenzen und durch eine strikte arbeitsrechtliche Gleichbehandlung der  
165 MinijobberInnen mit anderen Beschäftigten. Wir machen zusätzlich einen Einstieg in  
166 eine Reform, die eine bessere Abstimmung von Steuern, Abgaben und sozialen  
167 Transfers bringt, die eine Sozialversicherungspflicht ab hundert Euro einführt, die  
168 heutigen Minijobs sozialverträglich ersetzt sowie kleine Einkommen entlastet und damit  
169 mehr Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der ALG II  
170 Bürokratie eröffnet.

171 Wir wollen Blockaden, die Menschen an ihrem Aufstieg hindern, beiseite räumen.  
172 Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, Alter, Religion, sexuelle Identität und Geschlecht  
173 dürfen keine Rolle spielen. Die Realität ist heute eine andere. Bestehende Strukturen  
174 sind verfestigt. Die Ausgangschancen von zu vielen jungen Menschen mit und ohne  
175 Migrationshintergrund sind von Geburt an schlechter als die ihrer Altersgenossen. Das  
176 beginnt in Kita und Schule und setzt sich bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche  
177 fort. Neben sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch  
178 verdeckter Rassismus und Vorurteile ein Hinderungsgrund, erfolgreich Fuß zu fassen.  
179 Wir Grüne wenden uns mit ganzer Kraft gegen jegliche Diskriminierung.

180 Menschen stoßen in diesem Land aus vielerlei Gründen an Blockaden und Hindernisse.  
181 Gute öffentliche Institutionen, die von allen genutzt werden können, sind der Schlüssel  
182 zur Überwindung. Gute Berufsschulen und Ausbildungsstätten sind unverzichtbar für  
183 die Menschen und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das System der dualen  
184 Ausbildung hat sich bewährt, aber es stößt an seine Grenzen. Wir setzen auf DualPlus.  
185 Damit erweitern wir das herkömmliche System der dualen Ausbildung um  
186 überbetriebliche Lernorte, insbesondere für benachteiligte Jugendliche.

187 Zu viele Menschen sind dauerhaft ohne Arbeit trotz guter Konjunktur. Deshalb wollen  
188 wir einen Sozialen Arbeitsmarkt fest in das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium  
189 aufnehmen. Als Leitlinie gilt, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Dafür sollen die  
190 passiven in aktive Leistungen umgewandelt werden, also das Arbeitslosengeld II und  
191 die Kosten der Unterkunft in ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges  
192 Beschäftigungsverhältnis. 200.000 Menschen in Deutschland mit besonders komplexen  
193 Problemen könnten davon profitieren. Mit unserem Sozialen Arbeitsmarkt machen wir  
194 Langzeitarbeitslosen ein neues, zuverlässiges und freiwilliges Angebot. Es ist die  
195 Chance zum Neustart für alle diejenigen, die die Merkel Koalition über Jahre in einer  
196 aussichtslosen Situation belassen hat.

197 Wir wollen mehr Menschen mit Behinderungen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt mit  
198 Arbeit zu verdienen in einem für sie zugänglichen und offenen Arbeitsmarkt. Für viele  
199 Menschen mit Behinderungen in Deutschland gibt einen starken Automatismus, der sie  
200 früher oder später in sogenannte geschützte Werkstätten für behinderte Menschen  
201 führt. Wir setzen stattdessen verstärkt auf betriebsintegrierte Lösungen – etwa in  
202 Integrationsbetrieben, Integrationsabteilungen oder unterstützter Beschäftigung.

203

#### 204 **4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung**

205 Ein gutes Jobcenter ist ein Schlüssel, um Menschen in gute Arbeit zu bringen. Heutige  
206 Jobcenter bieten häufig nicht die Hälfte von dem, was wir uns von ihnen erwarten.  
207 Menschen werden oft nicht gefördert, sondern nach „Schema F“ behandelt. Das  
208 müssen wir ändern. Das Jobcenter, das wir uns vorstellen, hört den Menschen zu,  
209 unterstützt sie auf ihrem Weg, erkennt die Potentiale der Menschen und hilft ihnen den  
210 nächsten Schritt zu tun.

211 ArbeitsvermittlerInnen und Arbeitssuchende legen gemeinsam fest, welche Fortbildung  
212 oder welcher Job der richtige sind. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitssuchenden  
213 zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht  
214 eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Wir schlagen außerdem  
215 vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten  
216 vermitteln.

217 Tatsächlich fördern statt nur zu fordern, muss das Motto sein. Die BeraterInnen im  
218 Jobcenter haben nur so viele Fälle, dass sie wissen, wer vor ihnen sitzt und  
219 passgenaue Lösungen entwickeln können. Das ist keine unrealistische Vision, das ist  
220 ein gerechtfertigter Anspruch. Das Jobcenter ist ein entscheidendes Puzzleteil in  
221 unserer Institutionenstrategie für mehr Gerechtigkeit. Denn nur ein gutes Jobcenter  
222 schafft echte Chancen auf Teilhabe.

223

#### 224 **5. Gute Arbeit in neuen Jobs**

225 Grüne Politik schafft Bedingungen für mehr Jobs. Allerdings: nicht alles, was Arbeit  
226 schafft, ist sozial. Gute Arbeit heißt vor allem würdige Löhne, humane  
227 Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Männern und  
228 Frauen. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist eine Jobmaschine. Das zeigen  
229 hundertausende neue Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien, durch  
230 Gebäudesanierung beim Handwerk oder in den Ingenieurbüros. Die Energiewende zu  
231 100% Erneuerbaren wird für neue Jobs sorgen. Bereits heute arbeiten über 1,4  
232 Millionen Menschen im Bereich der Umwelttechnologien. Durch einen grünen Wandel in  
233 der Wirtschaft, in Energie, Energieeffizienz, Verkehr, Wärme und in der Industrie  
234 können es bis 2025 bis zu 2,4 Millionen Jobs werden.. Auch hier gelten unsere  
235 Ansprüche an gute Arbeit.

236 Die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens entscheidet sich gerade im  
237 Bildungs- und Gesundheitsbereich. In beiden Branchen steckt das Potential zu mehr  
238 Jobs: in einer alternden Gesellschaft sind eine steigende Zahl von Menschen auf  
239 Dienstleistungen vom Einkaufsservice bis zur qualifizierten Pflegeleistung angewiesen.  
240 Auch der Bildungsaufbruch von Kita über die Universität bis zum lebenslangen Lernen  
241 ist nur mit mehr Personal zu stemmen. Für ein qualitätsvolles Angebot der  
242 frühkindlichen Betreuung, den Ausbau der Ganztagschulen und bessere Hochschulen  
243 braucht es viele neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte.

244 Viele dieser Jobs sind öffentlich finanzierte Dienstleistungen. Wir sorgen durch unsere  
245 Finanzpolitik für eine solide Finanzierung der öffentlichen Kassen. So können wir ein  
246 umfangreicheres Kita-Angebot realisieren und die Ganztagschulen ausbauen.  
247 Mangelnde Kinderbetreuung ist heute viel zu oft ein Hinderungsgrund für eine (Vollzeit-)  
248 Erwerbstätigkeit.

249 Die Bürgerversicherung senkt die Beiträge zur Krankenversicherung und damit die  
250 Lohnnebenkosten. So wird Arbeit billiger – und dadurch attraktiver für ArbeitgeberInnen  
251 und ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig schafft sie aber auch mehr Raum für  
252 Beschäftigung in der Gesundheitsbranche. Durch die Senkung von Steuern und  
253 Abgaben entstehen neue Jobs vor allem im Dienstleistungssektor oder in  
254 personalintensiven Bereichen, die bisher aufgrund der Kosten nicht entstehen konnten.

255

## 256 **6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte**

257 Während immer noch etwa drei Millionen Menschen arbeitslos sind, herrscht in Teilen  
258 der Wirtschaft akuter Fachkräftemangel. In manchen Regionen gibt es praktisch  
259 Vollbeschäftigung und die Unternehmen haben erhebliche Schwierigkeiten  
260 IngenieurInnen, ÄrztInnen, aber auch Pflegekräfte und ErzieherInnen zu finden. Wir  
261 setzen an beiden Enden an.

262 Der Mangel an Fachkräften ist ein Hemmnis für die Entwicklung der deutschen  
263 Wirtschaft. Wir müssen daran arbeiten, dass Qualifikation in den Bereichen stattfindet in

264 denen Mangel herrscht und ausländische Abschlüsse möglichst unbürokratisch  
265 anerkannt werden. Dafür setzen wir auf gute Ausbildung, auf verstärkte berufliche  
266 Weiterbildung und auf lebenslanges Lernen unterstützt durch ein Erwachsenen-BaföG.  
267 Ein wichtiger Hebel ist die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Wir  
268 wollen Erwerbshindernisse und Fehlanreize für Frauen, wie das Ehegattensplitting und  
269 die kostenlose Mitversicherung, abbauen und so diskriminierende Strukturen, die einer  
270 stärkeren Frauenerwerbsarbeit und einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg  
271 stehen, überwinden. Deshalb fordern wir unter anderem eine feste Quote von 50% für  
272 Frauen in Aufsichtsräten. Auch der flächendeckende Ausbau von Kitas,  
273 Ganztagschulen und Pflegeeinrichtungen ist von großer Bedeutung, übernehmen doch  
274 vor allem Frauen noch große Teile der Familienarbeit.  
275 Wir wollen diejenigen ansprechen, die sich entmutigt aus dem Arbeitsmarkt  
276 zurückgezogen haben. Dazu gehören viele alte Menschen, die sich einem  
277 gesellschaftlichen Jugendkult ausgesetzt sehen. Zu Unrecht, denn ältere  
278 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringen wichtige Erfahrungen mit. Wir wollen die  
279 Wirtschaft unterstützen, stärker auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu  
280 setzen. Gleichzeitig drängen wir auf alterns- und altersgerechtere Arbeitsplätze.  
281 Doch allein die bessere Förderung von inländischen Arbeitskräften wird nicht  
282 ausreichen, um den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Vor  
283 diesem Hintergrund wollen wir den Zuzug ausländischer Fachkräfte vereinfachen und  
284 transparenter gestalten. Dazu gehören vor allem die Einführung eines liberalen und  
285 transparenten Punktesystems und das Etablieren einer wirklichen Willkommenskultur.

287

288 -----

### 289 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 290 • stimmt für einen flächendeckend gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50  
291 Euro pro Stunde.
- 292 • bekommt faire Regeln für Leiharbeit dämmt Befristungen ein und begrenzt  
293 Minijobs.
- 294 • entlastet kleine Einkommen und eröffnet mehr Menschen die Chancen auf ein  
295 selbstbestimmtes Leben ohne ALG II.
- 296 • verbessert die Rechte von Arbeitssuchenden in Jobcentern.
- 297 • löst Blockaden und schafft Teilhabe an guter Arbeit für alle.

298 -----

299



300 **Schlüsselprojekte**

301

---

302 **Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen**

303 Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Arbeit darf nicht arm machen.  
304 Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden  
305 müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von  
306 mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer  
307 Mindestlohnkommission festgelegt; zusammengesetzt aus Gewerkschaften,  
308 Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Zudem müssen darüber  
309 hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne und allgemeinverbindlich erklärte  
310 Tarifverträge die Lohnfindung nach unten begrenzen. Nur so schaffen wir es, dass alle  
311 von ihrer Arbeit leben können.

312

---

313

314

---

315 **Lohndumping beenden – gleicher Lohn für Leiharbeit**

316 Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze. Zwar brauchen  
317 Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen, aber den Missbrauch der Leiharbeit lehnen  
318 wir ab. Wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag. Leiharbeit darf  
319 nicht dem Lohndumping dienen. LeiharbeiterInnen sind auch keine ArbeiterInnen  
320 zweiter Klasse. Sie sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie die  
321 Stammbeschaft. Damit wird der Missbrauch von Leiharbeit effektiv eingedämmt.

322

---

323

324

---

325 **Arbeit darf nicht krank machen – Arbeitsschutz weiterentwickeln**

326 Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu  
327 wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend  
328 geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von  
329 der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den  
330 Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen  
331 psychischen Belastungen anpassen. Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf  
332 den demografischen Wandel sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen das  
333 Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten  
334 können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht.

335

---

**BTW-B-01 Bundestagswahlprogramm - Teilhaben an guter Bildung**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **F) Teilhaben an guter Bildung**

2 **Wie wir Kitas und Schule, Hochschulen und Ausbildung besser machen**

3 Bildung eröffnet Zukunft. Die Welt kennen lernen, verstehen was um einen herum  
4 passiert, das eigene Leben selbst gestalten, Verantwortung für sich und andere  
5 übernehmen, Wünsche und Ziele verwirklichen – dies sollte allen Menschen offen  
6 stehen. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Er  
7 darf nicht an der Herkunft, nicht an den Lebensumständen und nicht am Geldbeutel der  
8 Eltern scheitern.

9 Wir verlangen einem Teil der Bevölkerung mit unseren Vorhaben in der Steuerpolitik  
10 einiges ab. Aber im Gegenzug verpflichten wir uns, gemeinsam mit Ländern und  
11 Kommunen unsere Kitas und Schulen zu begeisternden Lernorten zu machen, an  
12 denen jedes Kind mit seinen Talenten und seinem Potential angenommen wird und  
13 bestmögliche Bildung erfährt. Und wir verpflichten uns, die Zugänge zu Ausbildung,  
14 Studium und Weiterbildung stärker zu öffnen.

15 Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die freie  
16 Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe.  
17 Zugleich ist Bildung eine zentrale Investition in das zukünftige Leben. Wir sorgen dafür,  
18 dass sie nicht zum Privileg wird, sondern wirklich allen offen steht.

19 Bildung schafft Gerechtigkeit. Wir streiten für ein inklusives und ein sozial gerechtes  
20 Bildungssystem, an dem alle teilhaben. Für eine durchlässige Gesellschaft, die soziale  
21 Barrieren abbaut und die Vielfalt der Menschen bejaht.

22 Bildung schafft Demokratie. Wir treten ein für offene Bildungsinstitutionen, in denen die  
23 Einmischung von Lernenden, Lehrenden, Eltern und gesellschaftlichem Umfeld  
24 erwünscht ist. Dazu gehören für uns auch institutionelle Elemente wie verfasste  
25 Studierendenschaften und paritätisch besetzte Gremien an Schulen und Hochschulen.

26 Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir  
27 eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen.

28

## 29 **1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen**

30 Die Qualität von Kitas und Schulen ist zentral, wenn es darum geht, Teilhabechancen  
31 von Kindern zu verbessern. Wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen direkt und  
32 ohne Umwege zu stärken, zeigt das gescheiterte Bildungs- und Teilhabepaket der  
33 Bundesregierung – ein Großteil des Geldes kommt gar nicht dort an, wo es gebraucht  
34 wird. Statt Kitas und Schulen zu stärken, finanziert das Bildungs- und Teilhabepaket  
35 neue bürokratische Strukturen und private Nachhilfe.

36 Gute Bildungseinrichtungen sind inklusiv, sie zeigen Respekt und Wertschätzung  
37 gegenüber der ganzen Vielfalt der Kinder und jungen Menschen. Wir wollen Schulen  
38 dazu befähigen, gemischte Teams aufzubauen und sich zu öffnen für Menschen mit  
39 Behinderungen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv  
40 umzugehen, damit Sonder- und Förderschulen entbehrlich werden. Nicht zuletzt die von  
41 Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit  
42 Behinderungen verpflichtet uns dazu. Von diesem Anspruch ist das deutsche  
43 Schulwesen noch weit entfernt. Dies gilt auch für Hochschulen und Einrichtungen der  
44 Erwachsenenbildung. Wir wollen dies ändern.

45 Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ. Dort werden Kinder nicht verplant,  
46 sondern sie können sich einmischen und das ist erwünscht. Solche Einrichtungen  
47 begreifen Eltern als Partner in der Begleitung der jungen Menschen und bieten  
48 Unterstützung und Beratung. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch verfasst,  
49 ihre Gremien paritätisch besetzt sein. SchülerInnen oder Studierende sollen durch  
50 selbstverwaltete Strukturen wie Schülervertretungen oder verfasste  
51 Studierendenschaften vertreten werden. Und gute Bildungseinrichtungen bringen gute  
52 Ergebnisse. Die hohe Zahl an BildungsverliererInnen schreit zum Himmel: Es kann  
53 keine Bildungsgerechtigkeit und keine Entwarnung geben, solange jede/r Zehnte als  
54 funktionaler Analphabet gilt, jede/r fünfzehnte Jugendliche die Schule und fast jede/r  
55 Vierte die Ausbildung oder das Studium abbricht, solange knapp 300.000 Jugendliche  
56 in Warteschleifen des Übergangssektors geparkt sind und über zwei Millionen junge  
57 Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. Das sind Zahlen, die eine neue  
58 Bildungsoffensive erfordern. Das deutsche Schulsystem leidet an einem Leistungs- und  
59 Gerechtigkeitsproblem.

60 Viel Verantwortung liegt bei den Fachkräften in Kitas und Schulen. Viele kommen dieser  
61 Verantwortung bereits mit hohem Engagement nach. ErzieherInnen haben eine sehr  
62 anspruchsvolle Aufgabe. Doch die gesellschaftliche Anerkennung hinkt hinterher. Wir  
63 wollen die Länder unterstützen bei der Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern,  
64 die in großer Zahl dringend gebraucht werden. Perspektivisch soll in jeder Gruppe eine  
65 Fachkraft arbeiten, die auf Hochschulniveau ausgebildet wurde. Generell ist eine  
66 bessere Lehrerausbildung mit gleicher Studiendauer für alle Schularten unser Ziel.  
67 Auch für das Verankern einer Fortbildungskultur, die 'lebenslanges Lernen' auch für  
68 ErzieherInnen und LehrerInnen ernst meint, soll der Bund seinen Teil beitragen. Dabei

69 müssen Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz und sonderpädagogisches  
70 Wissen Teil der Ausbildung und Weiterbildung sein und insgesamt mehr Fachkräfte mit  
71 Migrationshintergrund gewonnen werden. Die Verantwortung für gute Kitas, mehr noch  
72 aber für Schulen und Hochschulen liegt zuallererst bei den Ländern und den  
73 Kommunen. Der Bund kann unterstützen und mitfinanzieren, wenn man ihn lässt.  
74 Wir wollen die Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen um den Zugang zu  
75 Wissen zu fördern. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt  
76 werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit  
77 entsprechender Inhalte zu unterstützen. Maßgabe sollten die Standards zu Open  
78 Education Resources sein.

79

## 80 **2. Entfaltung ermöglichen: für gute Kitas und Schulen**

81 Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Begeisterung und Wissensdurst zu erhalten  
82 und Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Genau hier scheitert unser  
83 Bildungssystem aber viel zu oft.

84 Die Chance für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in  
85 die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich. Schlimmer: Obwohl diese  
86 Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird  
87 vererbt. Viel zu oft steht schon im Kreissaal fest, wohin der Weg des Kindes führt.  
88 Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien  
89 kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung, besonders gilt das  
90 für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Wir aber wollen kein Kind  
91 zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen, die junge Menschen daran  
92 hindern, ihre Begabungen zu entfalten.

93 Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh  
94 fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Wir wollen dafür  
95 den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch angemessen finanzieren, einen  
96 Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung einführen, bundesweit  
97 Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote in einem Gesetz festlegen  
98 und die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. 1 Mrd. Euro an  
99 Bundesmitteln pro Jahr werden wir Ländern und Kommunen zusätzlich zur Verfügung  
100 stellen, damit es schnell vorangeht.

101 In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Zu früh  
102 wird sortiert anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu  
103 entwickeln. Wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Kinder länger gemeinsam  
104 an einer Schule lernen. Wir wollen dies aber nicht von oben verordnen, sondern laden  
105 Lehrkräfte und Eltern ein, sich gemeinsam auf den Weg zu machen hin zu besseren  
106 Schulen. Davon profitieren alle, die stärkeren SchülerInnen wie die Schwächeren.  
107 SchülerInnen und LehrerInnen brauchen auch mehr Zeit, denn erfolgreiches Lernen

108 und individuelle Förderung laufen nicht im 45-Minuten-Takt und sind auch nicht mittags  
109 zu Ende. Unser Ziel ist es, flächendeckend echte Ganztagschulen aufzubauen, die  
110 barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und  
111 voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können. Wir werden  
112 deshalb mit den Ländern über ein zweites Ganztagsschulprogramm verhandeln, damit  
113 die guten, durch das erste Programm aus dem Jahr 2004 angeschobenen  
114 Veränderungen, fortgesetzt werden können. Darüber hinaus wollen wir die  
115 Sprachförderung in Kitas und Schulen stärken. Es muss sie durchgängig geben und sie  
116 muss auch die Herkunftssprachen der Kinder und Jugendlichen umfassen.

117

### 118 **3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung**

119 Für viele junge Menschen ist der Weg von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf  
120 sehr weit – oft zu weit. Jedes Jahr werden rund 300.000 junge Menschen vermeintlich  
121 berufsvorbereitend von Maßnahme zu Maßnahme geschleppt. Das deutsche Modell der  
122 betrieblichen Ausbildung ist zu Recht international anerkannt. Aber: Zu wenige  
123 Jugendliche schaffen den Sprung in eine betriebliche Ausbildung, zu wenige  
124 Unternehmen beteiligen sich und die Durchlässigkeit lässt zu wünschen übrig. Deshalb  
125 wollen wir das System der Berufsausbildung reformieren. Dafür sollen ergänzend  
126 überbetriebliche Ausbildungsstätten aufgebaut und die Ausbildung in  
127 Ausbildungsbausteine unterteilt werden, die aufeinander aufbauen und berufs- und  
128 länderübergreifend anerkannt werden. Das bewährte duale Ausbildungsprinzip behalten  
129 wir bei und wollen die Verknüpfung von Aus- und Fortbildung als Alternative zum  
130 Hochschulstudium ausweiten. Der Vorteil ist: Mehr Betriebe können sich an der  
131 Ausbildung beteiligen, mehr Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz, unterstützende  
132 Maßnahmen werden integriert, kein Bildungsschritt bleibt ohne Anschluss. Und so  
133 könnte man sich auch den mindestens 4 Mrd. Euro teuren Maßnahmen-Dschungel  
134 sparen und leistungsschwächeren Jugendlichen eine echte Chance geben.

135 Die Angst vor den Kosten hält zu viele von einem Studium ab. Eine bessere  
136 Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende und BildungsaufsteigerInnen  
137 erreichen. Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus  
138 einkommensschwachen Familien durch Veränderung des BAföG und eine Erhöhung  
139 um 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Im nächsten Schritt werden wir eine  
140 Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem  
141 Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein  
142 Studium zu gewinnen, die bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders  
143 als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Studiengebühren haben wir  
144 bundesweit fast flächendeckend abgeschafft und lehnen sie weiter ab. Das  
145 Deutschlandstipendium und das Bildungssparkonto kritisieren wir. Beide sind  
146 ungeeignet, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

147 Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen  
148 besser qualifiziert werden und studieren. Aber die Hochschulen sind nicht gut  
149 vorbereitet auf die zum Glück zahlreicher an die Hochschulen drängenden  
150 StudienanfängerInnen. Es fehlen gut ausgestattete Studienplätze. Wir wollen für diese  
151 jungen Menschen die Türen weit öffnen und jährlich 1 Mrd. mehr in den Hochschulpakt  
152 stecken – für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen.

153 Wir befürworten die Vision eines europäischen Hochschulraums, setzen uns aber für  
154 eine Reform der Studienreform ein. Denn sie löst ihre Versprechungen bisher nicht ein.  
155 Die Prüfungsdichte muss reduziert, die Curricula entfrachtet, die Anerkennung von im  
156 Ausland erworbenen Studienleistungen verbessert, Betreuungs- und  
157 Beratungsangebote sowie die soziale Infrastruktur auf dem Campus gestärkt werden.  
158 Den Bachelor wollen wir als berufsbefähigenden Abschluss etablieren und  
159 ausreichende Studienplätze für diejenigen schaffen, die einen Master anstreben.

160 Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, werden wir für  
161 jährlich 200 Mio. Euro ein Erwachsenen-Bafög einführen. Es kennt keine Altersgrenze,  
162 die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen  
163 Mix von Zuschüsse und Darlehen – je nach Situation der Berechtigten. Damit können  
164 Schulabschlüsse und Qualifizierung nachgeholt werden. Wir wollen so diejenigen für  
165 Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden:  
166 Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte.

167

#### 168 **4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung**

169 Gute Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken, Zusammenhänge  
170 verstehen zu wollen und besser zu begreifen, was wir nicht wissen. Forschung ist eine  
171 Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, ökonomischen und ökologischen  
172 Zukunftsfragen. Das in der Verfassung verbriefte Recht auf Forschungsfreiheit ist ein  
173 hohes Gut. Zugleich muss Wissenschaft sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Wir  
174 wollen mit der staatlichen Forschungsförderung Anreize dafür setzen, dass  
175 Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zur Lösung der großen  
176 gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.

177 Neben einer problemorientierten Forschung brauchen wir aber auch eine starke  
178 Grundlagenforschung. Wir sehen mit Sorge die Folgen der sinkenden  
179 Grundfinanzierung, denn ohne den Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und  
180 Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch dafür braucht es  
181 Geld und Zeit. Hier wollen wir, wo dies von Bundesebene aus möglich ist,  
182 gegensteuern.

183 Nachhaltige und soziale Innovationen setzen weitreichende Folgeabschätzungen,  
184 begleitende Risikoforschung und ein Verständnis der komplexen technischen und  
185 gesellschaftlichen Wechselbeziehungen voraus, wenn neue Technologien zum Wohle

186 aller implementiert werden sollen. Gerade für eine ethische und verantwortungsvolle  
187 Bewertung von Innovationen brauchen wir die Geisteswissenschaften.

188 Wir wollen inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen, um Wissen zu  
189 verbreitern und gesellschaftliche und ökologische Wechselwirkungen von Innovationen  
190 früh erkennen zu können. Der Schutz von Umwelt und Tieren macht aber auch  
191 Grenzziehungen nötig. Die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch wollen wir  
192 gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Tierversuche an  
193 Menschenaffen wollen wir strikt verbieten. Außerdem wollen wir Hochschulen dabei  
194 unterstützen, analog zu Bremen oder Frankfurt/Main Zivilklauseln zu beschließen.

195 Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen - auf allen Ebenen der  
196 wissenschaftlichen Karriere. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aber  
197 haben völlig unsichere Berufsperspektiven und viel zu oft befristete Stellen. Heute  
198 zählen selbst gestandene WissenschaftlerInnen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum  
199 Nachwuchs. Selbständige Forschung und Lehre ist hier kaum vorgesehen. Wir fordern  
200 deshalb einen, Pakt für den Wissenschaftlichen Nachwuchs und zukunftsfähige  
201 Personalstrukturen. Die Selbstverpflichtung soll zur Bedingung für Wissenschaftspakte  
202 und Fördermittel werden. Mit der Neuauflage eines Juniorprofessurenprogramms wollen  
203 wir 1.000 Juniorprofessuren mit der Garantie auf eine Stelle auf Lebenszeit (Tenure  
204 Track) initiieren. Zu einem solchen Pakt gehört für uns auch, dass die Vielfalt der Wege  
205 zur Dissertation erhalten bleibt. Wir wollen zudem die überfällige Debatte über  
206 Qualitäts- und Betreuungsstandards in Promotionen führen. Für die Qualitätssicherung  
207 bei der Promotion müssen qualitative Mindeststandards entwickelt und die Betreuung  
208 der Promotion stärker objektiviert werden.

209 Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit  
210 jeder Qualifikationsstufe steigend. Bleibt das so, muss man mit bedeutenden  
211 Innovations- und Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre rechnen. Wir wollen  
212 Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten  
213 zu bestimmen. Wenn diese nicht erfüllt werden, soll das Folgen für die Mittelvergabe  
214 haben. Auch die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung wollen  
215 wir an gleichstellungspolitische Verpflichtungen knüpfen, um so mittelfristig mindestens  
216 50% Frauen auf allen Ebenen zu haben.

217 Die öffentliche Finanzierung von Wissenschaft und Forschung konnte in den letzten  
218 Jahren stabilisiert und gesteigert werden. An den meisten Hochschulen ging diese  
219 Entwicklung allerdings vorbei. Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen  
220 bedroht zunehmend eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems,  
221 nämlich die Qualität in der Breite. Die Länder müssen ihre Hochschulen besser  
222 ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung – etwa bei der Finanzierung  
223 außeruniversitärer Forschung – übernehmen. Ziel der bundesweiten  
224 Wissenschaftsfinanzierung muss sein, die Grundfinanzierung gegenüber der  
225 Projektfinanzierung wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Für uns ist das

226 europaweit vereinbarte Ziel, 3% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und  
227 Entwicklung zu investieren, nur Mindestmaß. Will die EU insgesamt ihr Ziel erreichen,  
228 müssen wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland deutlich höhere Werte anstreben.  
229 Das bewährte System der Forschungsförderung aus öffentlich finanzierten  
230 Forschungseinrichtungen und wettbewerbliche Projektförderung wollen wir ergänzen  
231 durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.

232 Wir wollen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar sind  
233 und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich, damit  
234 der Austausch innerhalb der Wissenschaft aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft  
235 und Gesellschaft verbessert wird. Und wir setzen uns ein für mehr Transparenz in der  
236 Forschung. Das heißt für uns: Nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und  
237 Bürger darüber, wer im Wissenschaftsbereich welche öffentlichen Mittel für welche  
238 Forschungstätigkeiten erhält und wer mit wem kooperiert. Transparenz wollen wir auch  
239 stärken, weil sie eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Bürgerinnen und Bürger an  
240 forschungspolitischen Entscheidungen partizipieren können.

241

## 242 **5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben**

243 Bund und Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10% des Bruttosozialprodukts  
244 jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Aber noch ist das Ziel längst nicht  
245 erreicht. Wir halten am 10%-Ziel fest und geben deshalb Bildungsausgaben einen  
246 Vorrang. Und wir werden den Ländern durch eine Reform der Erbschaftssteuer und  
247 unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle  
248 Spielräume verschaffen für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

249 Wir wollen eine bessere Bildungsfinanzierung und ein leistungsfähigeres Bildungs- und  
250 Wissenschaftssystem. Dazu müssen auch verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt  
251 werden. Es muss wieder möglich werden, dass der Bund die Länder, z.B. beim Ausbau  
252 von Ganztagschulen und Studienplätzen, finanziell unterstützen darf. Wir wollen das  
253 Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben und die  
254 Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu erleichtern. Um beide Zukunftsfelder zu  
255 stärken und Chancengerechtigkeit zu fördern, braucht es einen kooperativen  
256 Bildungsföderalismus, eine echte Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund,  
257 Ländern und Kommunen sowie eine neue Kooperations- und Vertrauenskultur. Bis das  
258 Kooperationsverbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund  
259 sich an den Bildungskosten beteiligt und die Länder durch unsere Vorschläge für eine  
260 andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs-  
261 und Wissenschaftsbereich erhalten.

262

263



264 -----

265 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 266 • investiert in mehr, bessere und barrierefreie Kitas.
- 267 • fördert Ganztagschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- 268 • schafft zusätzliche Studienplätze und verbessert die Qualität von Lehre und
- 269 Studium.
- 270 • macht Wissenschaft zu einem attraktiven Beruf.
- 271 • will das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen.

272 -----

273

274

275 **Schlüsselprojekte**

276

---

277 **Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagschulen flächendeckend**  
278 **aufbauen**

279 Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen  
280 bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagschulen sind das  
281 Kernstück eines chancengerechten und inklusives Bildungssystems, denn sie bilden  
282 den Rahmen in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen  
283 wir flächendeckend echte Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern  
284 über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit  
285 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen in denen alle Kinder auch am  
286 Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues  
287 entdecken können.

288

---

289

290

---

291 **Forschung und Lehre stärken – jährlich 1 Mrd. Euro mehr für Hochschulen**

292 .Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere  
293 Verantwortung übernehmen. Wir wollen 3+x Prozent des Bruttoinlandsprodukts in  
294 Forschung und Entwicklung investieren. Für mehr Studienplätze, bessere  
295 Studienbedingungen und eine höhere Qualität von Lehre und Forschung an  
296 Hochschulen wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. Euro jährlich in unsere  
297 Hochschulen investieren - für breitere Zugänge und ein besseres Studium. So  
298 begegnen wir der unzureichenden Grundfinanzierung der Hochschulen und stärken das

299 deutsche Wissenschaftssystem.

300

---

301

302

---

303 ***Studierende besser unterstützen – das Bafög erhöhen***

304 Zu viele junge Menschen entscheiden sich aufgrund von finanziellen Bedenken gegen  
305 ein Studium. Das können wir uns nicht länger leisten. Die Lage von Studierenden aus  
306 einkommensschwachen Familien wollen wir durch eine Erhöhung und Veränderung des  
307 Bafög um 300 Mio. Euro verbessern. Damit man sich Lernen auch in späteren  
308 Lebensphasen leisten kann, werden wir für 200 Mio. Euro ein Erwachsenen-Bafög  
309 einführen. Es kennt keine Altersgrenze, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der  
310 Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix von Zuschüsse und Darlehen – je nach  
311 Situation der Berechtigten.

312

---

**BTW-S-01 Bundestagswahlprogramm - Teilhaben an sozialer Sicherung**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **G) Teilhaben an sozialer Sicherung**

2 **Wie wir ein Netz der Absicherung schaffen, durch das niemand fällt**

3 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist materielle Armut kein  
4 Randphänomen, sondern betrifft Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren  
5 lebt in Deutschland in einem einkommensarmen Haushalt. Arbeitslosigkeit, Erziehung  
6 von Kindern, Krankheit, Behinderung, Alter oder schicksalhafte Ereignisse dürfen in  
7 unserem reichen Land nicht Ursache von einem Leben in Armut sein.

8 Unser Ziel der Teilhabe umfasst alle. Inklusiv Politik fragt nicht nach vermeintlichen  
9 Defiziten von Menschen, sondern will die Fähigkeiten der Einzelnen und ihre Teilhabe  
10 fördern und unterstützen. Das schaffen wir mit den Instrumenten einer sozio-kulturellen  
11 Mindestsicherung und guten öffentlichen Institutionen, aber auch durch eine allgemein  
12 verankerte Denkweise, die allen Menschen die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie  
13 so zu leben wie sie sind. Es ist normal, verschieden zu sein.

14 Wer arm geboren wurde, wird häufiger, früher und schwerwiegender krank und hat eine  
15 deutlich geringere Lebenserwartung. Dazu kommen eine schlechtere gesundheitliche  
16 Versorgung und längere Wartezeiten auf Arzttermine. Die steigende Zahl der  
17 Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten oder unterbrochene  
18 Erwerbsbiographien haben, ist auch im Alter unzureichend abgesichert. Viele  
19 Betroffene können sich im Bedarfsfall keine gute Pflege organisieren oder finanzieren.

20 Leisten wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach einem belastbaren Sicherungsnetz für  
21 alle endlich Folge: Auch die Schwachen dürfen nicht durchs Netz fallen. Denn nur wer  
22 weiß, dass er notfalls aufgefangen wird und soziale Rechte hat, ist BürgerIn und kein/e  
23 BittstellerIn.

24 Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement, für alle, die  
25 sich einmischen wollen und können. Soziale Sicherheit und Teilhabe sind zwei Seiten  
26 einer Medaille. Deshalb ist es wichtig, dass das sozio-kulturelle Existenzminimum  
27 tatsächlich für alle gewährleistet ist.

28 Indem wir die sozialen Sicherungssysteme fit machen für die neuen Herausforderungen  
29 schaffen wir auch der Solidarität eine Zukunft. Grüne Grundsicherung, grüne

30 Bürgerversicherung, grüne Garantierente und grünes Pflegekonzept sind hierfür der  
31 Schlüssel. So schaffen wir ein solidarisches Sicherungsnetz, auf das sich jeder Mensch  
32 im Bedarfsfall verlassen kann: Schnell, unbürokratisch und existenzsichernd.

33 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Versicherten in den Sicherungssystemen  
34 mehr Gehör finden und eine stärkere Vertretung erhalten. Ob Arbeitslose oder  
35 RentnerInnen, ob PatientenInnen oder Pflegebedürftige: auch hier ist Einmischung  
36 erwünscht.

37

## 38 **1. Grüne Grundsicherung**

39 Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein entscheidendes Auffangnetz. Sie muss  
40 aber neben dem bloßen Lebensunterhalt auch die Teilhabe an der Gesellschaft  
41 ermöglichen.

42 Trotz jahrelanger Kritik an der Berechnung des Arbeitslosengeld II-Regelsatzes hat die  
43 Regierung Merkel nicht reagiert und hierfür im Jahr 2010 die Quittung durch das  
44 Bundesverfassungsgericht erhalten.

45 Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen. Die Berechnung muss  
46 verfassungskonform gestaltet werden. Das heißt zum einen die so genannten „verdeckt  
47 Armen“ und „kleinen Aufstocker“ (Zuverdienst bis 100 Euro) aus der Bezugsgruppe, die  
48 Maßstab für die Regelsatzberechnung ist, herauszunehmen. Und zum anderen, die  
49 wichtigsten Ausgabenpositionen einzubeziehen, die für Teilhabe und Pflege  
50 zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind. Damit die Anhebung des ALG II  
51 finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch  
52 Armutslöhne ergänzend ALG II beziehen müssen, gehört die Einführung eines  
53 gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu. Wir  
54 setzen darauf, dass wir durch einen Mindestlohn Geld einsparen, so dass wir einen Teil  
55 der ALG II-Erhöhung damit gegenfinanzieren können. Das bürokratische Bildungs- und  
56 Teilhabepaket hat zur Folge, dass viele Kinder ihren verfassungsrechtlich garantierten  
57 Anspruch auf Bildung und Teilhabe nicht wahrnehmen können. Wir wollen das  
58 unsinnige Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen und stattdessen den  
59 Kinderregelsatz erhöhen sowie in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren.

60 Wir wollen beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der  
61 Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung. Das Prinzip der  
62 Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre finanzielle  
63 Abhängigkeit. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wir  
64 werden den Wechsel hin zur individuellen Existenzsicherung in der kommenden  
65 Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Das gilt auch für  
66 AsylbewerberInnen. Deshalb schaffen wir das Asylbewerberleistungsgesetz ab,  
67 überführen ihre Ansprüche ins SGB und beenden die unwürdige Gutscheinpraxis.

68 Die Sanktionen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind meist  
69 demütigend, unnötig und kontraproduktiv.. Die verschärften Sanktionen für Menschen  
70 unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, wollen wir unverzüglich  
71 abschaffen. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die auf Motivation, Hilfe und  
72 Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Allerdings ist auch klar, dass mit der Solidarität  
73 durch die Allgemeinheit die Pflicht einhergeht, sich um eigenständige Existenzsicherung  
74 zu bemühen. In der Regel ist das die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Aus- und  
75 Weiterbildung oder Umschulung. Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht der  
76 Arbeitssuchenden in den Jobcentern sowie Ombudsstellen, um Konflikte frühzeitig und  
77 auf Augenhöhe zu lösen. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit  
78 ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -automatismen nicht vereinbar. Bis neue faire  
79 Regeln etabliert sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium.

80 Soziale Leistungen sind gutes Recht. Doch wer sie in Anspruch nehmen will, erlebt oft  
81 ein blaues Wunder: Wenn Arbeitssuchende bei Fragen an das Jobcenter eine  
82 kostenpflichtige Telefonhotline anrufen müssen, um dann doch keine Auskunft zu  
83 erhalten; wenn die Pflegekasse ältere Menschen, die einen ambulanten Dienst  
84 brauchen, nicht ausreichend unterstützt; oder wenn die Krankenkasse die  
85 Anschlussbehandlung eines Patienten oder einer Patientin nach einem Schlaganfall  
86 hinauszögert. Diese Beispiele stehen exemplarisch für einen oft erlebten Umgang von  
87 Behörden und Sozialversicherungen mit ihren „Kundinnen und Kunden“. Die Rechte auf  
88 Beratung, auf angemessene Leistungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben  
89 bleiben dabei auf der Strecke. Wir wollen, dass die Menschen ihr Recht bekommen. Es  
90 ist an der Zeit, die Leistungsberechtigten bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche  
91 zu stärken, auch durch ein Verbandsklagerecht.

92 Wir wollen die Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in die  
93 Gesellschaft hineinragen und halten deshalb die Einrichtung einer Enquetekommission  
94 im Deutschen Bundestag für sinnvoll. Dort soll den grundlegenden Reformperspektiven  
95 für die sozialen Sicherungssysteme der nötige Raum geschaffen werden. Dabei sind  
96 Modelle wie die existenzsichernde Grundsicherung oder auch ein bedingungsloses  
97 Grundeinkommen einzubeziehen. Ziel ist es Wege aufzuzeigen, die die Schere  
98 zwischen Arm und Reich schließen und das individuelle Recht auf Teilhabe  
99 verwirklichen.

100

## 101 **2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des** 102 **Gesundheitssystems**

103 In der gesetzlichen Krankenversicherung stehen Gesunde und Kranke, Junge und Alte  
104 sowie Gut- und Geringverdienende solidarisch füreinander ein. Kinder sind kostenlos  
105 mitversichert. Doch die Solidargemeinschaft ist nicht vollständig. Unser  
106 Gesundheitssystem ist in Schiefelage geraten. Die etwa 10% Privatversicherten werden

107 privilegiert und erhalten Vorzugsbehandlungen. Gut verdienende Angestellte,  
108 BeamtInnen, viele Abgeordnete und die meisten Selbstständigen gehören der privaten  
109 Krankenversicherung an. Als Privatversicherte versichern sie nur ihr eigenes, meist  
110 unterdurchschnittliches Krankheitsrisiko. Zum Solidarausgleich tragen sie so nicht bei.

111 Diese Zwei-Klassen-Medizin in unserem Gesundheitswesen wollen wir beenden.  
112 Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: Eine für Alle, statt jeder für sich.  
113 Dagegen will Schwarz-Gelb den Solidarausgleich innerhalb der gesetzlichen  
114 Krankenversicherung immer weiter abbauen. Die steigenden Gesundheitsausgaben  
115 sollen über pauschale Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet werden. Wir  
116 dagegen wollen mehr, nicht weniger Solidarität. Die grüne Bürgerversicherung bezieht  
117 alle Bürgerinnen und Bürger in die Solidargemeinschaft ein. Gleichzeitig wird die  
118 paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und Arbeitnehmerinnen und  
119 Arbeitnehmern wieder hergestellt.

120 Die grüne Bürgerversicherung sorgt aber nicht nur für die Stärkung der Solidarität. Sie  
121 ist ein entscheidender Schritt zu einer soliden Finanzierung des Gesundheitswesens,  
122 denn wir verbreitern die finanzielle Basis. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten  
123 gleich behandeln und zur Finanzierung heranziehen. Also neben Arbeitseinkommen  
124 und Renten auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen und  
125 Mieteinnahmen. Zudem heben wir die Beitragsbemessungsgrenze auf das in der  
126 Rentenversicherung geltende Niveau. Das schafft mehr Gerechtigkeit im  
127 Gesundheitswesen in dem es Gutverdienende fairer beteiligt, macht die Finanzierung  
128 zukunftsfest und schafft Raum für Beitragssatzsenkungen.

129 Die grüne Bürgerversicherung sorgt für mehr Wettbewerb um Qualität und  
130 Patientenorientierung. Die Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung - sowohl  
131 gesetzliche Kassen als auch private Krankenversicherer können die  
132 Bürgerversicherung anbieten. Der gesetzlich festgelegte Einheitsbeitragssatz in der  
133 Krankenversicherung wird abgeschafft. Stattdessen entscheiden die Krankenkassen  
134 selbst über die Höhe der Beiträge. Dabei gelten für alle dieselben Regeln: Versicherte  
135 dürfen wegen ihres Alters, ihres Geschlechts oder möglicher Vorerkrankungen nicht  
136 benachteiligt werden. Die Beiträge sind strikt einkommensbezogen zu erheben.  
137 Zuzahlungen werden abgeschafft.

138 Die grüne Bürgerversicherung unterstützt Familien mit Kindern. Kinder werden  
139 kostenlos mitversichert, zeitlich begrenzt auch Verheiratete bzw. LebenspartnerInnen,  
140 die nicht erwerbstätig sind, aber Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für  
141 alle anderen Ehepaare und für eingetragene Lebensgemeinschaften wird ein  
142 Beitragssplitting eingeführt. Damit wird die Bevorzugung von Alleinverdienerpaaren mit  
143 einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen beendet und die negativen  
144 Erwerbsanreize für Ehefrauen abgeschafft.

145

146 **3. Grüne Gesundheitspolitik: ganzheitlich und präventiv**

147 Die grüne Bürgerversicherung bietet die stabile Grundlage für die notwendige  
148 Weiterentwicklung des Gesundheitswesens. Und die ist notwendig. Denn im Zuge des  
149 demografischen Wandels wird der Anteil chronisch und mehrfach sowie psychisch  
150 erkrankter Patientinnen und Patienten deutlich ansteigen. Gerade diese PatientInnen  
151 aber sind auf eine verzahnte Behandlung ohne Unterbrechungen und  
152 Informationsverluste angewiesen. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen  
153 Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsberufe muss deshalb in unserem  
154 Gesundheitswesen zur Regel werden. Die finanziellen und rechtlichen Barrieren, die  
155 einer Gesundheitsversorgung „Hand in Hand“ entgegenstehen, wollen wir beseitigen.  
156 Dazu gehört auch, die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen zu  
157 verändern und Pflegefachkräfte in ihrer Eigenverantwortung zu stärken. Die Bereitschaft  
158 und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit muss schon in der Ausbildung gefördert werden.

159 Eine gute Gesundheitsversorgung muss auch auf dem Land und in sozial  
160 benachteiligten Stadtteilen selbstverständlich sein. Auch in ihnen wollen wir die  
161 medizinische und gesundheitliche Versorgung sichern und verbessern. Zudem wollen  
162 wir die Möglichkeiten im Bereich E-Health, vor allem Telemedizin, besser nutzen, um  
163 hochwertige medizinische Versorgung flächendeckend zu gewährleisten.

164 Patientinnen und Patienten müssen Wahlmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen  
165 Behandlungsarten auch unter Einbeziehung anerkannter alternativer  
166 Behandlungsmethoden haben.

167 Ob bei künstlichen Hüftgelenken, Herzschrittmachern oder Brustimplantaten –  
168 Sicherheit, Wirksamkeit und Nutzen von Medizinprodukten muss verbessert werden.  
169 Dazu gehören ein europaweit einheitliches staatliches Zulassungsverfahren für  
170 Hochrisikoprodukte, strenge Vorgaben für klinische Studien, ein  
171 Medizinproduktregister und eine bessere Nutzenbewertung neuer Untersuchungs- und  
172 Behandlungsmethoden. Notwendig ist zudem eine Produkthaftpflicht für  
173 Medizinproduktehersteller.

174 Die kürzlich eingeführte Nutzenbewertung neuer Arzneimittel ist ein wichtiger Schritt.  
175 Sie ermöglicht, den Preis eines Medikaments davon abhängig zu machen, welcher  
176 Patientennutzen mit ihm verbunden ist. Blockadeversuchen der Pharmaindustrie  
177 werden wir entschieden entgegen treten. Damit alle Informationen zu einem  
178 Arzneimittel in seine Bewertung einfließen können, werden wir die  
179 Pharmaunternehmen verpflichten, alle Arzneimittelstudien registrieren zu lassen und  
180 deren Resultate zu veröffentlichen. Perspektivisch streben wir eine Angleichung der  
181 Preisregulierung und der Regelungen zur Qualitätstransparenz für Arzneimittel  
182 innerhalb der EU an.

183 Menschen mit Behinderungen sind im Gesundheitssystem häufiger als Andere  
184 Bevormundung und Entscheidungen über ihren Kopf hinweg ausgesetzt. Wir streben

185 ein inklusives Gesundheitssystem an, das auf die Bedürfnisse der Menschen mit  
186 Behinderungen eingeht und alle notwendigen präventiven, diagnostischen,  
187 therapeutischen sowie rehabilitativen Maßnahmen ermöglicht. Das schließt die Qualität  
188 der Unterstützung mit ein, beispielsweise durch Versorgung mit hochspezialisierten  
189 Hilfsmittel zur Kommunikation und Mobilität.

190 Die Barrieren medizinische Leistungen zu nutzen, wollen wir für Menschen mit  
191 Migrationsgeschichte abbauen. Für Flüchtlinge muss zumindest der Zugang zur  
192 gesundheitlichen Grundversorgung gesichert sein.

193 Zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung tragen informierte Patientinnen und  
194 Patienten bei, die ihre Bedarfe selbstbewusst vertreten und ihre Behandlung  
195 mitgestalten können. Dazu brauchen sie zuverlässige Informationen über die Qualität  
196 von Therapien und Versorgungsangeboten. Doch die mangelhafte Qualitätstransparenz  
197 ist eine der großen Schwachstellen im deutschen Gesundheitswesen. Benötigt wird  
198 eine Art „Stiftung Warentest“ im Gesundheitswesen, die zuverlässige  
199 Qualitätsinformationen sammelt und allgemeinverständlich aufbereitet. Wir treten für  
200 den weiteren Ausbau der Unabhängigen Patientenberatung ein. Darüber hinaus  
201 erforderlich ist eine Stärkung der Patientenrechte. So müssen Patientinnen und  
202 Patienten bei Behandlungsfehlern mehr Rechte vor Gericht erhalten. Wir setzen uns für  
203 eine Beweiserleichterung für geschädigte Patientinnen ein. Für Patienten, die im  
204 Zusammenhang mit ihrer Behandlung einen schweren gesundheitlichen Schaden  
205 erlitten haben, ohne dass eindeutig ein Behandlungsfehler nachgewiesen werden kann,  
206 wollen wir einen Haftungs- und Entschädigungsfonds einrichten.

207 Um dem Ziel einer guten Gesundheit für alle näher zu kommen braucht es vor allem  
208 präventive Anstrengungen in den verschiedensten Politikfeldern. Von der Ernährung,  
209 über die Stadtplanung, die Umwelt- und Verkehrspolitik, bis hin zur Schul- und  
210 Drogenpolitik. Gesundheitliche Belastungen entstehen in der Lebensumgebung und im  
211 Alltag der Menschen. In der Kindertagesstätte, der Schule, am Arbeitsplatz oder im  
212 Wohnquartier. Und diese Belastungen sind sozial ungleich verteilt. Studien zeigen  
213 immer wieder, dass sich die Gesundheitsrisiken bereits bei Kindern und Jugendlichen  
214 auf die 20% konzentrieren, die aus sozial benachteiligten Familien oder Familien mit  
215 Migrationshintergrund kommen. Dem wollen wir entgegen wirken. Wir wollen  
216 Gesundheit fördern, nicht nur Krankheit behandeln. Und wir wollen die  
217 Ungleichverteilung von Gesundheitschancen reduzieren. Deshalb schaffen wir mit  
218 einem Präventionsgesetz eine verlässliche Grundlage für eine gute, wohnortnahe, allen  
219 zugängliche und bezahlbare Gesundheitsvorsorge. Wirksame Gesundheitsförderung  
220 findet vor Ort in den Kommunen statt. Das Präventionsgesetz sorgt auch für eine  
221 gerechte Finanzierung und eine sinnvolle Steuerung der Gesundheitsförderung und  
222 Prävention, an der wir alle Sozialversicherungsträger und auch die private Kranken- und  
223 Pflegeversicherung beteiligen.

224 Wir wollen das durch zahlreiche Skandale schwer beschädigte Vertrauen in das System



225 der Organtransplantation wieder aufbauen. Die Menschen müssen sich darauf  
226 verlassen können, dass es bei Organspenden gerecht und mit rechten Dingen zugeht.  
227 Das geht nur durch absolute Transparenz, rechtsstaatliche Strukturen und durch  
228 ständige Qualitätsprüfungen, Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer öffentlich-  
229 rechtlichen Einrichtung ein, die die Organspende in Deutschland koordiniert und die  
230 Aufsicht über die am Transplantationswesen beteiligten Akteure wahrnimmt.

231

#### 232 **4. Prävention und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten** 233 **Drogenpolitik**

234 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter  
235 den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen  
236 Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg  
237 für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht.

238 Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe,  
239 Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht  
240 der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Anstelle der  
241 gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen  
242 gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler Drogen.  
243 Dies beinhaltet insbesondere die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen zu  
244 beenden.

245 Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die  
246 unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen ausgerichtetes Hilfe- und  
247 Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Gefährdungen, die  
248 durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch  
249 den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie  
250 Sprizentauschprogramme und Drogenkonsumräumen entgegentreten und durch die  
251 Ermöglichung von Substanzanalysen (Drugchecking) ergänzen. Wir wollen bestehende  
252 Präventionsprogramme etwa für Alkohol und Tabak hinsichtlich ihrer Wirksamkeit  
253 überprüfen und öffentliche Werbung für alle Drogen wirksam einschränken. Den Schutz  
254 der ArbeitnehmerInnen vor Passivrauchen werden wir verbessern.

255 Bei Drogen wie Cannabis wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes  
256 eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen und diese  
257 besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den Eigengebrauch von Drogen wie  
258 Cannabis entkriminalisieren. Auch der medizinische Einsatz von sowie die Forschung  
259 an Drogen darf nicht länger behindert werden. Im Bereich Cannabis und  
260 Straßenverkehr brauchen wir Grenzwerte vergleichbar dem Umgang mit Alkohol.

261

#### 262 **5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend**

263 Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich an ihrem Umgang mit Menschen, die  
264 Unterstützung benötigen. Gute Pflege ist etwas, das alle angeht: Kinder, deren  
265 Großeltern gepflegt werden, Erwachsene, deren Kinder der Pflege bedürfen und ältere  
266 Menschen, die selbst pflegebedürftig werden. Wir Grüne wollen keine Pflege, die nur  
267 versorgt. Wir wollen eine Pflege, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen,  
268 dass Menschen trotz Pflegebedarf würdig leben können. Dazu muss sich in der Pflege  
269 viel tun. Dem Wunsch der Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe ist auch bei  
270 Pflegebedürftigkeit zu entsprechen. Deshalb wollen wir den Pflegebedürftigkeitsbegriff  
271 verändern. So kann gerade für die zunehmende Zahl der Demenzkranken endlich eine  
272 bessere Versorgung gewährleistet werden. Bisher erhalten Demenzkranke kaum  
273 Leistungen der Pflegeversicherung. Auch wollen wir endlich wirksame Anreize für eine  
274 bessere Prävention und Rehabilitation bei Pflege setzen.

275 Gute Pflegeeinrichtungen für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, sind ein  
276 wichtiger Bestandteil unserer Institutionenstrategie für eine gerechtere Gesellschaft.  
277 Nicht alle Menschen müssen in ein Pflegeheim, viele können und wollen weiterhin zu  
278 Hause, in ihrem Viertel, ihrem Quartier leben und gepflegt werden. Auch wollen wir  
279 Menschen mehr entlasten, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Etwa zwei Drittel  
280 von ihnen sind weiblich. Viele sind durch diese oft jahrelange Belastung körperlich,  
281 seelisch und nicht selten auch finanziell überfordert. Deshalb müssen wir die Pflege im  
282 Quartier stärken und die ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote  
283 verbessern und ausbauen. Wir wollen Orte schaffen, an denen Pflege und Betreuung in  
284 einer selbstbestimmten Wohnumgebung stattfinden kann – fernab der bisherigen  
285 Pflegeinstitutionen. Dazu wollen wir alternative Strukturen aufbauen und fördern, wie  
286 Mehrgenerationenwohnen und Pflege-Wohngruppen. Deutschland ist ein  
287 Einwanderungsland, das heißt auch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund  
288 werden pflegebedürftig. Darauf muss sich die Pflege einstellen und kulturelle und  
289 religiöse Gewohnheiten beachten.

290 Wir wollen den Pflegeberuf besser anerkennen, bezahlen und attraktiver machen sowie  
291 die Arbeitsbedingungen verbessern. So setzen wir uns für angemessene  
292 Personalschlüssel und den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Um allen Pflegekräften  
293 Aufstiegschancen zu geben, wollen wir ein modernes durchlässiges Aus- und  
294 Weiterbildungssystem schaffen, das Pflegeausbildung auch an Hochschulen  
295 ermöglicht.

296 Wenn immer mehr Menschen pflegebedürftig werden, muss die Pflegeversicherung auf  
297 eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Wir Grüne wollen die  
298 Pflegeversicherung zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterentwickeln. Wir wollen  
299 alle BürgerInnen und alle Einkommen einbeziehen. Mit der Bürgerversicherung ist eine  
300 bessere Pflege bezahlbar. Trotz deutlicher Leistungsverbesserungen bleibt die  
301 Beitragsentwicklung in der Bürgerversicherung bis weit in die Zukunft überschaubar und  
302 zumutbar. Das ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität.

**304 6. Grüne Garantierente: Leben ohne Altersarmut**

305 Rentnerinnen und Rentnern geht es in Deutschland im Durchschnitt noch  
306 vergleichsweise gut. Altersarmut ist aber schon heute ein Problem. Mehr als zwei  
307 Millionen Ältere in Deutschland haben ein Einkommen unterhalb der EU-  
308 Armutsrisikogrenze. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien und weit verbreiteter  
309 Niedriglöhne wird die Altersarmut noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die  
310 nicht zuletzt wegen fehlender Betreuungsplätze nicht erwerbstätig waren. Wir setzen  
311 dem eine Doppelstrategie aus grüner Garantierente und gerechter Arbeitsmarktpolitik  
312 entgegen.

313 Altersarmut geht in der Regel mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einher.  
314 Häufig ist soziale Vereinsamung die Folge. Deshalb setzen wir auf ein umfassendes  
315 Konzept gegen Altersarmut. Wir brauchen differenzierte Lösungen für die besonders  
316 gefährdeten Gruppen. Wichtig ist neben der Rente eine gute Arbeitsmarktpolitik.  
317 Außerdem braucht es Verbesserungen im Bereich der Grundsicherung, des Wohnens  
318 und der Gesundheitsversorgung.

319 Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass ArbeitnehmerInnen,  
320 die langjährig Mitglied der Rentenversicherung waren, als RentnerInnen nicht auf die  
321 Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Diesen Menschen muss im Alter der Gang  
322 zum Amt erspart bleiben. Unsere Antwort ist die steuerfinanzierte Garantierente von  
323 mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen, die dem Arbeitsmarkt mehr als  
324 30 Jahre aktiv zur Verfügung standen oder Kinder betreut haben, eine Rente oberhalb  
325 der Grundsicherung garantieren. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit- und  
326 Vollzeittätigkeit und beziehen bis 10 Jahre für Kinderbetreuung sowie Zeiten der  
327 Arbeitslosigkeit mit ein. Private und betriebliche Ansprüche werden nur teilweise auf die  
328 Garantierente angerechnet. Damit sorgen wir für eine zielgruppengenaue Bekämpfung  
329 der Altersarmut, die Steuer- und BeitragszahlerInnen nicht mehr als notwendig belastet.  
330 Gleichzeitig sollte es möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West  
331 geben. Zentrales Ziel ist dabei die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den  
332 Rentenwert West. Das soll allerdings so geschehen, dass die bisher erworbenen  
333 Rentenansprüche konstant bleiben.

334 Die Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgrenze im Alter ist eine der  
335 Grundaufgaben eines modernen Sozialstaats. Wir setzen dafür auf eine starke  
336 gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau, damit das  
337 Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Wenn  
338 junge Menschen lange in die Rentenversicherung einzahlen, dann müssen sie auch  
339 eine angemessene Rente erhalten. Würde das Rentenniveau deutlich unter das heutige  
340 Niveau sinken, wären zukünftig Menschen, die nicht privat oder betrieblich vorsorgen  
341 können, von Altersarmut bedroht. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis

342 in die breite Mittelschicht hinein wären davon betroffen. Das wollen wir verhindern.  
343 Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer  
344 BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, sowie durch  
345 Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau  
346 bei stabilen Beiträgen erreichen.

347 Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu  
348 stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der  
349 Altersvorsorge für richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht.  
350 Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung  
351 im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. Wir wollen ein  
352 einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte  
353 zusätzliche Altersvorsorge einführen.

354 Die Rentenversicherung wurde in den letzten Jahren an sich verändernde Bedingungen  
355 angepasst. Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des  
356 Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen  
357 BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. Im Sinne der  
358 Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67  
359 Jahre notwendig. Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren  
360 Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte  
361 Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung, aber auch einen  
362 vereinfachten Zugang zur Erwerbsminderungsrente sowie individuelle  
363 Übergangslösungen in den Ruhestand durch eine Teilrente. Für Menschen, die aus  
364 gesundheitlichen Gründen nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir die  
365 abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen.  
366 Gleichzeitig wollen viele Menschen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterhin  
367 aktiv sein, denn Arbeit ist auch Teilhabe. Wir müssen also flexible Übergänge finden, für  
368 Menschen die früher ausscheiden und solche die länger aktiv sein wollen.

369 Damit Frauen eine bessere eigenständige Absicherung erhalten, wollen wir das  
370 Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten  
371 stärker anrechnen. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung  
372 weiterentwickelt werden, das heißt auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete  
373 einzubeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht  
374 abgesichert. Das müssen wir ändern.

375

376 -----

### 377 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 378 • kämpft für eine ALG II-Regelsatz von 420 Euro, um das soziokulturelle  
379 Existenzminimum für alle Menschen zu gewährleisten.

- 380 • führt eine solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein und  
381 beendet die Zwei-Klassen-Medizin.
- 382 • schafft Qualität durch Prävention und Vernetzung und eine gute  
383 Gesundheitsversorgung vor Ort.
- 384 • verbessert die Pflege Demenzkranker und die Pflege vor Ort.
- 385 • baut Altersarmut vor, mit einer Garantierente von mindestens 850 Euro.

386 -----

387

### 388 **Schlüsselprojekte**

389

---

#### 390 ***Menschenwürdige Existenz sichern – den ALG-II Regelsatz erhöhen***

391 Der aktuelle Regelsatz ist zu niedrig. Wir wollen ihn erhöhen, damit auch die Menschen,  
392 die keine Arbeit haben am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, den  
393 ALG II-Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen, da die derzeitige  
394 Berechnung aus unserer Sicht nicht das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet.  
395 Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen  
396 Daten erfolgen. So sorgen wir dafür, dass niemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit  
397 unter die Räder kommt. Damit die Anhebung finanzierbar ist und um zu verhindern,  
398 dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne „aufstocken“ müssen,  
399 gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer  
400 reformierten Grundsicherung dazu.

401

402

403

---

#### 404 ***Zwei-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für Alle***

405 Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Unsere Alternative ist die grüne  
406 Bürgerversicherung: Eine für Alle, statt jede/r für sich. Unsere Bürgerversicherung  
407 bezieht alle ein: Gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbständige.  
408 Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleich behandeln und zur Finanzierung  
409 heranziehen: neben Arbeitseinkommen auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch  
410 Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Gleichzeitig wird die paritätische  
411 Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt. So  
412 tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon  
413 profitieren.

414

---

415

416

---

417 ***Altersarmut bekämpfen – Garantierente auf den Weg bringen***

418 Es droht eine massive Zunahme an Altersarmut. In einer gerechten Gesellschaft ist eine  
419 armutsfeste Rente aus unserer Sicht aber unentbehrlich. Es ist für uns eine Frage der  
420 Würde, dass ArbeitnehmerInnen, die lange Jahre gearbeitet haben, im Alter nicht auf  
421 die Grundsicherung angewiesen sind. Wir setzen auf eine Doppelstrategie aus fairer  
422 Arbeitsmarktpolitik und einer steuerfinanzierten Garantierente von mindestens 850  
423 Euro. Wir wollen mittelfristig allen Menschen, die dem Arbeitsmarkt mehr als 30 Jahre  
424 aktiv zur Verfügung standen oder Kinder betreut haben, eine Rente oberhalb der  
425 Grundsicherung garantieren. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit- und  
426 Vollzeittätigkeit und beziehen bis zu 10 Jahre der Kinderbetreuung und Zeiten der  
427 Arbeitslosigkeit mit ein. So leisten wir einen zielgenauen und generationengerechten  
428 Beitrag gegen Altersarmut.

429

---

## **BTW-J-01 Bundestagswahlprogramm - Teilhabe für Jung und Alt**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 H) Teilhabe für Jung und Alt**

#### **2 Wie wir Familien stärken und ein neues Miteinander schaffen**

3 Wir wollen ein gutes Leben für Kinder, Familien, Junge und Alte möglich machen. Wie  
4 das aussieht, das ist bei jedem anders. Aber die Chancen, das eigene Leben gestalten  
5 zu können, sind ungerecht verteilt.

6 Bei Kindern entscheidet weiterhin die soziale Herkunft über ihre Erfolge im  
7 Bildungssystem und damit auch über ihre Möglichkeiten, ihr Leben selbst in die Hand  
8 zu nehmen. Viele Eltern fragen sich, ob sie ihren Kindern versprechen können, dass es  
9 ihnen mal besser gehen wird als ihnen selbst. Junge Menschen brauchen oft lange, um  
10 nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums den Weg ins Berufsleben zu  
11 finden und dann müssen sie häufig über lange Zeit mit der Unsicherheit befristeter  
12 Stellen leben. Junge Frauen – und inzwischen auch immer mehr junge Männer – fragen  
13 sich, ob sie sich mit der Geburt eines Kindes beruflich ins Abseits schießen und wie sie  
14 ihre Wünsche für ihre berufliche Entwicklung sowie ihr Leben und Sorgen für Kinder  
15 miteinander in Einklang bringen können. Und die heute kurz vor dem Rentenalter  
16 Stehenden zweifeln, ob ihr Wissen und ihre Erfahrungen in dieser Gesellschaft auch  
17 nach der Zeit im Beruf noch gefragt sind, und ob die Absicherung fürs Alter reichen  
18 wird, um auf gute Weise alt zu werden.

19 Sie alle wollen ein neues Miteinander und dass die Lasten endlich gerechter verteilt  
20 werden. Dafür haben wir alle Generationen im Blick und wollen, dass ihre Bedürfnisse  
21 zusammengedacht werden, statt sie gegeneinander aufzuwiegen.

22 Wir wollen Hürden abbauen, damit Menschen in jedem Alter teilhaben können. Wir  
23 wollen eine durchlässige Gesellschaft, die Menschen nicht an den Rand drängt,  
24 sondern ihnen Chancen eröffnet – auch mehrmals im Leben.

25 Wir wollen Menschen Mut machen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und sich in  
26 unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Wir wollen ein gelungenes und  
27 selbstbestimmtes Leben für und mit jungen wie alten Menschen. Das passiert nicht von  
28 alleine. Dafür wollen wir zusammen kämpfen.

29 Wir schaffen Zukunft für alle Generationen, indem wir an das Morgen denken, ohne das

30 Jetzt zu vergessen. Weil wir für ein solidarischen Miteinander eintreten.

31

## 32 **1. Chancen für alle Kinder**

33 Kinder sind laut und froh und einfach da. Und: Kinder sind die Zukunft unserer  
34 Gesellschaft. Aber Kindern aus finanziell schwächer gestellten Familien oder mit  
35 Migrationshintergrund werden viele Hürden in den Weg gestellt. Zu früh wird bei uns  
36 festgelegt, wer dazu gehört und wer draußen ist. Wir arbeiten an einer inklusiven  
37 Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, sexuelle Identität, ethnische Wurzeln oder  
38 körperliche oder geistige Behinderung über die Zukunft von Kindern entscheiden,  
39 sondern deren Wünsche und Begabungen. Wir werden zudem die Bemühungen um  
40 einen effizienten Kinderschutz intensivieren und für eine Stärkung des Kinderrechts  
41 eintreten. Mobbing und Diskriminierung an unseren Schulen sagen wir den Kampf an.

42 Eine Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf eine ganztägige Kinderbetreuung halten  
43 wir für absolut nötig. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, wollen wir  
44 Qualitätsstandards, etwa die Zahl der Kinder, die eine Erzieherin betreut, bundesweit  
45 festlegen und die Ausbildung und Weiterbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern  
46 unterstützen. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam von Kommunen, Ländern und auch  
47 dem Bund gemeistert werden – zumal bereits der ab August 2013 geltende  
48 Rechtsanspruch an manchen Orten kaum erreicht wird. Deshalb sollen für diese  
49 Qualitätsoffensive auf Bundesebene jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt  
50 werden. Wir werden außerdem mit den Ländern über ein neues  
51 Ganztagsschulprogramm verhandeln.

52 Gute Bildungseinrichtungen eröffnen Kindern die Chance auf ein gutes Leben.  
53 Allerdings leben heute viele von ihnen in Armut oder in prekären Verhältnissen. Nach  
54 einer Unicef-Studie leben in Deutschland 2,5 Millionen Kinder in Armut. Zwar bleibt die  
55 Erwerbstätigkeit der Eltern nach wie vor der beste Schutz vor Kinderarmut, aber die  
56 materielle Unterstützung durch den Staat muss auch verbessert werden. Deshalb soll  
57 der Hartz IV-Regelsatz für Kinder neu berechnet und erhöht werden. Dafür reservieren  
58 wir 500 Mio. Euro. Außerdem wollen wir, dass auch im Steuerrecht alle Kinder gleich  
59 viel wert sind, und beginnen mit dem Einstieg in eine Kindergrundsicherung als einer  
60 eigenständigen Existenzsicherung für Kinder.

61

## 62 **2. Raum für Familie**

63 Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung  
64 übernehmen.

65 Familien brauchen Zeit. Deshalb werden wir das Teilelterngeld verbessern und eine  
66 Flexibilisierung der Elternzeit einführen sowie das Betreuungsangebot für Kita- und  
67 Schulkinder ausbauen. Außerdem müssen die Wahlmöglichkeiten für Beschäftigte, ihre



68 Arbeitszeit zu verringern und wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren, besser  
69 werden. Und wir werden zusammen mit den Sozialpartnern familienfreundliche  
70 Arbeitszeitoptionsmodelle entwickeln.

71 Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Neben einem Rechtsanspruch  
72 auf eine ganztägige Kinderbetreuung gehört dazu ganz zentral der flächendeckende  
73 Aufbau von echten Ganztagschulen, sonst brechen vielerorts mit der Einschulung alle  
74 Arrangements zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Eine  
75 Betreuungsgarantie für Kinder ab dem ersten Lebensjahr als Zwischenschritt soll Eltern  
76 rasch Planungssicherheit bringen. Menschen, die Alte und Pflegebedürftige begleiten,  
77 wollen wir im Wohnquartier mit einer ambulanten Pflege- und Unterstützungsstruktur  
78 zur Seite stehen und eine maximal dreimonatige Pflegezeit mit einer steuerfinanzierten  
79 Lohnersatzleistung einführen.

80 Und natürlich brauchen Familien Geld. Die familienbezogenen Leistungen müssen so  
81 verändert werden, dass Familien tatsächlich profitieren und Männer und Frauen frei  
82 wählen können, in welchen Konstellationen sie leben wollen. Wir werden aufhören über  
83 staatliche Mittel ein traditionelles Familienmodell einseitig zu fördern und stattdessen  
84 Frauen und Männer unterstützen, sich die Sorge-Aufgaben gerechter zu teilen. Deshalb  
85 wollen wir das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung umwandeln und die  
86 freiwerdenden Mittel zur Finanzierung von guten Kitas und zum Aufbau einer  
87 Kindergrundsicherung nutzen. Aus diesem Grund werden wir auch das unsinnige und  
88 falsche Anreize setzende Betreuungsgeld wieder abschaffen und die dafür eingeplanten  
89 Mittel in die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten investieren.

90 Familien waren schon immer etwas Buntes – heute sind noch ein paar Farben mehr  
91 dazu gekommen. Das Modell Vater-Mutter-Kind ist einer Vielzahl von Familienformen  
92 gewichen. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein. Wir wollen deshalb das  
93 Familienrecht erweitern und elterliche Mitverantwortung rechtlich absichern. Das würde  
94 Kindern und sozialen Eltern das Zusammenleben in Patchwork-Familien und  
95 Regenbogen-Familien erleichtern.

96

### 97 **3. Freiraum für Jugendliche**

98 Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das heißt ein Mehr an sozialer  
99 Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche. Denn die  
100 Generation der Jugendlichen heute ist zutiefst gespalten. Die einen schauen mit viel  
101 Optimismus in ihre eigene Zukunft. Andere wiederum sind bereits jetzt überzeugt, auf  
102 der Schattenseite des Lebens zu stehen und dort auch zu bleiben. Was an  
103 Chancenungleichheit in frühen Jahren durch ein leistungsschwaches Bildungssystem  
104 nicht ausgeglichen wurde, verbaut nun jungen Menschen ihre Zukunft. Viele  
105 Jugendliche sehen sich immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den  
106 Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant und Zeit, die es frei zu

107 gestalten gilt, wird weniger. Dabei brauchen gerade junge Menschen Freiräume, um  
108 sich auszuprobieren.

109 Das Internet ist aus dem Alltag Kinder und Jugendlicher nicht mehr wegzudenken. Die  
110 Stärkung der Kompetenz im Umgang mit diesen Medien und der Sensibilität für den  
111 Schutz der eigenen Daten im Internet muss deshalb zur Arbeit aller, die junge  
112 Menschen begleiten, gehören.

113 Jugendliche sind in besonderem Maße auf die Infrastruktur vor Ort angewiesen.  
114 Vielfältige Jugendhilfeangebote, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für  
115 Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe.  
116 Jugendliche brauchen diese Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen und  
117 auszutauschen, Räume, um sich zu entwickeln. Eine jugendgerechte Stadtentwicklung  
118 bezieht sie aktiv ein und berücksichtigt ihre Bedürfnisse.

119 Wir nehmen Jugendliche mit ihren Anliegen ernst. Wir wollen die Kinderrechte im  
120 Grundgesetz stärken. Das Wahlalter wollen wir absenken, damit Jugendliche  
121 spätestens ab dem 16. Lebensjahr wählen gehen können. Außerdem soll es  
122 flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche geben. Um die Rechte  
123 und Beteiligung der Betroffenen in der Jugendhilfe zu stärken, unterstützen wir  
124 Ombudschaften.

125 Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von Jugendarbeit,  
126 Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Beratungsstellen für junge Menschen  
127 sichern. Dazu werden wir den Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln  
128 und ausbauen.

129

#### 130 **4. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter**

131 Es ist eine gute Nachricht, dass die Menschen immer älter werden und dabei immer  
132 länger gesund und agil bleiben. Aber die Frage, wie wir noch möglichst gut leben, auch  
133 wenn wir alt sind, und wie wir unsere Geschicke auch selbst bestimmen können, wenn  
134 wir auf die Hilfe anderer angewiesen sind, beschäftigt trotzdem viele Menschen.  
135 Teilhabe und Selbstbestimmung müssen aber bis ins hohe Alter möglich sein – trotz  
136 Einschränkung, die das Alter mit sich bringen kann. Nötig sind deshalb mehr  
137 gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitsplätze, einen Ausbau an  
138 Weiterbildungsangeboten aber auch eine Veränderung der Arbeitskultur, in der  
139 Erfahrungswissen der Älteren und Engagement der Jungen kombiniert werden, so dass  
140 viele Menschen bis zum Renteneintritt erwerbstätig bleiben können. Angesichts des  
141 demografischen Wandels und des Mangels an Fachleuten auch ein Gebot  
142 wirtschaftlicher Vernunft. Tatsächlich aber drohen sinkende Reallöhne, prekäre  
143 Beschäftigung und negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting immer mehr  
144 Menschen, und vor allem Frauen, im Alter in die Armut zu schicken. Einer sozialen  
145 Spaltung im Alter wollen wir entgegenreten mit einer Garantierente, die den langjährig

146 Berufstätigen eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die Teilhabe alter  
147 Menschen braucht aber mehr als materielle Absicherung: Mobilitätskonzepte in Stadt  
148 und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen,  
149 der barrierefreie Zugang zu Kultur und eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur und  
150 bezahlbarer Wohnraum sind dafür genauso wichtig.

151 Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird deutlich ansteigen und  
152 immer mehr werden alleine und ohne Angehörige leben. Neue Konzepte für das  
153 Zusammenleben und die Gestaltung der Infrastruktur an Wohn-, Pflege und sozialen  
154 Angeboten werden deshalb wichtig. Die Angebote für Hilfe im Alter entscheiden  
155 darüber, ob der Wunsch nach Selbstbestimmung alter Menschen Wirklichkeit werden  
156 kann. Für uns ist klar: Pflege muss möglichst wohnortnah organisiert sein, sie muss sich  
157 an den Bedürfnissen der alten Menschen und ihrer Familien orientieren, einer  
158 ambulanten Unterstützung den Vorrang einräumen und mit kulturellen und religiösen  
159 Prägungen sensibel umgehen. Finanziert werden kann dies, durch eine  
160 Pflegebürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und in die alle  
161 Einkunftsarten einbezogen werden.

162 Das Altern ist heute vielfältig und bunt geworden. Die dominierenden Altersbilder in den  
163 zentralen Bereichen der Gesellschaft werden der Vielfalt des Alters nicht gerecht. Wir  
164 wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des  
165 Zusammenlebens fürs Alter wünschen und wir werden Orte des Zusammentreffens der  
166 Generationen fördern. Längst leben viele Ältere aufgrund der erhöhten Arbeitsmobilität  
167 nicht mehr im Familienverbund. Auch die Zahl der alleinstehenden und kinderlosen  
168 Menschen steigt. Hier gilt es die nötige soziale und technische Infrastruktur in den  
169 Stadtteilen zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen  
170 und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen.

171

## 172 **5. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben**

173 Wir werden älter und weniger. Eine Zukunftsherausforderung von großer Tragweite liegt  
174 im demografischen Wandel, der in den neuen Ländern durch die fortwährende  
175 Abwanderung junger Menschen zusätzlich dramatisch verschärft wird. Dieser Wandel  
176 betrifft nicht nur ökonomische Fragen, sondern er rührt an tiefgreifende Fragen von  
177 Lebensentwürfen, Freiheit und Anerkennung.

178 Unser neuer Generationenvertrag soll die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Alt  
179 und Jung neu verteilen. Er darf dabei die Wünsche und Anliegen der Generationen  
180 nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss vielmehr für mehr Miteinander sorgen.  
181 Bei der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme achten wir darauf, dass sie ein  
182 gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die Jungen  
183 zu überfordern. Und wir wollen Orte des Zusammentreffens von Jungen und Alten  
184 schaffen - auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen

185 nicht weiter voneinander abrücken.

186

187 -----

188 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 189 • bekommt gute Kitas für jedes Kind und bekämpft Kinderarmut.
- 190 • sorgt für mehr Mitspracherechte für Kinder und Jugendliche.
- 191 • verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 192 • fördert das Leben mit Kindern.
- 193 • will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter.

194 -----

195

196 **Schlüsselprojekte**

197

---

198 ***Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen***

199 Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen. Deshalb müssen wir rasch mehr und auch qualitativ  
200 hochwertige Kita-Plätze schaffen. Für uns ist klar, dass auch der Bund Verantwortung  
201 trägt, denn es muss vieles gleichzeitig geschehen: Der ab Augst 2013 geltende  
202 Rechtsanspruch muss angemessener finanziert, der Bedarf realistischer geplant  
203 werden. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite  
204 Qualitätsstandards fest. Und natürlich braucht es dafür mehr Fachkräfte, die zu einem  
205 relevanten Teil auf Hochschulniveau ausgebildet und angemessen bezahlt werden.  
206 Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf eine ganztägige  
207 Betreuung und unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in  
208 allen Altersgruppen. Das Betreuungsgeld, das eine Wahlfreiheit suggeriert, alte  
209 Rollenmuster zementiert und den Ausbau der Kitaplätze blockiert, schaffen wir ab. So  
210 bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Begabungen und Neigungen zu entfalten und  
211 so schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Eltern-  
212 Sein.

213

214

215

---

216 ***Familien mehr Zeit geben – familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern***

217 Zeit ist für Familien ein knappes Gut, besonders wenn die Eltern berufstätig sind. Wir  
218 wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den

219 Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen – ohne dass dies immer gleich eine  
220 Festlegung für ihre gesamte Berufsbiografie beinhaltet. Wir führen ein Rückkehrrecht  
221 auf eine Vollzeittätigkeit ein und ergänzen damit das im Teilzeit- und Befristungsgesetz  
222 verankerte Recht auf Teilzeit an entscheidender Stelle. Auch eine Weiterentwicklung  
223 des Teilelterngeldes und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum  
224 für Familien. So bleibt mehr Zeit für die Familien.

225

---

226

227

---

228 ***Für eine gerechte Familienförderung – in die Kindergrundsicherung einsteigen***

229 In unserem reichen Land leben viele Kinder in Armut. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in  
230 der kein Kind in Armut lebt und in der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind,  
231 unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung  
232 vom Staat erhalten. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine  
233 Kindergrundsicherung schaffen. In der Kindergrundsicherung gehen perspektivisch  
234 Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig  
235 auf. Wir wollen dafür auch Mittel nutzen, die durch die Veränderung des  
236 Ehegattensplittings frei werden. In einem ersten Schritt werden wir u.a. die Regelsätze  
237 für Kinder anheben, so dass sie ihre Bedürfnisse widerspiegeln.

238

---

## **BTW-U-01 Bundestagswahlprogramm - Intakte Umwelt für alle**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 I) Intakte Umwelt für alle**

#### **2 Wie wir erhalten, was uns erhält**

3 Jahrzehnte des Umweltschutzes haben unsere Flüsse sauberer, die Luft reiner und die  
4 Wälder gesünder gemacht. Das haben Grüne und Umweltbewegung erreicht, oft im  
5 Konflikt mit mächtigen Lobbys und Wirtschaftsinteressen und meistens gegen die  
6 Polemik und den Widerstand von CDU, CSU, FDP und viel zu oft auch von der SPD.

7 Doch noch immer weist fast jeder vierte Baum Schäden auf, sind über 80% der  
8 Gewässer in einem schlechten Zustand. Pestizide aus der Landwirtschaft verunreinigen  
9 Lebensmittel und Textilien. Allergien und Umwelterkrankungen nehmen zu, besonders  
10 bei Kindern. Artensterben und Flächenfraß schreiten voran, unbeeindruckt von  
11 Politikerreden. Und in den Meeren schwimmen bald mehr Plastikabfälle als Fische.

12 Grüne Politik minimiert die Belastungen für unsere Umwelt, damit wir alle gesünder  
13 leben können. Wir wollen die Vielfalt der Natur für uns und nachkommende  
14 Generationen bewahren. Dazu müssen wir uns von einem auf quantitatives Wachstum  
15 verengten Wohlstandsbegriff lösen. Wir müssen wegkommen von Agrarfabriken und  
16 Massentierhaltung hin zu einer naturverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft.  
17 Himbeeren im Winter, Clementinen im Sommer, das ganze Jahr über Spargel – der  
18 ökologische Preis für die immerwährende Verfügbarkeit von nicht saisonalem Obst und  
19 Gemüse ist hoch.

20 Was wir alle wissen, aber zu oft vergessen: Wir haben die Erde nur von unseren  
21 Kindern geborgt. Für ein Leben, das wieder stärker im Einklang mit der Natur ist,  
22 brauchen wir eine Übereinkunft, wie wir mit unserer Umwelt umgehen und wie wir die  
23 Vielfalt der Arten erhalten und Lebensräume schützen.

24 Umweltschutz ist auch eine elementare Gerechtigkeitsfrage und die Voraussetzung für  
25 gesellschaftliche Teilhabe. Denn es sind immer die Ärmsten, die im Wettstreit um  
26 schwindende Ressourcen den Kürzeren ziehen – weltweit und auch bei uns in  
27 Deutschland. Lärm und Abgase treffen gerade die, die sich keine teure Wohngegend  
28 leisten können. Aber sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und gute Luft dürfen  
29 ebenso wenig wie der Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm keine Frage des

30 Geldbeutels sein.

31 Wohl in keinem anderen Politikbereich wird so deutlich wie in der Umweltpolitik um was  
32 es geht: Zukunft schaffen. Die Herausforderungen sind gewaltig, die Widerstände groß.  
33 Nicht nur die Politik muss sich ändern, sondern auch die Art, wie wir leben und  
34 wirtschaften.

35 Dafür braucht es engagierte Verbraucherinnen und Verbraucher, mutige Umwelt-,  
36 Natur- und TierschützerInnen sowie engagierte Landwirtinnen und Landwirte, die  
37 Bioprodukte herstellen, den Tierschutz in der Tierhaltung umsetzen und die Landschaft  
38 und Natur pflegen. Jeder kann sich für eine bessere Umwelt einmischen mit dem  
39 Einkaufskorb – im Bioladen und im Discounter.

40

## 41 **1. Intakte Umwelt, gesundes Leben**

42 Umweltbelastungen wollen wir durch strenge Grenzwerte auf ein Minimum  
43 zurückfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wollen wir so verbessern, dass  
44 nur unbedenkliche Chemikalien auf den Markt kommen und gefährliche Stoffe durch  
45 unbedenkliche ersetzt werden.

46 Intakte Böden, sauberes Wasser und reine Luft sind eine Grundvoraussetzung für ein  
47 gesundes Leben. Wir wollen europaweit ehrgeizige Vorgaben für den Bodenschutz  
48 durchsetzen. Die deutsche Blockade der europäischen Bodenrahmenrichtlinie wollen  
49 wir beenden und die Einbeziehung des Bodenschutzes in die verschiedene  
50 Fachgesetze verstärken, um neue Bodenbelastungen durch Schadstoffeintrag oder  
51 Erosion möglichst zu vermeiden. Wir streben, in Abstimmung mit den Ländern, eine  
52 Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an, bei denen das fachlich geboten ist.

53 Die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Quecksilber, Stickoxide und Feinstaub wollen  
54 wir weiter senken. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels giftiger  
55 Chemikalien – das sog. „Fracking“ – ist hochproblematisch. Wir wollen ein „Fracking“-  
56 Moratorium, bis diejenigen, die es wollen, nachgewiesen haben, dass es unschädlich  
57 ist. Auch den Bedrohungen durch das Eisenhydroxid aus dem Braunkohle-Tagebau  
58 wollen wir Einhalt gebieten und bei der konventionellen Förderung von Rohstoffen in  
59 Deutschland legen wir größten Wert auf Umweltschutz und Transparenz.

60 In Wohnungen, Büros und Klassenzimmern ist die Schadstoffbelastung der Luft heute  
61 teilweise höher als draußen. Deshalb brauchen wir strengere gesundheitliche  
62 Anforderungen etwa für Baustoffe oder Bürogeräte. Auch Lärm stresst und macht auf  
63 Dauer krank. Wie wir das ändern wollen haben wir im Kapitel „Neue Mobilität für alle“  
64 beschrieben.

65

## 66 **2. Die Vielfalt der Natur schützen**

67 Jeden Tag werden Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. In Deutschland  
68 sind 40% der Wirbeltierarten in ihrem Bestand bedroht oder bereits ausgestorben. Ihre  
69 Lebensräume werden zerschnitten oder zerstört, Rückzugsgebiete gibt es nur noch  
70 wenige. Damit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Denn als Teil der Natur  
71 kann der Mensch nur leben, wenn er seine natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt.

72 Wir Grüne wollen die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die Schönheit  
73 naturnaher Landschaften flächendeckend schützen und für nachfolgende Generationen  
74 erhalten. Auch unsere Kinder sollen noch Störche sehen sowie Moore und  
75 Regenwälder erleben können! Mehr „Wildnis“ in Form von intakten Biotopen wie  
76 Mooren, Auwäldern oder „Urwäldern“ sind für uns faszinierende Aussichten, für die es  
77 sich lohnt, Politik zu machen. Sie sollen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen gesichert  
78 vorfinden! Deshalb wollen wir den Naturschutz in allen Politikbereichen verankern – von  
79 der Umweltbildung bis zur Landwirtschaft und Verkehrsplanung. Dafür wollen wir auch  
80 die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder nutzen und die gesetzlichen  
81 Kompetenzspielräume hierfür stärken.

82 Wir wollen die Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten wirksamer  
83 machen, besser vernetzen und neue schaffen. Wir wollen das deutsche  
84 Naturschutzrecht im Rahmen der bewährten bestehenden EU-Naturschutzrichtlinien  
85 modernisieren. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt wollen wir zu einem Ressort  
86 übergreifenden Regierungsprogramm aufwerten und finanziell aufstocken. Wo sich  
87 Eingriffe in die Natur und Landschaft nicht vermeiden lassen, sollte der Schaden  
88 vorrangig real ausgeglichen werden. Immer noch werden in Deutschland täglich rund 80  
89 Hektar Freifläche zubetoniert. Das entspricht im Jahr etwa dem Stadtgebiet von  
90 München. Wir wollen den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar am Tag reduzieren  
91 und langfristig ganz stoppen. Dabei setzen wir auf ordnungsrechtliche Vorgaben und  
92 finanzielle Anreize zum Flächensparen, wie etwa durch die Einführung einer  
93 Versiegelungsabgabe. Flüsse sollen frei fließen, Wälder sich urwüchsig entwickeln  
94 können. Deshalb wollen wir 5% der Waldfläche, darunter 10% der öffentlichen Wälder,  
95 aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen und eine naturschonende Form der  
96 Waldnutzung fördern. Dafür wollen wir das Waldgesetz nach ökologischen Standards  
97 novellieren. Das Jagdrecht soll sich an der naturnahen Waldwirtschaft ausrichten. Wir  
98 wollen die letzten noch frei fließenden Flüsse in Deutschland erhalten. Einen weiteren  
99 Ausbau von Elbe und Donau lehnen wir daher ab. Flussauen sollen – auch im Sinne  
100 des Hochwasserschutzes - im Rahmen eines nationalen Programms renaturiert  
101 werden. Den Umbau der Bundeswasserstraßenverwaltung wollen wir im Sinne einer  
102 Verwaltung für ökologisch intakte Flüsse fortsetzen. Das nationale Naturerbe muss  
103 gesichert und ausgeweitet werden. Auf 2% der Landesfläche soll sich die Natur  
104 ungestört entwickeln können.

105 Wir wollen die Verschmutzung und Überfischung der Meere stoppen und Nord- und  
106 Ostsee konsequenter schützen. Deutschland muss sich auf globaler Ebene intensiv für



107 ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten engagieren. Wir setzen uns gegen  
108 den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee und der Arktis ein, um  
109 einmalige und unberührte Lebensräume zu erhalten. Auch muss Deutschland seine  
110 Zusagen zum Schutz der Regenwälder und der biologischen Vielfalt einhalten und  
111 wieder zu einem verlässlichen Partner im Bereich des internationalen Artenschutzes  
112 werden, der sich für ein Ende der dramatischen Plünderung der Urwälder und  
113 Wildtierbestände einsetzt.

114 Wir wollen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer natürlichen  
115 Ressourcen unterstützen. Doch das allein reicht nicht aus: Internationale  
116 Finanzierungsmechanismen zum Schutz der Biodiversität müssen starke ökologische  
117 und soziale Leitplanken erhalten, um Menschenrechte und die Rechte indigener Völker  
118 zu stärken.

119

### 120 **3. Besser leben mit weniger Ressourcen**

121 Um die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht zu verletzen, müssen wir  
122 unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren – wir müssen also insgesamt  
123 weniger verbrauchen. Dies ist mit einer konsequenten Politik des ressourcenleichten  
124 Wirtschaftens und auch mit einem Überdenken unserer Konsumgewohnheiten und  
125 Lebensstile möglich. Wir wollen dies mit einem systematischen Ansatz erreichen, der  
126 mögliche Rebound-Effekte (erhöhter Verbrauch nach Effizienzsteigerungen) verhindert.

127 Für ein rohstoffarmes Land ist ressourceneffizientes Wirtschaften unverzichtbar.  
128 Ressourceneffizienz senkt die Abhängigkeit von Rohstoffen, macht Unternehmen  
129 wettbewerbsfähiger und schont Umwelt und Klima. Wir wollen den absoluten  
130 Ressourcenkonsum unserer Gesellschaft verringern und Vorbild für andere Länder  
131 werden, mehr Lebensqualität bei gleichzeitig weniger Rohstoffverbrauch zu erreichen.  
132 Mit ehrgeizigen Recyclingquoten und einer flächendeckenden und  
133 verbraucherfreundlichen Wertstoffsammlung bei Haushalten und Gewerbebetrieben  
134 legen wir die Grundlage für eine hochwertig ausgerichtete Kreislaufwirtschaft. Mit einer  
135 ausgeweiteten und ökologisch ausgerichteten Produzentenverantwortung setzen wir  
136 Anreize für ökologisch optimiertes Design und hochwertiges Recycling. Mit einem  
137 gesetzlichen Abfallvermeidungsziel, besseren Rahmenbedingungen für  
138 Wiederverwendung und Reparatur, sowie der Verlängerung der gesetzlichen  
139 Gewährleistungspflicht sagen wir der Wegwerfwirtschaft den Kampf an. Ausgediente  
140 Handys etwa landen oft zusammen mit anderem Elektroschrott auf wilden Müllkippen in  
141 Afrika. Stattdessen ist es notwendig, die enthaltenen Rohstoffe wieder zu nutzen.  
142 Deshalb wollen wir gemeinsam mit Handel und Industrie ein Handypfand einführen,  
143 Recyclingziele für kritische Rohstoffe, wie seltene Erden, einführen und Instrumente  
144 gegen die ressourcenverschwendende Wegwerfmentalität verstärken. Deshalb wollen  
145 wir einen rechtlichen Rahmen für eine Verpackungssteuer schaffen und es zur Pflicht

146 machen, Bioabfall zu trennen und energetisch zu nutzen.

147

#### 148 **4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün**

149 Wir Grüne stehen für eine regional verankerte, ökologische und multifunktionelle  
150 Landwirtschaft. Grüne Landwirtschaft produziert nicht nur gesunde und hochwertige  
151 Lebensmittel und Rohstoffe, sondern bewahrt unsere Ökosysteme und natürlichen  
152 Ressourcen, sie pflegt unsere Kulturlandschaften und ist ein nachhaltiges Rückgrat für  
153 die Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum. Die industrialisierte  
154 Landwirtschaft dagegen verschärft viele Umweltprobleme. Pestizide und Mineraldünger  
155 verschmutzen Gewässer und Böden. Monokulturen verdrängen biologische Vielfalt. Wir  
156 wollen die Agrarwirtschaft vom Teil des Problems zu einem Teil der Lösung machen.  
157 Dabei setzen wir auf das Leitbild des Ökolandbaus und eine naturverträgliche  
158 bäuerliche Landwirtschaft, auf gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, regionale  
159 Verarbeitung und regionale Vermarktung und artgerechte Tierhaltung sowie auf  
160 dezentrale Agrarstrukturen.

161 Den Anfang dieser Agrarwende haben wir unter der grünen Landwirtschaftsministerin  
162 Renate Künast gemacht. Doch mit Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb kam der Rückfall zu  
163 einer Agrarpolitik, die auf Masse statt Klasse ausgerichtet ist, auf Billigproduktion und  
164 Agrarüberschüsse für den Export. Seit Merkel regiert, haben 75.000 landwirtschaftliche  
165 Betriebe ihre Existenz verloren. Das wollen wir ändern und die grüne Agrarwende  
166 weiterentwickeln.

167 Zu diesem Zweck wollen wir die Agrarförderung grundlegend umgestalten.  
168 Fehlentwicklungen wie Grünlandumbruch, die Förderung von Stallneubauten ohne  
169 zusätzliche Tierschutzanforderungen oder die Ausbreitung von Mais-Monokulturen  
170 dürfen nicht länger aus Steuermitteln subventioniert werden. Stattdessen sollten die  
171 Agrarzahungen an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden, wie den  
172 Klima- und Umweltschutz oder die Stärkung regionaler Wertschöpfung. Öffentliches  
173 Geld für öffentliche Güter – das ist fair für alle. Das ist auch unsere Leitlinie für die EU-  
174 Agrarreform und für ihre Umsetzung in Deutschland. Die schwarz-gelbe  
175 Bundesregierung hat alles versucht, die von der EU-Kommission beabsichtigte Reform  
176 der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik und das sogenannte Greening im  
177 Interesse der Agrarindustrie und des Deutschen Bauernverbandes zu blockieren. Diese  
178 Blockade geht zulasten der bäuerlichen Betriebe und der Umwelt. Wir wollen, dass  
179 Deutschland künftig nationale Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, um übermäßige  
180 Kürzungen bei der 2. Säule und die ungerechte Verteilung der Agrarzahungen  
181 abzumildern. Insbesondere brauchen wir die Umwidmung von 15% der Gelder aus der  
182 Basisprämie zu Gunsten der 2. Säule in Kombination mit einer Kappung der  
183 Direktzahlungen

184 Wir lehnen den Anbau von genveränderten Pflanzen in Deutschland ab. Die

185 Agrogentechnik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt Erträge zu steigern, hat  
186 sie den Einsatz von Pestiziden und die Gefahren für Umwelt, Menschen und Tiere  
187 erhöht. Agrogentechnik macht unsere Ernährung und unser Saatgut abhängig von einer  
188 kleinen Zahl von Großkonzernen und beendet die freie Landwirtschaft und den  
189 Ökolandbau. Agrogentechnik reduziert die Vielfalt der Pflanzensorten, weil die  
190 konventionelle Züchtung ihren Antrieb verliert. Patente auf Pflanzen, Tiere und  
191 Menschen lehnen wir strikt ab, weil sie BäuerInnen und VerbraucherInnen in eine  
192 Abhängigkeit von Agrarkonzernen führen. Wir wollen im Interesse der großen Mehrheit  
193 der Verbraucherinnen und Verbraucher unsere gentechnikfreie Land- und  
194 Lebensmittelwirtschaft und die Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen wirksam  
195 schützen. Den Anteil des Ökolandbaus wollen wir ausbauen, damit die Erzeugung von  
196 Biolebensmitteln der steigenden Verbrauchernachfrage nicht länger hinterherhinkt.  
197 Mittelfristig wollen wir für ganz Deutschland eine ökologische Landwirtschaft mit  
198 anspruchsvollen Standards, die über das EU-Bio-Siegel hinausgehen. Zum Schutz der  
199 natürlichen Ressourcen, insbesondere der Bienen die einen der wichtigsten Beiträge  
200 zum Erhalt der Biodiversität leisten, muss der Pestizideinsatz drastisch reduziert  
201 werden. Wir werden den Nationalen Aktionsplan Pestizidreduzierung zu einem  
202 wirksamen Instrument ausbauen.

203 Unsere Vision ist der CO<sub>2</sub>-neutrale Bauernhof, der von fossiler Energie unabhängig  
204 wird, sowohl bei Treibstoffen als auch bei auf Erdöl basierendem Mineraldünger. Dazu  
205 muss der Einsatz von nachhaltig erzeugtem, heimischem Pflanzenöl und von  
206 Leguminosenpflanzen, die den Stickstoff aus der Luft binden, vorgebracht werden.

207 Wer hochwertige Lebensmittel produziert, verdient dafür auch einen auskömmlichen  
208 Lohn. Daher unterstützen wir Milchbäuerinnen und Milchbauern in ihrem Kampf für  
209 einen fairen Milchpreis und den Stopp der Überproduktion. Wir wollen die  
210 ErzeugerInnen gegenüber den Großmolkereien und der Ernährungsindustrie stärken.  
211 Auch international hat Preisdumping fatale soziale Folgen. Deshalb lehnen wir eine  
212 exportorientierte Agrarpolitik der Bundesregierung ab. Aber auch umgekehrt gilt: Die  
213 riesigen Futtermittelimporte sind ebenso schädlich. Spekulation mit landwirtschaftlichen  
214 Flächen wollen wir wirksam entgegenwirken. Angesichts von immer mehr Höfen, die  
215 keine Hofnachfolger mehr haben, wollen wir die antiquierte Hofabgabeklausel in der  
216 Alterssicherung der Landwirte aufheben.

217 Gesellschaftliche Teilhabe muss auf dem Land gewährleistet sein. Regional ist erste  
218 Wahl! Große Chancen für die ländliche Entwicklung bieten dabei die Erneuerbaren  
219 Energien, die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der nachhaltige Tourismus.

220

## 221 **5. Massentierhaltung – Nein Danke!**

222 In der Massentierhaltung wird billiges Fleisch durch millionenfaches Tierleid und den  
223 massiven Einsatz von Antibiotika erkaufte. Massentierhaltung fördert Artensterben und

224 Klimawandel, weil für den großflächigen Anbau von Futtermitteln Regenwald gerodet  
225 und Grünland umgebrochen wird. Fast ein Drittel der Weltgetreideernte landet im  
226 Futtertrog. Damit steht die Massentierhaltung immer mehr in Konkurrenz zur Ernährung  
227 der Weltbevölkerung. Und durch Dumping-Fleischexporte werden in Afrika  
228 Ernährungsstrukturen zerstört und Bäuerinnen und Bauern in den Ruin getrieben.  
229 Durch die von Großunternehmen vorangetriebene industrielle Tierproduktion sowie  
230 Dumping-Fleischexporte werden zum Beispiel in Afrika die Struktur der  
231 Nahrungsversorgung zerstört und Bäuerinnen und Bauern in den Ruin getrieben.

232 Wir Grüne halten dieses System der Massentierhaltung für nicht verantwortbar. Deshalb  
233 wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen. Die  
234 Subventionierung der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie ihre Privilegien  
235 im Baurecht. Wir wollen mit einem neuen Tierschutzgesetz für artgerechte  
236 Haltungsbedingungen sorgen, eine lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme  
237 schaffen und den Antibiotikamissbrauch durch strengere Haltungs- und  
238 Behandlungsvorschriften abschalten.

239 Um Futtermittelimporte zu reduzieren, wollen wir die heimische Produktion steigern und  
240 die Tierhaltung stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel binden. Unsere  
241 Konsumententscheidungen prägen die Welt. Das zeigt sich besonders beim Thema  
242 Fleischkonsum. Pro Kopf und Jahr essen wir Deutsche rund 60 Kilo Fleisch. Dieser  
243 hohe Fleischverbrauch birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine  
244 Massentierhaltung, die auf Mensch, Tiere und Umwelt keine Rücksicht nimmt. Deshalb  
245 fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und  
246 ökologischen Folgen des Fleischkonsums und unterstützen deshalb die Idee eines  
247 „Veggie-Days“ in öffentlichen Kantinen und Mensen sowie eine Label für vegetarische  
248 und vegane Produkte.

249

## 250 **6. Schluss mit der Tierquälerei**

251 Wir sind der Überzeugung, dass unsere Tiere ein Anrecht auf ein artgerechtes Leben  
252 ohne unnötiges Leid haben. Wir haben den Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz  
253 verankert. Tierschutz ist heute als Wert gesellschaftlich stark verankert. Tierschutz und  
254 artgerechte Tierhaltung sollen in den Ställen Einzug halten. Die Käfighaltung von  
255 Legehennen und anderen Tieren muss beendet werden. . Sie darf auch nicht mehr  
256 durch deutsche Exportbürgschaften für verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert  
257 werden. Eine grundlegende Reform der Haltungsverordnungen ist überfällig. Die  
258 Haltung von Schweinen auf nacktem Beton, das Zusammenpferchen von Puten auf  
259 engstem Raum - das alles ist ein Skandal. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa  
260 durch Amputation ihrer Schnäbel oder Schwanzkürzungen an nicht artgerechte  
261 Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, wollen wir  
262 verbieten.

263 Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration dürfen nur mit Betäubung  
264 erfolgen. Eingriffe die nur der Anpassung an die engen Haltungsbedingungen dienen  
265 und medizinisch nicht notwendig sind müssen verboten werden. Tiertransporte  
266 innerhalb Deutschlands wollen wir auf eine Dauer von höchstens vier Stunden  
267 begrenzen und wir wollen die Schlachtmethoden auf Schlachthöfen verbessern. Dazu  
268 ist auch die Beendigung der Akkordarbeit notwendig.

269 Tierversuche darf es nur geben, wo sie zum Schutz der Gesundheit von Menschen,  
270 Umwelt und Tieren unerlässlich und ethisch vertretbar sind. Die Entwicklung von  
271 Alternativen zum Tierversuch wollen wir gesetzlich fördern und ihren Einsatz  
272 verpflichtend machen. Tierversuche an Menschenaffen wollen wir strikt verbieten,  
273 ebenso wie Versuche für Tabakprodukte.

274 Zum Schutz von Haustieren wollen wir ein Heimtierschutzgesetz einführen. Auch  
275 Wildtiere müssen wir besser schützen. Dafür fordern wir ihre Haltung im Zirkus zu  
276 verbieten sowie eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Den  
277 Import und die private Haltung regeln wir über die Einführung einer Positiv-Liste und ein  
278 Verbot von Wildtierbörsen. Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch  
279 Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten,  
280 Jagdtrophäen und wild gefangener Tiere gestärkt werden. International wollen wir den  
281 Schutz bedrohter Arten im Sinne des Vorsorgeprinzips weiter voranbringen.

282 Damit Tierschutzorganisationen die Rechte der Tiere effektiver wahrnehmen können,  
283 wollen wir ihnen erweiterte Mitwirkungsrechte und ein Klagerecht vor Gericht  
284 einräumen. Außerdem fordern wir höhere Strafen für Verstöße gegen das  
285 Tierschutzgesetz und bessere Kontrollen. Verbraucherinnen und Verbrauchern wollen  
286 wir es durch ein Tierschutzlabel mit strengen Standards erleichtern, sich für Produkte  
287 aus tiergerechter Haltung zu entscheiden.

288

289 -----

## 290 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 291 • sorgt vor für eine intakte Umwelt und ein gesundes Leben.
- 292 • unterstützt den Erhalt der Artenvielfalt.stimmt gegen Agrarfabriken,  
293 Massentierhaltung und Genfood.
- 294 • fördert Ökolandbau, Biolebensmittel und bäuerliche Landwirtschaft.
- 295 • stimmt für Tierschutz und artgerechte Tierhaltung.

296 -----

297

298

299 **Schlüsselprojekte**

300

301

---

302 **Die Heimat von Storch und Laubfrosch schützen – Naturerbe bewahren**

303 Die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere ist gefährdet. Immer mehr  
304 Arten geht der Lebensraum verloren. Die Umsetzung der Naturschutzziele hinkt in  
305 Deutschland und international weit hinterher. Daher werden wir dafür sorgen, dass  
306 Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für 10%  
307 der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Insbesondere  
308 unserer alten, heimischen Buchenwälder sind bedroht. Durch den steigenden Hunger  
309 nach Holz wird ihre Artenvielfalt dezimiert. Aber auch für Erholung und das  
310 Naturerlebnis der Menschen sind alte Wälder unschätzbar wertvoll. Mit einem  
311 Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern 10% der Wälder,  
312 die sich in öffentlichem Besitz befinden, zu Waldgroßschutzgebieten machen.

---

313

314

315

---

316 **Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte**  
317 **Haltung**

318 Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht mehr hinnehmbar. Die Intensivtierhaltung  
319 hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion  
320 erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden,  
321 ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern. Durch  
322 ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für artgerechte Haltungsbedingungen, schaffen  
323 lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme und stoppen den Missbrauch von  
324 Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften.

---

325

326

327

---

328 **Durchatmen - Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz vorantreiben**

329 Bei vielen Industrieprozessen und Verbrennungsprozessen z.B. in Kohlekraftwerken  
330 entsteht Quecksilber, das über die Abluft in die Umwelt gelangt. Dies führt zu einer  
331 weiteren Anreicherung des Umweltgiftes auch in Lebensmitteln, insbesondere in  
332 Fischen. Die USA haben daher strenge Grenzwerte erlassen, um die  
333 Quecksilberbelastung deutlich zu reduzieren. Wir wollen die

334 Immissionsschutzverordnung entsprechend ändern und damit auch die Industrie hier in  
335 die Pflicht für eine gesunde Umwelt nehmen. So schaffen wir saubere Luft für alle.  
336 \_\_\_\_\_

**BTW-MO-01 Bundestagswahlprogramm - Neue Mobilität für alle**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **J) Neue Mobilität für alle**

2 **Wie wir ein grünes Verkehrsnetz schaffen, mit dem alle gut fahren**

3 Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens  
4 und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Gleichzeitig verursacht der  
5 Verkehr Lärm und Staus, er schädigt die Umwelt und das Klima und er verschuldet eine  
6 inakzeptabel hohe Zahl von Toten und Verletzten.

7 Immer mehr Bürgerinnen und Bürger mischen sich deswegen selbst in die  
8 Verkehrspolitik ein und wollen diese mitgestalten: Auseinandersetzungen wie etwa um  
9 Stuttgart 21, neue Autobahnabschnitte in Berlin oder die dritte Startbahn am Flughafen  
10 München sind Beispiele dafür. Bei Großprojekten sind eine frühzeitige Beteiligung der  
11 betroffenen Bürgerschaft und Zivilgesellschaft und eine ergebnisoffene Diskussion von  
12 Alternativen dringend erforderlich. Die aktuelle Entwicklung von Stuttgart 21 zeigt aber  
13 noch eines: Es bedarf eines ehrlichen Umgangs mit Kosten- und Risiken und zwar von  
14 Anbeginn.

15 Viele Kommunen verwirklichen sichere und umweltbewusste Verkehrskonzepte. Der  
16 Kampf für neue Mobilität in vielen Kommunen zeigt, dass moderne Verkehrspolitik sich  
17 danach ausrichten muss, dass alle Menschen ihre Bewegungsfreiheit nutzen können  
18 und gleichzeitig die negativen Folgen des Verkehrs so gering wie möglich gehalten  
19 werden. Stadt und Land erzeugen unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse.  
20 Verkehrspolitik muss dies berücksichtigen.

21 Neue Mobilität ist umwelt- und klimafreundlich und für alle BürgerInnen zugänglich.  
22 Neue Mobilität verknüpft verschiedene Verkehrsträger und verlagert den logistischen  
23 Transport von Gütern von der Straße auf die Schiene. Umwelt- und klimaschädliche  
24 Verkehrsmittel werden reduziert und damit die Lärm und Feinstaubbelastung gerade in  
25 urbanen Gegenden. Neue Mobilität heißt ein Zusammenspiel von den folgenden  
26 Maßnahmenpaketen: Vermeidung von motorisiertem Verkehr und die Verlagerung auf  
27 das ökologisch sinnvollste Verkehrsmittel. Dazu gehört aber auch die intelligente  
28 Vernetzung der Verkehrsströme um Stadt und Land gut anzubinden. Schließlich muss  
29 motorisierter Verkehr ökologisch verträglich gestaltet werden.



30 Wir ermöglichen die Teilhabe aller an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem  
31 Land – und mit bezahlbaren Preisen. Das gilt auch für die, die kein Auto besitzen –  
32 indem wir den öffentlichen Personenverkehr voranbringen. Wir stärken neue  
33 Mobilitätsformen, wie die Kombiutzung von Rad, Bahn, Bus und Auto auf einer  
34 Strecke.

35 Wir binden die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung neuer Verkehrswege aktiv ein,  
36 weil sie etwas zu sagen haben und weil nur Akzeptanz die neue Mobilität ins Rollen  
37 bringt. Einmischung ist etwa gefragt bei der Neuaufstellung des nächsten  
38 Bundesverkehrswegeplans, den wir zu einem Bundesmobilitätsplan weiterentwickeln  
39 wollen, aber auch bei vielen Projekten vor Ort.

40 Wir schaffen Zukunft, indem wir die Energiewende auch im Verkehr umsetzen. Wir  
41 wollen weg vom Öl und setzen auf Elektromobilität mit Strom aus Erneuerbaren  
42 Energien. Wir wollen den Verkehr sicherer machen sowie Verkehrslärm und  
43 Schadstoffausstoß deutlich senken.

44

## 45 **1. Ein Verkehrsnetz für alle**

46 Im Verkehr ist in den letzten Jahren einiges in Bewegung gekommen. Immer mehr  
47 Menschen nutzen täglich das Fahrrad im Alltag. Die Angebote an Car-Sharing und  
48 Bike-Sharing weiten sich aus und ermöglichen so neue Formen der Mobilität.

49 Die Bahn boomt im Nahverkehr. Diese Entwicklungen hat es nicht wegen, sondern trotz  
50 der Verkehrspolitik von Schwarz-Gelb gegeben. Denn diese hat kontinuierlich das Auto  
51 vor Bus, Bahn und Fahrrad bevorzugt und so an den Bedürfnissen vieler Menschen  
52 vorbeigeplant.

53 Grüne Verkehrspolitik will dagegen die neue Mobilität für alle. Wir wollen ein  
54 verlässliches und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in ländlichen  
55 Regionen. Zunehmend setzt sich das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ durch: Mit neuen  
56 Mobilitäts-Apps ist kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi  
57 und Car- bzw. Bike-Sharing in der Stadt der kurzen Wege einfach möglich. Vernetzte  
58 Mobilität, die die Möglichkeiten des digitalen Wandels nutzt, ist daher Teil grüner  
59 Verkehrspolitik.

60 Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Verkehrsplanung besser in die  
61 eigene Hand zu nehmen und die Voraussetzungen für Car-Sharing im öffentlichen  
62 Straßenraum und für City-Maut-Modelle zu schaffen.

63 Wir wollen den Radverkehrsanteil bis 2020 auf über 20% steigern – in Städten ist ein  
64 doppelt so hoher Anteil möglich. Wir werden den Nationalen Radverkehrsplan mit  
65 Leben füllen, finanziell ausreichend unterlegen und das Fahrrad in der  
66 Straßenverkehrsordnung stärken. Die Fahrradmitnahme in allen Zügen, auch dem ICE,  
67 wollen wir durchsetzen.

68 Wir wollen faire Preise im Nahverkehr. Bei den Gesetzen zur Nahverkehrsfinanzierung  
69 werden wir uns dafür einsetzen, dass eine angemessene öffentliche Finanzierung  
70 sichergestellt wird. Zudem wollen wir in den nächsten 10 Jahren flächendeckend  
71 barrierefreie Zugänge bei Bussen und Bahnen erreichen. Die Bahn soll ihren Anteil am  
72 Verkehr verdoppeln. Dazu investieren wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich in den Ausbau  
73 des Schienennetzes mit Lärmschutz. Dies finanzieren wir, indem wir mit der bisherigen  
74 Praxis brechen, dass innerhalb der DB AG die Milliardengewinne der  
75 Infrastruktursparten an die Konzernmutter abgeführt werden und diese damit  
76 international auf Einkaufstour geht, statt die Gewinn in die Infrastruktur zu reinvestieren  
77 Daher treten wir für eine Überführung der Trassen in das unmittelbare Eigentum des  
78 Bundes ein und unterstützen das 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission. Wir wollen  
79 dauerhaft ausschließen, dass private Investoren Anteile am Schienennetz erwerben.

80

## 81 **2. Die Energiewende auch im Verkehr umsetzen!**

82 Wir wollen im Verkehrssektor Zukunft schaffen. Unser Ziel ist es, bis 2020 die  
83 Treibhausgasemissionen des Verkehrs um 20% zu senken. Die Vision 2040 lautet, den  
84 Verkehr nahezu komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen. Das ist ehrgeizig,  
85 aber möglich: Durch die Vermeidung überflüssiger Transporte, die Verlagerung von  
86 Verkehr auf Bahn und Fahrrad sowie die flächendeckende Einführung von  
87 Elektromobilität und nachhaltigen regenerativen Kraftstoffen bei gleichzeitigem Ausbau  
88 der Erneuerbaren-Energien-Stromversorgung.

89 Der heutige Verkehr ist zu über 90% von fossilen Energieträgern abhängig. Die  
90 schwarz-gelbe Koalition bietet auf diese Herausforderung keine Antworten.

91 Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel  
92 hin zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der Weg  
93 dahin führt über wesentlich effizientere Antriebe, Hybridtechnik und Leichtbau der  
94 Karosserien. Deren Produktion und Vertrieb werden am ehesten gefördert durch  
95 ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union bis  
96 2020 das 3-Liter Auto (80 g CO<sub>2</sub>/km) und bis 2025 das 2-Liter-Auto (60g/CO<sub>2</sub>/km) als  
97 Anforderung für Neuwagen durchsetzen. Die Privilegien für große spritschluckende  
98 Dienstlimousinen wollen wir streichen und Kaufanreize für besonders sparsame Autos  
99 schaffen. Wir werden dies gegenfinanzieren durch eine CO<sub>2</sub>-Reform der Kfz-Steuer. Wir  
100 sind uns der strategischen Bedeutung der Automobilindustrie für unser Land bewusst.  
101 Sie und ihre Wettbewerbsfähigkeit im hart umkämpften Markt sind ein wesentlicher  
102 Eckpfeiler unserer Wirtschaftskraft und unseres Wohlstandes. Das große  
103 technologische Know-how der Hersteller bei uns bei der Entwicklung von  
104 Effizienztechnologien stärkt ihre Wettbewerbskraft, baut ihre Exportmöglichkeiten aus  
105 und erhält und sichert so die Entstehung neuer Arbeitsplätze in der Produktion und  
106 Entwicklung dringend notwendiger sparsamerer Fahrzeuge.

107 Zur Verlagerung von Lkw-Verkehr auf die Bahn wollen wir das Schienennetz  
108 anwohnerfreundlich mit modernen Lärmschutzstandards ausbauen. Auch muss die  
109 Lkw-Maut zu einer Logistikabgabe weiterentwickelt werden, d.h. zukünftig auch die  
110 externen Umweltkosten berücksichtigen und auf Lkw ab 3,5 Tonnen sowie auf alle  
111 Bundesstraßen ausgedehnt werden. Den Modellversuch mit den „Monstertrucks“  
112 (Gigalinern) werden wir beenden.

113 Die Binnenschifffahrt wollen wir fördern, wenn es ökologische und ökonomische Vorteile  
114 gegenüber anderen Verkehrsträgern gibt und sich die Schiffe den Flüssen anpassen.  
115 Das Wachstum des Flugverkehrs ist vor allem durch die heutige Subventionierung  
116 möglich geworden. Wir wollen die Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung und bei  
117 der Mehrwertsteuer beenden und die Luftverkehrsteuer und den Emissionshandel  
118 ökologischer ausgestalten.

119

### 120 **3. Den neuen Bundesmobilitätsplan mit den BürgerInnen entwickeln**

121 Straßen, Schienen und Wasserstraßen werden geplant – etwa alle 15 Jahre durch  
122 einen Bundesverkehrswegeplan. In der nächsten Legislaturperiode ist es wieder so  
123 weit: 2015 wird ein neuer Verkehrswegeplan verabschiedet. Wir Grüne wollen, dass  
124 dieser Plan der erste wird, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mitplanen, mitgestalten  
125 und mitreden.

126 Jährlich gibt die Bundesregierung etwa 10 Mrd. Euro für den Bau und Erhalt von  
127 Autobahnen, Bundesstraßen, Schienen und Wasserstraßen aus. Leider wird dieses  
128 Geld allzu oft in teure und zweifelhafte Prestige-Projekte oder überflüssige  
129 Autobahnneubauten gesteckt.

130 Der neue Bundesverkehrswegeplan 2015 bietet die Gelegenheit zum Umsteuern. Wir  
131 wollen daraus einen Bundesmobilitätsplan entwickeln. Die Auswahl von  
132 Infrastrukturprojekten soll sich künftig unmittelbar am volkswirtschaftlichen Nutzen,  
133 Klima- und Naturschutzbelangen und der demografischen Entwicklung orientieren. Er  
134 muss aufzeigen, wie die vordringlichen Projekte finanziert werden können.

135 Wir wollen klare Prioritäten setzen: Bei der Straße wollen wir deutlich mehr Geld für den  
136 Erhalt aufwenden und die verbleibenden Mittel auf ein Autobahn-Kernnetz mit  
137 Lärmschutz konzentrieren sowie ein Programm für Grünbrücken fördern. Bei der  
138 Schiene soll ein langfristiges Zielnetz 2050 entwickelt werden, das auf einen  
139 deutschlandweiten Taktfahrplan mit einem verbesserten Personenverkehr ausgelegt ist  
140 und mehr Kapazität für den Güterverkehr schafft. Bei den Wasserstraßen geht es um  
141 den Erhalt einer sinnvollen Infrastruktur anstatt einzigartige Flusslandschaften wie Elbe  
142 und Donau zu ruinieren.

143 Wir wollen ein umfassendes Informationsrecht in allen Planungsschritten, das  
144 Einbeziehen der Öffentlichkeit und gesetzliche Vorgaben für die Anwendung informeller

145 Beteiligungsmethoden und alternativer Konfliktlösung für die Verwaltung. Denn eine  
146 moderne Infrastruktur ist nur dann erfolgreich, wenn sie gesellschaftlich angenommen  
147 wird.

148

#### 149 **4. Den Verkehr sicher und leiser machen**

150 Mit unserem Programm „Vision Zero“ wollen wir den Straßenverkehr sicherer machen  
151 mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten schrittweise auf null zu  
152 reduzieren. Wir wollen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h. Wir  
153 wollen es den Kommunen aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes  
154 ermöglichen innerorts Tempo 30 selbst umfassend festzulegen.

155 Wir wollen den Schutz vor Verkehrslärm voranbringen und setzen uns für ein  
156 Nachtflugverbot an Verkehrsflughäfen, verbesserten Lärmschutz an Straßen und  
157 Schienenwegen und geräuschärmere Fahrzeugtechnik ein. Das Lärmprivileg für die  
158 Bahn wollen wir abschaffen, ebenso die Lärmprivilegien für den Straßen- und den  
159 Flugverkehr.

160 Menschen, die von Lärm betroffen sind, sollen in ihren Rechten gestärkt werden und  
161 einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz haben. Die Investitionen zur aktiven  
162 Beseitigung von Lärmquellen und passivem Lärmschutz wollen wir innerhalb des  
163 Verkehrsetats auf 400 Mio. Euro pro Jahr verdoppeln. Ziel ist ein auf 10 Jahre  
164 angelegtes umfangreiches Lärmsanierungsprogramm.

165

166 -----

#### 167 **Wer GRÜN wählt,**

- 168 • wählt die Energiewende im Verkehr.
- 169 • etabliert Bahn, Bus und Rad als Leitverkehrsmittel.
- 170 • beschleunigt den Übergang zur Elektromobilität.
- 171 • setzt auf Bürgerbeteiligung bei der Planung von Verkehrsprojekten.
- 172 • schützt Menschen vor Lärm und Verkehrsunfällen.

173 -----

174

#### 175 **Schlüsselprojekte**

176

177

---

178 ***Die Bahn attraktiver machen – Nahverkehr ausbauen, Gewinne in die Schiene***

179 **Investieren**

180 Die Bahn ist das ökologische Hauptverkehrsmittel Nummer 1. Deswegen wollen wir sie  
181 attraktiver machen und ihren Anteil am Verkehr verdoppeln– für Menschen wie für  
182 Güter. Daher müssen aus dem Bundesverkehrswegeplan genauso viel Mittel für den  
183 Ausbau der Schiene wie für den Ausbau der Straße bereitgestellt werden. Es muss  
184 aber auch sichergestellt werden, dass die Gewinne aus dem Schienenbetrieb auch bei  
185 der Schiene bleiben und nicht für internationale Firmenaufkäufe verwendet werden. Im  
186 Bundesverkehrswegeplan wollen wir auch den Vorrang von Erhalt vor Neubau  
187 festschreiben.

188

---

189

190

---

191 **Die AnwohnerInnen vor Verkehrslärm schützen – Fluglärm begrenzen,**  
192 **Lärmschutz ausbauen**

193 Viele wehren sich gegen den zunehmenden Verkehrslärm – zu Recht, denn zu viel  
194 Lärm macht krank. Wir wollen das Thema Lärmschutz auf Bundesebene endlich ernst  
195 nehmen, nachdem es die Merkel-Regierung vernachlässigt hat: Wir schaffen einen  
196 umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz und verdoppeln die Mittel für die  
197 Lärmsanierung an Straße und Schiene. Den Fluglärm wollen wir durch eine  
198 Novellierung des Fluglärmsgesetzes mit neuen Regeln und Nachtflugverboten  
199 begrenzen. So schützen wir die Menschen vor zu viel Lärm.

200

---

201

202

---

203 **Klimafreundlich mobil – Verbrauchsobergrenzen einführen und Elektromobilität**  
204 **fördern**

205 Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel  
206 hin zum 3-Liter-Auto und zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren  
207 Energien. Der wichtigste Treiber hierfür sind ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen  
208 daher innerhalb der Europäischen Union ambitionierte Verbrauchsobergrenzen, die  
209 sicherstellen, dass der Elektromobilität zum Durchbruch verholfen wird. Besonderen  
210 Wert legen wir auf die sinnvolle Kombination und den Ausbau der elektromobilen  
211 Verkehrsmittel, die mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Deshalb  
212 verändern wir die Kraftfahrzeugsteuer, so dass neue Elektro-Autos und Plug-in-Hybrids  
213 einen Zuschuss erhalten und dafür Spritschlucker entsprechend mehr zahlen.

214

---

**BTW-VS-01 Bundestagswahlprogramm - Verbraucherschutz für alle**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **K) Verbraucherschutz für alle**

2 **Wie wir Verbraucherrechte stärken – und uns weniger ärgern**

3 Dioxin in Eiern. Pferdefleisch in der Lasagne. Unfaire Energiepreise. Banken, die  
4 tricksen. Geräte, die mit Ablauf der Gewährleistung den Geist aufgeben. Wer schützt  
5 eigentlich die Verbraucherinnen und Verbraucher?

6 Wir Grüne haben Verbraucherschutz und gesunde Ernährung ganz vorn auf die  
7 politische Agenda gesetzt. Doch unter der Regierung Merkel ist die Verbraucherpolitik  
8 in den Dornröschenschlaf verfallen – mit einer durchsetzungsschwachen Ministerin,  
9 deren Ankündigungen selten Taten folgten. Das muss sich wieder ändern. Zu diesem  
10 Zweck wollen wir die Verbraucherrechte stärken, den Schutz vor Abzocke verbessern  
11 und für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen.

12 Wir schaffen ein festes Fundament für emanzipierte KonsumentInnen, damit sich  
13 ProduzentInnen und VerbraucherInnen auf Augenhöhe begegnen können.

14 VerbraucherInnen haben die Verantwortung durch ihr Konsumverhalten ein Zeichen für  
15 mehr Nachhaltigkeit zu setzen, das setzt entsprechendes Wissen über die Produkte  
16 voraus. Grüne Verbraucherpolitik setzt darauf, dass VerbraucherInnen Angebote  
17 kritisch prüfen, Missstände anprangern und sich einmischen können. Dafür brauchen  
18 sie bessere Information, starke Verbraucherorganisationen und wirkungsvollen  
19 Rechtsschutz.

20 Verbraucherschutz ist für uns eine Frage gerechter Teilhabe. Wer wenig hat, den  
21 schmerzen überhöhte Energiepreise oder wucherische Dispo-Zinsen besonders.  
22 Soziale Ausgrenzung droht, wenn Menschen ein eigenes Konto verwehrt oder der  
23 Strom abgestellt wird. Und auch wer nicht viel zu zahlen vermag, muss sich darauf  
24 verlassen können, dass angebotene Produkte sicher und Finanzdienstleistungen seriös  
25 sind. Dies gilt insbesondere auch für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Eine  
26 Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir daher ab.

27 Grüne Verbraucherpolitik erleichtert es, mit dem Einkaufskorb Verantwortung für die  
28 Zukunft zu übernehmen. Gut informierte VerbraucherInnen können bewusst  
29 entscheiden, das Billig-Schnitzel aus Massentierhaltung im Kühlregal zu lassen,

30 Energiespar-Geräte zu wählen oder sich durch fair gehandelte Produkte für gerechte  
31 Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen.

32

### 33 **1. VerbraucherInnen mächtig machen**

34 Wissen ist Macht. Deshalb wollen wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz  
35 schließen und die Informationspflichten über riskante Finanzprodukte ausweiten.  
36 VerbraucherInnen wollen zu Recht wissen was drin ist, in Produkten und  
37 Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine verlässliche und transparente Kennzeichnung  
38 ein, um die Auswahl nachhaltiger Produkte zu ermöglichen. Was es bei Lebensmitteln  
39 mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen wie etwa bei  
40 Finanzprodukten. Zu wenig Lohn für LeiharbeiterInnen bei Amazon, unhaltbare  
41 Arbeitsbedingungen für TextilarbeiterInnen in Bangladesch, unfairer Druck auf  
42 MitarbeiterInnen bei Banken: Es gibt viele Verhaltensweisen, die verantwortliche  
43 VerbraucherInnen nicht akzeptieren wollen. Damit sie sich ein zutreffendes Bild vom  
44 Umgang der Unternehmen mit sozialen und ökologischen Anforderungen, mit ihrem  
45 Verhalten gegenüber KundInnen machen können, werden wir gemeinsam mit den  
46 Verbraucherverbänden ein Verbraucherportal Unternehmenscheck auf den Weg  
47 bringen.

48 Wir setzen auf aktive Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und  
49 Beratungsangebot der Verbraucherverbände. Für Finanzmarkt und Telekommunikation  
50 wollen wir unter dem Dach der Verbraucherzentralen unabhängige Marktwächter  
51 etablieren. Sie sollen den Markt kontrollieren und die Öffentlichkeit informieren,  
52 Beschwerden nachgehen, Verbraucherinteressen bündeln und ein Beschwerde- und  
53 Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen. Die Finanzierung einer  
54 unabhängigen Verbrauchervertretung muss dauerhaft gesichert werden, wir wollen  
55 dafür u.a. Einnahmen aus Kartellstrafen gezielt in den Verbraucherschutz stecken.

56 Um die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bündeln, wollen wir  
57 Gruppenklagen ermöglichen. So können Geschädigte sich vor Gericht  
58 zusammenschließen und ihr gutes Recht schneller und einfacher durchsetzen.

59 Die Grundvoraussetzung für bewussten Konsum ist, dass Unternehmen verpflichtet  
60 werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich ihrer  
61 vorgelagerten Lieferketten zu dokumentieren und offen zu legen. Nur so können  
62 VerbraucherInnen und NGOs die grünen Aussagen von Unternehmen bewerten und  
63 seriöse Unternehmungen von unseriösem Greenwashing unterscheiden. Um  
64 Verbraucherpolitik wissenschaftlich zu fundieren, wollen wir einen Sachverständigenrat  
65 für Verbraucherfragen einrichten, der Politik und Institutionen in Fragen der  
66 Verbraucherpolitik kritisch begleitet und berät.

67

68 **2. Schluss mit der Abzocke**

69 Täglich werden Tausende Verbraucherinnen und Verbraucher Opfer illegaler  
70 Werbeanrufe mit dem Ziel, ihnen ungewollte Verträge unterzuschieben. Damit dieser  
71 Telefonterror aufhört, dürfen solche Verträge künftig nur gelten, wenn die Angerufenen  
72 sie schriftlich bestätigen. Telefonwarteschleifen müssen ausnahmslos von der ersten  
73 Minute an kostenlos sein.

74 Dispo-Wucher wollen wir durch einen Zinsdeckel verhindern und unseriösen Inkasso-  
75 und Abmahndiensten durch strengere Regeln und Kontrollen das Geschäft verderben.

76 Produkte, die kurz nach Ende der Garantiezeit kaputtgehen und sich kaum reparieren  
77 lassen, sind ein Ärgernis und verschwenden wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns  
78 daher für längere Gewährleistungsfristen und eine stärkere Produktverantwortung der  
79 Hersteller ein.

80 Wer online kauft, darf nicht schlechter gestellt werden als offline. Wir entwickeln  
81 deshalb ein eigenständiges Leitbild für den Verbraucherschutz in der digitalen  
82 Gesellschaft und stärken im Bereich der immateriellen Güter die Verbraucherrechte,  
83 indem wir deren Wiederveräußerbarkeit rechtlich absichern.

84 Bei Internetgeschäften wollen wir Wildwest-Methoden abstellen und die  
85 Verbraucherdaten besser schützen. Unter anderem sollen Verbraucherorganisationen  
86 die Möglichkeit erhalten, die Einhaltung von Sicherheit und Schutz persönlicher Daten  
87 im Internethandel gerichtlich durchzusetzen.

88

89 **3. Energie zu fairen Preisen**

90 Wir kämpfen für faire Energiepreise – gegen Preistreiberei durch Monopole und  
91 Marktmanipulationen. Deshalb wollen wir mehr Wettbewerb, mehr Preistransparenz und  
92 weniger Macht für die großen Strom- und Mineralölkonzerne. Faire Preise, nicht  
93 Dumping-Preise, sind unser Ziel.

94 Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Wir  
95 wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Industrieprivilegien  
96 abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden  
97 bringen. Faire Gaspreise werden sich nur durch mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt  
98 und die Überwindung der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis einstellen. Und um  
99 Abzocke an Tankstellen und Raffinerien zu begegnen, ist ein offensives Vorgehen der  
100 Kartellbehörden notwendig. Bei all dem wissen wir: Die beste Vorsorge gegen  
101 steigende Energiepreise sind Energiesparen und Energieeffizienz. Weiteres haben wir  
102 im Kapitel „100% Energie“ beschrieben.

103

104 **4. Verbraucherrechte stärken**



105 Die Gesundheit und Sicherheit der VerbraucherInnen muss Vorrang haben vor  
106 wirtschaftlichen Interessen. Deshalb wollen wir gegen Weichmacher und Schwermetalle  
107 in Kinderspielzeug vorgehen. Solange ihre Unbedenklichkeit nicht eindeutig festgestellt  
108 ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Partikeln nicht auf den Markt  
109 kommen. Giftige Farben und Bleichstoffe in Textilien müssen endlich der Vergangenheit  
110 angehören.

111 Fahrgäste sollten schon bei Verspätungen ab 30 Minuten Anspruch auf Entschädigung  
112 haben. Reisende müssen im Konfliktfall Reiseveranstalter auf Augenhöhe begegnen  
113 können. Wir fordern deshalb eine unabhängige und kostenlose Schlichtungsstelle, die  
114 privat finanziert ist und die mit ihren dezentralen Anlaufstellen alle Reisende über ihre  
115 Rechte aufklärt und gegeben falls hilft, Streit einvernehmlich beizulegen.

116 Für Patientinnen und Patienten müssen die Rechte bei Behandlungsfehlern und bei  
117 Zusatzleistungen gestärkt werden. Und bei Internetgeschäften wollen wir Wildwest-  
118 Methoden abstellen und Verbraucherdaten besser schützen.

119 Eine wirksamere Regulierung der Finanzmärkte ist auch aus Sicht des  
120 Verbraucherschutzes zentral. Für Geldanlagen und Altersvorsorge wollen wir eine  
121 unabhängige Beratung sicherstellen, die von Provisionsinteressen frei ist. Das Recht  
122 auf ein eigenes Girokonto muss selbstverständlich werden. Überschuldung wollen wir  
123 durch finanzielle Vorsorge-Checks vorbeugen und das Entschuldungsverfahren auf drei  
124 Jahre verkürzen.

125

## 126 **5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik**

127 Gutes Essen verbindet Gesundheit und Genuss. Wir wollen sichere Lebensmittel, frei  
128 von Pestiziden, Gentechnik und Antibiotika. Das erfordert eine vorsorgende Politik und  
129 wirksame Kontrollen vom Bauernhof bis zum Supermarktregal. Darum müssen wir die  
130 Lebensmittelüberwachung ausbauen.

131 Was in Lebensmitteln drin ist, muss leicht verständlich gekennzeichnet sein. Bilder von  
132 glücklichen Kühen auf Produkten aus Massentierhaltung sind bewusste Irreführungen  
133 und dreiste Verbrauchertäuschung. Wir wollen, dass Herstellungsbedingungen und  
134 Inhaltsstoffe klar und einfach erkennbar sind. Die Kennzeichnung der Haltebedingungen  
135 von Hennen soll auch für Eier auf in verarbeiteten Produkten ausgedehnt werden.  
136 Wenn tierische Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung  
137 verwendet wurden, muss das angegeben werden.

138 Der Gehalt an Fett, Zucker und Salz sollte durch eine eingängige Ampelkennzeichnung  
139 in grün-gelb-rot sichtbar gemacht werden. Denn schon jede und jeder Zweite leidet  
140 unter Fehlernährung oder Übergewicht. Schmuddelküchen und Musterbetriebe wollen  
141 wir durch ein Hygienebarometer unterscheidbar machen.

142 Kitas und Schulen müssen mehr Wissen über gesunde und ausgewogene Ernährung

143 vermitteln – auch praktisch durch eine gemeinsame Mahlzeit am Tag. Denn in der  
144 Kindheit geprägte Ernährungsmuster halten oft ein Leben lang. Deshalb wollen wir den  
145 Etikettenschwindel bei so genannten Kinderlebensmitteln unterbinden.

146 Gentechnik in Lebensmitteln lehnen wir ab, auf dem Tisch wie auf dem Acker. Darin  
147 wissen wir uns mit der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und LandwirtInnen einig.  
148 Agro-Gentechnik macht unsere Ernährung abhängig von einer kleinen Zahl an  
149 Großkonzernen und Pflanzensorten. Sie gefährdet die Umwelt, die gentechnikfreie  
150 Landwirtschaft und den Ökolandbau.

151 Deshalb setzen wir uns dafür ein, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion in  
152 Deutschland besser zu schützen und die Zulassung zum Anbau genveränderter  
153 Pflanzen in Europa strenger zu regulieren. Wir wollen das Gentechnikgesetz  
154 verschärfen und auf EU-Ebene durchsetzen, dass die Kennzeichnungslücke für  
155 Fleisch, Eier, Milch oder Käse geschlossen wird, für deren Erzeugung Genmais oder  
156 Gensoja verfüttert wurde. Wir wehren uns gegen Versuche, die Nulltoleranz gegenüber  
157 illegalen Gentech-Bestandteilen aufzuweichen oder die Kennzeichnungsvorgaben zu  
158 unterlaufen.

159 Regionale Vielfalt und heimische Esskulturen müssen erhalten bleiben. Wir wollen  
160 keine Vereinheitlichung und Reduzierung auf ein bis zwei Gemüse- oder Obstsorten. Es  
161 gibt in Deutschland rund 2.000 verschiedene Apfelsorten, aber im Supermarkt finden  
162 sich in der Regel immer die vier gleichen Sorten. Wir stärken deshalb die regionale und  
163 saisonale Küche. Das schmeckt nicht nur gut, sondern ist auch besser für Umwelt und  
164 Klima.

165

166

167 -----

#### 168 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 169 • stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- 170 • sagt dem Abzocken den Kampf an.
- 171 • stimmt für faire Energiepreise.
- 172 • will beim Einkauf genau wissen, was drin ist und Bio und fair trade stärken.
- 173 • wählt gesunde Lebensmittel ohne Pestizide, Gentechnik und Antibiotika.

174 -----

175

176

177

178 **Schlüsselprojekte**

179

---

180 **VerbraucherInnen schützen – Dispo-Abzocke verbieten**

181 Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den  
182 Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter,  
183 einem Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen  
184 betrügerische Anlagemodelle. Wir machen Schluss bei Abzocke mit Dispo- und  
185 Überziehungszinsen. Obwohl Banken sich für historisch niedrige Zinsen (unter 1%)  
186 refinanzieren können, zahlen Verbraucherinnen und Verbraucher für einen Dispokredit  
187 durchschnittlich 12% Zinsen – mehr als das 10fache. Hier versagt eindeutig der Markt.  
188 Wir wollen, dass Banken nur verhältnismäßige und leistungsgerechte Zinsen verlangen  
189 dürfen und dass ihre Zinsberechnungen für Verbraucher und Verbraucherinnen  
190 transparent sind. Das verhindert eine Bereicherung der Banken zulasten der  
191 Bürgerinnen und Bürger.

192

---

193

194

195

---

196 **Wissen, was drin ist – Verbraucherinformation verbessern**

197 Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was drin ist in  
198 Produkten und Dienstleistungen. Deshalb werden wir Lücken im  
199 Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten über riskante  
200 Finanzprodukte ausweiten. Mit einer leicht verständlichen Ampelkennzeichnung und  
201 einem Hygienebarometer für Restaurants schaffen wir mehr Transparenz bei  
202 Lebensmitteln.

203

---

204

205

206

---

207 **Keine Gentechnik auf unseren Tellern – Kennzeichnungspflicht verbessern**

208 Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch landet es Tag für  
209 Tag auf unseren Tellern. Das Fleisch, das wir essen ist auch deshalb so billig, weil die  
210 Tiere mit Gensoja oder Genmais gefüttert werden. Doch die Gentechnik-Fütterung muss  
211 nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese  
212 Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf  
213 nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik“ umgehend durch eine

214 offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. So können die  
215 VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können  
216 entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die  
217 zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen  
218 wollen.

219

---

## **BTW-N-01 Bundestagswahlprogramm - Freies Netz für alle**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 L) Freies Netz für alle**

#### **2 Wie wir mehr Transparenz und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft schaffen.**

3 Der digitale Wandel prägt gesellschaftliche Strukturen und beeinflusst kulturelle Normen  
4 und Werte. Er verändert unseren Alltag, unsere Schulen und Universitäten, unsere  
5 Unternehmen, Kultur und Medien, die Politik und vieles mehr. Wir wollen diese  
6 Transformation so gestalten, dass sie den Menschen nutzt, dass Teilhabe und  
7 Selbstbestimmung im Mittelpunkt stehen. Wir streben vielfältige legale Angebote an,  
8 die eine angemessene Vergütung für UrheberInnen gewährleisten und NutzerInnen  
9 Teilhabe und Zugang an kulturellen Werken eröffnet. Umso frustrierender ist es, wie  
10 wenig sich die Merkel Koalition für unsere digitale Zukunft interessiert. Netzpolitik ist ein  
11 zentrales Zukunftsthema, und kann verantwortungsvoll nur als Querschnittsaufgabe  
12 bearbeitet werden. Um eine Wende einzuleiten, wollen wir eine bessere Koordinierung  
13 innerhalb der Bundesregierung herstellen.

14 Die Erwartungen und Aufgaben die vor uns liegen sind groß! Es gilt die Freiheit des  
15 Internets zu sichern, die verfassungsrechtlich garantierten Rechte jeder/s Einzelnen,  
16 wie von NutzerInnen wie UrheberInnen zu wahren, die Meinungsfreiheit zu stärken, die  
17 Privatsphäre zu schützen und den Zugang zu und die Teilhabe an der digitalen Welt zu  
18 ermöglichen.

19 Die Versorgung mit leistungsfähigen Internetanschlüssen gehört für uns zur  
20 Daseinsvorsorge.

21 Wir Grüne setzen - auch im Internet - auf Dezentralität, Offenheit und Vielfalt. Das  
22 Aufkommen neuer monopolartiger Angebote, die unsere Selbstbestimmung  
23 einschränken, widerspricht diesen Werten. Die Schwachen müssen gegenüber den  
24 marktbeherrschenden Konzernen gestärkt werden. Kommerzielle Plattformen, die mit  
25 den Werken von Kulturschaffenden Geld verdienen, müssen eine angemessene  
26 Vergütung bezahlen.

27 Der Digitale Wandel hat zentrale Bedeutung bei der Bewältigung der  
28 Herausforderungen unserer Zeit, ob durch intelligente Stromnetze, vernetzte Mobilität  
29 oder Green IT.

30 Auch auf die klassische Medienwelt wirkt sich der digitale Wandel aus. Presse ist nicht  
31 mehr nur bedrucktes Papier, Radio und Fernsehen sind mehr als Funkwellen und  
32 bewegte Bilder. Die Mediengattungen sind immer schwerer zu trennen, ihr Konsum  
33 verändert sich und stellt damit Medienunternehmen und Medienschaffende, den  
34 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber auch die Politik vor drängende Fragestellungen.

35 Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt selbstbestimmtes Handeln voraus. Die  
36 Notwendigkeit Medienkompetenz zu erlernen, ist für Menschen aller Generationen  
37 gleichermaßen aktuell – für Kinder genauso wie für SeniorInnen. Teilhaben kann nur,  
38 wer auch schnellen Zugang zum Internet hat.

39 Hunderttausend vornehmlich junge Menschen gingen bei klirrender Kälte gegen das  
40 ACTA-Abkommen auf die Straßen. Ein #aufschrei, der dem alltäglichen Sexismus in  
41 unserer Gesellschaft vielfältige Gesichter gibt, wird Thema in allen Medien. Immer mehr  
42 Menschen beteiligen sich an Onlinepetitionen. Das sind Beispiele, wie immer mehr  
43 Menschen die Möglichkeiten des Internets nutzen, um sich eine eigene Meinung zu  
44 bilden, sich politisch einzumischen und zu organisieren. Unsere Demokratie wird digital  
45 lebendiger. Dies wollen wir nutzen um mehr Transparenz und Beteiligungsformen, sei  
46 es in der Politik, der Wirtschaft oder der Verwaltung zu schaffen.

47 Unsere Zukunft ist digital. Wir Grüne wollen sie mit Ihnen und Euch gestalten!

48

#### 49 **1. Wirtschaften und teilhaben: Die Zukunft ist digital**

50 In vielen Regionen stockt der Breitbandausbau oder ist dort noch gar nicht  
51 angekommen. Menschen sind vor allem in ländlichen Gegenden noch immer abgehängt  
52 vom digitalen Wandel. Unternehmen wie FreiberuflerInnen haben dort einen massiven  
53 Standortnachteil. Wir wollen allen Haushalten und Unternehmen den Zugang zu einem  
54 Breitbandanschluss im zweistelligen MBit-Bereich als Teil der Daseinsvorsorge über  
55 eine Universaldienstverpflichtung gewährleisten. Diesen Universaldienst wollen wir  
56 dynamisch gestalten, um mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Unser Ziel  
57 bleibt der Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes. Denn eine gute  
58 Sendegeschwindigkeit für das Hochladen von Daten ist zentral für ein partizipatives  
59 Internet, in dem Menschen Sender und Empfänger zugleich sind.

60 Über die Breitbandversorgung hinaus wollen wir öffentliche wie private Vorhaben, die  
61 den Ausbau von kostenfrei nutzbaren „freien“ WLAN-Netzwerken zum Ziel haben, aktiv  
62 unterstützen. Dafür müssen Anschlussinhaber endlich die Rechtssicherheit bekommen,  
63 bei missbräuchlicher Nutzung ihrer Anschlüsse durch Dritte nicht in Mithaftung  
64 genommen werden zu können. Aber auch die NutzerInnen solcher Netzwerke müssen  
65 sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden, damit die Akzeptanz solcher Angebote  
66 nicht verspielt wird.

67 Das Internet ist elementar für unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Es eröffnet

68 gerade auch Menschen mit Behinderung neue Möglichkeiten der Teilhabe. Wir wollen  
69 eine möglichst weitgehende Barrierefreiheit im Internet erreichen. Diese soll zum  
70 selbstverständlichen Designkriterium für öffentliche und privatwirtschaftliche Angebote  
71 werden. Gleichzeitig müssen aber auch diejenigen einbezogen und berücksichtigt  
72 werden, die nicht mit dem Internet umgehen wollen oder können.

73 In der Internetwirtschaft entstehen hunderttausende neuer Arbeitsplätze. Wir setzen auf  
74 eine GründerInnenkultur, die Start-Ups fördert, und in der Scheitern nicht als Versagen,  
75 sondern als Möglichkeit einer neuen Chance verstanden wird. In der IT-Wirtschaft  
76 werden häufig neue Modelle von flexibleren, familienfreundlicheren Arbeitszeiten und  
77 Mitarbeiterbeteiligung vorgelebt, die weiter unterstützt gehören. Mehr zeitliche und  
78 räumliche Flexibilität ist aber nicht immer gleichbedeutend mit mehr Freiheit. Wir  
79 bestehen darauf, dass auch unter sich ändernden Arbeitsbedingungen die Einhaltung  
80 von Sozialstandards, faire Entlohnung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
81 gewahrt bleiben müssen.

82 Wie offen, frei und nachhaltig unsere Gesellschaft ist, spiegelt sich auch im Einsatz  
83 freier und offener Software wieder. Im öffentlichen Bereich muss sie bei gleicher  
84 Eignung den Vorrang genießen. Genauso müssen Softwareentwicklungen von  
85 Behörden stets den Quellcode freigeben, also Open-Source sein, damit alle von ihnen  
86 profitieren und sie einfach weiterentwickelt werden können. Zentral für eine solche  
87 Strategie ist die Verwendung offener Standards und Schnittstellen.

88 Informationstechnologien sind schnellen und permanenten Änderungen unterworfen  
89 und ohne Rohstoffe aus anderen Ländern undenkbar herzustellen. Wir wollen darauf  
90 hinarbeiten, dass Produktion, Vertrieb, Nutzung und Entsorgung dieser Technologie  
91 unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen stattfinden. Deshalb setzen wir uns für  
92 klare rechtliche Vorgaben ein, die Menschenrechtsstandards ebenso wie Energie- und  
93 Ressourceneffizienz verbindlich machen, und wollen die Wiederverwertung von  
94 wertvollen Rohstoffen so weit wie möglich steigern.

95

## 96 **2. Unsere Verantwortung für ein freies Netz**

97 Es ist notwendig, die Internetfreiheit politisch zu sichern. Sie ist durch Monopole und  
98 Oligopole bei zentralen Diensten wie Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken  
99 bedroht, aber auch durch staatliche Überwachungsphantasien wie etwa der anlasslosen  
100 Vorratsdatenspeicherung. Die Netzinfrastruktur soll allen gleichermaßen zur Verfügung  
101 stehen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Internet und daher den Grundsatz der  
102 Netzneutralität gesetzlich verankern. So stellen wir sicher, dass Daten im Internet ohne  
103 Benachteiligung oder Bevorzugung gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet  
104 ihrer Herkunft, ihres Zieles, der Finanzkraft ihrer EmpfängerInnen oder AbsenderInnen,  
105 ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder eingesetzter Geräte. Verletzt wird die  
106 Neutralität des Internets auch, wenn Anbieter oder staatliche Stellen Inhalte des

107 Internets sperren, filtern oder die Nutzung drosseln, so dass weniger rentable Inhalte  
108 plötzlich schlechter zugänglich sind oder politisch unliebsame Inhalte verschwinden.  
109 Weltweit häufen sich - gerade in autoritären Staaten und Diktaturen - staatliche Eingriffe  
110 in die Internetfreiheit. Der Export von Know-how, Technik und Software zur Zensur und  
111 Überwachung des Internets in diese Länder muss ein Ende haben. Hier wollen wir eine  
112 effektive Ausfuhrkontrolle sicherstellen. Freier und offener Netzzugang ist zum  
113 Menschenrecht geworden. Es braucht weltweite transparente Übereinkünfte über  
114 Regeln, die das Internet dauerhaft frei und offen halten. Zivilgesellschaft, Politik und  
115 Wirtschaft gehören dabei an einen Tisch, um zu einem globalen Kodex zur Sicherung  
116 der Freiheits- und Bürgerrechte im Internet zu kommen.

117 Auch online wird gemobbt, abgezockt und betrogen, werden Straftaten mittels des  
118 Internets begangen. Freiheit in einer digitalisierten Welt bedeutet sowohl Schutz des  
119 Individuums als auch Durchsetzung seiner Rechte. Dies muss effektiv, aber auch strikt  
120 bürgerrechtskonform geschehen. Dem Aufbau von Sperr- oder Zensurinfrastrukturen  
121 treten wir seit jeher klar entgegen. Stattdessen müssen verbotene Inhalte gelöscht und  
122 Straftaten, wie die Darstellung sexuellen Missbrauchs von Kindern oder rassistische  
123 Gewaltaufrufe konsequent verfolgt werden.

124 Zur besseren Rechtsdurchsetzung bedarf es Ermittlungsbehörden, die fit für das digitale  
125 Zeitalter gemacht werden. Um dabei effektiv handeln zu können, müssen dafür auch  
126 grenzüberschreitende Kooperationen gestärkt werden. Dies ist Teil unseres Ziels, eine  
127 globale Internet-Governance-Struktur einzuführen, die möglichst alle Interessen und  
128 Akteure berücksichtigt. Nach wie vor ist jedoch Prävention die wichtigste Maßnahme.  
129 Wir wollen die Selbstbestimmung durch die lebenslang begleitende Vermittlung von  
130 Medienkompetenz fördern. Es geht darum Kompetenzen zu vermitteln, wie man seine  
131 eigenen Daten schützt, Inhalte einordnen zu können, welche Rechte und Pflichten man  
132 besitzt oder auch, wie man sich bspw. gegen Falschbehauptungen wehren kann. Wir  
133 werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Medienkompetenzvermittlung in der  
134 ErzieherInnen-, BetreuerInnen- und LehrerInnenausbildung bundesweit als eigener  
135 Gegenstandsbereich etabliert wird.

136

### 137 **3. Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken**

138 Seit über einem Jahrzehnt erleben wir den Abbau, die Aufweichung und Relativierung  
139 von Grundrechtsstandards. Uns reicht es deshalb nicht aus, nur den Erhalt der  
140 Bürgerrechte zu fordern. Wir Grüne wollen unsere Bürgerrechte wieder stärken. So darf  
141 unter dem Deckmantel der sogenannten „Cybersicherheit“ nicht der Abbau eines freien  
142 und offenen Internets vorangetrieben werden. Bürgerrechtsfeindliche Gruselstücke wie  
143 die anlasslose Vorratsdatenspeicherung oder die heimliche Online-Durchsuchung von  
144 Computern haben in einer freien, rechtsstaatlichen Gesellschaft keinen Platz.

145 Die informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf öffentliche Informationen – die



146 Informationsfreiheit – stehen für uns im Mittelpunkt unserer Arbeit für eine lebenswerte  
147 digitale Gesellschaft. Ohne Datenschutz gibt es kein freies Internet. Privatsphäre ist  
148 auch im digitalen Zeitalter kein Relikt alter Tage. Im Gegenteil: Der effektive Schutz und  
149 die gesetzliche Absicherung pseudonymer und anonymer Kommunikation erfüllt eine  
150 Schlüsselrolle für die Privatheit im Internetzeitalter. Ebenso grundlegend ist der  
151 präventiv wirkende, gesetzlich verpflichtende Datenschutz durch Technik (Privacy by  
152 Design) sowie der Schutz vor ungewollter Profilbildung und automatisierter Bewertung  
153 (Scoring) von Daten. Das gilt gegenüber dem Staat wie gegenüber Unternehmen und  
154 anderen privaten Stellen. Deshalb unterstützen wir eine Reform des Europäischen  
155 Datenschutzrechts, die unter anderem den Datenschutz gegenüber Unternehmen aus  
156 Drittstaaten stärkt und die Durchsetzungsbefugnisse für die Datenschutzbehörden  
157 erhöht. Damit wird auch der Grundrechts- und Verbraucherschutz gegenüber Anbietern  
158 Sozialer Netzwerke verbessert.

159 Jede und jeder braucht verbriefte und durchsetzbare Rechte, um den Weg der eigenen  
160 Daten nachverfolgen, Auskunft über gespeicherte Daten erlangen, die Weitergabe  
161 unterbinden und ihre permanente und umgehende Löschung veranlassen, wie auch  
162 andere Schutzrechte durchsetzen zu können. Unser Leitbild zur Demokratie im  
163 digitalen Zeitalter und wie wir damit die digitale Demokratie fördern wollen, beschreiben  
164 wir im Kapitel „Demokratie erneuern“.

165

#### 166 **4. Öffentlichkeit herstellen: Eine neue Medienpolitik**

167 Die Medien leisten einen entscheidenden Beitrag zum Zugang zu Informationen und  
168 Wissen. Nach wie vor sind die klassischen Medien - Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen  
169 - die meistgenutzten Informationsquellen für viele Menschen. Zunehmend wichtiger  
170 werden jedoch auch neue, digitale Angebote. Wir Grüne setzen uns für eine vielfältige  
171 Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Wir machen uns stark für  
172 unabhängige Medien und eine hohe Qualität der Inhalte.

173 Die Unabhängigkeit der Medien ist elementar, damit sie den Staat kontrollieren können.  
174 Wir fordern deshalb eine staatsferne Besetzung der Aufsicht bei ARD, ZDF und  
175 Deutschlandradio. Auch bei privaten Medien sollen die Eigentumsverhältnisse für die  
176 Bürgerinnen und Bürger transparenter sein. Die Zulassung und Kontrolle bundesweiter  
177 Rundfunkprogramme und -veranstalter durch die Kommission für Zulassung und  
178 Aufsicht (ZAK) hat sich in unseren Augen nicht bewährt, da die föderalen Interessen  
179 weiterhin im Vordergrund gestanden haben. Um dies zu ändern, werden wir uns für die  
180 Errichtung einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder einsetzen. Ein qualitativ  
181 hochwertiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch in der digitalen Welt eine  
182 wichtige Rolle spielen. Weil die Nutzerinnen und Nutzer zunehmend über das Internet  
183 Rundfunkangebote nutzen, müssen die Angebote der öffentlich-rechtlichen Anstalten  
184 dort auch dauerhaft präsent sein. Wir wollen deshalb die De-Publikationspflicht von

185 ARD und ZDF beenden und stattdessen frei zugängliche und durch freie Lizenzen  
186 nutzbare Inhalte in digitalen Archiven, bei angemessener Vergütung der UrheberInnen,  
187 durchsetzen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alle  
188 Generationen auf geeignete Art und Weise erreichen muss. Die Überlegungen zum  
189 Aufbau eines eigenständigen Jugendsenders von ARD und ZDF begrüßen wir daher  
190 ausdrücklich.

191 Wir sehen mit Sorge, dass die vielfältige Zeitungslandschaft in Deutschland unter  
192 starkem ökonomischem Druck steht. Auch wenn die digitalen Medien zunehmen, sind  
193 viele Online-Angebote nach wie vor über die Printausgaben finanziert, die mit  
194 sinkenden Werbeeinnahmen und sinkenden Abo-Zahlen umgehen müssen. Immer  
195 mehr kleinere und lokale Zeitungen werden eingestellt, Redaktionen zusammengelegt  
196 und ausgelagert, sowie RedakteurInnen entlassen. Die Anzahl der freien  
197 JournalistInnen nimmt seit Jahren zu – gleichzeitig wird ihre Bezahlung immer  
198 schlechter. Die sinkenden Zeilenhonorare haben negative Auswirkungen auf die Zeit für  
199 Recherche und damit die Qualität der Berichterstattung. Wir setzen uns dafür ein, dass  
200 die Kontrolle und Durchsetzung der Vergütungsregeln für JournalistInnen in Zukunft  
201 gewährleistet wird. Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir ab, es wird  
202 an der derzeitigen Situation nichts verändern. Es birgt die Gefahr, dass die online  
203 verfügbaren Informationen und die Medienvielfalt weiter eingeschränkt werden.  
204 Stattdessen wollen wir auf Basis wissenschaftlicher Erhebungen eine Debatte über  
205 Stiftungsmodelle, unterstützende, indirekte und gezielte Förderung und die Rolle des  
206 Bürgerjournalismus anstoßen. Zu klären ist, wie ein qualitativ hochwertiger aber auch  
207 investigativer Journalismus in Zukunft finanziert oder gefördert werden kann.

208

## 209 **5. Fairen Interessenausgleich aushandeln**

210 Das Internet revolutioniert den Zugang zu Kulturgütern. Schnelle, kostengünstige,  
211 unbegrenzte Vervielfältigungsmöglichkeiten bei gleichbleibender Qualität und ein  
212 globales Verbreitungspotenzial stellen massive Herausforderungen an die NutzerInnen  
213 und UrheberInnen wie auch an das bestehende Urheberrecht.

214 Wir Grüne wollen auch weiterhin einen transparenten gesellschaftlichen Prozess zur  
215 Modernisierung und Reform des Urheberrechts gestalten. Ziel ist es, einen neuen  
216 Konsens über einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der UrheberInnen, der  
217 VerwerterInnen sowie den Interessen der NutzerInnen und der Allgemeinheit zu  
218 verhandeln. Für uns geht es um ein Urheberrecht für das 21. Jahrhundert, das hohe  
219 Akzeptanz genießt, UrheberInnen schützt, eine angemessene Vergütung sichert und  
220 gleichzeitig aber auch Nutzerrechte stärkt und Innovationen fördert.

221 Dem Ruf nach Warnhinweismodellen, einem Ende der Anonymität, der Sperrung von  
222 Internetseiten oder Internetanschlüssen, der Filterung von Inhalten, dem ausufernden  
223 Abmahnungswesen und einer verpflichtenden Speicherung von

224 Telekommunikationsdaten erteilen wir Grüne weiterhin eine klare Absage. Wir treten für  
225 eine Politik ein, die auf Vergüten statt Verfolgen setzt. UrheberInnen und KünstlerInnen  
226 stärken wir durch eine Reform des Urhebervertragsrechts, um sie fairer an den Erträgen  
227 der Verwertung ihrer Werke zu beteiligen.

228 Die Möglichkeit der kollektiven Wahrnehmung der Rechte von UrheberInnen durch  
229 Verwertungsgesellschaften ist ein entscheidendes Instrument, um eine angemessene  
230 Vergütung praktikabel sicherzustellen. Auch wenn nicht alle Verwertungsgesellschaften  
231 über einen Kamm zu scheren sind, wollen wir mehr gleichberechtigte Mitsprache  
232 sicherstellen. Die Verwertungsgesellschaften müssen gerechter, transparenter und  
233 demokratischer werden, wir werden dies rechtlich soweit möglich vorantreiben und  
234 unterstützen Initiativen wie auch die Verwertungsgesellschaften selber, diese  
235 Reformschritte zu gehen. Mitglieder einer Verwertungsgesellschaft müssen alternative  
236 Lizenzmodelle wie „Creative Commons“ nutzen oder andere Geschäftsmodelle  
237 entwickeln können.

238 Heute werden Werke auf den unterschiedlichsten Geräten gespeichert und  
239 wiedergegeben. Diesen Mehrgewinn an Nutzungen wollen wir schützen und durch eine  
240 Stärkung des Rechts auf digitale Privatkopie sicherstellen. Dieses darf technisch nicht  
241 eingeschränkt werden.

242 Durch den digitalen Wandel verschwimmen Grenzen. NutzerInnen können zu Kreativen  
243 werden und umgekehrt. Mit Remixes und MashUps werden kreative Inhalte  
244 weiterentwickelt und erneut verbreitet. Durch eine neue Schranke wollen wir nicht-  
245 kommerzielle Formen der transformatorischen Nutzung, die auf die Weiterentwicklung  
246 und Bearbeitung vorhandener Werke zielen, gesetzlich absichern.

247 Wir unterscheiden „nicht-kommerziell“ von „kommerziell“, wie folgt: Wird  
248 urheberrechtlich geschütztes Material auf einer Internetseite oder Plattform direkt  
249 angeboten, die in nicht geringfügigem Maße Einnahmen durch Spenden, Beiträge von  
250 Mitgliedern wie KäuferInnen oder durch Werbung oder Verlinkung hat, so ist dies ein  
251 kommerzielles Ausmaß. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle zum Erwerb von Rechten  
252 an Werken für Bearbeitung, Interpretation, Remix und MashUp mit kommerzieller  
253 Absicht schaffen und so die verworrene Rechtklärung vereinfachen. Freie Lizenzen  
254 wollen wir attraktiver machen und diese in die öffentliche Förderung mit einbauen.  
255 Häufig sind den NutzerInnen Umfang und Geltungsbereich nicht immer klar. Außerdem  
256 sollen NutzerInnen über eine „One-click-Lizenzierung“ in der EU Lizenzen zur  
257 kommerziellen Nutzung erwerben können.

258 Jährlich flattern hunderttausende Abmahnungen wegen der Zugänglichmachung  
259 geschützter Musiktitel oder Filme ins Haus, die teilweise nicht die Interessen der  
260 UrheberInnen, sondern die Profitinteressen von AnwältInnen bedienen. Dieses  
261 Abmahnwesen wollen wir beenden und setzen uns für klare rechtliche Grenzen ein,  
262 ohne berechnete Interessen der UrheberInnen unangemessen zu beschneiden. Wir

263 wollen den Streitwert deutlich senken, den fliegenden Gerichtsstand beenden,  
264 Abmahnungen nur für Handlungen im geschäftlichen Verkehr zulassen, eine  
265 Kostenerstattung für die zahlreich zu Unrecht Abgemahnten einführen. Den  
266 Drittauskunftsanspruch gegenüber Privaten wollen wir auf den geschäftlichen Verkehr  
267 beschränken.

268 Die kommenden Jahre werden entscheiden, ob sich neue Geschäftsmodelle im  
269 digitalen Kulturmarkt durchsetzen, die sowohl eine angemessene Vergütung für  
270 UrheberInnen sichern als auch die kulturelle Teilhabe aller Menschen gewährleisten.  
271 Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, werden wir unterstützen und aktiv begleiten. Ein  
272 Scheitern dieser Geschäftsmodelle wird ein gesetzgeberisches Eingreifen erfordern,  
273 das einerseits eine angemessene Vergütung sichert und andererseits den Drang nach  
274 noch mehr Repression entgegentritt. Die erfolgversprechendste Idee, um dies zu  
275 erreichen, ist der Vorschlag einer pauschalen Abgabe auf Breitbandinternetanschlüsse.  
276 Diesen Ansatz wollen wir perspektivisch weiterentwickeln, offene Fragen klären,  
277 Alternativen prüfen und durch die Einführung einer neuen Schranke für privaten Upload  
278 auf europäischer Ebene bestehende Hürden abbauen.

279 Wissenschaft und Forschung können immens von den digitalen Möglichkeiten  
280 profitieren, denn Wissen wächst, wenn man es teilt. Wir wollen auch im  
281 Wissenschaftsbereich urheberrechtliche Hindernisse für den Zugang abbauen und  
282 setzen uns für frei verfügbare wissenschaftliche Publikationen (Open Access), ein  
283 gesetzliches Recht auf entsprechende Veröffentlichungen für mit öffentlichen Mitteln  
284 geschaffene Werke und für freie Forschungsdaten (Open Data) ein. Im Rahmen der  
285 öffentlichen Forschungsförderung soll Open Access zur verpflichtenden Bedingung  
286 gemacht werden. Zudem wollen wir ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht schaffen.

287 Wir wollen eine umfassende Wissenschaftsschranke einführen. Die Nutzung publizierter  
288 Werke jedweder medialer Art sollte für den nicht gewerblichen, wissenschaftlichen  
289 Gebrauch grundsätzlich genehmigungsfrei und ohne Einschränkungen erlaubt sein.

290

291 -----

## 292 **Wer GRÜN wählt,...**

- 293 • votiert für ein freies Internet.
- 294 • stärkt die Bürgerrechte.
- 295 • fördert Green IT, freie Software und innovative Geschäftsmodelle.
- 296 • stellt den Zugang zu Breitbandinternet für alle sicher.
- 297 • stimmt für einen fairen Interessenausgleich im Urheberrecht.

298 -----

299

300 **Schlüsselprojekte**

301

302

---

303 **Freies und schnelles Internet für alle – Breitbandausbau vorantreiben**

304 Die Freiheit im Internet ist keineswegs selbstverständlich und noch immer gibt es  
305 Regionen ohne schnellen Internetzugang. Zukünftig wird die Teilhabe von Jung und Alt  
306 vom Zugang zum Internet abhängen. Deshalb soll allen Haushalten und Unternehmen  
307 zukünftig ein Breitbandanschluss im zweistelligen Mbit-Bereich zur Verfügung stehen,  
308 so schaffen wir auch im ländlichen Raum einen besseren Zugang zur digitalen Welt.  
309 Diesen Universaldienst gestalten wir dynamisch. Finanziert wird er über einen  
310 Unternehmensfonds, wie es bereits für andere Dienste im Telekommunikationsgesetz  
311 vorgesehen ist. So stellen wir schnelles Internet für alle sicher und verankern zudem die  
312 Netzneutralität gesetzlich.

313

---

314

315

---

316 **Ein modernes und faires Urheberrecht – das Abmahnungswesen beenden**

317 Statt den bürgerrechtsfeindlichen Rufen nach Internetsperren, Warnhinweisen oder  
318 dem Ende der Anonymität zu folgen, machen wir uns auf den Weg zu einem modernen  
319 und fairen Urheberrecht im Dialog mit allen Beteiligten. Durch ein verbessertes  
320 Urhebervertragsrecht wird die Verhandlungsposition von UrheberInnen gestärkt, eine  
321 angemessene Vergütung erreicht und ihnen klarere Rechte eingeräumt. Wir werden die  
322 transformatorische Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten  
323 nicht-kommerziellen Umfang durch eine neue Schranke absichern. Die digitale  
324 Privatkopie wird umfassend ermöglicht und das Abmahnungswesen beendet.  
325 Verwertungsgesellschaften werden gerechter, transparenter und demokratischer.

326

---

327

328

---

329 **Privatsphäre stärken – Vorratsdatenspeicherung verhindern und Datenschutz  
330 modernisieren**

331 Cloud Computing, Smart Grids, Big Data, Soziale Netzwerke: Wir haben ein Recht auf  
332 Privatsphäre und doch werden von uns so viele Daten gesammelt und unkontrolliert  
333 verarbeitet wie noch nie. Mit uns wird es keine Wiedereinführung der  
334 Vorratsdatenspeicherung geben. Stattdessen kämpfen wir für ein wirksames und

335 modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa. Wir müssen den  
336 Datenschutz fit machen für das digitale Zeitalter und Überwachung durch den Staat  
337 sowie das völlig enthemmte Datensammeln von Unternehmen zurückdrängen. Dafür  
338 wollen wir Private stärker in die Pflicht nehmen, den Beschäftigtendatenschutz  
339 ausbauen und die Durchsetzung des Datenschutzes bei grenzüberschreitenden  
340 Datentransfers verbessern. Das sind die Grundlagen für einen zeit- und  
341 verfassungsgemäßen Datenschutz – ohne anlasslose Massenspeicherungen.

342

---

343

**BTW-D-01 Bundestagswahlprogramm - Demokratie erneuern**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **M) Demokratie erneuern**

2 **Wie wir Öffentlichkeit schaffen, Bürgerbeteiligung stärken und Repräsentation**  
3 **verbessern**

4 Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Politische Minderheiten können zu Mehrheiten  
5 werden. Unsere grüne Parteigeschichte zeigt es: Vom Atom-Ausstieg bis hin zur  
6 eingetragenen Lebenspartnerschaft haben wir echte Politikwechsel bewirkt.

7 Aber wir sehen auch Krisensymptome, eine Abwanderung aus der Demokratie. Es  
8 werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale  
9 Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten, ob sie mit ihren Verfahren rasante  
10 Entwicklungen wie die Finanz- und Eurokrise in den Griff bekommt. Nicht zu vergessen  
11 sind die offenen Feinde der Demokratie, wie alte und neue Nazis.

12 Aber es gibt starke Gegenkräfte: Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und  
13 Parteien für das Gemeinwohl. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute Information und  
14 Transparenz wächst.

15 Die große Mehrheit will eine neue demokratische Kultur. Sie wollen eine starke  
16 Demokratie und haben erkannt, dass wir die Demokratie immer weiterentwickeln  
17 müssen. Wir nehmen diese Menschen ernst und wir nehmen sie auch in die Pflicht,  
18 denn Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen Verantwortung übernehmen können  
19 und auch wollen.

20 Wir wissen, Demokratie braucht die Einmischung aller. Sie müssen mitreden können  
21 und wir wollen alle darin bestärken mitzumachen. Deshalb fördern wir das Engagement  
22 vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir auf  
23 Gehörtwerden und Hörbarmachen.

24 Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Durch mehr direkte  
25 Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere Repräsentation. Dafür brauchen  
26 wir neue Verfahren, aber auch starke Parlamente. Bürgerbeteiligung ist für uns kein  
27 Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligung fortentwickelt und allen Menschen  
28 offenstehen soll. Dafür bauen wir die sozialen Hürden unserer Demokratie ab und  
29 machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark. Wir sorgen für

30 Transparenz und bekämpfen Korruption.

31 Demokratie schafft Zukunft. Gegen technokratische Machtansprüche und Expertokratie  
32 sagen wir deutlich: Demokratische Verfahren sind nicht das Problem. Im Gegenteil:  
33 Mehr Demokratie und Transparenz, mehr Dialog und Beteiligung sind die Lösung. Wir  
34 setzen auf gemeinsames Nachdenken – so können wir die Zukunft am besten  
35 gestalten.

36

### 37 **1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden**

38 Einmischen ist erwünscht! Basta-Politik war gestern. In den grün regierten  
39 Bundesländern haben wir bereits einen neuen Regierungsstil eingeleitet, eine Politik  
40 des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens. Bürgerbeteiligung muss dafür so früh  
41 ansetzen, dass gegebenenfalls noch umgesteuert werden kann. Alternative Methoden  
42 wie Mediation oder Schlichtung wollen wir stärken und bereits in einem frühen  
43 Planungsstadium Klagemöglichkeiten eröffnen. Es ist viel besser, von Anfang an in  
44 Planungsqualität, Dialog und Beteiligung zu investieren, als später in langjährige  
45 Verfahrensstreite oder gar in extrem teure Polizeigroßeinsätze. Bürgerbeteiligung ist  
46 nicht nur dort angesagt, wo gebaggert und gebaut werden soll. Wir Grüne haben  
47 Gesetzentwürfe online zur Diskussion gestellt, bevor sie in den Bundestag eingereicht  
48 wurden. Alle die wollten konnten sich so direkt einbringen und haben geholfen, unsere  
49 Entwürfe zu optimieren. Solche Konsultationen, mindestens per Internet, wollen wir  
50 auch bei Gesetzesvorhaben der Bundesregierung vorsehen. Das erfolgreiche  
51 Instrument der „Öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der Bürgergesetzgebung  
52 weiterentwickeln. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard  
53 werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und  
54 Open-Data-Strategien durchsetzen.

55 Alle vier Jahr die Wahl zu haben, reicht nicht. Wir wollen auch im Bund direkte  
56 Demokratie ermöglichen. Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die  
57 öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische  
58 Landschaft. Bislang verweigert sich vor allem die CDU/CSU einer dafür notwendigen  
59 Grundgesetzänderung. Aber wir lassen nicht locker, bis eine dreistufige  
60 Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Wirklichkeit  
61 wird. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen  
62 Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die  
63 sich nach den Kriterien eines verfassungs- und europarechtlichen Gleichheitsartikels  
64 definieren, unzulässig sein. Auch für die direkte Demokratie soll das Transparenzgebot  
65 gelten: Es muss Klarheit geben, aus welchen Finanzquellen sich Volksentscheid-  
66 Kampagnen speisen. Wie bei der Parteienfinanzierung möchten wir auch hier die  
67 Spendenhöhe begrenzen. Auf EU-Ebene wollen wir zu gesamteuropäischen  
68 Volksentscheiden kommen.



69

## 70 **2. Parlamente stärken, Parteien öffnen**

71 Die repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der gesamten Gesellschaft  
72 gegenüber Einzelinteressen. Unsere Demokratie braucht einen selbstbewussten  
73 Bundestag, mit starken, unabhängigen Abgeordneten, die gesellschaftliche Vielfalt  
74 abbildenden, ein Parlament, das dem Drängen mächtiger Interessen standhalten kann.

75 Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass der Bundestag bei europäischen  
76 Entscheidungen frühzeitig mitbestimmen kann und setzen uns weiterhin für seine  
77 Stärkung ein. Das Parlament muss unabhängige Expertise haben, um für seine  
78 Entscheidungen nicht auf Informationen von Lobbyisten angewiesen zu sein und auch  
79 nicht alleine auf Regierungsdaten. Dafür braucht es ausreichende Ausstattung an  
80 wissenschaftlicher Dienstleistung einschließlich eines Justizariats. Auch wollen wir das  
81 Parlament – wie in den USA - über ein unabhängiges „Budget Office“ im  
82 Haushaltsverfahren stärken. Die Kontrolle des Regierungshandelns wollen wir  
83 wirkungsvoller ausgestalten, die Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken.

84 Zur Demokratie gehören Parteien für die Bündelung, Vertretung wie Austarieren  
85 unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Parteien müssen sich für mehr  
86 Transparenz und Mitbestimmung öffnen. Wir Grüne reden nicht nur davon, sondern  
87 handeln auch danach: Als erste Partei haben wir die SpitzenkandidatInnen für die  
88 Bundestagswahl verbindlich über eine Urabstimmung gewählt.

89

## 90 **3. Demokratie im Alltag beleben**

91 Kern der Demokratie ist die politische Gleichheit aller. Wir wollen keine Demokratie, die  
92 von einigen wenigen „VollzeitbürgerInnen“ gestaltet wird, die dafür über die  
93 notwendigen Ressourcen – insbesondere Zeit – verfügen und ihre Interessen  
94 durchsetzen. Wir wollen die leisen und unterrepräsentierten Stimmen hörbar machen.  
95 Zu große Ballungen wirtschaftlicher und finanzieller Macht stehen im Widerspruch zum  
96 Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur Demokratie. Dem muss  
97 nicht nur ordnungspolitisch entgegengewirkt werden, sondern auch mit  
98 Demokratisierung von innen, zum Beispiel durch Ausbau der Mitbestimmungsrechte  
99 der Beschäftigten und Reformen im Aktienrecht.

100 Mit dem Internet sind neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden. Sie laden zum  
101 Informieren, Mitmachen und Einmischen ein. Beispiele gibt es viele: Seien es Online-  
102 Petitionen, kommunale Bürgerhaushalte, Blogs oder auch Wikipedia. Sie alle sind eine  
103 Frischzellenkur für unsere Demokratie und bringen mehr Transparenz- und  
104 Beteiligungsmöglichkeiten.

105 Demokratie ist nicht nur eine Sache für Profis und Parlamente. Sie wird nicht allein im  
106 Sozialkundeunterricht gelernt, sondern dann, wenn junge Menschen in den Institutionen

107 selbst mitgestalten können. Wir wollen das Wahlalter auch auf Bundesebene auf 16  
108 Jahre absenken. Das Wahlrecht für Obdachlose muss gewährleistet werden, der  
109 Zugang zu politischer Betätigung für alle Menschen barrierefrei sein.

110 Wir wollen den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern.  
111 Das kommunale Wahlrecht wollen wir auch Menschen ohne deutschen Pass oder  
112 Unionsbürgerschaft öffnen.

113 Angesichts weiterhin geringer Frauenanteile in den Parlamenten braucht es gesetzliche  
114 Regeln, die Geschlechterparität bei den Mandaten befördern. Denn zur Demokratie  
115 gehört Geschlechtergerechtigkeit.

116 Es braucht weiterhin nicht von Kommerz beherrschten Raum in den Innenstädten, der  
117 Menschen aus allen Schichten offensteht, ebenso Begegnungsorte vom Bürgerzentrum  
118 bis zur Volkshochschule. Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest,  
119 mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen  
120 durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie exzessives  
121 Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Die Polizei  
122 braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung, um das Recht  
123 auf Demonstration durchzusetzen.

124

#### 125 **4. Engagement fördern**

126 Über Jahrzehnte ist eine vielfältige Kultur des Engagements entstanden.  
127 Bürgerinitiativen für die Revitalisierung von Stadtvierteln, selbstorganisierte  
128 Kinderläden, Frauengesundheitszentren bis hin zu neueren Formen wie  
129 Bürgerstiftungen, Wohnprojekten und Integrationsbetrieben. Bürgerschaftliches  
130 Engagement braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene  
131 feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden  
132 entstandenen Freiwilligenzentren fördern. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch  
133 Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben.

134 Freiwilligendienste sind wichtige Formen bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen  
135 einen gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Freiwilligendienste in  
136 zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Eine  
137 breite Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten und die Trägerschaft auch kleinerer  
138 Organisationen muss ermöglicht werden. Wichtig ist auch, dass Freiwillige aktiv in die  
139 Ausgestaltung und Entwicklung der Projekte einbezogen werden. Wir wollen, dass alle  
140 Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase soziale,  
141 ökologische und kulturelle Fähigkeiten in einem Jugendfreiwilligendienst zu entfalten.

142 Wir wollen das Engagement von Kindern und Jugendlichen in demokratischen  
143 Strukturen fördern. Je früher demokratische Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar  
144 gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für die Demokratie. Wir wollen die

145 vielfältige Verbandskultur der Jugendverbände erhalten und ihre Finanzierung trotz  
146 schwieriger Haushaltsslage sicherstellen.

147

## 148 **5. Informationsfreiheit und Transparenz herstellen**

149 Öffentliche Daten gehören in Bürgerhand. Zugang zu Informationen sehen wir als ein  
150 Grundrecht an und möchten es auch im Grundgesetz verankern. Wir wollen das  
151 Informationsfreiheitsgesetz ausbauen, hin zu einem umfassenden Transparenzgesetz.  
152 Transparenz fördert Bürgerbeteiligung. Das bedeutet einen grundlegenden  
153 Mentalitätswechsel, weg von Geheimniskrämerei. Selbstverständlich muss weiter  
154 umfassender Datenschutz gewährleistet sein, aber in Zukunft muss begründet werden,  
155 warum Dokumente als geheim eingestuft und nicht zugänglich gemacht werden.  
156 Informationsblockaden darf es nicht mehr geben. Informationen sollen nicht nur auf  
157 Anfrage herausgegeben werden, sondern staatliche Stellen sollen Dokumente,  
158 Analysen, Gutachten, Erhebungen oder Statistiken von sich aus als offene Daten  
159 mindestens über das Internet frei verfügbar machen. Wir wollen ein bundesweites  
160 Portal, in das Daten aus Bund, Ländern und Kommunen eingepflegt werden. Für alle  
161 staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten, fordern wir die Verwendung  
162 von freien Datenformaten und die entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur  
163 privaten wie zur kommerziellen Nutzung. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln  
164 muss Standard werden.

165 Transparenz ist auch die beste Vorbeugung gegen Filz. Bund, Länder und Gemeinden  
166 vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit kein  
167 Cent davon an zweifelhafte Firmen geht, brauchen wir ein bundesweites  
168 Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einer  
169 Liste der „schwarzen Schafe“ wird der faire Wettbewerb zugunsten redlicher  
170 Unternehmen erhalten. Korruption im Konzern, Skandale in der Massentierhaltung oder  
171 Missstände im Pflegeheim kommen oft erst durch dort Beschäftigte ans Tageslicht.  
172 Diesen sogenannten „Whistleblowern“ drohen häufig Repressalien bis zur Kündigung.  
173 Wir wollen sie deshalb gesetzlich wirksam schützen.

174 Die Organisation und Artikulation von Interessen ist ein Kernbestandteil einer  
175 pluralistischen Gesellschaft. Aber viele Menschen zweifeln, dass es auf ihre Stimme  
176 überhaupt noch ankommt, wenn Lobbys mit großem Geld im Rücken immer mehr  
177 Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen. Ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll  
178 daher transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen  
179 hat. Wir wollen eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und  
180 Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen  
181 Feld ausgeübt werden darf. Der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien wollen wir ein  
182 Ende machen.

183 Wir wollen Abhängigkeiten vorbeugen durch eine Begrenzung von Spenden juristischer

184 Personen, eine Obergrenze für Spenden natürlicher Personen, zeitnähere  
185 Veröffentlichungspflichten und deutlich niedrigere Schwellen, ab wann Großspender  
186 namentlich zu nennen sind. Diese Veröffentlichungspflichten sollen auch für Sponsoring  
187 gelten. Wir wollen die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten  
188 verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Dann kann  
189 Deutschland endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, wie das 160  
190 Staaten bereits getan haben. Dass Schwarz-Gelb sich bislang weigert, ist peinlich für  
191 unser Land.

192

## 193 **6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgehen**

194 Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten  
195 vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung  
196 und Bedrohung erfahren, wenn sie nicht dem Bild der Nazis entsprechen oder sich  
197 gegen sie aktiv zur Wehr setzen. Aber es gibt erfreulich viel Gegenwehr. Wo immer  
198 BürgerInnen sich gewaltfrei gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und  
199 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben  
200 sie die volle Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

201 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus oder Rassismus findet  
202 nicht nur in der extremen Rechten Rückhalt, sondern auch in der sogenannten Mitte der  
203 Gesellschaft. Engagement für die Demokratie verdient deshalb staatliche Unterstützung  
204 statt Gängelung, Verdächtigungen und Repression. Deshalb werden wir die  
205 diskriminierende „Extremismusklausel“ der Bundesministerin Schröder abschaffen, die  
206 ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt. Wir wollen ein gut  
207 ausgestattetes Programm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene  
208 Menschenfeindlichkeit. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine  
209 zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Denn Nazis können sich überall dort breit  
210 machen, wo es an attraktiven demokratischen Lebenswelten und Angeboten mangelt.  
211 Notwendig sind Aufklärung und Verstärkung der Demokratieerziehung in frühkindlicher  
212 Bildung, Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Für staatliche Institutionen und  
213 Vereine muss es Hilfestellung geben, wie sie rechten Aktivitäten und  
214 Unterwanderungen entgegenwirken können. Es braucht ein flächendeckendes Angebot  
215 von Opferberatung. Geeignete Aussteigerprogramme wollen wir stärken. Gerade  
216 Frauen, die die Naziszene verlassen wollen, benötigen für sich und ihre Kinder gezielte  
217 Angebote.

218 Der Staat muss Rechtsextremismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen.  
219 Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der  
220 Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach Rechts schärfen und dazu das breite  
221 Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen  
222 einbeziehen. Unsere Vorstellungen zum dringend notwendigen Umbau der deutschen

223 Sicherheitsarchitektur beschreiben wir im Kapitel „Bürgerrechte stärken“. Die Strukturen  
224 der extremen Rechten müssen auch stärker unter Gendergesichtspunkten betrachtet  
225 werden. Wir wollen Ausstiegsprogramme speziell für Frauen aus der rechten Szene.  
226 Darüber hinaus müssen vor allem Polizei und Justiz ausreichend für dieses Thema  
227 sensibilisiert werden. Auch wenn es kein Allheilmittel ist, wollen wir ein Verbot der  
228 verfassungsfeindlichen NPD prüfen. Weitere politische Gruppen und Internetportale  
229 betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor  
230 „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen,  
231 Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Das liefert rechten  
232 Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen  
233 rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. In Alltag  
234 unseres Landes dürfen Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener  
235 Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben.

236

237 -----

#### 238 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 239 • bekommt mehr Rechte und Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement.
- 240 • erhält eine moderne und offene Verwaltung.
- 241 • sieht klare Kante gegen Korruption.
- 242 • stimmt in Zukunft öfter ab: mit Volksbegehren und Volksentscheiden.
- 243 • unterstützt entschiedenen Einsatz gegen Rechtsextremismus.

244 -----

245

246

#### 247 **Schlüsselprojekte**

248

249

#### 250 ***Demokratische Beteiligung statt bürokratischer Hürdenlauf – für ein bürgernahes*** 251 ***Planungsrecht***

252 Wir beginnen damit, ein neuartiges dreistufiges Planungsrecht für  
253 Infrastrukturgroßprojekte umzusetzen. In allen drei Stufen haben Bürgerinnen und  
254 Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu  
255 beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe  
256 des Planungs- und Entscheidungsverfahrens. Dadurch wird es in den meisten Fällen  
257 keinen Bedarf mehr geben, Streitfragen gerichtlich klären zu lassen. Das kann zu  
258 erheblicher Beschleunigung beim Bau von Infrastrukturgroßprojekten führen.

259

---

260

261

---

262 ***Rechtsextremismus entschieden entgegentreten – Projekte gegen Rechts***  
263 ***systematisch fördern***

264 Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Homophobie sind leider  
265 allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer  
266 Offensive gegen Rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten  
267 Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Dafür bauen wir die Förderung  
268 von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn  
269 Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste  
270 Finanzgrundlage erhalten. Sicherstellen wollen wir das durch ein Bundesprogramm  
271 gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Höhe von 50 Mio. Euro. Außerdem  
272 wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem  
273 Rechtsextremismus entschieden entgegentreten.

274

---

275

276

---

277 ***Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen***

278 Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie.  
279 Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit  
280 einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit  
281 einem Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss  
282 auf ein Gesetz genommen hat. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und  
283 Führungspersonal in Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine  
284 Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln  
285 über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir verbessern und  
286 Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft  
287 auch unser Informationsfreiheitsgesetz 2.0. Mit diesem Recht auf Informationszugang  
288 sorgen wir für eine Stärkung der Bürgerrechte und machen korrupten Machenschaften  
289 ein Ende.

290

---

## **BTW-BÜ-01 Bundestagswahlprogramm - Bürgerrechte stärken**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 N) Bürgerrechte stärken**

#### **2 Wie wir Freiheit sichern und Diskriminierung überwinden**

3 Immer mehr Unternehmen werden zu Datenkraken, die Profile von uns erstellen und die  
4 Informationen weiter verkaufen. In unsere Computer soll heimlich eingedrungen  
5 werden, um unser Leben auszuforschen. Ein Fluggastdaten-Abkommen der EU mit den  
6 USA zwingt uns auf Reise zum Datenstriptease. Mit den Bürgerrechten steht es nicht  
7 zum Besten.

8 Sicherheit bedeutet in einer freien Gesellschaft aber Sicherung der Freiheit. Freiheit ist  
9 Voraussetzung für volle gesellschaftliche Teilhabe. Das zu ermöglichen ist die Aufgabe  
10 eines Rechtsstaates. Doch stattdessen werden bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden  
11 eine Million Handydaten völlig unbeteiligter BürgerInnen abgefragt und auch sonst  
12 informieren sich staatliche Stellen über uns – bei Banken, Internetunternehmen oder  
13 Telekommunikationsanbietern.

14 Wir sind diese permanente Grenzüberschreitung leid. Genauso wie wir nicht mehr  
15 zusehen wollen, dass Menschen diskriminiert werden. Wir merken, dass es vielen  
16 Bürgerinnen und Bürgern genauso geht.

17 Wir stehen zu einer offenen und inklusiven Gesellschaft an der alle teilhaben können.  
18 Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt. Es ist nicht hinzunehmen, wenn  
19 beispielsweise junge Menschen trotz gleicher Qualifikation deutlich schlechtere  
20 Chancen haben, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, wenn sie einen  
21 türkischen Nachnamen tragen. Wir sehen aber, dass es vielen so geht.

22 Wir sorgen dafür, dass Menschen sich ungehindert einmischen können – ohne dabei  
23 Angst vor Nachteilen oder Diskriminierung haben zu müssen. Und wir nehmen nicht hin,  
24 dass Menschen weiter von demokratischen Rechten ausgeschlossen bleiben, obwohl  
25 sie schon lange hier leben.

26 Wir wollen eine Zukunft schaffen in der nicht alles Mögliche über uns von irgendjemand  
27 gespeichert wurde, in der wir uns frei bewegen können, ohne überall beobachtet zu  
28 werden und in der Freiheit statt Angst herrscht.

## 30 **1. Sicherheit in den Dienst der Freiheit stellen**

31 Eine freiheitliche Gesellschaft braucht BürgerInnen, die frei sind von Furcht vor  
32 Kriminalität, aber ebenso frei von Angst vor Überwachung durch den Staat. Niemand  
33 kann absolute Sicherheit gewährleisten und wenn, dann nur auf Kosten der Freiheit.  
34 Aufgabe der Politik ist es, mit den Mitteln des Rechtsstaates für das größtmögliche Maß  
35 an Sicherheit zu sorgen, Grundrechte zu schützen und Bedrohungen effektiv  
36 abzuwehren, ohne dabei die Freiheit soweit einzuschränken, dass sie zu einer leeren  
37 Worthülse verkommt. Sicherheit steht damit im Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt.  
38 Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und Überwachungsmaßnahmen dürfen  
39 nicht selbst zu einer Bedrohung der Freiheit werden. Eine verpflichtende anlasslose  
40 Massenspeicherung von Telekommunikationsdaten wäre ein massiver Eingriff in die  
41 Grundrechte, zudem auch noch ineffektiv. Wir werden alles in unserer Macht stehende  
42 tun, um eine Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht gestoppten  
43 Vorratsdatenspeicherung zu verhindern. Wir wollen keinen Generalverdacht gegen  
44 Unbescholtene, sondern gezielte Ermittlungsarbeit. Es geht um den Kernbereich  
45 privater Lebensgestaltung. Auch das heimliche Ausspionieren von Computern lehnen  
46 wir ab. Anlasslose Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere die  
47 Schleierfahndung, wollen wir auf ein Minimum reduzieren.. Die immer weiter ausufernde  
48 Videoüberwachung des öffentlichen Raums wollen wir eindämmen. BürgerInnen  
49 müssen in einem öffentlichen Register einsehen können, wo diese stattfindet. Zudem  
50 muss die Datenschutzaufsicht bei der Kontrolle staatlicher, wie privater  
51 Videoüberwachung ausgeweitet werden.

52 Gegen Bedrohungen der Sicherheit, sei es durch Neonazis oder durch den  
53 internationalen islamistischen Terrorismus, müssen Behörden ausreichend ausgestattet  
54 und gewappnet sein. Die Verhinderung solcher Straftaten funktioniert aber am besten  
55 durch klassische solide Polizeiarbeit. Es braucht nicht ständig neue Sicherheitsgesetze  
56 auf Vorrat. Wir wollen alle Sicherheitsgesetze nach 2001 wissenschaftlich evaluieren.  
57 Die nicht gerechtfertigten Ausweitungen und verfahrensrechtlichen Erleichterungen bei  
58 Grundrechtseingriffen wollen wir zurücknehmen.

59 Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs. Den Einsatz der  
60 Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Tatsächliche Sicherheitslücken wollen wir  
61 konsequent schließen, zum Beispiel durch ein schärferes Waffenrecht. Einsatzbereite,  
62 funktionsfähige scharfe Schusswaffen wollen wir nur noch in zwingenden  
63 Ausnahmefällen in privaten Haushalten zulassen. Auch für hohe Standards bei der  
64 Luftfrachtkontrolle treten wir ein. Hier darf nicht an der Sicherheit von Passagieren und  
65 Besatzungen gespart werden.

66 Über ein Jahrzehnt hinweg konnte die rechte extreme Terrortruppe „NSU“ unerkannt  
67 morden, Bombenanschläge verüben und Banken ausrauben. Das hat uns alle tief



68 erschüttert; viele Migrantinnen und Migranten haben das Vertrauen in die deutschen  
69 Sicherheitsbehörden verloren. Polizei, Justiz und Geheimdienste waren offensichtlich  
70 nicht in der Lage diesen Naziterror zu verhindern und waren zu oft auf dem rechten  
71 Auge blind. Die von uns Grünen angestoßenen Untersuchungsausschüsse haben  
72 dieses massive Versagen von Polizei und Geheimdiensten ans Licht gebracht. Wir  
73 brauchen eine breite Diskussion über die Sicherheitsarchitektur. Das ganze  
74 Geheimdienstwesen muss auf den Prüfstand. Mit ein bisschen Reform ist es nicht  
75 getan. Es muss eine klare Zäsur, einen umfassenden strukturellen und personellen  
76 Neustart geben und eine Neuausrichtung der Aufgaben.

77 Verfassungsschutz ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Beobachtung und  
78 Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen anhand öffentlicher  
79 Quellen soll künftig ein unabhängiges „Institut Demokratieförderung“ mit  
80 wissenschaftlichen Mitteln leisten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz in seiner  
81 bisherigen Form gehört dagegen aufgelöst. Wir brauchen eine institutionelle  
82 Neugründung. Eine neue „Inlandsaufklärung“ mit klar eingegrenzten  
83 nachrichtendienstlichen Befugnissen, neuem Personal und anderem Selbstverständnis  
84 soll sich neben der Spionageabwehr auf die Aufklärung gewaltbereiter Bestrebungen  
85 konzentrieren. Bundes- und Landesbehörden müssen sich dabei besser koordinieren.  
86 Beim V-Leute-Einsatz wollen wir ein Moratorium, währenddessen dieses  
87 hochproblematische Instrument seriös, transparent und ergebnisoffen überprüft wird.  
88 Sofern V-Leute weiterhin zum Einsatz kommen, bedarf es klarer und verbindlicher  
89 Rahmenbedingungen, die nicht mehr in geheimen Richtlinien, sondern in einem Gesetz  
90 verankert sein müssen.

91 Aber auch in der Polizei und Justiz muss sich einiges ändern und es braucht mehr  
92 Vielfalt und Interkulturalität in den Sicherheitsbehörden sowie Fortbildungen, die  
93 PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen mehr Sensibilität vermitteln. Anders  
94 werden wir einem institutionellen Rassismus nicht dauerhaft begegnen können.

95 Weiterhin muss ein striktes Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten  
96 bestehen. Aufgaben und Befugnisse dürfen nicht vermischt werden. Der notwendige  
97 Informationsaustausch zwischen Gemeindiensten und Polizei muss gesetzlich streng  
98 geregelt sein und effektiv kontrolliert werden. Wir setzen uns für mehr Transparenz ein:  
99 starke Auskunftsrechte der von Überwachung Betroffenen gegenüber  
100 Nachrichtendiensten und anderen Sicherheitsbehörden sowie eine effiziente richterliche  
101 Kontrolle. Den Geheimdiensten mangelt es generell an wirkungsvoller externer und  
102 öffentlicher Kontrolle. Wir werden den Geheimdiensten das Geheime nehmen und  
103 durch Gesetze die Voraussetzungen und Kontrollen ausdrücklich benannter  
104 nachrichtendienstlicher Befugnisse präzise regeln. Die parlamentsnahe G10-  
105 Kommission soll gestärkt werden, um mehr als bisher an der Anordnung und  
106 Verlaufskontrolle aller verdeckten Vermittlungsmethoden mitzuwirken.

107 Die Polizei hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie kann ihre anspruchsvollen

108 Aufgaben nur mit gut ausgebildeten und motivierten PolizistInnen erfüllen. Wir wollen  
109 eine dialogorientierte Polizeikultur fördern. Beispiel Versammlungsfreiheit: Zur  
110 Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam.  
111 Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche  
112 Überwachungsmaßnahmen wie exzessives Filmen, überrobustes Auftreten oder  
113 Kriminalisierung einzuschüchtern. Statt martialischer Ausrüstung braucht die Polizei  
114 genug Personal, dass in der Lage ist auch in Stresssituationen ruhig zu bleiben und die  
115 Gefahrenlage richtig einzuschätzen, um ihre Arbeit bei Demonstrationen gut zu  
116 machen.

117 Wir wollen die Rechte der BürgerInnen aber auch dadurch stärken, dass PolizistInnen  
118 klar erkenntlich ihre Dienstnummern tragen. Zur Aufklärung von Vorwürfen zu  
119 Polizeiübergriffen wollen wir eine unabhängige Stelle schaffen.

120 Diskriminierung ist kein Sicherheitsgewinn. Viele Menschen mit dunklerer Hautfarbe  
121 können ein trauriges Lied davon singen, wie oft speziell sie bei Kontrollen in Zügen oder  
122 in der Innenstadt ihren Pass vorzeigen müssen. Wir wollen solches „racial Profiling“  
123 verhindern und die Polizei viel stärker interkulturell öffnen.

124

## 125 **2. Daten schützen, Freiheit sichern**

126 Noch nie wurde so viel an persönlichen Daten erfasst, gespeichert und übermittelt wie  
127 heute. Daten werden gesammelt, ausgewertet und zu zusammengefasst. Die Stärkung  
128 der informationellen Selbstbestimmung ist für uns zentrales Leitbild für einen modernen  
129 Datenschutz. Die BürgerInnen müssen wissen, wer was wann und wo speichert und  
130 übermittelt. Das gilt für den Staat wie für Private. Die Grenzen zwischen staatlicher und  
131 privater Datenverarbeitung verschwimmen, wenn Sicherheitsbehörden auf Facebook  
132 zugreifen und private Telekommunikationsfirmen für den Staat Verkehrsdaten  
133 bevorraten sollen. Auch deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab.

134 Der Datenschutz gehört ausdrücklich ins Grundgesetz, das Datenschutzrecht muss  
135 komplett neu gestaltet werden. Auch Privatunternehmen müssen die Daten ihrer  
136 Kundschaft so schützen wie heute schon ihre Geschäftsgeheimnisse. Persönliche  
137 Daten dürfen im Geschäftsverkehr nur mit ausdrücklicher Zustimmung gespeichert und  
138 weitergegeben werden („Opt-In-Regelung“). Guter Datenschutz kann durchaus ein  
139 Geschäftsmodell sein. Wir wollen Datenschutz durch Technik („Privacy by Design“) und  
140 Datenschutz durch Voreinstellung („Privacy by Default“) voranbringen und daher auch  
141 ein geschütztes Gütesiegel einführen.

142 Abhöraffaires in Unternehmen und Fälle von Videoüberwachung bis hinein in die  
143 Umkleidekabinen der Angestellten zeigen: Wir brauchen endlich einen effektiven  
144 Beschäftigtendatenschutz. Hierzu haben wir bereits einen eigenen Gesetzesvorschlag  
145 vorgelegt.

146 Immer häufiger werden Daten zur Profilerstellung missbraucht. Wir wollen es  
147 grundsätzlich verbieten, die Kreditwürdigkeit nach dem Wohnort zu berechnen. Denn  
148 mit solchem „Geoscoring“ werden Menschen, die in sozial schwierigen Stadtteilen  
149 leben, pauschal diskriminiert.

150 Wir wollen die Unabhängigkeit des Bundesdatenschutzbeauftragten sicherstellen, seine  
151 Kontrollkapazitäten ausbauen und ihm Sanktionskompetenzen gegenüber  
152 Privatunternehmen insbesondere der Telekommunikationsbranche geben. BürgerInnen  
153 sollen sich zukünftig bei Datenmissbrauch gemeinsam und unterstützt durch Verbände  
154 vor Gericht wehren können. Weil die Datenströme heute mehr denn je  
155 grenzüberschreitend sind, sind insbesondere verbindliche EU-Datenschutzregelungen  
156 unabdingbar. Maßnahmen, wie das massenhafte anlasslose Auswerten von Bank- und  
157 Fluggastdaten zur Kriminalitätsbekämpfung lehnen wir als zu weit gehende Eingriffe in  
158 die Grundrechte ab.

159

### 160 **3. Den Rechtsstaat stärken**

161 Der Rechtsstaat verwirklicht sich zuallererst in einem starken Grund- und  
162 Menschenrechtsschutz. Wir wollen die Grundrechte ergänzen, ausweiten und  
163 anpassen, um diesen Schutz zu festigen. Die Politik darf nicht immer wieder die  
164 Grenzen der Verfassung austesten. Wir wollen einen starken Rechtsstaat. Er garantiert  
165 die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz der Schwachen vor wirtschaftlicher  
166 Übermacht und Kriminalität. Dazu brauchen wir eine leistungsstarke und unabhängige  
167 Justiz. Der Bund muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Alle müssen die Gewissheit  
168 haben, in angemessener Zeit Recht erhalten zu können. Außerdem sprechen wir uns  
169 für die Stärkung außergerichtlicher Konfliktbeilegung, wie z.B. Mediation aus. Wir  
170 wenden uns entschieden dagegen, die Anrufung der Gerichte zu beschneiden und  
171 Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken und unterstützen die Einführung  
172 einer Mediationskostenhilfe.

173 Richterliche Unabhängigkeit ist Garant des Rechtsstaates. Wir befürworten eine  
174 stärkere Selbstverwaltung der Justiz und wollen es den Ländern ermöglichen, die  
175 Unabhängigkeit der Justiz auszuweiten. Wir unterstützen das Anliegen der  
176 RichterInnenschaft in Bund und Ländern, ein weites Mitspracherecht bei der  
177 Richtereinstellung und Beförderung zu erhalten. Das einzelfallbezogene Weisungsrecht  
178 der Politik gegenüber der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen, denn es  
179 widerspricht der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Für die Wahl der RichterInnen zu  
180 Bundesgerichten wie zum Bundesverfassungsgericht wollen wir mehr Transparenz  
181 durchsetzen, ebenso Geschlechtergerechtigkeit.

182 Justiz wie auch Polizei arbeiten transnational immer enger zusammen, insbesondere in  
183 der EU. Ein weiter Ausbau der Zusammenarbeit darf nur erfolgen, wenn er Hand in  
184 Hand geht mit verbindlichen hohen Standards zu Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit

185 in der EU, z.B. durch die die Verankerung verbindlicher und starker Rechte von  
186 Beschuldigten und StrafverteidigerInnen und transnationalem Rechtsschutz.

187 Das Strafrecht ist nicht das Mittel der Wahl zur Lösung gesellschaftlicher Probleme,  
188 sondern letztes Mittel staatlichen Handelns, welches immer besonderer Begründung  
189 bedarf. Wir wollen das Sanktionensystem reformieren und setzen auf intelligentere  
190 Alternativen zur Haft wie z.B. gemeinnützige Arbeit und den Ausbau alternativer  
191 Konfliktlösungen. Ein modernes Unternehmensstrafrecht, das die Grenzen von Schuld  
192 und Zurechnung achtet, halten wir für notwendig. Die Opferhilfe ist zu stärken. Wir  
193 wollen Opfern von Justizirrtümern besser helfen und die Entschädigung für zu Unrecht  
194 verhängte Haft deutlich anheben. Für Jugendliche, Heranwachsende und junge  
195 Erwachsene brauchen wir ein reformiertes Jugendstrafrecht, welches den Vorrang der  
196 Erziehung vor Bestrafung strikt wahrt. Prävention ist wichtiger und billiger als Strafen.  
197 Oft sind Chancen- und Perspektivlosigkeit, prekäre Familienverhältnisse, Bildungsarmut  
198 sowie Gewalterfahrung und unkontrollierter Umgang mit Drogen Ursachen für  
199 Jugendkriminalität. Es braucht eine Präventionsstrategie, die solche Risikofaktoren in  
200 den Blick nimmt, um rechtzeitig Hilfe und Intervention zu gewährleisten.

201

#### 202 **4. Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen**

203 In einer offenen Gesellschaft wird niemand wegen des Geschlechts, der ethnischen  
204 Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder  
205 wegen einer Behinderung benachteiligt. Wir wollen in Deutschland und Europa  
206 Diskriminierungen bekämpfen und die von der schwarz-gelben Bundesregierung  
207 blockierte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie der EU voranbringen. Eine Stärkung der  
208 Antidiskriminierungsstelle des Bundes und stärkere Rechte für Einrichtungen wie  
209 Behindertenbeauftragte sollen im nationalen Bereich helfen, Diskriminierungen  
210 anzugehen. Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ wollen wir effektiver gestalten,  
211 insbesondere gegen strukturelle Diskriminierungen ein Verbandsklagerecht vorsehen.  
212 Auch für Beschäftigte von Religionsgemeinschaften und deren sozialen Einrichtungen  
213 muss außerhalb des Bereichs der Verkündigung das allgemeine Arbeitsrecht und damit  
214 der gesetzlich geregelte Diskriminierungsschutz gelten. Bei Auftragsvergaben und  
215 Fördermaßnahmen der öffentlichen Hand muss klar sein: Wer diskriminiert, darf dafür  
216 kein staatliches Geld erhalten. Arbeitsagentur, Ausländerbehörde oder Amtsgericht:  
217 Gute Institutionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Vielfalt der Gesellschaft  
218 widerspiegeln. Wir wollen Diversität und interkulturelle Öffnung von Verwaltung und  
219 Gerichten gezielt fördern.

220 Staat und Zivilgesellschaft müssen sich gegen alle Formen von Diskriminierung  
221 wenden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht uns alle an, denn sie gefährdet  
222 unsere Demokratie. Wir werden daher ein Bundesprogramm „Menschenrechtsbildung“  
223 auflegen.

224 Wichtiger Bestandteil einer inklusiven Politik ist die gesellschaftliche Gleichstellung des  
225 Islam mit Christentum und Judentum. Auch muslimische Religionsgemeinschaften  
226 müssen den im Grundgesetz verankerten Status einer Körperschaft des Öffentlichen  
227 Rechts erreichen können. Der Staat sollte dies unter Wahrung seiner Neutralität durch  
228 Information und Beratung unterstützen. Dabei sind kreative Übergangslösungen nötig,  
229 die Bund und Länder koordinieren müssen. Dazu gehört die Einführung von  
230 Islamischen Religionsunterricht in all denjenigen Ländern, in denen ein  
231 bekenntnisförmiger Religionsunterricht als Pflichtfach angeboten wird, Dazu gehört  
232 auch die universitäre Ausbildung des theologischen Lehrpersonals und der Imame.

233

## 234 **5. Barrieren beseitigen**

235 Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen voranbringen. Dabei  
236 verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit für  
237 mobilitäts-eingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose  
238 Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit  
239 oder die Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu, wie  
240 Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische  
241 Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen  
242 Ebenen. Bislang wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen  
243 eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden.

244 Durch Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Finanzierungen und  
245 Fördermöglichkeiten sowie durch Bewusstseinsbildung wollen wir mehr Barrierefreiheit  
246 erreichen. Der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile ist eine Grundvoraussetzung  
247 für selbstbestimmte Teilhabe. Dabei garantieren individuelle Unterstützungsleistungen  
248 Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der  
249 Gemeinschaft. In einer inklusiven Gesellschaft darf niemand individuell für die  
250 Überwindung von Barrieren und Diskriminierungen verantwortlich gemacht werden.  
251 Darum werden wir die Leistungen der Behindertenhilfe aus der Sozialhilfe lösen und in  
252 ein Teilhabeleistungsgesetz überführen. Diesem muss der Behinderungsbegriff aus der  
253 UN-Behindertenrechtskonvention zu Grunde gelegt werden.

254 Unterstützungsleistungen sollen nicht mehr an Institutionen, sondern an den  
255 Bedürfnissen derjenigen orientiert sein, die sie benötigen und vermögens- und  
256 einkommensunabhängig gewährt werden. Menschen mit Behinderungen sollen die  
257 Wahl zwischen verschiedenen Wohnformen haben, Sie dürfen nicht länger darauf  
258 verwiesen werden, dass aufgrund des Kostenvorbehalts nur eine Unterbringung im  
259 Wohnheim möglich ist. Deshalb wollen wir im Leistungsrecht für Menschen mit  
260 Behinderungen den Kostenvorbehalt des Sozialhilferechts streichen, ambulante  
261 Unterstützungsangebote ausbauen und den Ausbau selbständiger Wohnformen aktiv  
262 fördern.

263 Das Recht auf Inklusion muss Alle einbeziehen. Auch Menschen mit einem intensiven  
264 Unterstützungsbedarf müssen selbstbestimmt teilhaben können. Das inklusive  
265 Gemeinwesen setzt auf Veränderungen in der Haltung der Menschen zueinander, die  
266 das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalität  
267 werden lassen. Das Thema Inklusion muss deshalb Querschnittsaufgabe im Bund, in  
268 den Ländern wie auch in den Kommunen sein und unter Berücksichtigung des  
269 „Disability Mainstreaming“ zu einem festen Bestandteil der Strategien der nachhaltigen  
270 Entwicklung werden.

271 Die Finanzierung der Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht  
272 allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Wir wollen eine gemeinsame  
273 Verantwortung der staatlichen Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden.

274

## 275 **6. Menschen einbürgern – von Integration zu Inklusion**

276 Wir wollen die Integrationspolitik hin zur Inklusionspolitik weiterentwickeln. Denn die  
277 Kinder, Enkel und Urenkel der ersten Einwanderer-Generation müssen nicht „integriert“  
278 werden. Sie stehen nicht außerhalb unserer Gesellschaft, sondern gehören von Anfang  
279 an voll dazu. Integration kann nicht mit ausgetrecktem Zeigefinger von oben verordnet  
280 werden, vielmehr muss Inklusion gemeinsam, selbstbestimmt und gleichberechtigt  
281 erarbeitet werden. Es braucht echte Chancengerechtigkeit bei Bildung und Arbeit.  
282 Deshalb wollen wir die Qualität von Integrationskursen und Sprachförderung in Kitas  
283 verbessern, Deutschkurse im Inland für alle Interessierten öffnen, Mehrsprachigkeit als  
284 Ressource nutzen und ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen.

285 Wir wollen Teilhabe aller hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft. Wir setzen  
286 auf eine Einbürgerungsoffensive, damit MigrantInnen schneller und leichter die  
287 deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können. Für die „erste Generation“, die seit  
288 Jahrzehnten hier lebt, muss es ein großzügiges Angebot geben. Auch werden wir den  
289 Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt stärken und den unseligen Optionszwang  
290 abschaffen. Eine doppelte Staatsangehörigkeit muss akzeptiert werden.

291 Im Sozialrecht, z.B. bei der Arbeitsmarktförderung, müssen MigrantInnen  
292 gleichbehandelt werden. Den Nachzug von ausländischen Ehegatten und  
293 eingetragenen LebenspartnerInnen wollen wir wieder erleichtern, denn Deutsch lernt  
294 man am besten im Alltag. Auch deren eigenständiges Aufenthaltsrecht werden wir  
295 gegenüber den Einschnitten der Regierung Merkel wieder ausbauen. Das  
296 Aufenthaltsrecht muss modernisiert werden. Menschen brauchen einen sicheren  
297 Aufenthaltsstatus als verlässliche Grundlage, um sich bei uns niederzulassen und eine  
298 Perspektive zu haben. In einer globalisierten Welt kann es auch nicht angehen, dass  
299 Menschen ihren deutschen Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie sich zum Studium  
300 oder im Ruhestand zu lange im Ausland aufhalten. Wir wollen die Einwanderung von  
301 Arbeitskräften grundsätzlich erleichtern. Alle einwandernden Arbeitskräfte sollen ihren

302 Aufenthalt einfacher verlängern und verfestigen können. Durch ein Punktesystem kann  
303 Zuwanderung so gesteuert werden, dass sie Folgen des Alterungsprozesses unserer  
304 Gesellschaft abmildert und eine Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird.  
305 Türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, die in Deutschland leben,  
306 haben aufgrund des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der heutigen EU  
307 Rechte, die denen von UnionsbürgerInnen nahe kommen. Diesen Status wollen wir  
308 auch ausdrücklich gesetzlich verankern, z.B. im Aufenthalts-, Beschäftigungserlaubnis-  
309 und Beamtenrecht

310

## 311 **7. Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig behandeln**

312 Kriege, Verfolgung und Vertreibung zwingen viele Menschen auf die Flucht. Tausende  
313 sterben Jahr für Jahr bei dem Versuch, die Küsten Europas zu erreichen. Wir sehen in  
314 der Praxis der Grenzschutzagentur FRONTEX und der EU-Mitgliedstaaten einen  
315 Verstoß gegen das Verbot der Zurückweisung und eine schwere  
316 Menschenrechtsverletzung. Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung  
317 gerecht werden und die stark betroffenen Aufnahmestaaten unterstützen. Dazu gehört  
318 ergänzend zum Asylsystem die großzügige Aufnahme einer festgelegten Zahl  
319 besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (sogenanntes „Resettlement“). Wir setzen uns  
320 für eine angemessene jährliche Mindestaufnahmekquote ein, die Deutschland dem  
321 UNHCR zur Aufnahme von schwerst verfolgten Flüchtlingen zur Verfügung stellt.

322 Wir engagieren uns für einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau in ganz Europa.  
323 Schutzsuchende dürfen nicht in Staaten zurückgeschoben werden, in denen sie statt  
324 eines fairen Asylverfahrens soziales Elend erwartet.

325 Besonders beschämend ist die Politik gegenüber Sinti, Roma und Ashkali. Diese  
326 Minderheiten sind in allen Balkanstaaten härtesten Diskriminierungen ausgesetzt. Wir  
327 fordern die Beibehaltung der Visumsfreiheit für Serbien und Mazedonien und wir wollen,  
328 dass die Situation von Roma und die rassistische Diskriminierung, denen sie in ihren  
329 Heimatländern ausgesetzt sind, in angemessener Weise im Asylverfahren  
330 berücksichtigt werden. Zudem muss die Bundesrepublik die EU-Romastrategie  
331 umsetzen. Deutschland muss sich in der EU für ein Programm zur wirksamen Inklusion  
332 der Roma in ihren wichtigsten Heimatländern einsetzen. Dabei muss Hilfe zur  
333 Selbsthilfe und ein unabhängiges europäisches Controlling des Mitteleinsatzes groß  
334 geschrieben werden.

335 Das Bundesverfassungsgericht hat die gekürzten Leistungen nach dem  
336 Asylbewerberleistungsgesetz für grundgesetzwidrig erklärt. Jetzt müssen dessen  
337 vollständige Aufhebung und die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen folgen.  
338 Wir wollen zudem die Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylsuchende beseitigen und  
339 setzen uns für eine bundesweite Abschaffung der sogenannten „Residenzpflicht“ ein,  
340 die die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen auf ein bestimmtes Gebiet einschränkt. Das

341 ist einer freien Gesellschaft unwürdig. Auch wollen wir Flüchtlingen von Anfang an den  
342 Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen und Spracherwerb eröffnen.

343 Das Gleiche gilt für die Abschiebehaft, bei der Menschen oftmals für viele Monate  
344 eingesperrt werden, nur weil sie hier Zuflucht suchten. Bis zur Abschaffung der  
345 Abschiebehaft wollen wir zumindest die Einhaltung strenger menschenrechtlicher  
346 Standards durchsetzen: keine Inhaftierung besonders Schutzbedürftiger wie  
347 Minderjähriger oder Schwangerer, strikte Trennung von der Straf- oder  
348 Untersuchungshaft und Begrenzung auf maximal drei Monate. Es muss klar sein, die  
349 Abschiebehaft ist das letzte Mittel, vorher müssen alle milderen Mittel Anwendung  
350 finden. Wir streben ein Asylrecht an, das diesen Namen wieder verdient. So muss das  
351 entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen  
352 festgehalten werden, ein Ende haben. Alle müssen das Recht haben, sich vor Gericht  
353 gegen Abschiebungen effektiv zu wehren – auch wenn ein anderer EU-Staat für ihr  
354 Asylverfahren zuständig ist. Langjährig hier lebende, bisher nur geduldete Menschen  
355 müssen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine  
356 sichere Zukunftsperspektive bekommen.

357 Für uns gilt der Leitsatz: „Kein Mensch ist Illegal!“ Deswegen wollen wir, dass  
358 Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und  
359 Notfallversorgung erhalten und ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen  
360 besuchen können. Außerdem muss für Menschen, die über viele Jahre hinweg ohne  
361 Aufenthaltsstatus in Deutschland gelebt haben, ein Weg gefunden werden, einen  
362 echten Aufenthaltstitel zu erlangen.

363

## 364 **8. Gleiche Rechte schaffen – Homo- und Transphobie entgegenreten**

365 Lesben und Schwule können heute so frei wie nie zuvor in Deutschland lieben und  
366 leben. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung ist noch nicht  
367 überwunden. Wir wollen daher einen „Aktionsplan für Vielfalt“, der Homo- und  
368 Transphobie entgegensteuert, insbesondere auch Jugendliche stärkt und deren  
369 Ausgrenzung z.B. in der Schule entgegenwirkt.

370 Im Grundgesetz muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität  
371 diskriminiert werden darf. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und  
372 das gemeinschaftliche Adoptionsrecht ermöglichen. Viele Kinder leben bereits mit zwei  
373 Müttern oder Vätern. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung.  
374 Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

375 Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre  
376 Menschenrechte. Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und  
377 Selbstbestimmung zum Leitbild haben und die Menschenwürde sichern. Etwa 150  
378 Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren, die keinem Geschlecht eindeutig  
379 zugeordnet werden können. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller



380 Menschen muss ein Ende haben. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich  
381 zugelassen werden.

382 In vielen Ländern wird Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intersexuellen  
383 Menschen das Leben zur Hölle gemacht: strafrechtliche Verfolgung, Unterdrückung,  
384 Gewalt und Zensur. Deutsche Politik muss hier klar Position beziehen und  
385 MenschenrechtsverteidigerInnen aktiv stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der  
386 hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Auch  
387 seine Mitgliedschaft im VN-Menschenrechtsrat muss Deutschland für die Stärkung der  
388 Rechte sexueller Minderheiten weltweit nutzen. Einsatz für die Menschenrechte wird  
389 zudem umso glaubwürdiger, wenn Deutschland die Opfer seiner eigenen früheren  
390 antihomosexuellen Strafgesetze (insbesondere § 175 StGB) endlich rehabilitiert und  
391 entschädigt.

392

393 -----

#### 394 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 395 • macht die Bürgerrechte wieder stark.
- 396 • bekommt ein wirksames Datenschutzpaket.
- 397 • sorgt für Inklusion und klare Kante gegen Diskriminierungen.
- 398 • erleichtert Einbürgerung und schützt Flüchtlinge.
- 399 • öffnet die Ehe für lesbische und schwule Paare.

400

401 -----

402

#### 403 ***Schlüsselprojekte***

404

#### 405 ***Bürgerrechte und den Rechtsstaat stärken – neue Sicherheitsarchitektur bauen***

406 Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken  
407 wir die Bürgerrechte und stellen in Grundrechte eingreifende Sicherheitsgesetze auf  
408 den Prüfstand. Wir setzen auf Reformen bei Justiz, Polizei und eine klare Zäsur beim  
409 Verfassungsschutz. Moratorium beim V-Leute-Einsatz in der rechten Szene, personeller  
410 und struktureller Neustart, klare Eingrenzung, Kontrolle und gesetzlich geregelte  
411 Verfahren bei nachrichtendienstlichen Befugnissen, Förderung einer neuen  
412 Polizeikultur, Stärkung des Rechtsstaates: So bauen wir an einer neuen  
413 Sicherheitsarchitektur.

414

415

416

---

417 ***Gleiche Rechte für gleiche Liebe – die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen***

418 Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können. Dank uns war Deutschland  
419 Vorreiter bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften. Heute haben  
420 uns viele Länder überholt. In Argentinien, Spanien, Südafrika, den Niederlanden und in  
421 anderen Ländern wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bereits geöffnet.  
422 Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen und die eingetragene  
423 Lebenspartnerschaft in sämtlichen Rechtsbereichen mit der Ehe gleichstellen. Das  
424 umfasst insbesondere das Steuer- und Beamtenrecht sowie das gleichberechtigte  
425 Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und deshalb auch die gleichen  
426 Rechte.

427

---

428

429

---

430 ***Einbürgerung erleichtern – Willkommenskultur stärken***

431 Viele Menschen leben schon lange in Deutschland, ohne staatsbürgerschaftliche  
432 Rechte zu haben. Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive. Sie umfasst die  
433 Akzeptanz von Mehrstaatigkeit, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in  
434 Deutschland und die Streichung des Optionszwangs. Eine Kultur des Willkommens  
435 muss aber alle Menschen umfassen, die nach Deutschland kommen. Wir fordern die  
436 Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nicht nur  
437 sind die Leistungen unzureichend, mit diesem Gesetz versperren wir Flüchtlingen auch  
438 den Weg zum Gesundheitssystem. Für uns gilt, was das Bundesverfassungsgericht  
439 unmissverständlich klar gestellt hat: Das Existenzminimum ist für alle in Deutschland  
440 gleich.

441

---

## **BTW-G-01 Bundestagswahlprogramm - Gleichberechtigung schaffen**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 O) Gleichberechtigung schaffen**

#### **2 Wie wir endlich die Benachteiligung von Frauen beenden und zu einem neuen 3 Miteinander kommen**

4 Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und  
5 solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von  
6 Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der  
7 Vielfalt des Lebens.

8 Im Zentrum unserer Geschlechterpolitik stehen eine Zeitpolitik und  
9 Rahmenbedingungen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen  
10 Lebensentwürfe von Männern und Frauen Rechnung trägt. Denn wir alle brauchen Zeit  
11 für Phasen der Fürsorgearbeit, für Bildung, für Karrieren, Zeit für uns selbst. Diese  
12 Zeiten müssen möglich und sie müssen sozial abgesichert sein.

13 Für die Bundesregierung und ihre Frauenministerin sind die Vielfalt weiblicher  
14 Lebensentwürfe und die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur störend. Sie  
15 hält an überkommenen Rollenbildern fest, wie sie sich in dem unsäglichen  
16 Betreuungsgeld oder dem Ehegattensplitting ausdrücken. Sie setzt auf Freiwilligkeit bei  
17 Fördermaßnahmen in der Wirtschaft, obwohl längst klar ist, dass sich so nichts bewegt.  
18 Aber es gibt zaghafte Bewegung- immerhin. Selbst CSU-PolitikerInnen streiten für die  
19 Quote. Der Anteil von Vätern in Elternzeit steigt. Die Deutsche Bank vermeldet 50%  
20 Frauen im Aufsichtsrat. Dass sind wichtige Erfolge der Frauenbewegung und auch von  
21 uns Grünen. Dennoch bleibt der Fortschritt eine Schnecke: Deutschland ist  
22 europäisches Schlusslicht bei der Entgeltgleichheit, fast nirgendwo arbeiten so viele  
23 Frauen Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt, ist die Müttererwerbstätigkeit so  
24 niedrig und die Rentenlücke so groß.

25 Mit der Lebensverlaufsperspektive werden die Auswirkungen von Entscheidungen in  
26 einer Lebensphase auf ein ganzes Leben deutlich. Wir wollen eine  
27 Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Es ist  
28 widersprüchlich, steuerliche Anreize für das Haupternährermodell durch das  
29 Ehegattensplitting zu setzen, aber nach einer Scheidung die zügige Sicherung des

30 Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit zu fordern.

31 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – so steht's im Grundgesetz, so sollte es  
32 sein. Lasst uns das endlich einlösen und Mann und Frau gleichstellen. Uns geht's ums  
33 Ganze und das heißt konkret: „Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen  
34 und Männer.

35 Von einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen bis dahin, dass Männer  
36 überholte Rollenbilder überwinden – es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen so teilhaben  
37 können, wie es ihnen formal zusteht.

38 Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir gewährleisten, dass sich  
39 Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe einmischen können – in der Gesellschaft, im  
40 Parlament und am Arbeitsplatz.

41 Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft  
42 wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

43

#### 44 **1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit , gleiche Chance**

45 Das Familienideal scheint stabil: ein männlicher Haupternährer, die Mutter – oftmals  
46 ebenso oder besser qualifiziert – jongliert nach einer Erwerbsunterbrechung einen  
47 Halbtagsjob, holt die Kinder vom Kindergarten ab, schmeißt den Haushalt und pflegt die  
48 Angehörigen. Inzwischen ist aber deutlich, wie brüchig dieses Bild geworden ist und  
49 welch hohe Risiken es birgt. Befristete Jobs, Erwerbslosigkeit, Krankheit oder auch  
50 Scheidung bringen dieses Konstrukt sehr schnell ins Schleudern. Auch dass es immer  
51 mehr Alleinerziehende gibt, wird allzu oft vergessen. Es gibt viel zu tun, denn wir leben  
52 noch lange nicht in einer Gesellschaft, die frei ist von struktureller Benachteiligung und  
53 Machtstrukturen, die Frauen diskriminieren. Das nicht mehr so neue Unterhaltsrecht  
54 fordert von den Müttern nach einer Scheidung zügig für ihren Lebensunterhalt selbst  
55 aufzukommen – und sieht für den entgangenen beruflichen Aufstieg in den  
56 Betreuungszeiten keine Kompensationen vor. Auf der anderen Seite sind eine junge,  
57 gut ausgebildete Frauengeneration und immer mehr Männer nicht mehr bereit, ein  
58 tradiertes Familienbild zu leben. Sie fordert Gleichberechtigung in der Partnerschaft,  
59 Elternzeit für beide, Erwerbsunterbrechungen und Arbeitszeitreduzierung.

60 Insbesondere der eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit für Frauen  
61 stehen Hindernisse entgegen. Dazu gehören neben mangelnder Vereinbarkeit von  
62 Familie und Beruf, die immer noch als ein individuelles Problem der Frauen angesehen  
63 wird und nicht als ein strukturelles Defizit, die Schwierigkeiten beim beruflichen Ein- und  
64 Aufstieg. Dabei wollen auch viele Männer nicht mehr eine Vollzeitberufstätigkeit  
65 ausüben, die keine Zeit für Kinder oder Sorgearbeit lässt. Sie wollen Wahlfreiheit, die  
66 wirklich eine freie Wahl lässt. Davon sind wir aller Vereinbarkeitsrhetorik zum Trotz  
67 noch weit entfernt.

68 Freiwilligkeit bringt uns nicht weiter. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird das nicht  
69 gehen. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, Regelungen für die Privatwirtschaft und  
70 eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln,  
71 dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir  
72 brauchen qualifizierte Angebote für Erwerbslose und WiedereinsteigerInnen nach einer  
73 Familienzeit. Die Lage der Alleinerziehenden hat sich in den vergangenen Jahren sogar  
74 noch verschlechtert. Schulungs- und Unterstützungsangebote sind erforderlich, um das  
75 hohe Armutsrisiko zu vermindern. Der Altersarmut von Frauen müssen wir konkrete  
76 Konzepte entgegenstellen. Wenn ausreichende eigenständige Rentenanwartschaften  
77 erzielt werden, kann die bisherige Form der Hinterbliebenenrente abgeschmolzen  
78 werden.

79 Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist gestiegen, allerdings bei nahezu  
80 gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Immer mehr Frauen arbeiten immer weniger. Viele  
81 sind jedoch mit ihren Arbeitszeiten unzufrieden und würden lieber mehr arbeiten und  
82 verdienen. Die sogenannten Minijobs müssen sozialverträglich ersetzt werden. In der  
83 Kombination mit der Mitversicherung in der Krankenversicherung und dem  
84 Ehegattensplitting behindern sie die eigenständige Existenzsicherung, weil sie das  
85 Signal aussenden, dass sich eine sozialversicherungspflichtige Arbeit kaum lohnt.  
86 Langfristige Nachteile wie niedrige Renten werden von der Merkel-Regierung ignoriert.  
87 Wir wollen das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem  
88 Grundfreibetrag ersetzen. Wir brauchen den zügigen Ausbau qualitativ hochwertiger  
89 Kinderbetreuungsangebote. Bedarfsgemeinschaften wollen wir ersetzen durch eine  
90 individuelle Existenzsicherung. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf  
91 morgen, doch wollen wir diesen Wechsel in der kommenden Legislaturperiode  
92 anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Kurzfristig brauchen wir den Zugang zu  
93 allen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung unabhängig vom Leistungsbezug.

94 In einer Gesellschaft, die Vielfalt als Bereicherung erfährt, kommt Migrantinnen eine  
95 wichtige Rolle zu. Allerdings finden viele trotz qualifizierter Ausbildung nur eine  
96 Beschäftigung in niedrig bezahlten Bereichen wie Reinigung oder Pflege. Bei der  
97 Ausbildungsplatz- und Studienfachwahl wählen gerade junge Frauen aus einem nur  
98 eingeschränkten Spektrum. Damit nutzen sie ihre Potenziale nicht aus, der Wirtschaft  
99 gehen wichtige Nachwuchskräfte verloren. Junge Frauen und Männer wie  
100 ArbeitgeberInnen sollten für geschlechtsuntypische Entscheidungen motiviert werden.

101

## 102 **2. Männer in neuen Rollen unterstützen**

103 Geschlechterpolitik ist auch Politik für Männer. Es hat verschiedene Ansätze zu einer  
104 Auseinandersetzung mit und Organisierung von Männerpolitik gegeben. Männer  
105 erkennen, dass die traditionelle Männerrolle auch negative Seiten für sie hat und  
106 wünschen sich mehr Vielfalt. Damit kommt Bewegung in die geschlechterpolitische

107 Debatte. Sie sind Partner – auch bei der Umsetzung von Gleichstellung.  
108 Stärkung von Geschlechterdemokratie bedeutet auch Stärkung von männerpolitischen  
109 Vernetzungsstrukturen, die die Anliegen von Jungen, Männern und Vätern in  
110 Deutschland zusammenbringen. Die verschiedenen, häufig aber auch gemeinsamen  
111 Anliegen und Bedürfnisse von Frauen und Männern müssen gleichermaßen im Blick  
112 sein und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.  
113 Die Politik muss ebenso wie die Wissenschaft die Veränderungen der Rollenbilder auch  
114 von Männern stärker berücksichtigen. Eine geschlechtersensible Pädagogik stellt die  
115 Frage, inwieweit Kinder – egal welchen Geschlechts – individuell am besten gefördert  
116 werden können. Auch im Bereich der Gesundheitspolitik wurden Männer als Zielgruppe  
117 ausgemacht, da beispielweise ihre Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen ausbaubar  
118 ist. Männer als Opfer von Gewalt sind ein Thema, über das immer noch nicht  
119 ausreichend Daten und Gegenmaßnahmen vorliegen.

120

### 121 **3. Die Demokratie vervollständigen**

122 Unsere Demokratie lebt vom Engagement, vom Mitmachen. Tatsächlich sinkt in vielen  
123 Landtagen und Kommunalvertretungen der Anteil von Frauen. Das ist knapp 100 Jahre  
124 nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ein äußerst bedenklicher Trend.  
125 Wir wollen auch mit gesetzlichen Regelungen den Frauenanteil und die politische  
126 Teilhabe erhöhen, ähnlich wie das mit dem französischen Paritätsgesetz ermöglicht  
127 wurde. Erfahrungsgemäß erhöhen vor allem feste Quoten den Anteil von Frauen in  
128 Parteien und Parlamenten.

129 Wir halten an der Strategie des Gender Mainstreaming fest, mit der bei allen politischen  
130 Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Unser Ziel ist  
131 Geschlechterdemokratie, die ein gerechtes Verhältnis von Frauen und Männern  
132 beinhaltet. Eine bundesweite Forschungseinrichtung zur Gleichstellung soll  
133 wissenschaftliche Expertise bündeln, Diskussionsprozesse initiieren und unterstützen.

134

### 135 **4. Über den Körper selbst bestimmen**

136 Selbstbestimmung umfasst auch den eigenen Körper. Frauen müssen über ihre  
137 Schwangerschaften frei und ohne Kriminalisierung entscheiden können. Das Recht auf  
138 Information und freiwillige Beratung muss allen offen stehen. Dazu gehören auch  
139 Angebote rund um vorgeburtliche Untersuchungsmethoden. Für BezieherInnen von  
140 Transferleistungen sind Verhütungsmittel unentgeltlich bereit zu stellen. Die „Pille  
141 danach“ muss rezeptfrei erhältlich sein.

142 Der Druck, auch den eigenen Körper so weit wie möglich zu optimieren, ist real  
143 vorhanden. Abweichungen von der Norm sind schwer zu leben, Fälle von Magersucht  
144 nehmen zu, ebenso wie der Anteil von Schönheitsoperationen. Dabei kommt der

145 photogeshoppten zum Teil offensichtlich, zum Teil eher subtil sexistischen Werbung  
146 eine nicht unwesentliche Rolle zu. Gerade für junge Menschen wird hier ein hoher  
147 Druck aufgebaut und ein starres Schönheitsideal vermittelt. Hierüber ist ein  
148 gesellschaftlicher Verständigungsprozess erforderlich, der für körperliche Vielfalt  
149 sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet.

150 Abweichungen von der Norm der Zweigeschlechtlichkeit sind schwer zu leben, müssen  
151 aber möglich sein. Obwohl intergeschlechtliche Menschen auch ohne medizinische  
152 Eingriffe oder Hormonpräparate leben können, werden sie oft unmittelbar nach der  
153 Geburt operiert und leiden oft ihr ganzes Leben darunter. Hier fehlt es an Aufklärung  
154 und Beratung der Eltern sowie ausreichend geschultem medizinischen Personal. Das  
155 Recht auf körperliche Unversehrtheit muss auch für diese Betroffenen gelten.

156

## 157 **5. Gewalt ächten**

158 Gewalt ist für viele Frauen bittere Realität. Das Gewaltschutzgesetz hat mit der  
159 erleichterten Überlassung der Wohnung die Situation für Gewaltbetroffene in Familien  
160 wesentlich verbessert. Dennoch müssen jährlich etwa 34.000 Frauen und Kinder in  
161 Frauenhäuser fliehen. Weder die Anzahl der Plätze noch die Hilfs- und  
162 Beratungsangebote sind ausreichend. Wir brauchen spezifische Angebote und Plätze in  
163 Frauenhäusern insbesondere für behinderte Frauen, Migrantinnen, Frauen mit Kindern  
164 und pflegebedürftige Frauen. Mit der zentralen Notrufnummer sollen mehr Betroffene  
165 erreicht werden – dann müssen aber auch die Unterstützungseinrichtungen mehr Mittel  
166 erhalten. Auch ältere Frauen, Migrantinnen oder Frauen ohne eigenes Einkommen  
167 haben Schwierigkeiten. Wir müssen eine ausreichende Finanzierung für ein qualitativ  
168 hochwertiges Angebot durch die Übernahme als staatliche Pflichtaufgabe sicherstellen.

169 Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind regelmäßig Mehrfachdiskriminierungen  
170 ausgesetzt. Es gibt zu wenig Angebote für Frauen mit Behinderungen und auch zu  
171 wenig Schutz für sie in den Einrichtungen, in denen sie leben. Deshalb brauchen wir  
172 verpflichtende Antidiskriminierungsmaßnahmen und spezifische Förderung zugunsten  
173 von Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Eine geschlechtergerechte Ausrichtung  
174 der Inklusion und umfassende Maßnahmen gegen die Mehrfachdiskriminierung und  
175 Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist dringend erforderlich. Auch sie  
176 sollen selbstbestimmt und in Würde leben können.

177 Das rot-grüne Prostitutionsgesetz hat den Bereich des Sexgewerbes entkriminalisiert  
178 und die Doppelmoral beendet. Das war ein längst überfälliger Schritt. Ein Verbot der  
179 Prostitution würde die Prostituierten in die Illegalität drängen, ihre Arbeitsbedingung  
180 weiter verschlechtern und sie stärker der Gefahr von gewalttätigen Übergriffen  
181 aussetzen. Unser Ziel ist der möglichst weitgehende Schutz von Prostituierten. Dabei  
182 setzen wir nicht auf Einschränkungen und restriktive Maßnahmen. Das Beratungs- und  
183 Hilfsangebot wollen wir ausbauen. Wir wollen einen Ausbau der Ausstiegsprogramme.

184 Durch gewerberechtliche Überprüfungen von Bordellstätten wollen wir die  
185 Arbeitsbedingungen sicherer machen und verbessern.

186 Zwangsprostitution ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung und eine schwere,  
187 abscheuliche Straftat. Die Umsetzung der Europaratskonvention gegen  
188 Menschenhandel erfordert gesetzliche Neuregelungen auch auf nationaler Ebene. Die  
189 Opfer müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden, insbesondere, aber nicht  
190 nur während laufender Gerichtsverfahren. Ein dauerhaftes Bleiberecht würde ihre  
191 Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen und so zur Ermittlung der  
192 TäterInnen und Erhellung der Strukturen führen. Freier von Zwangsprostituierten  
193 müssen auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Außerdem  
194 brauchen alle Opfer von Zwangsehen ein eigenständiges und dauerhaftes  
195 Rückkehrrecht.

196 Frauen wie Männern, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, muss  
197 schnell, kompetent und effektiv geholfen werden. Dies erfordert länderübergreifendes  
198 Handeln und für alle verbindliche Leitlinien.

199 Auch in Deutschland leben viele von Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte  
200 Frauen und Mädchen. Das wollen wir ausdrücklich als Fall von schwerer  
201 Körperverletzung in das Strafgesetzbuch aufnehmen. Eine Bestrafung muss auch dann  
202 möglich sein, wenn Mädchen dazu ins Ausland verbracht wurden.

203

204 -----

#### 205 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 206 • will ein gleichberechtigtes Miteinander von Männern und Frauen.
- 207 • ist für die eigenständige Existenzsicherung und den Abschied vom  
208 Haupternährermodell.
- 209 • sorgt für gleiche Chancen für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
- 210 • bekommt mehr Frauen in den Parlamenten und Entscheidungspositionen.
- 211 • setzt sich für ein Leben ohne Gewalt ein.

212 -----

213

214

#### 215 **Schlüsselprojekte**

216

---

#### 217 ***Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – ein Entgeltgleichheitsgesetz erlassen***

218 Frauen verdienen im Schnitt noch immer 22% weniger als Männer. Typische



219 Frauenberufe werden schlechter entlohnt als typische Männerberufe.  
220 Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Freiwilligkeit haben in den letzten zehn Jahren  
221 zu nichts geführt. Die Entgeltlücke ist sogar noch größer geworden. Darum wollen wir,  
222 das Gebot des gleichen Entgelts bei gleicher und gleichwertiger Arbeit mit gesetzlichen  
223 Regelungen und angemessenen Sanktionen durchzusetzen. Damit gleiche Tätigkeiten  
224 und gleichwertige Jobs endlich gleich entlohnt werden.

225

---

226

227

---

### 228 ***Kinder fördern, nicht den Trauschein – Ehegattensplitting ersetzen***

229 Es gibt eine Schieflage bei den familienpolitischen Leistungen. Die Schieflage zwischen  
230 Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der  
231 Gesellschaft gemindert und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Wir wollen  
232 diese Schieflage beseitigen – statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das  
233 Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit  
234 übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Das steigert Erwerbsanreize für Frauen und  
235 ist damit ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senkt damit  
236 das Armutrisiko von Frauen und Familien. Wir wollen den Übergang für bestehende  
237 Ehen sozialverträglich gestalten. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des  
238 Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des  
239 Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von mindestens  
240 60.000 Euro begrenzen würde. Dieser Splittingdeckel soll dann schrittweise abgebaut  
241 werden. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen,  
242 wollen wir Schritt für Schritt mehr zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen,  
243 und zum Aufbau einer Kindergrundsicherung nutzen, die gerade für Familien mit  
244 Kindern einen Ausgleich schafft. Frauen, die aufgrund der bestehenden Regelungen  
245 aus dem Beruf ausgestiegen sind, wollen wir mit einem umfassenden Aktionsprogramm  
246 den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

247

---

248

249

---

### 250 ***Die Hälfte der Macht den Frauen – eine verbindliche Quote einführen***

251 Diverse Selbstverpflichtungen der Unternehmen blieben ohne größeren Einfluss auf  
252 den Frauenanteil in den Führungsgremien. Wir haben genug von den  
253 Lippenbekenntnissen und wollen endlich Taten sehen, um die gläserne Decke für  
254 Frauen zu beseitigen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände werden die  
255 Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt  
256 führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und andere Frauen

257 nachziehen. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte  
258 Gesellschaft.  
259 \_\_\_\_\_

**BTW-K-01 Bundestagswahlprogramm - Kunst und Kultur beflügeln**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **P) Kunst und Kultur beflügeln**

2 **Wie wir Kunst als gesellschaftlichen Stein des Anstoßes bestärken und**  
3 **kulturellen Wandel fördern**

4 Kunst und Kultur ermöglichen es uns, die Welt anders zu sehen, anders zu hören,  
5 anders zu denken. Kunst und Kultur sind ein elementarer Ausdruck von Freiheit und  
6 Selbstbestimmung. Sie sind ein entscheidendes Feld sozialer Teilhabe. Und sie sind ein  
7 wichtiger Impulsgeber für Veränderung.

8 Deshalb sind wir für eine vielfältige Kulturlandschaft in unserem Land aktiv. Wir stehen  
9 für eine starke kulturelle Infrastruktur und mehr kulturelle Bildung, für offene Zugänge  
10 und künstlerische Freiheit, für gezielte Förderung und gesicherte Arbeitsbedingungen.  
11 Neben den großen Häusern schenken wir unser Augenmerk den vielen freien Initiativen  
12 und Projekten, die uns bereichern und bislang zu wenig Anerkennung erfahren.

13 Kulturpolitik sollte nach unserem Verständnis Grenzen überwinden und Brücken bauen.  
14 Die Regierung Merkel hat genau das Gegenteil getan. Sie hat die auswärtige Kultur-  
15 und Bildungspolitik finanziell ausbluten lassen. Mit Blick auf die Dynamiken der  
16 Globalisierung ist das absurd, denn Kunst und Kultur fördern den Perspektivenwechsel  
17 und ein Gespür dafür, dass wir in der Einen Welt „aufeinander angewiesen“ sind.

18 Es gibt eine Übereinkunft, dass eine lebendige, lernfähige Gesellschaft eine starke  
19 kulturelle Infrastruktur und kulturelle Teilhabe braucht. Doch dafür brauchen wir eine  
20 andere, eine aktive Kulturpolitik. Wir sehen und fördern Kunst und Kultur auch als  
21 Schlüssel zur Beteiligung gesellschaftlich und politisch weniger engagierter  
22 Bevölkerungsgruppen wie MigrantInnen, Junge und Alte, sozial Benachteiligte – in der  
23 Stadt-, Quartiers- und Regionalentwicklung, bei Bauprojekten, der Anlage und  
24 Gestaltung von öffentlichen Freiräumen, in der Umweltbildung und für neue  
25 Kulturangebote.

26 Wir unterstützen kulturelle Orte, an denen alle teilhaben können – aktiv und passiv.  
27 Kunst und Kultur sind für uns kein elitäres Projekt - für die mit der umfassenden  
28 Vorbildung oder dem dicken Geldbeutel. Deshalb öffnen wir die Kulturinstitutionen –  
29 und schaffen Möglichkeitsräume für alle.

30 Kunst und Kultur sind eine wichtige Quelle der Einmischung in öffentliche Fragen – und  
31 sie leben selbst von der Einmischung. Kunst und Kultur, die nur verwaltet wird, bedeutet  
32 Stillstand. Die kulturelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist eine Einmischung in  
33 die eigenen Angelegenheiten.

34 Eine gute Kulturpolitik schafft Zukunft. Denn wir brauchen die Kreativität und die Kraft,  
35 die Dinge anders zu sehen, als wir es gewohnt sind. Das gilt für die Zukunft von  
36 Demokratie und Menschenrechten ebenso wie für eine Welt in Nachhaltigkeit und  
37 Frieden.

38

## 39 **1. Die Türen der Kultureinrichtungen öffnen**

40 Wir schaffen für alle einen Zugang zu Kunst und Kultur, indem wir auf kulturelle Bildung  
41 setzen und Kultureinrichtungen vor Ort stärken. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen  
42 in die kulturellen Räume, in die Theater, Kinos, Museen, Clubs, Bibliotheken kommen.  
43 Hierfür bauen wir die Barrieren ab, die physischen wie die sozialen. Unsere  
44 Kulturlandschaft muss für jede und jeden interessant und erschwinglich sein.

45 Durch kulturelle Bildung wird vielen jungen Menschen die Tür zur Kunst aufgestoßen.  
46 An Schulen sind Fächer wie Musik und Kunst deshalb kein netter Zusatz, sondern  
47 essentieller Bestandteil einer guten Bildung. Dafür brauchen wir genügend Personal  
48 und eine stärkere Kooperation mit den KollegInnen aus anderen Fachbereichen,  
49 Kulturinstitutionen sowie externen Kulturschaffenden. Die Pilotprojekte der Kulturstiftung  
50 des Bundes leisten dafür bereits einen wichtigen Beitrag, den wir mit zusätzlichen  
51 Mitteln unterstützen werden.

52 Auch im außerschulischen Bereich sollen die kulturellen Einrichtungen allen Kindern  
53 und Jugendlichen offen stehen. Dafür brauchen wir mehr KulturpädagogInnen, die fest  
54 in den Häusern verankert sind. Wir stärken dezentrale und niedrighschwellige  
55 Kulturangebote etwa in Jugendzentren oder Kinder- und Jugendtheatern. Wir stellen  
56 fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund in den Kultureinrichtungen  
57 unterrepräsentiert sind. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf und werden die  
58 Kultureinrichtungen interkulturell öffnen. Nicht zuletzt setzen wir uns für mehr  
59 Barrierefreiheit ein, damit wir Kultur fördern, die allen zugänglich ist. Ein Beispiel für  
60 Barrierefreiheit ist unser grünes Engagement für den barrierefreien Film.  
61 Untertitelungen und Audiodeskriptionen für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen  
62 sind in der Bundesfilmförderung nun verpflichtend. Wir wollen, dass dieses Beispiel  
63 breit Schule macht – auch im Fernsehangebot.

64

## 65 **2. Gerechtigkeit für die Kulturschaffenden**

66 Eine Gesellschaft ohne KünstlerInnen und Kreative ist arm und leer. Kunst, die nur von  
67 der Gunst reicher SpenderInnen abhängig ist, ist es auch. Wir müssen

68 Kulturschaffenden so viel Sicherheit bieten, dass sie experimentieren und auch  
69 scheitern können, dass sie uns herausfordern, kritisieren oder irritieren können. Kunst  
70 und kulturelle Werke werden dabei von unterschiedlichsten Menschen geschaffen,  
71 professionell, semi-professionell aber auch als Hobby in der Freizeit.

72 Alle Kulturschaffende in Deutschland brauchen angemessene steuerliche und rechtliche  
73 Rahmenbedingungen. Wir schaffen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale  
74 Sicherheit und sprechen uns für Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen für  
75 alle ausgebildeten InterpretInnen, BühnendarstellerInnen und Lehrenden ohne  
76 Festanstellung in Kunst und Kultur aus. Wir sorgen dafür, dass sie trotz brüchigen  
77 Erwerbsbiographien bei der Arbeitslosenversicherung und dem Krankengeldanspruch  
78 abgesichert sind. Die Aneinanderreihung zeitlich befristeter Honorarverträge jenseits  
79 einer angemessenen Vergütung wollen wir beenden. Bei der Einführung der  
80 Bürgerversicherung erhalten wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung.

81 Auch bei Lehrtätigen in Kunst und Kultur setzen sich zeitlich befristete Honorarverträge  
82 und deren Aneinanderreihung immer mehr durch, weit entfernt von einer  
83 angemessenen Vergütung. Deshalb muss es für alle Lehrenden ohne Festanstellung  
84 eine Mindestabsicherung und Honoraruntergrenzen geben.

85 Die digitale Gesellschaft ist Wirklichkeit und bietet zahlreiche auch neue Möglichkeiten  
86 für kulturelle Teilhabe und mehr kulturelle Vielfalt. Etablierte Kunstformen können sich  
87 im Internet weiterentwickeln und Neue entstehen. Wir wollen, dass künstlerische  
88 Leistung und kreative Arbeit als solche anerkannt und angemessen vergütet wird. Dies  
89 muss weiterhin Maßgabe bei der Reform und Modernisierung des Urheberrechts sein.  
90 Wir wollen UrheberInnen und NutzerInnen in ihren Rechten stärken und gleichzeitig  
91 Respekt und Vertrauen zwischen KünstlerInnen und NutzerInnen fördern. Deshalb  
92 setzen wir auf einen fairen Interessenausgleich. Mit der Reform des  
93 Urhebervertragsrechts stärken wir die UrheberInnen, denn sie sind heute oft in einer  
94 schwachen Verhandlungsposition gegenüber ihren GeschäftspartnerInnen. Wir wollen  
95 das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und  
96 VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden  
97 Ergebnis führt. Außerdem müssen InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen  
98 darüber informieren, wie oft ihr Werk genutzt wurde und welche Erträge damit  
99 erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke  
100 informiert sind, können UrheberInnen eine angemessene Vergütung aushandeln.  
101 Weiterhin muss dafür Sorge getragen werden, dass gefundene Vereinbarungen  
102 kontrolliert und im Streitfall auch durchgesetzt werden. Urheberpersönlichkeitsrechte  
103 müssen auch in der Zukunft gewahrt bleiben, damit UrheberInnen auch weiterhin über  
104 die Nutzung ihrer Inhalte selbst entscheiden können.

105

106

107 **3. Anstoß für ... Demokratie und Menschenrechte, Nachhaltigkeit und**  
108 **Frieden**

109 Demokratie braucht Kultur. Kulturelle Orte sind oftmals Orte der gesellschaftlichen  
110 Begegnung, der produktiven Reibung. Sie sind Keimzellen für demokratische Ideen und  
111 Prozesse. Sie schaffen Raum für Neues, für Reflexion und Widerspruch, für Debatte  
112 und Diskurs. Sie sind unser gesellschaftliches Labor – abseits vom Sound des  
113 Sachzwangs.

114 Kultur schafft Raum für Protest. Gerade an Orten der Unterdrückung und in Zeiten der  
115 Verfolgung. Bei systematischen Menschenrechtsverletzungen ist die Kunst oft das  
116 einzige Sprachrohr das uns noch erreicht. Wir müssen diese Kanäle offen halten.  
117 Künstlerinnen und Künstler, die mutig genug sind aufzustehen und Widerstand zu  
118 leisten, finden unsere Solidarität: vom chinesischen Schriftsteller Liao Yiwu bis zur  
119 russischen Band Pussy Riot, von den Dichterinnen des Arabischen Frühlings bis zum  
120 iranischen Filmemacher Jafar Panahi.

121 Kultur ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Neonazis haben  
122 in Regionen ohne zureichendes Kulturangebot, ohne Jugendzentren und sonstige Orte  
123 der Begegnung, oft ein leichtes Spiel. Deswegen fordern wir auch für die kulturellen  
124 Initiativen gegen den Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit  
125 eine sichere und verstetigte Förderung durch den Bund.

126 Kultur stellt Fragen nach einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise. Diese Fragen  
127 und Irritationen können uns aus dem alltäglichen Phlegma der  
128 ressourcenverschwendenden Bequemlichkeit herausreißen. Deshalb werden wir das  
129 Politikfeld Kultur in den Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie  
130 aufnehmen.

131 Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Auswärtige Kulturpolitik und internationaler  
132 Kulturaustausch gehören zu den wichtigsten Instrumenten für Völkerverständigung. Die  
133 auswärtige Kulturpolitik werden wir deshalb stärken, insbesondere Mittlerorganisationen  
134 wie Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Austauschdienst. Wir begreifen  
135 kulturelle Verständigung als einen Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa und  
136 für den notwendigen »Dialog der Kulturen« weltweit. Kultur kann Dialoge mit Ländern  
137 eröffnen, zu denen es keine weiteren Zugänge gibt. Sie spielt eine wichtige Rolle in der  
138 Konfliktprävention und -überwindung. Auch ihre Bedeutung für die  
139 Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend erkannt. Im Sinne der „UNESCO-  
140 Erklärung zur Kulturellen Vielfalt“ verstehen wir die Vielfalt der Kulturen als wesentliche  
141 Ressource für die Zukunft der Menschheit.

142

143 **4. Ein neuer Anlauf für die Kultur förderung**

144 Wir schaffen eine verlässliche öffentliche Kulturförderung auch in den Zeiten der

145 Schuldenkrisen und der Schuldenbremsen. Deshalb wollen wir die Fonds unter  
146 anderem für Soziokultur und Darstellende Künste und dem Dach der Kulturstiftung des  
147 Bundes stärken und ergänzen das durch ein Programm zur Förderung künstlerischer  
148 Ausdrucksformen der Jugendkultur. Wir richten die Förderung gemeinsam neu aus und  
149 schaffen mehr Transparenz. Der Kulturstatsminister darf nicht weiterhin allein hinter  
150 verschlossenen Türen über die Bewilligung von Förderanträgen entscheiden, sondern  
151 wir brauchen eine Fachjury in jedem Förderbereich. Auch die Kommunen müssen zur  
152 Wahrung ihrer Kulturförderung vor Ort stärker entlastet werden. Die Mehreinnahmen  
153 durch die grüne Reform der Erbschaftssteuer sind eine große Chance auch für die  
154 Kultur. Als Grüne kämpfen wir in Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam dafür,  
155 dass sie genutzt wird. Wir treten für den Bestand regionaler, kultureller Infrastruktur, wie  
156 dem örtlichen Buchhandel und kleiner lokaler Kinos ein.

157 Die finanzielle Kluft zwischen den etablierten Häusern und der freien Szene wird immer  
158 größer. Langfristiges Ziel muss sein, die Kooperationen mit der freien Szene zu  
159 verstetigen und für eine bessere finanzielle Absicherung zu sorgen. Wir sehen uns aber  
160 auch in der Verantwortung für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert  
161 wird. Die Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden.  
162 Mehr Unterstützung und Vermittlung seitens der Politik sind hier notwendig. So fordern  
163 wir die Prüfung eines KfW-Sonderprogramms Kulturförderung, das bei drohender  
164 Schließung Überbrückungskredite gewährt. Auch bei der energetischen Sanierung von  
165 Kulturgebäuden, sollen Kultureinrichtungen von den bestehenden Programmen  
166 profitieren.

167 Wir heben das Doppelfinanzierungsverbot auf, um gerade auf diesem Feld die  
168 interministerielle Zusammenarbeit zu fördern, etwa für die Errichtung eines Projektfonds  
169 zu Ästhetik und Nachhaltigkeit. Wir planen die Einrichtung eines Fonds für „Ästhetik und  
170 Nachhaltigkeit“. Denn die ökologische Krise erfordert einen Umbau unserer  
171 Gesellschaft, der sich nicht in technischen Fragen wie Gebäudesanierung erschöpft,  
172 sondern völlig neue Lebensweisen hervorbringen wird. Hierfür sind Konzepte,  
173 Strategien und Strukturen des öffentlichen Designs zu entwickeln – „Infrastrukturen des  
174 Glücks“, die sich den globalen und lokalen Aufgaben stellen, ohne das Maß an  
175 persönlicher Freiheit einzuschränken. Diese Entwicklung dürfen wir nicht der Sphäre  
176 der Ökonomie überlassen – die Künste, Kultur und Wissenschaft müssen tatkräftig  
177 mitwirken.

178 Ob Schauspiel, Musik, Bilder, Filme oder Bücher – wir brauchen bei der Förderung  
179 einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Medien

180 Unsere Theaterlandschaft zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Aufgrund der  
181 Koexistenz von etablierter und unkonventioneller Theaterproduktion hat sie eine  
182 einzigartige künstlerische Dynamik. Wir fördern alle kreativen Theaterformen und  
183 stärken die Produktionsgemeinschaften.

184 Wir fordern die Einrichtung eines Fonds „Neue Musik“ zur Förderung der Aufführung  
185 und Vermittlung neuer musikalischer Werke aus allen musikalischen Sparten und  
186 unterstützen besonders junge MusikerInnen, indem mehr Probe- und  
187 Auftrittsmöglichkeiten geschaffen werden. Dadurch können wir auch die Liegenschaften  
188 des Bundes, wie frei werdende Kasernen, besser nutzen. Die vielfältige Clublandschaft  
189 wollen wir erhalten.

190 Künstlerinnen und Künstler erhalten bislang für die öffentliche Ausstellung ihrer Werke  
191 üblicherweise keinerlei Vergütung. Wir fordern daher, dass der Bund eine verpflichtende  
192 Ausstellungszahlung an bildende Künstlerinnen und Künstler in seine Förderkriterien  
193 aufnimmt. Dadurch kann der Bund eine Vorbildfunktion übernehmen für Länder,  
194 Kommunen und private Aussteller.

195 Wir wollen die Filmförderung in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen. Bei der  
196 Filmförderung geht es um die Verwirklichung toller Projekte – und nicht nur um  
197 ausgeklügelte Marketingpläne. Wir wollen deshalb den kulturellen Kriterien in der  
198 Filmförderung wieder Gewicht verleihen und nehmen die regionale Film- und  
199 Medienwirtschaft sowie kleine und freie Produktionen in den Blick. Dafür bedarf es auch  
200 Reformen in den Gremien der Filmförderung. Junge und kreative Filmschaffende  
201 müssen mehr Einfluss bekommen. Wir brauchen auch eine Ökologisierung der  
202 Kulturwirtschaft und insbesondere der Filmwirtschaft. Deshalb plädieren wir für eine  
203 „Green Film“-Initiative in der Bundesfilmförderung.

204 Wir sind stolz auf die vielfältige Literaturlandschaft in der Bundesrepublik und wollen die  
205 Vielfalt unterstützen, indem wir junge AutorInnen fördern und gute Bedingungen auch  
206 für kleine Verlage schaffen. Wir tragen dazu bei, dass die Leseförderung intensiviert  
207 wird und nicht ausschließlich an Schulen stattfindet. Lesen und Schreiben sind die  
208 entscheidenden Voraussetzungen für Medien- und Konsumkompetenz, Integration und  
209 Inklusion, gesellschaftliche und politische Teilhabe. Deshalb wollen wir die öffentlichen,  
210 nichtkommerziellen Bibliotheken erhalten – als Orte des niedrighwelligen und  
211 kostengünstigen Zugangs zu Literatur und Wissen. Zudem wollen wir die elektronische  
212 Ausleihe in Bibliotheken vereinfachen und unnötige Vorgaben hier abschaffen.

213 Wir brauchen unser kulturelles Erbe als Quelle des Nachdenkens und als Zeugnis  
214 stetigen Wandels. Deshalb soll mit der Digitalisierung von Video- und Audiokunst,  
215 Musik- und Filmarchive, digitale Kulturen, Flyer- und StreetArt aber auch "flüchtige"  
216 Künste wie auch Theater und Tanz digitalisiert und archiviert werden. Entsprechende  
217 Hürden wollen wir abbauen.

218

## 219 **5. Erinnerung wachhalten, damit wir wach bleiben**

220 Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus muss  
221 ihren Niederschlag in einer vielfältigen Erinnerungskultur finden. Diese ist umso  
222 wichtiger, als bald keine Überlebenden und ZeitzeugInnen des Nationalsozialismus von



223 ihrer Erfahrung berichten können. Gerade im Bereich der Bildung müssen neue Formen  
224 der Erinnerungskultur systematisch verankert werden. Zur Erinnerung gehört für uns  
225 aber auch, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Wir begrüßen, dass mit auf grüne  
226 Initiative hin ein Informationsort „T4“ zu den NS-Euthanasiemorden entsteht. Erfreulich  
227 ist auch, dass es in Berlin endlich ein Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti  
228 und Roma gibt. Doch es genügt nicht, Denkmäler einzuweihen. Doch es genügt  
229 offensichtlich nicht, Denkmäler einzuweihen, denn während wir im Nationalsozialismus  
230 ermordete Sinti und Roma ehren, betreibt die schwarz-gelbe Bundesregierung gegen  
231 die Lebenden eine „Asylmissbrauchs“-Kampagne.

232 Aufarbeitung brauchen wir auch bei den Ministerien und Behörden. Sie sollen ihre NS-  
233 Vergangenheit so untersuchen lassen, wie wir es etwa im Auswärtigen Amt angestoßen  
234 haben. Nötig ist jetzt ein systematisches Vorgehen, auch mit Blick auf die großen  
235 Irritationen im Umgang von Bundesministerien und Behörden mit NS-Verbrechern wie  
236 Eichmann, Barbie oder Carl Theodor Schütz. Wir brauchen klare Kriterien für weitere  
237 Untersuchungen und den Umgang mit den Ergebnissen. Und eine bessere  
238 Koordinierung bei der Aufarbeitung - auf Bundesebene, aber auch in die Länder, Kreise  
239 und Kommunen hinein. Denn die NS-Herrschaft war flächendeckend. Und ihre  
240 Hinterlassenschaften waren es auch.

241 Auch die Geschichte der DDR als Unrechtsstaat muss weiter umfassend und  
242 differenziert aufgearbeitet werden. Dazu ist die Stasi-Unterlagen Behörde ein wichtiger  
243 Bestandteil. Die Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR muss Bestandteil der  
244 schulischen Bildung in Ost- und Westdeutschland werden.

245

## 246 **6. Es lebe der Sport**

247 Das breite Vereinsangebot in der Bundesrepublik leistet einen wichtigen  
248 gesellschaftspolitischen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration und zu  
249 einem gesunden Leben. Sportvereine sind ein Ort der Kinder- und Jugendarbeit, an  
250 dem soziale Kompetenzen erlernt werden. Teamgeist, der Umgang mit Erfolgen und  
251 Misserfolgen und Fairness werden den Jüngsten in Sportvereinen nahegebracht.

252 Sport für alle und mit allen bietet die Möglichkeit, Vorurteile abzubauen und Werte wie  
253 Toleranz, Chancengerechtigkeit und Respekt zu vermitteln. Auch weltweit entfaltet  
254 Sport Möglichkeiten des Dialogs und Austauschs. Wir unterstützen die Initiativen der  
255 Verbände und Vereine gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus,  
256 Islamfeindlichkeit und Homophobie vorzugehen. Gewalt in und um Fußballstadien  
257 treten wir entschieden entgegen. Für bessere Gewaltprävention setzen wir auf die  
258 Stärkung von Fanprojekten.

259 Ein zukunftsfähiges Leitbild im Sport nimmt die Herausforderungen des demografischen  
260 Wandels an. Wir beziehen alle Teile der Gesellschaft ein, auch weil wir Sport als einen  
261 Teil des Bildungs- und Gesundheitssystems sehen. Doping schädigt die Gesundheit,

262 Doping ist Betrug. Diese Bedrohung für den Sport bekämpfen wir entschieden und  
263 wirksam.

264 Grüne Sportpolitik orientiert sich an den Grundsätzen der Fairness und des Fairplays.  
265 Korruption und betrügerische Machenschaften im Weltsport und in den Sportverbänden  
266 verurteilen wir entschieden und setzen uns für umfassende Transparenz in den  
267 Strukturen und Entscheidungen ein.

268 Potentiale im Freizeit-, Breiten- und Spitzensport für den Umwelt- und Klimaschutz und  
269 den Erhalt der biologischen Vielfalt müssen stärker genutzt werden.

270 Nachhaltigkeitsaspekte wollen wir im Sport stärker verankern und Programme und  
271 Initiativen für einen klimafairen und umweltfreundlichen Sport unterstützen und fördern.

272

273 -----

#### 274 **Wer GRÜN wählt, ...**

275 • fördert eine vielfältige und zukunftsfähige Kulturlandschaft, an der alle teilhaben  
276 können.

277 • schafft bessere soziale und wirtschaftliche Bedingungen für KünstlerInnen und  
278 Kulturschaffende.

279 • stärkt die freie Szene.

280 • wählt kulturelle Bildung von Anfang an.

281 • unterstützt das vielfältige Engagement für den Sport und setzt sich für einen  
282 fairen Sport ein.

283 -----

284

285

#### 286 **Schlüsselprojekte**

287

288

---

#### 289 ***Kulturschaffenden den Rücken stärken – Urhebervertragsrecht reformieren***

290 Faire Vertragsverhältnisse gibt es nur, wenn Urheberinnen und Urheber mit ihren  
291 VerwerterInnen auf Augenhöhe verhandeln können. In den vergangenen Jahren hat  
292 sich gezeigt, dass dies nicht gegeben ist. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Rechte  
293 der Urheberinnen und Urheber. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über  
294 Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am  
295 Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen  
296 InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen darüber informieren, wie oft ihr Werk

297 genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie  
298 umfassend über die Nutzung ihrer Werke informiert sind, können UrheberInnen eine  
299 angemessene Vergütung aushandeln.

300

---

301

302

---

303 ***Die Kulturschaffenden besser absichern – faire Zugänge zur***  
304 ***Arbeitslosenversicherung schaffen***

305 Viele KünstlerInnen und Kreative sind sozial zu wenig oder gar nicht abgesichert. Auch  
306 unstetig Beschäftigte brauchen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit.  
307 Wir ermöglichen deshalb, dass diejenigen Arbeitslosengeld erhalten, die mindestens  
308 vier Monate innerhalb zweier Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben  
309 und schaffen eine befristete Vermittlungspause im SGB II und SGB III. Auch die  
310 Krankengeldregelung passen wir an: anstatt – wie von schwarz-gelb eingeführt – nach  
311 7 Wochen soll spätestens ab dem 15. Tag, in der Regel aber schon ab dem 1. Tag ein  
312 Krankengeldanspruch möglich sein. Bei der Einführung der Bürgerversicherung werden  
313 wir darüber hin die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten. So schaffen wir  
314 die Sicherheit, die kreativer Mut braucht.

315

---

316

317

---

318 ***Erinnerung für eine bessere Zukunft – die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in***  
319 ***Ministerien und Behörden vorantreiben***

320 Die nationalsozialistische Herrschaft war flächendeckend. Die Aufarbeitung ihrer  
321 Hinterlassenschaften ist eine Frage der demokratischen Selbstvergewisserung. Über  
322 den Umgang mit der NS-Geschichte in unseren staatlichen Institutionen wird breit  
323 diskutiert, sie ist ein wichtiges Kapitel demokratischer Erinnerungskultur. Die vom  
324 damaligen Außenminister Joschka Fischer in Auftrag gegebene Studie zur NS-  
325 Vergangenheit des Auswärtigen Amtes war ein wichtiger Anstoß. Doch noch gibt es  
326 viele offene und drängende Fragen und viele Lücken in der Aufarbeitung. Wir wollen  
327 diese Fragen systematisch angehen, Lücken in der Aufarbeitung schließen und  
328 Kriterien für den Umgang mit den Forschungsergebnissen definieren. Dabei wollen wir  
329 auch Länder und Kommunen einbeziehen.

330

---

**BTW-KO-01 Bundestagswahlprogramm - Unsere Politik vor Ort**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **Q) Unsere Politik vor Ort**

2 **Wie wir die Kommunen stark machen und zu einem gerechten Ausgleich**  
3 **zwischen den Regionen kommen**

4 Vor Ort wird Politik lebendig. In den Kommunen werden abstrakte Gesetze zu  
5 Entscheidungen, die unseren Alltag prägen. Wir spüren, dass die Luft besser wird,  
6 wenn die Bürgermeisterin auf das Fahrrad, Busse und eine intelligente Verkehrsführung  
7 setzt. Wir erleben aufregende Theaterabende, weil dem Bürgermeister die kulturelle  
8 Vielfalt am Herz liegt. Wir merken aber auch, wie prekär die Finanzlage ist, wenn das  
9 Schwimmbad zu bleibt oder es durch das Schuldach tropft.

10 Wir Grüne sind viel vor Ort aktiv und haben deshalb die Situation vor Ort immer im  
11 Blick. Wir sehen die Sorgen der BürgermeisterInnen, der RätInnen in Städten,  
12 Gemeinden und Bezirken. Sie leisten Tag für Tag ganze Arbeit, aber werden vom Bund  
13 und den Ländern allzu oft alleine gelassen. Die Union setzt weiter auf viel zu teure  
14 Prestigeprojekte – und will die Millionengräber im Zweifel auch gegen den Willen der  
15 Bevölkerung und auf Kosten einer nachhaltigen Infrastruktur durchsetzen. Uns sind  
16 hundert kleine Bühnen lieber als eine Arena. Statt einem überteuerten Zentralbahnhof  
17 wollen wir schnellere Zugverbindungen in der ganzen Region.

18 Vor Ort ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern klar: die Kommunen brauchen eine  
19 stärkere Unterstützung. Wir stehen deshalb für einen kooperativen Föderalismus ein,  
20 der gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen befördert. Natürlich  
21 unterscheidet sich das Leben in einer Metropole von dem auf dem Lande, aber  
22 Kommunen müssen überall dazu befähigt sein, die Grundlagen für ein gutes, vielfältiges  
23 Miteinander zu schaffen.

24 Unsere Politik ermöglicht allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe vor Ort. Wir  
25 unterstützen die Kommunen darin, eine soziale und kulturelle Infrastruktur zu schaffen,  
26 die allen offen steht, denn hier entscheidet sich, ob Teilhabe wirklich gelingt.

27 Unsere Politik ermöglicht Einmischung vor Ort. Die Menschen in den Kommunen haben  
28 die Ideen und die Kraft für ein lebendiges Gemeinwesen. Was sie brauchen, ist die  
29 Möglichkeit zum Mitreden und Mittun.

30 Unsere Politik schafft vor Ort Zukunft. Indem wir die Kommunen unterstützen und  
31 entlasten eröffnen neue Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume. Wir  
32 arbeiten mit an der grünen Stadt der Zukunft – vielfältig, solidarisch und nachhaltig.

33

### 34 **1. Die grüne Stadt entwickeln – vielfältig, solidarisch, nachhaltig**

35 Wir entwickeln unsere Städte weiter – zu Orten für ein vielfältiges und nachhaltiges  
36 Miteinander, mit kurzen Wegen und vielen Grünflächen, mit heterogenen Vierteln,  
37 kulturellen Treffpunkten und lebendigen Innenstädten. Es sollen Lebens- und  
38 Gestaltungsräume für alle Bürgerinnen und Bürger werden, in der sich Kinder aber auch  
39 Alte oder Menschen mit Behinderung frei bewegen können.

40 Grüne Städte sind bunt, kreativ, lebendig – und für alle da. Deshalb erhalten wir  
41 öffentliche Freiräume und schaffen mehr Platz für Menschen und Initiativen, die sich vor  
42 Ort für eine lebenswerte Stadt einsetzen. Bei städtebaulichen Planungen sollen  
43 AnwohnerInnen früher informiert und verbindlich beteiligt werden. Dafür ändern wir das  
44 Bau- und Planungsrecht und knüpfen Programme an entsprechende Bedingungen.  
45 Auch wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung für die Programme Soziale Stadt,  
46 Stadtumbau und Denkmalschutz mittelfristig erhöhen.

47 Grüne Städte leben von der Vielfalt in den Vierteln. Dafür stärken wir im Sinne der  
48 Sozialen Stadt die dauerhafte Teilhabe in heute benachteiligten Stadtteilen. Wir regen  
49 eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen an,  
50 um nachhaltige Integrationserfolge zu erzielen. Zusätzlich zu baulichen Maßnahmen  
51 sollen Aktivitäten wie die Vernetzung, Bildung oder bürgerschaftliches Engagement  
52 gefördert werden. Außerdem koppeln wir Neubauprojekte an die Schaffung von  
53 bezahlbarem Wohnraum und wenn Brachflächen, wie alte Kasernengelände verkauft  
54 werden, sollen nachhaltige und stadtpolitische Faktoren berücksichtigt werden, damit  
55 nicht nur das Höchstgebot zählt. Daher wollen wir den gesetzlichen Auftrag für die  
56 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben neu regeln.

57 Grüne Städte sind auch der richtige Ort für den Klimaschutz – mit innovativen  
58 Technologien und einer Stadt in der Energiesparen zum Volkssport wird. Wir setzen auf  
59 Information und Transparenz - mit dem Energiebedarfsausweis für Gebäude,  
60 ökologischen Mietspiegeln und einem Netz von Beratungszentren – sowie auf eine  
61 bessere Förderstrategie für eine klimafreundliche aber auch sozial gerechte Politik. Wir  
62 bauen auf ein dezentrale Energieversorgung und effiziente Leitungssysteme. Wir  
63 machen die Städte fit für die Energiewende und schaffen bis 2050 einen klimaneutralen  
64 Gebäudebestand. Deshalb brauchen wir einen Anstieg der Sanierungsquote auf 3% pro  
65 Jahr und zielen auf Warmmietenneutralität ab. Für diesen Kraftakt nehmen wir dabei die  
66 Quartiere in den Blick, denn durch unser Konzept der energetischen Quartierssanierung  
67 ist eine behutsame Stadterneuerung möglich und es ergeben sich handfeste Vorteile:  
68 die Kommunen können Schwerpunkte festlegen, die Wohnraumnachfrage und

69 Stadtentwicklung verknüpfen, Fehlinvestitionen vermeiden und Kosten senken. Und es  
70 soll alles zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und umgesetzt werden  
71 – transparent und auf Augenhöhe. Dafür wollen wir für neue Gebäude den Niedrig-  
72 Energiehaus-Standard gesetzlich vorgeben, doch der Fokus liegt auf dem bereits  
73 bestehenden Bestand. Hier sind besonders private KapitalgeberInnen gefragt, so dass  
74 wir auch die richtigen Anreize schaffen müssen.

75 Nicht zuletzt muss die energetische Modernisierung bezahlbar und die Kosten gerecht  
76 verteilt sein. EigentümerInnen, MieterInnen und Staat sollen sich die Kosten teilen. Nur  
77 so können die notwendigen Investitionen sozialverträglich gestaltet werden. Dazu  
78 wollen wir das KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit 2 Mrd. Euro jährlich ausstatten  
79 und verstetigen. Zusätzlich wollen wir den Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro  
80 einrichten, mit dem Quartierssanierung und Stromsparmaßnahmen gefördert werden –  
81 auch in Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten. Soziale Härten  
82 sollen mit einem Klimawohngeld aufgefangen werden. Bei den Wohnkosten für  
83 EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe soll es einen Klimabonus für optimal sanierte  
84 Wohnungen geben.

85

## 86 **2. Mieten müssen bezahlbar sein**

87 Unsere Städte sind Städte für alle Bürgerinnen und Bürger – statt Spielwiesen für  
88 SpekulantInnen. Niemand soll aus dem Viertel an den Stadtrand ziehen müssen, weil  
89 die Miete plötzlich zu hoch ist. Schon heute leben in Deutschland drei von vier  
90 Personen in Städten – und der Bedarf an urbanen Wohnraum nimmt zu. Das weckt  
91 spekulative Begehrlichkeiten und erhöht den Druck auf die Mieterinnen und Mieter.  
92 Durch die Finanzkrise und die damit einhergehenden Immobilienspekulationen mit  
93 drastischen Mietsteigerungen, Eigentumsumwandlung und neuem Luxuswohnungsbau  
94 wurde der Druck vielerorts noch erhöht. Die negativen Auswirkungen von  
95 Gentrifizierung können wir nicht länger hinnehmen. Die Zahl der Haushalte, die mehr  
96 als 40% ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in  
97 Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an.

98 Wohnen muss bezahlbar bleiben, gerade auch im Bestand. Das leistungslose  
99 Abschöpfen von Immobilienwerten wird zum Hindernis für die energetische  
100 Gebäudesanierung. Bei überbeuertem Wohnraum haben weder EigentümerInnen noch  
101 MieterInnen finanziellen Spielraum dafür. Wir passen daher das Mietrecht, die  
102 Wohnungspolitik und das Baurecht an. Der Bund soll die Länder und Kommunen  
103 besser bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und gezielten Ankäufen in  
104 innerstädtischen Lagen unterstützen. Öffentliche Gebäude werden nur noch notfalls  
105 verkauft und dann bevorzugen wir nachhaltig wirtschaftende Wohnungsgesellschaften.  
106 Die Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften unterstützen wir. Den Anstieg von  
107 Mieten ohne Gegenleistung bremsen wir, indem wir die regelmäßige Erhöhung der

108 ortsüblichen Vergleichsmiete drosseln und notfalls auch Mietobergrenzen einsetzen.  
109 Für BewohnerInnen, die sich im Verkaufsfall zu Wohngenossenschaften  
110 zusammenschließen, haben wir ein Vorkaufsrecht vorgesehen. Die Mieterhöhung im  
111 Zuge von Modernisierungen senken wir auf maximal 9% der Kosten pro Jahr und  
112 beschränken sie auf die energetische Sanierung sowie Umbauten für altersgerechtes  
113 Wohnen sowie die energetische Sanierung. Damit hohe Energieeinsparungen und nicht  
114 hohe Kosten belohnt werden, wollen wir die Mieterhöhung stärker vom  
115 Einsparungsergebnis abhängig machen. Auch die Maklergebühren sind vielerorts zu  
116 einem echten Kostenfaktor geworden. Deshalb soll den Makler oder die Maklerin  
117 bezahlen, wer ihn oder sie bestellt.

118

### 119 **3. Teilhaben im ländlichen Raum**

120 Deutschland wird durch eine Vielzahl an unterschiedlichen ländlichen Regionen  
121 geprägt. Sie bestimmen durch ihre wirtschaftlichen Potenziale, ihre landschaftlichen  
122 Reize und ihre landwirtschaftlichen Strukturen den Charakter unseres Landes. Aber der  
123 ländliche Raum steht unter Druck: Immer mehr Menschen ziehen wegen besserer  
124 Bildungs- und Berufsmöglichkeiten in die Städte und die, die bleiben, werden im  
125 Durchschnitt immer älter. Klar ist, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die  
126 Rahmenbedingungen verändern müssen. Tragfähige Entwicklungskonzepte für die  
127 Zukunft entstehen nur gemeinsam mit den Menschen in den Kommunen und Regionen.  
128 Denn die besten und passenden Ideen für die regionale Entwicklung haben die  
129 Bürgerinnen und Bürger selbst. Wir unterstützen dabei mit einer aktiven Struktur- und  
130 Regionalpolitik die notwendigen Rahmenbedingungen und Instrumente für die  
131 Umsetzung. Flexiblere Angebote werden ebenso gebraucht wie eine bessere regionale  
132 Vernetzung. Wir unterstützen neue, innovative und vor allem ressortübergreifende  
133 Anstrengungen, die vorhandene Ressourcen und Potenziale bündeln. Wir setzen  
134 deshalb Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit und beseitigen bestehende  
135 Rechtsunsicherheiten und steuerliche Hindernisse.

136 Wir wollen das Leben wieder in die Zentren der Dörfer und Kleinstädte holen. Auch auf  
137 dem Land sind kurze Wege für alle Generationen möglich. Dafür stoppen wir den  
138 ungebremsten Neubau. Wir führen einen Demografiecheck zur Abschätzung der  
139 lokalen Bevölkerungsentwicklung und eine obligatorische Nutzen–Kosten–Grenze vor  
140 der Ausweisung neuer Baugebiete ein. Statt einem Supermarkt für die Region wollen  
141 wir viele kleine Läden in den Ortszentren. Wo nötig unterstützen wir dafür auch mobile  
142 Versorgungssysteme oder Dorfladenkonzepte, die mehr als nur Einzelhandel betreiben,  
143 sondern zusätzliche Dienstleistungen anbieten. Für junge Menschen erhalten und  
144 schaffen wir gut erreichbare Betreuungs- und Bildungsangebote. Damit es für alte  
145 Menschen genügend Wohnungen gibt, unterstützen wir altersgerechte Umbauten durch  
146 eine gezielte Förderung, ein besseres Informationsangebot und rechtliche  
147 Änderungen.

148 Bei der Gesundheitsversorgung stehen wir im ländlichen Raum vor besonders großen  
149 Herausforderungen. Sie muss besser auf Bedürfnisse alter Menschen ausgerichtet  
150 werden – bei weniger Angeboten und weiteren Wegen. Wir brauchen eine bessere  
151 Vernetzung und eine andere Aufgabenteilung. Die Pflegekräfte spielen dabei eine  
152 Schlüsselrolle. Sie sollen mehr Verantwortung übernehmen können. Nicht zuletzt  
153 brauchen wir flexible Versorgungsformen wie Fahrdienste oder mobile Praxisteams und  
154 den Ausbau von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten, als übergreifende  
155 mobile Versorgungs-Dienste.

156 Wir unterstützen die Kommunen dabei, eine gut funktionierende Infrastruktur  
157 bereitzustellen. Im verkehr- und netzpolitischen Kapitel beschreiben wir die passenden  
158 Lösungen für den öffentlichen Nahverkehr und das Internet. Wenn die Unterauslastung  
159 von Wasser- und Abwassernetzen zum Problem wird, bevorzugen wir dezentrale und  
160 nachhaltige Lösungen. Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang  
161 müssen für abgelegene Wohneinheiten möglich werden.

162

#### 163 **4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken**

164 Unsere Ansprüche an die Kommunen sind hoch, denn wir wollen gute Institutionen für  
165 alle. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen  
166 gestellt. Doch die finanzielle Lage ist zum Teil dramatisch. Die Einnahmen sind in der  
167 Krise eingebrochen und viele haben sich bis heute nicht erholt. Steigende  
168 Sozialausgaben führen zu zusätzlichen Kosten für die kommunalen Haushalte. Das  
169 alles führt zu immer mehr Schulden und beschneidet die Handlungsfähigkeit massiv.

170 In vielen Kommunen werden die Menschen deshalb in Form hoher Gebühren, maroder  
171 Infrastruktur und durch den Verlust an Lebensqualität übergebühlich belastet. Doch die  
172 Hilfe von Bund und Ländern bleibt vielerorts aus. Stattdessen verkünden sie weitere  
173 Aufgaben und übertragen den Kommunen die Verantwortung, ohne die entsprechenden  
174 Mittel bereitzustellen. Wir stehen für einen fairen Umgang mit den Städten und  
175 Gemeinden. Zusätzliche Aufgaben müssen immer durch zusätzliche Mittel gedeckt  
176 sein. Das Konnexitätsprinzip muss also endlich auch auf Bundesebene verankert  
177 werden. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben  
178 spürbar entlasten. Wir erhöhen dazu in einem ersten Schritt den Bundesanteil an den  
179 Kosten der Unterkunft auf 35%, in einem zweiten auf 37,7%. Damit entlasten wir die  
180 Kommunen um 1 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir die bisherige Eingliederungshilfe  
181 durch ein Teilhabeleistungsgesetz ablösen und den Bund angemessen an der  
182 Finanzierung beteiligen. Auch die Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und  
183 darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Kosten, die aus einem  
184 Teilhabegesetz erwachsen, hat deshalb der Bund zu tragen, sie dürfen nicht auf Länder  
185 und Kommunen abgewälzt werden.

186 Das Geld fehlt auch für wichtige Investitionen – sei es für neue Projekte, sei es für



187 dringend notwendige Sanierungen. Privatisierungen haben in diesem Zusammenhang  
188 oft mehr Probleme geschaffen als gelöst. Sie sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und  
189 müssen an harte Bedingungen geknüpft werden, so dass die Kommunen auch nach der  
190 Privatisierung steuerungsfähig bleiben. Auch muss die Entscheidung transparent und  
191 demokratisch getroffen werden.

192 Die Finanzlage der Kommunen muss insgesamt verbessert werden. Die wichtigste  
193 Maßnahme ist eine Gemeindefinanzreform, die eine aufgabengerechte  
194 Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherstellt. Wir fordern den Erhalt  
195 der Gewerbesteuer, die Weiterentwicklung einer kommunalen Wirtschaftssteuer und die  
196 Erhebung der Grundsteuer auf der Basis aktualisierter Verkehrswerte und nach  
197 Maßgabe der Flächeninanspruchnahme. Die interkommunale Kooperation kann helfen,  
198 indem Mittel und Kompetenzen gebündelt werden. Auch die Neuordnung der  
199 kommunalen Grenzen und Finanzen zwischen Kernstädten und ihrem „Speckgürtel“ ist  
200 vielerorts erforderlich. Ein Weg ist die Bildung von Regionalkreisen, in denen die  
201 Kernstadt mit den Umlandkreisen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet.

202

## 203 **5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern**

204 Wir stehen für eine solidarische Politik, die geschwächte Strukturen stärkt und  
205 zurückgebliebene Regionen dabei unterstützt, sich neu aufzustellen. In Ostdeutschland  
206 ist viel bewegt worden. Die Menschen dort haben in einem schwierigen  
207 Transformationsprozess Großartiges geleistet. Aber die wirtschaftliche Finanzkraft ist  
208 nach wie vor niedriger als in den alten Ländern. Solidarische Unterstützung wird noch  
209 lange notwendig sein, doch der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Wir glauben, dass im  
210 Anschluss eine Förderung von Regionen nach Bedarf der richtige Weg ist. Allen  
211 Kommunen stehen große Herausforderungen im Zuge der Schuldenbremse ins Haus.  
212 Durch die Krise wurden besonders strukturschwache Regionen, die schon aufgrund des  
213 demografischen Wandels unter erheblichen Druck stehen, hart getroffen. Viele dieser  
214 Kommunen in den neuen aber auch in den alten Bundesländern können diese  
215 Probleme nicht alleine lösen. Insbesondere bei der Altschuldentilgung brauchen sie  
216 Hilfe.

217 Wir werden die aktuelle Förderstruktur auch mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien auf  
218 den Prüfstand stellen. Die Kommunen, Regionen und Länder bestärken wir darin, fair  
219 gehandelte und ökologische Produkte zu kaufen. Mit Hilfe von Fördermitteln und  
220 Regionalfonds können die verschiedenen AkteurlInnen aus einer Region zusammen  
221 arbeiten und die Möglichkeiten ihrer Region gemeinsam stärken. Die Wertschöpfung  
222 wollen wir in der Region halten; etwa durch ein Regionalsiegel. Die nachhaltige  
223 Bewirtschaftung und Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft ist für die Menschen in  
224 der Region wichtig. Auch der Tourismus profitiert davon und sollte deshalb einen  
225 Beitrag dazu leisten.

226

227 **6. Kooperativer Föderalismus**

228 Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen, ohne die  
229 Entscheidungsfreiheit der Länder und Kommunen zu beschneiden. Das Gegenteil ist  
230 der Fall. Erst durch eine partnerschaftliche Kooperation kann die Politik vor Ort ihrer  
231 Aufgabe gerecht werden und die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv gestalten. Die  
232 Zinszahlungen für die aufgelaufenen Schulden belasten Länder und Kommunen in  
233 erheblichem Maße. Wir wollen sie mit einem Altschuldentilgungsfonds entlasten, damit  
234 alle die Chance haben, die Schuldenbremse einzuhalten, ohne die Gleichwertigkeit der  
235 Lebensverhältnisse in Deutschland zu gefährden.

236 Die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und  
237 Kommunen sind verzwickelt. Die derzeitige Mittelverteilung gleicht einem  
238 unübersichtlichen Flickenteppich und diese Verstrickung der Einnahmequellen  
239 verhindert eine sinnvolle Überwindung der strukturellen Finanzierungslücke in den  
240 Kommunen. Um das zu entflechten und die Finanzlage der Kommunen auf ein  
241 tragfähiges Fundament zu stellen, brauchen wir eine dritte Föderalismuskommission.  
242 Eines steht für uns schon fest: das Grundgesetz muss wieder gemeinsames Handeln  
243 von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen. Wir setzen uns schon lange dafür ein,  
244 das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und die  
245 Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft zu erweitern. Den Ländern und  
246 Kommunen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um die gesamtstaatlichen  
247 Herausforderungen für den notwendigen Bildungsaufbruch mit guten Ganztagschulen  
248 bereitzustellen. Es ist an der Zeit mehr Kooperation zu ermöglichen.

249

250

251 -----

252 **Wir GRÜN wählt, ...**

- 253 • lässt sich nicht aus den Städten verdrängen.  
254 • bringt wieder Leben auf den Dorfplatz.  
255 • gibt den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurück.  
256 • fördert Regionen nachhaltig und bedarfsgerecht.  
257 • steht für einen kooperativen Föderalismus.

258 -----

259

260

261 **Schlüsselprojekte**

262

---

263 **Die Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung schützen – Mietsteigerungen**  
264 **begrenzen**

265 In unseren Städten merken immer mehr Menschen den Druck steigender Mieten. Wir  
266 werden deswegen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördern und die  
267 regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete drosseln. Die Mieterhöhung im  
268 Zuge von Modernisierungen senken wir auf maximal 9% und beschränken sie auf die  
269 energetische Sanierung sowie Umbauten für altersgerechtes Wohnen. Wir wollen  
270 Kommunen die Möglichkeit geben Mietobergrenzen einzuführen sowie Obergrenzen für  
271 Mietsteigerungen bei Neuvermietung. Auch fordern wir: Wer den Makler oder die  
272 Maklerin bestellt, muss auch dafür bezahlen. So stoppen wir die Verdrängung von  
273 MieterInnen aus ihren Vierteln.

274

---

275

276

277

---

278 **Die Kommunalfinanzen stärken – Unterstützung durch den Bund bei den Kosten**  
279 **der Unterkunft**

280 Die Finanzlage vieler Kommunen ist so dramatisch, dass vor Ort keinerlei  
281 Gestaltungsspielraum besteht. Trotzdem müssen wir überall die Teilhabe aller  
282 ermöglichen. Dafür schaffen wir einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden,  
283 indem künftig zusätzliche Aufgaben des Bundes für die Kommunen immer durch  
284 zusätzliche Mittel vom Bund gedeckt werden müssen. Außerdem entlasten wir die  
285 Kommunen bei den derzeitigen Kosten für die Mieten von ALG-II BezieherInnen. Dafür  
286 soll der Bund künftig 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen. So unterstützen wir die  
287 Kommunen dabei, eine gerechte und solidarische Sozialpolitik umzusetzen.

288

---

289

290

291

---

292 **Energetische Gebäudesanierung sozial gestalten – einen Energiesparfonds**  
293 **einführen**

294 Wir wollen einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung  
295 von Wohnquartieren mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte gezielt  
296 vorantreiben. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung

297 besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte profitieren.  
298 Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes zur  
299 Verfügung, um soziale Härten zu verhindern.

300

---

## **BTW-EU-01 Bundestagswahlprogramm - Unser gemeinsames Europa**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

### **1 R) Unser gemeinsames Europa**

#### **2 Warum Europa unsere Zukunft ist**

3 Die Europäische Union ist viel mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und  
4 Währungsraum. Die EU der 28 Mitgliedsländer ist Ort der Freiheit und Vielfalt, des  
5 Friedens und der Demokratie. Die EU hat jahrhundertealte Gegensätze überwunden  
6 und einen historisch einmaligen innereuropäischen Frieden geschaffen. Deswegen hat  
7 sie letztes Jahr zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten.

8 Ohne Zweifel kann und muss man mit dem Blick auf die EU viel kritisieren und man  
9 kann auch vieles verbessern. Doch Europapolitik findet nicht nur im fernen Brüssel statt,  
10 sondern beginnt bei der Kommunalpolitik und durchzieht alle politischen Bereiche vom  
11 Umwelt- bis zum Verbraucherschutz. Europapolitik ist Innenpolitik und die  
12 Bundestagswahl somit auch eine wichtige Entscheidung über die Zukunft Europas. Um  
13 das unfertige europäische Projekt gerechter, sozialer und nachhaltiger weiterzubauen,  
14 braucht es die richtigen politischen Mehrheiten. Die EU steckt derzeit in einer tiefen  
15 Identitätskrise doch Europa ist unsere Zukunft. Gestalten wir sie gemeinsam.

16 Viele Bürgerinnen und Bürger, auch in Deutschland, haben keine Erwartung mehr  
17 daran, dass die EU ihnen automatisch Wohlstand und Sicherheit in einer globalisierten  
18 Welt bringt. Häufig schieben Politikerinnen und Politiker die Schuld auf die Brüsseler  
19 Kommission, so manche schwarz-gelbe PolitikerInnen erwecken allzu gerne den  
20 Eindruck, dass es nur ein deutsches Europa bräuchte oder unser Land gar besser  
21 alleine weitermachen sollte, um alle Probleme zu lösen. Wieder andere wie Angela  
22 Merkel setzen auf eine Stärkung der nationalen Ebene und würden am liebsten alles in  
23 Hinterzimmern unter den 28 Staats- und Regierungschefs ausdealen.

24 Doch wissen wir ebenso wie die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger,  
25 dass es die Rückkehr zu nationalen Alleingängen nur unter Inkaufnahme extremer  
26 sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gefahren gibt. Deswegen sagen wir Ja zur  
27 "Heimat Europa".

28 Mischen wir uns ein für ein demokratisches Europa! Wir Grüne setzen auf ein  
29 gemeinsames Europa, in dem Parlamente und europäische Zivilgesellschaft

30 transparent und aktiv mitentscheiden, denn ohne demokratische Legitimation ist keine  
31 politische Entscheidung auf Dauer tragfähig. Wir wollen, dass die EU innerhalb wie  
32 außerhalb ihrer Grenzen zur glaubwürdigen Anwältin der Bürger- und Menschenrechte  
33 und des Friedens wird. Dies ist und bleibt für Europa auch im 21. Jahrhundert eine  
34 historische Verpflichtung.

35 Bekennen wir uns zu einem solidarischen Europa! Wir Grüne machen uns stark für eine  
36 handlungsfähige EU, die den global agierenden Akteuren an den Finanzmärkten  
37 selbstbewusst entgegentritt und damit auch und ganz besonders den jungen Menschen  
38 in Südeuropa, für die die Finanzkrise eine reale Katastrophe geworden ist, die Teilhabe  
39 an den Errungenschaften des europäischen Sozialstaates verschafft.

40 Und schaffen wir eine europäische Zukunft. Wir Grüne wollen die kommende  
41 Bundestagswahl nutzen, um den Politikwechsel auch in Europa voranzubringen. Die  
42 vollständige Abwahl von Schwarz-Gelb ist ein wichtiger Schritt, um einen neuen  
43 Abschnitt der Europäischen Integration zu beginnen, der das stärker zusammenführt,  
44 was nur europäische gemeinsam geleistet werden kann, ohne die Subsidiarität zu  
45 vergessen. Wir wollen aus der EU eine Vorreiterin in friedlicher Nachbarschaft machen,  
46 im Klimaschutz und im nachhaltigen Wirtschaften. Wir kämpfen mit allen Bürgerinnen  
47 und Bürgern gemeinsam dafür, dass es wieder gerechter zugeht in Deutschland. Und in  
48 Europa.

49

## 50 **1. Für ein europäisches Deutschland**

51 Um Europa herum steht die Welt nicht still. Aber sie dreht sich auch nicht mehr so viel  
52 um Europa wie früher. Europas Rolle in der Welt ändert sich. Europa muss seine  
53 Verantwortung neu finden. Dabei gilt: Europa gewinnt zusammen – oder verliert. In  
54 Zeiten der Globalisierung, angesichts endlicher Ressourcen und einer  
55 Klimakatastrophe, deren Ausmaß immer deutlicher wird, kann kein europäischer  
56 Nationalstaat die Probleme im Alleingang lösen. Dies geht nur gemeinsam – mit der EU  
57 und mit starken demokratischen europäischen Institutionen.

58 Auch wirtschaftlich profitiert Deutschland von einer starken EU. 60% der deutschen  
59 Exporte gehen in andere EU-Mitgliedsländer. Ohne die Stärke des Binnenmarktes wäre  
60 die deutsche Wettbewerbsfähigkeit aber auch international kaum zu sichern. Schon aus  
61 wirtschaftlichem Eigeninteresse darf Deutschland daher Europas südliche  
62 Mitgliedsländer nicht hängen lassen. Doch der Rolle als größtes und wirtschaftlich  
63 stärkstes EU-Mitgliedsland wird Deutschland politisch in keiner Weise gerecht. Seit  
64 Anbeginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise blockierte oder verzögerte Kanzlerin  
65 Merkel notwendige Reformschritte und setzte einseitig auf „Sparen, Sparen und  
66 nochmal Sparen“, statt eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und  
67 Nachhaltigkeit zu finden. Damit hat sie die Krise verschärft und die finanziellen Risiken  
68 der europäischen SteuerzahlerInnen vervielfacht.

69 Wir Grüne werben stattdessen für ein europäisches Deutschland innerhalb einer  
70 Wirtschafts- und Solidarunion. Das haben wir im Kapitel „Anders Wirtschaften – Die  
71 Eurokrise überwinden“ bereits ausführlich beschrieben. Darüber hinaus braucht die EU  
72 einen gestärkten Haushalt mit einem relevanten Eigenmittelanteil und klaren Prioritäten,  
73 bei der Mittelvergabe. Wir werden deshalb auch weiterhin versuchen den mehrjährigen  
74 Finanzrahmen mit geeigneten Mitteln auszustatten und so nachzubessern, dass  
75 agroindustrielle Großbetriebe oder ein sinnloses Projekt wie der Fusionsreaktor ITER  
76 nicht mehr mit Milliarden subventioniert werden, während immer mehr bäuerliche  
77 Kleinbetriebe aufgeben müssen oder für das ERASMUS-Programm oder für  
78 zukunftsweisende Forschung zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.

79 Entgegen der Position anderer Parteien ist für uns Grüne die Erweiterung der  
80 Europäischen Union nicht abgeschlossen. Wir stehen zur Erweiterungsagenda von  
81 Thessaloniki und wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer  
82 Grenzen in die EU integrieren. Die Erweiterungspolitik ist für uns eine Erfolgsgeschichte  
83 – auch wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Deswegen unterstützen wir  
84 die Forderung, dass der Beitritt jedes einzelnen Landes von dem konkreten Fortschritt  
85 im Beitrittsprozess abhängig gemacht wird. So ist die Erweiterungspolitik ein Instrument  
86 für Frieden und Stabilität, aber auch für Rechtsstaat, Freiheitsrechte, Demokratie,  
87 Sozialstandards und Umweltschutz auf dem Kontinent Europa. Die neuen Verfahren  
88 können auf dem westlichen Balkan aber dazu führen, dass gerade die Staaten, die  
89 unter den Kriegen des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts am meisten zu leiden  
90 hatten, noch am weitesten von einem EU-Beitritt entfernt sind. Daher wollen wir neue  
91 Transitionsverfahren etablieren, um nicht neue unüberwindbare Grenzen mitten in der  
92 Region zu schaffen. Die Europäische Union beschädigt ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie  
93 nicht für neuen Schwung in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sorgt. Gerade  
94 weil wir uns Sorgen um die Entwicklung von Demokratie und Freiheitsrechten machen,  
95 darf der Erweiterungsprozess nicht einfach folgenlos im Sande verlaufen. Solch ein  
96 Kehrtwende würde in der Türkei jene Kräfte stärken, die die Zukunft der Türkei in der  
97 Rolle einer unabhängigen Regionalmacht sehen – statt einen demokratischen  
98 Rechtsstaat anzustreben. Ungeachtet dessen muss die EU ihre Nachbarschaftspolitik  
99 neu bestimmen. Der Mittelmeerraum muss viel stärkere Beachtung finden, ohne dass  
100 wir unsere Nachbarn im Osten vernachlässigen dürfen.

101

## 102 **2. Für ein demokratisches Europa**

103 Unsere Antwort auf das „Europa der nationalen Regierungen“ ist eine gestärkte  
104 europäische Demokratie, deren Weg transparent und mit den Bürgerinnen und Bürgern  
105 erarbeitet wird. Die Europäische Demokratie wird oft so beschrieben, als bestehe sie  
106 nur aus einem Demokratie-Defizit. Dieses Zerrbild lebt auch von der Polemik  
107 derjenigen, die für alles, was schiefgeht, regelmäßig „Europa“ die Verantwortung  
108 zuschieben, während dies ja de facto nie ohne die Mitwirkung der Nationalstaaten

109 geschieht. Doch es gibt tatsächlich Demokratiedefizite. Eines liegt – auf der nationalen  
110 Ebene; es besteht in der intransparenten Europapolitik der Regierungen, die versuchen  
111 sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Der Bundestag hat hier jedoch –  
112 insbesondere auf grünes Treiben – schon viele Verbesserungen durchgesetzt. Ein  
113 zweites Demokratiedefizit entsteht aus dem gerade von der Bundesregierung  
114 betriebenen intergouvernementalen Herangehen an mehr europäische  
115 Zusammenarbeit, wodurch das Europaparlament um seine Kontrollverantwortung  
116 gebracht wird. Auch jede Stärkung der Euro-Gruppe zu Lasten der gesamten EU wirkt  
117 in diese Richtung.

118 Unsere grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU setzt auf eine starke Allianz der  
119 Parlamente aller Ebenen – und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen, etwa  
120 durch die Europäische Bürgerinitiative. Bei der Institutionellen Weiterentwicklung bauen  
121 wir auf einen öffentlichen Europäischen Konvent zur Zukunft der EU. Er darf aber nicht  
122 zum Expertenzirkel verkommen. Stattdessen sollen unter dem Vorsitz des  
123 Europäischen Parlaments Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der  
124 nationalen Parlamente und Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und  
125 SozialpartnerInnen Reformvorschläge zu den Themen Wirtschaft, Haushalt, Finanzen,  
126 Soziales und Demokratie erarbeiten. Über das Ergebnis sollen die Bürgerinnen und  
127 Bürger der EU im Rahmen einer europäischen Volksabstimmung abstimmen können.

128 Außerdem soll das Europäische Parlament zum zentralen Debatten- und  
129 Entscheidungsort werden. Wenn die EU zukünftig mehr Kompetenzen erhalten soll,  
130 muss das mit mehr Kontrollrechten für das Europäische Parlament einhergehen. Auch  
131 soll das EP endlich das Recht erhalten, eigene Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und  
132 en/die EU-KommissionspräsidentIn zu wählen. Und Parteien sollen bei Europawahlen  
133 künftig SpitzenkandidatInnen nominieren, unter denen nach der Wahl entsprechend  
134 ihrem Ergebnis der/die EU-KommissionspräsidentIn erkoren werden soll. Wir treten  
135 damit auch für eine stärkere Personalisierung der Europawahl ein. Zusätzlich zu den  
136 jeweils national bestimmten KandidatInnen soll deshalb ein Teil der Abgeordneten über  
137 transnationale Listen gewählt werden.

138 Zu einem demokratischen Europa gehört jedoch mehr als Reformen der Arbeitsweise  
139 der Europäischen Union. Viel zu oft hat die EU wie ein Papiertiger agiert, wenn  
140 Menschenrechte in Mitgliedsländern verletzt wurden und etwa die Pressefreiheit  
141 systematisch eingeschränkt oder Roma aufs Schlimmste diskriminiert wurden. Die  
142 Kommission sollte daher viel öfter die bestehenden Möglichkeiten nutzen, Gelder  
143 einzufrieren, wenn Mitgliedsländer gegen elementare Werte der Union verstoßen.  
144 Außerdem sollte diese Möglichkeit auf alle Teile des Unionshaushalts ausgedehnt  
145 werden.

146 Statt die EU-Außengrenzen immer weiter hochzurüsten und stillschweigend zu  
147 tolerieren, dass Jahr für Jahr tausende Flüchtlinge auf dem Weg in die EU im  
148 Mittelmeer ertrinken, wollen wir die Fluchtursachen in den Heimatländern wirksam



149 bekämpfen. Die Grenzschutzagentur FRONTEX muss unter stärkere parlamentarische  
150 Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden. Ihr Vorgehen ist für uns ein  
151 klarer Verstoß gegen das Verbot der Zurückweisung und eine schwere  
152 Menschenrechtsverletzung. Wir wollen die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge  
153 nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als erstes  
154 angekommen sind (Dublin II-Abkommen), sowie einheitliche, hohe Asylstandards in  
155 allen Mitgliedsländern. Zudem braucht es eine Verankerung des Schutzes von Umwelt-  
156 und Klimaflüchtlings, etwa über ein Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention.

157

### 158 **3. Für ein Europa der Energie**

159 Mit der deutschen Ausstiegsentscheidung ist das Atomrisiko noch nicht gebannt.  
160 Atomkraftwerke in anderen EU-Mitgliedsstaaten bedrohen weiterhin Europa. Die  
161 Bundesregierung muss sich für einen EU-weiten Atomausstieg einsetzen. Solange in  
162 der EU noch Atomkraftwerke betrieben werden, müssen für alle verbindlich  
163 Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Technik gelten.

164 Die deutsche Energiewende soll Europa ökologisch-innovative Impulse geben. Dazu  
165 muss sie aber auch gut in die gesamteuropäische Energielandschaft integriert werden.  
166 Dafür brauchen wir eine europäische Energieinfrastruktur, einen funktionierenden  
167 Emissionshandel, einen integrierten europäischen Energiemarkt mit funktionierendem  
168 Wettbewerb und eine konsequent auf niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß setzende europäische  
169 Industriepolitik. Auch die groß angelegte Subventionierung von fossil-atomaren  
170 Energieträgern muss beendet werden. Die deutsche Energiewende braucht die  
171 europäische Ebene, um zu funktionieren und für die Energiewende in der EU brauchen  
172 wir endlich eine Bundesregierung und eine/n neue/n EnergiekommissarIn, die den  
173 Umbau des Energiesektors vorantreiben

174 Die Mitgliedsstaaten der EU haben allein 2011 für den Import von Erdöl mehr als 400  
175 Mrd. US Dollar bezahlt. Gleichzeitig ist der Ehrgeiz beim Ausbau der Erneuerbaren und  
176 bei der Steigerung der Energieeffizienz verfliegen. Auch beim Klimaschutz kann von  
177 einer europäischen Vorreiterrolle kaum mehr die Rede sein. Die Politik der EU, das von  
178 ihr mitbeschlossene Ziel, die Schwelle von 2 Grad weltweiter Klimaerwärmung nicht zu  
179 überschreiten, ist längst zur Farce verkommen. Allen Risiken zum Trotz hält eine  
180 politische Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten und Liberalen am alten Energiemix  
181 auf der Basis der Hochrisikotechnologie Atomkraft und dreckiger Kohle fest.

182 Statt den alten Konzepten und Lobbyinteressen weiter hinterher zu rennen, wollen wir  
183 ein Europa, das auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien  
184 aufbaut. Damit werden wir unabhängig von immer teurer werdenden Importen von  
185 fossilen Energieträgern, schaffen die nötigen Anreize für technische Innovationen und  
186 damit neue Arbeitsplätze im Rahmen unseres europäischen Green New Deals. Zudem  
187 ist eine bessere Koordinierung der europäischen Netzstruktur eine Möglichkeit, die

188 Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Mit business as usual  
189 werden wir das jedoch nicht schaffen. Deswegen setzen wir uns für eine Europäische  
190 Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) ein. Auch wollen wir noch im Vorfeld  
191 des kommenden UN-Klimagipfels 2013 in Warschau das derzeitige Ziel, den EU-weiten  
192 CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 20% zu reduzieren, auf mindestens 30% erhöhen.

193

#### 194 **4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger**

195 Einer der größten Skandale in Europa heute ist die grassierende Jugendarbeitslosigkeit  
196 in vielen Mitgliedsländern. In Spanien und Griechenland sind mehr als 50% der am  
197 besten ausgebildeten Generation, die diese Länder je kannten, seit längerem arbeitslos.  
198 Auf europäischer Ebene haben wir Grüne uns deswegen für eine Jugend-Garantie  
199 eingesetzt, nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung,  
200 Lehrstelle oder Weiterbildung angeboten zu bekommen. Deren Verwirklichung – das  
201 heißt vor allem deren Finanzierung – können wir aber nicht den jeweiligen Ländern  
202 selbst überlassen. Denn denjenigen, die eine solche Garantie am meisten brauchen,  
203 stehen die wenigsten Mittel zu Verfügung.

204 Die Europäische Einigung lebt grundsätzlich davon, dass die Menschen, die Regionen  
205 und die Staaten in Europa füreinander einstehen. Dem Grundprinzip der Europäischen  
206 Solidarität und der gemeinsamen sozialen Absicherung kommt in der derzeitigen Krise  
207 ein besonderer Stellenwert zu, jedoch verlangen die Menschen zu Recht eine gute  
208 Begründung dafür. Angesichts einer sich europaweit öffnenden Schere zwischen Arm  
209 und Reich reicht es nicht, nur an nationalen Rädchen zu drehen, denn dies führt viel zu  
210 oft zu Unterbietungswettbewerben bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards.

211 Deswegen wollen wir eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht ebenso  
212 einführen wie soziale Mindeststandards in der gesamten EU. Gerade in Zeiten, in  
213 denen immer mehr Menschen während ihres Berufslebens in unterschiedlichen EU-  
214 Mitgliedsländern tätig sind, wollen wir eine verbesserte Anrechnung von Renten- und  
215 Arbeitslosenansprüchen erreichen und dafür sorgen, dass eine gute  
216 Gesundheitsversorgung nicht nur ein Privileg weniger ist.

217 Wir stehen für eine andere – eine faire – europäische Steuerpolitik, die den  
218 Steuerwettlauf innerhalb Europas eindämmt und Steuerflucht, Steuerhinterziehung und  
219 Steuerdumping verhindert. Das haben wir im Kapitel „Besser Haushalten –  
220 Wirtschaftlich vernünftig, ökologisch und gerecht: die grüne Steuerpolitik“ sehr genau  
221 beschrieben.

222 Auch mit Blick auf die Krise in den Euro-Ländern, wollen wir eine fundamentale Abkehr  
223 vom Kurs der Merkel-Regierung, die nur zu mehr Ungerechtigkeit führt. Was wir anders  
224 machen wollen, haben wir im Kapitel „Anders Wirtschaften – Die Eurokrise überwinden“  
225 sehr genau beschrieben. So könnten nicht nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen, in  
226 Form eines so genannten „Booms“ oder eine die Grundlagen des sozialen

227 Zusammenhalts bedrohende Rezession zum wechselseitigen Vorteil gelindert werden.  
228 Im Gegensatz zur Bundesregierung sind wir in Europa gegenüber einer  
229 Weiterentwicklung innovativer Modelle offen und bringen neue Konzepte zur Abwehr  
230 der Krisengefahr mit auf den Weg.

231

## 232 **5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene**

233 Mehr Mut zu Europa heißt für uns, entschlossen auf EU-Ebene voranzugehen, wo  
234 gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Mehr Europa heißt für uns aber  
235 nicht, dass die EU oder gar Brüssel in Zukunft alles regeln soll. Wir wollen, dass  
236 diejenige Ebene entscheidet, die bei der jeweiligen Herausforderung am besten,  
237 bürgernah und mit der höchsten Legitimität agieren kann. Ein starkes Europa steht für  
238 uns weder in Konkurrenz noch im Widerspruch zu handlungsfähigen Kommunen,  
239 Regionen, (Bundes-)Ländern und Nationalstaaten. Es kommt vielmehr darauf an, dass  
240 die unterschiedlichen Ebenen zusammen arbeiten. Dies bedeutet für die Praxis, dass  
241 die Europäischen Institutionen viel stärker und früher als bisher alle politischen Ebenen  
242 durch Anhörungs- und Einflussrechte in die eigene Gesetzgebung einbinden sollen.  
243 Gleiches gilt für die nationale Ebene, die in vielen Fällen europäische Vorgaben in die  
244 nationalstaatliche Gesetzgebung implementiert und die Kriterien für die Vergabe von  
245 EU-Mitteln mitbestimmt. Das bedeutet auch, dass Kompetenzverlagerung keine  
246 Einbahnstraße ist. So wie es in vielen Bereichen sinnvoll ist, mehr Souveränität nach  
247 Europa zu verlagern, so lassen sich manche Bereiche besser national, regional oder  
248 lokal regeln. Deshalb sind wir grundsätzlich dafür, Kompetenzen auf untere Ebenen  
249 zurückzugeben, wenn es sachlich sinnvoll erscheint – auch das gehört zum Prinzip der  
250 Subsidiarität.

251

252 -----

### 253 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 254 • kämpft mit uns für eine solidarische europäische Jugendgarantie und steht dafür  
255 ein, dass für den Westbalkan und die Türkei eine glaubwürdige  
256 Beitrittsperspektive aufrechterhalten wird.
- 257 • vertieft das demokratische Europa, das die Bürgerinnen und Bürger teilhaben  
258 lässt und in dem das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt.
- 259 • sagt Ja zu einem Europa der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes
- 260 • bekommt eine Politik, die kein deutsches Europa sondern ein europäisches  
261 Deutschland will

262 -----

263

264 **Schlüsselprojekte**

265

266

---

267 **Für ein demokratisches Europa – Einen europäischen Konvent einberufen**

268 Die Europäische Union hat demokratischen Nachholbedarf. Wir wollen die  
269 demokratische Legitimation von europäischen Entscheidungen stärken und öffentliche  
270 Debatten über die Zukunft Europas führen. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des  
271 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein. Daher fordern wir einen  
272 europäisierten und personalisierten Wahlkampf zum Europäischen Parlament ebenso  
273 wie stärkere Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Als ersten Schritt werden  
274 wir uns für die Einberufung eines parlamentarisch geprägten europäischen Konventes  
275 einsetzen, um zusammen mit der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern Vorschläge  
276 zur Weiterentwicklung der EU im Bereich Wirtschaft, Finanzen, Haushalt und  
277 Demokratie zu entwickeln und zu diskutieren. So stärken wir die Demokratie in der EU.

278

---

279

280

---

281 **Für ein solidarisches Europa – Steuerflucht mit einem europäischen Steuerpakt**  
282 **bekämpfen**

283 Will der Staat Schulden abbauen und in sozialen Zusammenhalt investieren, braucht er  
284 Einnahmen. Die EU-Kommission stellt fest, dass Steuerdumping und illegale  
285 Steuerflucht die EU-Mitgliedsstaaten jedes Jahr etwa eine Billion Euro an  
286 Steuereinnahmen kosten. Der Grund dafür: Steuerflucht und -vermeidung sind in  
287 Europa zu einfach. Dem setzen wir einen europäischen Steuerpakt entgegen, denn die  
288 nationale Steuerpolitik kann das Problem allein nicht lösen. Der Steuerpakt besteht aus  
289 einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe, einer gemeinsamen  
290 Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung und einem Mindestsatz für  
291 die Körperschaftssteuer. Steueroasen schließen wir und die Besteuerung von  
292 Ressourcen, z.B. durch eine Anhebung der Energiebesteuerung, treiben wir voran.

293

---

294

295

---

296 **Für ein menschliches Europa – eine solidarische Asylpolitik in allen**  
297 **Mitgliedstaaten etablieren**

298 Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf  
299 Abschottung ausgerichtet. Der Verschiebebahnhof und die einseitig Verantwortung für

300 europäische Flüchtlinge zulasten von Griechenland und anderen EU-Mittelmeerländern,  
301 die mit dem Dublin-System zementiert wurden, führen zu unterschiedlichen Standards  
302 und müssen deshalb gestoppt werden. Wir wollen, dass Deutschland dafür in Europa  
303 mit gutem Beispiel vorangeht: mit der sofortigen Abschaffung der Abschiebehaft für  
304 Dublin-Flüchtlinge in Deutschland, mit einem Abschiebestopp von Flüchtlingen in EU-  
305 Länder, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben und wie Kriminelle in  
306 geschlossene Unterkünfte gesperrt werden, mit der solidarischen Aufnahme von  
307 Asylsuchenden aus den europäischen Flüchtlingshochburgen und mit einer stärkeren  
308 Beteiligung am Resettlement-Programm der EU. Wir werden in Brüssel außerdem eine  
309 Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle  
310 Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein  
311 Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht.

312

---

**BTW-EW-01 Bundestagswahlprogramm - Unsere eine Welt**

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 27.02.2013

1 **S) Unsere eine Welt**

2 **Wie wir Frieden und Menschenrechte, Freiheit und globale Gerechtigkeit stärken**  
3 **können**

4 Die internationale Politik steht vor enormen Herausforderungen. Ob Klimakrise oder die  
5 Konkurrenz um Ressourcen, ob Hunger oder Finanzkrise, ob zerfallende Staaten oder  
6 Aufrüstung. Keine dieser Fragen mitsamt den daraus folgenden Gefahren kann heute  
7 noch von einem Land allein bewältigt werden. Frieden, Gerechtigkeit und der Schutz  
8 der Biosphäre sind nur gemeinsam zu erreichen.

9 Immer noch sind die Güter der Erde und der Wohlstand äußerst ungleich verteilt. Immer  
10 noch lebt ein Teil der Menschheit auf Kosten des Anderen. Ungerechtigkeit,  
11 Ausbeutung, Krieg, Hunger, eine brutale Umweltzerstörung und verheerende Folgen  
12 der Klimakatastrophe gerade für die ärmsten Regionen – all das gehört keineswegs der  
13 Vergangenheit an, sondern prägt die Gegenwart. Wir in den Industrieländern müssen  
14 dabei aufhören, auf Kosten der Armen zu leben und gemeinsam mit unseren  
15 Partnerinnen und Partnern den Wandel angehen.

16 Dabei gilt es, auf Weltbevölkerungswachstum, Verstädterung oder eine rasant  
17 wachsende globale Mittelschicht und die damit verbundenen konsumorientierten  
18 Lebensstile weltweit zu reagieren. Wir möchten, dass die internationale Gemeinschaft  
19 diese Herausforderungen mit geteilten aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten  
20 angeht. Es geht um nichts weniger als um einen grundlegenden Umbau in der  
21 Weltwirtschaft, um eine Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und  
22 Ökologie, von marktgetriebener Dynamik und politischer Regulierung, von  
23 ressourceneffizienter Produktion und gerechter Verteilung. Es geht um eine „große  
24 Transformation“.

25 Der Sturz autoritärer Regime in Nordafrika und der Protest gegen Gewaltherrschaften in  
26 der arabischen Welt zwingen die deutsche wie europäische Außen- und  
27 Sicherheitspolitik zu einer grundlegenden Hinterfragung ihrer bisherigen Grundsätze.  
28 Oftmals wurde Stabilität vor der Förderung von Demokratie und Menschenrechten als  
29 wichtigstes Ziel definiert, und dafür wurden auch Bündnisse mit autoritären Regimen

30 eingegangen. Dass Schwarz-Gelb diese mit Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und  
31 weitere autoritäre Staaten fortsetzt, ist so skandalös wie verantwortungslos. Und es ist  
32 das Gegenteil einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik, die auf dem Schutz  
33 und der Förderung der Menschenrechte beruht.

34 Und es geht um die Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung. Friedliche und zivile Mittel  
35 haben für uns immer Vorrang vor militärischen. Unsere friedenspolitischen  
36 Grundüberzeugungen gründen sich auf die Stärkung des Rechts statt auf dem Recht  
37 des Stärkeren, auf die Bewältigung von Krisen durch gestärkte Vereinte Nationen und  
38 auf die gewaltfreie Lösung von Konflikten. Unser Kompass sind Frieden und der Schutz  
39 der Menschenrechte.

40 Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung  
41 gerecht wird. Neue Formen der internationalen Kooperation mit Staaten und der  
42 zunehmend international vernetzten Zivilgesellschaft wollen wir stärken. Nicht zuletzt  
43 um transnational agierende Unternehmen in die globale Transformation einzubinden.  
44 Wir wenden uns gegen eine Politik der Renationalisierung der Außenpolitik, wie sie  
45 Schwarz-Gelb derzeit betreibt. Die Bundesregierung setzt einseitig auf kurzfristige  
46 nationale Interessen, statt auf eine langfristig gerechte Gestaltung der Globalisierung,  
47 an der alle gleichermaßen teilhaben können und von der alle profitieren. Das bedeutet  
48 für uns, jetzt die Voraussetzungen für eine Zukunft zu schaffen, in der fairer Welthandel,  
49 besserer Klimaschutz und starke demokratische internationale Institutionen Wirklichkeit  
50 werden. Deshalb setzen wir uns ein für eine klimaneutrale und ressourcenschonende  
51 Wirtschaftsweise, ohne die es kein Wohlstandsversprechen für alle geben kann.  
52 Deshalb tragen wir dazu bei, den Welthandel fair zu organisieren. Und deshalb stärken  
53 und verbessern wir unsere Entwicklungszusammenarbeit.

54 Wir werden uns einmischen für globale Gerechtigkeit und den Schutz der  
55 Menschenrechte, für die Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung und gegen  
56 Rüstungsexporte. Niemand sollte auf Kosten der Anderen leben, alle Menschen haben  
57 das Recht auf Frieden, Entwicklung, Freiheit und Würde. Das verstehen wir unter  
58 globaler Gerechtigkeit und Teilhabe aller.

59

## 60 **1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg**

61 Wir wollen die Globalisierung gestalten – politisch, ökologisch und sozial. Der globale  
62 Kapitalismus braucht einen sozial-ökologischen Ordnungsrahmen, und unser  
63 kohlenstoffbasiertes Wirtschaftsmodell muss umgebaut werden, hin zu einer  
64 ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie. Nur so ist Wohlstand für die  
65 wachsende Weltbevölkerung möglich und führt wirtschaftliches Wachstum nicht zum  
66 Kollaps. Große Teile der Weltbevölkerung sind schon heute von den verheerenden  
67 Folgen des Klimawandels betroffen, der erhebliche Schäden verursacht,  
68 Menschenrechte verletzt und Entwicklungschancen zerstört. Als Industriestaat müssen

69 wir entschieden voran gehen und unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um  
70 mindestens 80 bis 95% gegenüber 1990 reduzieren. Um die Schwellen- und  
71 Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zum Schutz des Klimas zu unterstützen,  
72 wollen wir Technologietransfer und das notwendige Know-how zur Verfügung stellen.  
73 Die Kosten der Anpassung an den Klimawandel müssen gerecht verteilt werden.  
74 Angesichts der durch den Weltklimarat geschätzten 150 Millionen Klimaflüchtlinge im  
75 Jahre 2050 treten wir im Rahmen einer Klimaaußenpolitik für mehr Klimagerechtigkeit  
76 ein.

77 Rohstoffreichtum in einem Land darf nicht zum Rohstofffluch für seine Bevölkerung  
78 werden. Deshalb müssen wir in Zeiten knapper werdender Ressourcen und daraus  
79 resultierender Konflikte überall auf der Welt umdenken – in Deutschland und  
80 international. Wir setzen uns für verbindliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung  
81 und dem Handel von Rohstoffen ein. Transparenz im Rohstoffbereich ist der  
82 maßgebliche Hebel für die Einhaltung der Menschenrechte, für Umweltschutz und  
83 Verteilungsgerechtigkeit. Gleichzeitig müssen wir unseren Rohstoffverbrauch drastisch  
84 reduzieren.

85 Wir brauchen eine Neuausrichtung von Wirtschaft und Welthandel nach ökologischen  
86 und sozialen Kriterien. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die Subventionen in der EU-  
87 Agrarpolitik auf Dauer abzuschaffen. Sie ermöglichen die Ausfuhr von Lebensmitteln zu  
88 Dumpingpreisen und ruinieren so die Märkte in weniger entwickelten Ländern. Konkret  
89 bedeutet das, die EU-Fischereiabkommen auf ökologische und soziale Auswirkungen  
90 zu überprüfen und ggf. auszusetzen. Konkret bedeutet das auch, dass wir in der EU  
91 aufhören müssen, den weniger entwickelten Ländern Freihandelsabkommen  
92 aufzudrängen und unsere Bedingungen zu diktieren. Wir brauchen stattdessen  
93 internationale Abkommen mit fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe.

94 Waldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern heißt nicht nur Klimaschutz,  
95 sondern auch die Sicherung der Lebensgrundlagen indigener Bevölkerungsgruppen.  
96 Deshalb setzen wir uns für die Einigung auf ein globales Programm zum Stopp der  
97 Degradierung und Zerstörung von Wäldern in Entwicklungs- und Schwellenländern  
98 (REDD+) ein.

99 Wir wollen die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen stärken, indem wir  
100 nicht nur auf freiwillige Selbstverpflichtungen hoffen, sondern verbindliche Regelungen  
101 entwickeln, die diese Verantwortung festlegen. Dazu gehören Offenlegungspflichten  
102 von sozialen und ökologischen Kriterien. Dazu gehören auch neue Haftungsregelungen.  
103 Und dazu gehören bessere Klagemöglichkeiten in Deutschland und der EU für Opfer  
104 von schweren Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen oder europäischen  
105 Unternehmen verursacht wurden.

106

## 107 **2. Eine Welt der Gerechtigkeit**



108 Wir wollen, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben können. Deshalb wollen  
109 und müssen wir Armut und Ungleichheit in Zukunft konsequenter bekämpfen, sowohl in  
110 den ärmsten, oft fragilen Staaten, als auch in den Ländern mittleren Einkommens, in  
111 denen zwei Drittel der ärmsten Menschen leben.

112 Deutschland hat sich vor Jahren dazu verpflichtet, 0,7% seines Bruttoinlandproduktes  
113 für Entwicklung und humanitäre Hilfe bereit zu stellen. Von diesem Ziel sind wir noch  
114 weit entfernt. Um es zu erreichen, werden wir trotz aller finanziellen Herausforderungen  
115 einen klaren Ausgabenschwerpunkt auf die globale Gerechtigkeit setzen. Wir wollen  
116 neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, wie die Einnahmen aus der  
117 Finanztransaktionssteuer und einer erhöhten Flugticketabgabe. So wollen wir bis zum  
118 Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7%--Ziel erreichen.

119 Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Entwicklungszusammenarbeit; wir wollen  
120 die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auch effizienter als bisher einsetzen. Die  
121 bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit muss durchleuchtet und reformiert  
122 werden. Die Menschen in Deutschland sollen wissen, wofür ihre Steuermittel zur  
123 Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Deswegen wollen wir mehr gemeinsame und  
124 transparentere Entwicklungsprogramme in der EU und den VN unter einer  
125 verantwortlichen Einbeziehung unserer Partnerländer und der Zivilgesellschaft.

126 Ein wesentliches Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die politische Teilhabe der  
127 Menschen in den Partnerländern. Wir wollen Menschen in ihren Fähigkeiten  
128 unterstützen, ihre Rechte einzufordern und zu verwirklichen. Gerade die Stärkung und  
129 Beteiligung von Frauen im Sinne der UN–Resolution 1325 ist dabei von besonderer  
130 Bedeutung. In der Resolution werden Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rechte von  
131 Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen,  
132 Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen. Die staatlichen Institutionen  
133 der Partnerländer wollen wir dazu auffordern und darin stärken, ihre  
134 menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihrer Bevölkerung anzuerkennen und  
135 zu erfüllen. Armut ist nicht geschlechtsneutral. Darum setzen wir die Entwicklungsgelder  
136 verstärkt für bessere Bildung und gleiche Chancen von Frauen ein.

137

### 138 **3. Eine Welt der Menschenrechte**

139 Die Umbrüche in der arabischen Welt haben die Schwachstellen der deutschen und  
140 EU- Außenpolitik deutlich gemacht, die auf vermeintliche Stabilität zu Lasten einer  
141 menschenrechtlich orientierten Politik gesetzt hat. Eine neue Außenpolitik muss  
142 deshalb Menschenrechte ins Zentrum rücken. Deutsche Politik muss im Hinblick auf  
143 den Schutz und die Förderung von Menschenrechten und Entwicklung kohärenter  
144 werden. Es darf nicht mehr passieren, dass ein Ressort im Dienste von  
145 Menschenrechten und Entwicklung arbeitet, und ein anderes die Erreichung dieser  
146 Ziele mit eigenen, nicht abgestimmten Maßnahmen konterkariert oder gar zerstört Wir

147 wollen Kohärenz sicherstellen, z.B. durch Ressort übergreifende Länderstrategien für  
148 Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit. Und der/die  
149 Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung soll gestärkt werden, sowohl  
150 hinsichtlich der Kompetenzen als auch personell.

151 Entwicklung und Menschenrechte sind die Grundlagen für Frieden und Freiheit. Für uns  
152 bedeutet das, für das Recht auf Entwicklung und für ein Ende von Hunger und Armut zu  
153 kämpfen. Für ein Ende von Folter und Diskriminierung. Für mehr Rechte der Menschen,  
154 die in ihrem Land ausgegrenzt, verfolgt oder gar umgebracht werden, sei es wegen  
155 ihrer sexuellen Identität, seien es Frauen, MenschenrechtsverteidigerInnen oder  
156 Angehörige einer bestimmten Religion oder Ethnie. Und wir verschließen die Augen  
157 nicht vor menschenrechtlichen Problemen in Deutschland und in der EU. Auch im  
158 Einsatz gegen Folter wollen wir mehr tun. Wir wollen die Nationale Stelle zur Verhütung  
159 von Folter mit ausreichend personellen und finanziellen Mitteln ausstatten und das  
160 absolute Verbot von Folter als anerkannte Menschenrechtsnorm uneingeschränkt  
161 stärken.

162

#### 163 **4. Schluss mit der schwarz-gelben Rüstungspolitik**

164 Deutschland ist der weltweit drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Vor allem unter  
165 der Regierung Merkel fielen jegliche Schamgrenzen, wenn es darum ging,  
166 Milliardendeals auch mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu machen. Und die  
167 Bundeskanzlerin verklärt diese Exportpolitik zynisch als Form der Konfliktbearbeitung.  
168 Zugleich widerspricht es demokratischen Grundsätzen, wenn Rüstungsgeschäfte im  
169 Bundessicherheitsrat genehmigt werden, ohne dass Parlament und Öffentlichkeit  
170 informiert werden.

171 Deswegen wollen wir ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz  
172 einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt.  
173 Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr  
174 geben.

175 Wir wollen zudem Transparenz in die Rüstungsexportpolitik bringen. Deswegen soll der  
176 Bundessicherheitsrat künftig Parlament und Öffentlichkeit über seine Entscheidungen  
177 informieren. Die Entscheidungen sollen im Konsensprinzip fallen und nicht nach  
178 einfacher Mehrheit. Wir wollen ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die  
179 Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei sensiblen  
180 Exportentscheidungen ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Hermesbürgschaften für  
181 Rüstungsexporte wollen wir prinzipiell verbieten, genauso wie den Export von  
182 Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten.

183 Außerdem wollen wir insgesamt weniger Waffen auf dieser Welt: Der Handel mit  
184 Kleinwaffen muss massiv begrenzt und kontrolliert werden, die internationale Ächtung  
185 von Streumunition sowie Landminen muss weltweit und konsequent umgesetzt werden.

186 Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für *global zero*,  
187 für eine Welt ohne Atomwaffen. Wir wenden uns gegen die Pläne der Bundesregierung,  
188 bewaffnete Drohnen anzuschaffen und setzen uns für mehr Transparenz und Kontrolle  
189 beim Einsatz von Dual-Use-Gütern ein, die zur Kriegsführung und zum repressiven  
190 Gebrauch genutzt werden können.

191

## 192 **5. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa**

193 In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung, eine  
194 neue globale Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Die Anerkennung des  
195 Gewaltmonopols der Vereinten Nationen (VN) ist die erste Voraussetzung dafür. Kein  
196 Akteur der internationalen Politik besitzt mehr Legitimation als die VN. Gleichzeitig sind  
197 diese aber immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedstaaten sie stark machen. Wir  
198 meinen, dass die VN unsere größte Chance sind, die globale Transformation erfolgreich  
199 voran zu treiben. Gleichzeitig sehen wir dringenden Reformbedarf, damit sie für die  
200 großen Herausforderungen unserer Zeit besser gewappnet sind. Unsere oberste  
201 Verantwortung besteht darin, Deutschland wieder zu einem starken und engagierten  
202 Mitgliedsstaat mit einer klaren demokratie- und friedenspolitischen Agenda zu machen,  
203 der besonders die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung stärkt. Gegenwärtig ist die  
204 Bundesrepublik allenfalls mittelmäßig – mittelmäßig aktiv, wenig kompromiss- und kaum  
205 reformbereit. Wenn wir starke VN wollen, müssen wir uns auch stark einbringen.

206 Der Sicherheitsrat muss reformiert werden mit dem Ziel einer gerechteren  
207 Zusammensetzung. Die Vetomöglichkeiten wollen wir mit einem Begründungszwang  
208 belegen. Langfristig halten wir an der Vision einer Abschaffung des Vetos im VN-  
209 Sicherheitsrat fest. Statt dem vergeblichen Beharren auf einen ständigen deutschen  
210 Sitz im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, die oder den nichtständigen  
211 europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten  
212 Königreichs sowie Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen.

213 Wir wollen eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates erreichen und die  
214 Zivilgesellschaft stärker in internationale Prozesse einbinden. Weltbank,  
215 Regionalbanken und der IWF sollen alternative Entwicklungsmodelle jenseits der  
216 klassischen Wachstumsmodelle erarbeiten und umsetzen helfen. Der Schutz der  
217 Menschenrechte muss dabei ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt werden. Wir wollen dazu  
218 auch den Internationalen Strafgerichtshof und das Völkerstrafrecht stärken.

219 Ein starkes, gemeinsames Europa muss in der Lage sein, Probleme in der eigenen  
220 Umgebung selbst zu bearbeiten. Die EU ist eben nicht nur ein Friedensprojekt nach  
221 Innen. Die EU hat mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und dem  
222 Europäischen Auswärtigen Dienst Strukturen geschaffen, um an einer Friedensordnung  
223 im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Schwarz-Gelb will die Gemeinsame  
224 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik am liebsten einmotten und dafür das Primat

225 der NATO ausbauen. Wir Grüne glauben an die Zivilmacht Europa. Deshalb wollen wir  
226 diese Fähigkeiten der EU stärken – durch einen umfangreichen Pool von zivilen  
227 Friedensfachkräften sowie der Einsetzung des europäischen Friedensinstituts.

228 Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in diese multilaterale  
229 Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Das kann nur gelingen, wenn Russland  
230 und alle osteuropäischen Länder eingebunden werden. Zu den zentralen Aufgaben der  
231 NATO sollen künftig Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören. Der Abzug der  
232 verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa und die Ratifizierung des angepassten  
233 Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa wären erste Schritte.

234

## 235 **6. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung – Schluss mit der** 236 **schwarz-gelben Rüstungsexportpolitik**

237 Frieden schaffen ohne Waffen“ – dieser Anspruch war ein Antrieb der grünen  
238 Parteiwerdung. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wirklicher Frieden nur  
239 politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Wir setzen daher immer und unbedingt  
240 auf den Vorrang ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung. Aber Friedenspolitik heißt  
241 für uns nicht der absolute Verzicht auf militärisches Eingreifen. Es gibt Situationen, in  
242 denen gewaltsames militärisches Eingreifen notwendig ist, um schwerste  
243 Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern oder zu stoppen.

244 Wir verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung, der *responsibility to*  
245 *protect*, als wichtige Säule der Konfliktprävention und wollen sie wirksamer umsetzen.  
246 Dazu gehört für uns unbedingt die Prävention vor gewaltsamen Entwicklungen etwa  
247 durch Unterdrückung, Diktatur und schlechter Regierungsführung, aber auch der  
248 besondere Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten. Konkret heißt  
249 das zum Beispiel, nationale und internationale Frühwarnsysteme zu stärken und in  
250 Deutschland eine besondere Stelle zur Umsetzung der Schutzverantwortung  
251 einzurichten. Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionen stehen für uns an  
252 erster Stelle und der Einsatz militärischer Gewalt ist nur das äußerste Mittel, wenn alle  
253 anderen keine Aussicht auf Erfolg haben.

254 Wir können ein gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur dann mit tragen,  
255 wenn es auf Grundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines  
256 Bundestagsmandats erfolgt. Das Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ohne  
257 Ausnahme an Grund- und Menschenrechte gebunden. Der politische Gesamtansatz  
258 muss klar definiert und aussichtsreich sowie die Risiken verantwortbar sein. Dazu  
259 bedarf es nicht nur eindeutiger Einsatzregeln: Wir haben einen nachvollziehbaren  
260 Kriterienkatalog für die Bewertung künftiger und zu verlängernder Auslandseinsätze  
261 sowie konkrete und überprüfbare Zielvorgaben für alle jeweils eingesetzten Mittel  
262 vorgelegt, der für jede Entscheidung die Grundlage bietet. Ein frühes Eingreifen bei  
263 Konflikten, die *early action*, funktioniert nur mit entsprechendem Personal. Wir wollen

264 deshalb die VN und Regionalorganisationen, vor allem die EU und OSZE, in ihren  
265 Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention stärken.

266 Für uns haben direkt geführte VN-Missionen Vorrang vor EU- oder Nato-geführten  
267 Missionen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland VN-Missionen – zivile wie  
268 militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt. Daher  
269 muss Deutschland den VN mehr ziviles Fachpersonal zur Verfügung stellen. Die  
270 Bundeswehr muss VN-fähiger werden, das heißt, sie muss so umgebaut werden, dass  
271 sie ihren stabilisierenden und schützenden Aufgaben in internationalen Konflikten  
272 besser gerecht werden kann.

273 Wir wollen den Abzug der Kampftruppen aus Afghanistan bis 2014. Da die Konflikte in  
274 Afghanistan nicht militärisch zu lösen sind, wollen wir alles unternehmen, um über  
275 Verhandlungen und Gespräche eine Entschärfung zu erreichen. Und nur durch ein  
276 umfassendes und glaubwürdig finanziertes zivilgesellschaftliches und  
277 entwicklungspolitisches Programm können wir den Wiederaufbau des Landes  
278 sicherstellen. Daher wollen wir die zivilen Mittel für Afghanistan mindestens im bisher  
279 erreichten Umfang aufrechterhalten.

280 Die einzigartige Beziehung zu Israel und die Verpflichtung gegenüber seinem Recht auf  
281 Sicherheit sind Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Die Verantwortung aus unserer  
282 Geschichte besteht dauerhaft und kann nicht durch einen Schlussstrich beendet  
283 werden. Wir treten für die Existenz des Staates Israel und die Sicherheit seiner  
284 BürgerInnen ein. Wir setzen uns für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den  
285 Fortbestand Israels als demokratischer Staat in sicheren Grenzen sowie die Schaffung  
286 und Anerkennung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen  
287 palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und seine  
288 Aufnahme in die Vereinten Nationen zu erreichen.

289

290 -----

### 291 **Wer GRÜN wählt ...**

- 292 • fördert Wohlstand für alle auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad und stärkt  
293 die Entwicklungszusammenarbeit.
- 294 • stimmt für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit weltweit.
- 295 • wählt mehr Frieden durch mehr zivile Krisenprävention und stimmt für Abrüstung,  
296 strikte Rüstungskontrolle und eine atomwaffenfreie Welt.
- 297 • setzt sich für die Stärkung der Menschenrechte hier und auf internationaler  
298 Ebene ein.
- 299 • wählt klare Grenzen und Kriterien für Auslandseinsätze.

300 -----

301

302

303 **Schlüsselprojekte**

304

305

---

306 **Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein**  
307 **Rüstungsexportgesetz beschließen**

308 Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz,  
309 das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im  
310 Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Außerdem soll  
311 das Auswärtige Amt für Rüstungsexporte zuständig sein. Die Geheimhaltung der  
312 Beschlüsse des Bundessicherheitsrats wollen wir aufheben. Der Deutsche Bundestag  
313 wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensiblen  
314 Exporten unterrichtet und erhält die Möglichkeit für ein aufschiebendes Veto zur  
315 Stellungnahme. Zudem brauchen wir vergleichbar strikte Regeln für den Export von  
316 Überwachungstechnologien. Der Export von Waffen und Software zur Überwachung  
317 von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss gestoppt werden. So können  
318 wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

319

---

320

321

---

322 **Klima der Gerechtigkeit – Internationale Zusagen endlich einhalten**

323 Anders als die Regierung Merkel stehen wir Grüne zu den internationalen Versprechen  
324 Deutschlands für mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Wir wollen die Mittel für  
325 die Hunger- und Armutsbekämpfung bis 2017 auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens  
326 anheben und auch den fairen finanziellen Beitrag zum internationalen Klimaschutz  
327 leisten. Wir wollen die Globalisierung sozial gerecht und umweltverträglich gestalten  
328 und vor allem den Ärmsten der Armen zur Seite stehen.

329

---

330

331

---

332 **Zivile Krisenprävention ausbauen – Mittel für Friedenskräfte verdoppeln**

333 Wir wollen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen  
334 Außenpolitik rücken. Es braucht bessere Strukturen, mehr Geld und Personal für ziviles  
335 Friedensengagement in den Bereichen Konfliktvermittlung, Polizei, Justiz, öffentliche

336 Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung. Um entsprechende zivile  
337 Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen wir in Deutschland die Mittel für  
338 das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den Zivilen Friedensdienst  
339 verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische  
340 Angebot an Schulen unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein EU-  
341 Friedensinstitut zur Stärkung der Mediation und eine Stärkung der Konfliktprävention im  
342 Europäischen Auswärtigen Dienst ein. Den Ressortkreis zivile Krisenprävention wollen  
343 wir auf Staatsminister-Ebene verankern und den zivilgesellschaftlichen Beirat  
344 aufwerten. Wir wollen mehr Kooperation der Fachministerien über die Mittelvergabe  
345 erreichen. Mittel sollen zukünftig gepoolt werden, damit sie abgestimmt ausgegeben  
346 werden.

347

---